

EUROPÄISCHES HOCHSCHULINSTITUT

GLOBALSTEUERUNG
UND GESPALTENE KONJUNKTUR
STABILISIERUNGSPOLITIK BEI SECTORAL
DIFFERENZIERTEM ZYKLUS

VON
GERHARD WILKEN

STICHWORT
KLEIN-DRUCK

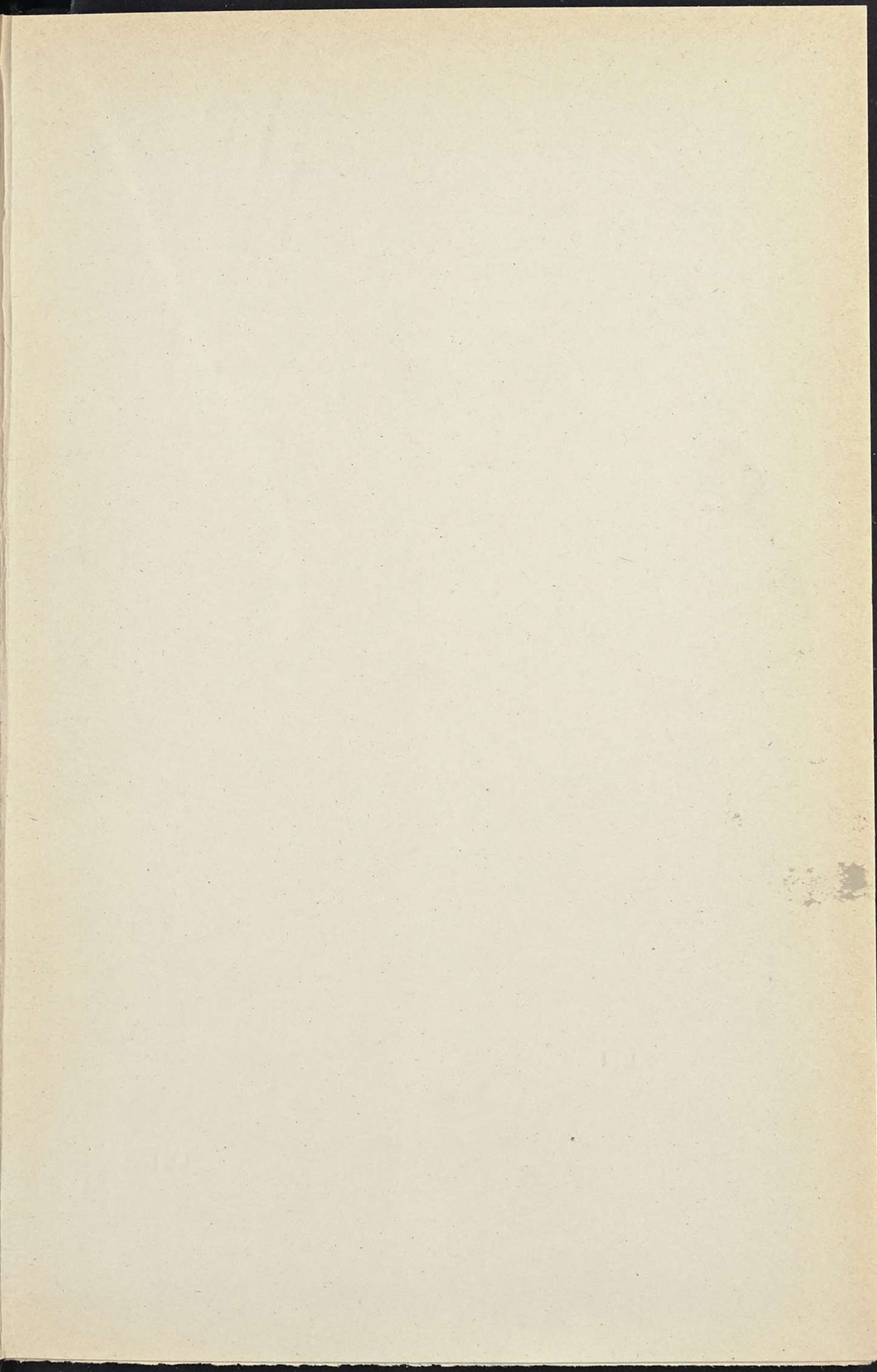
1974

HEFTLANGE
12 MONATE

European University Library

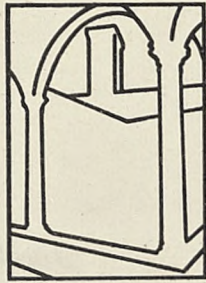


3 0001 0012 9917 3

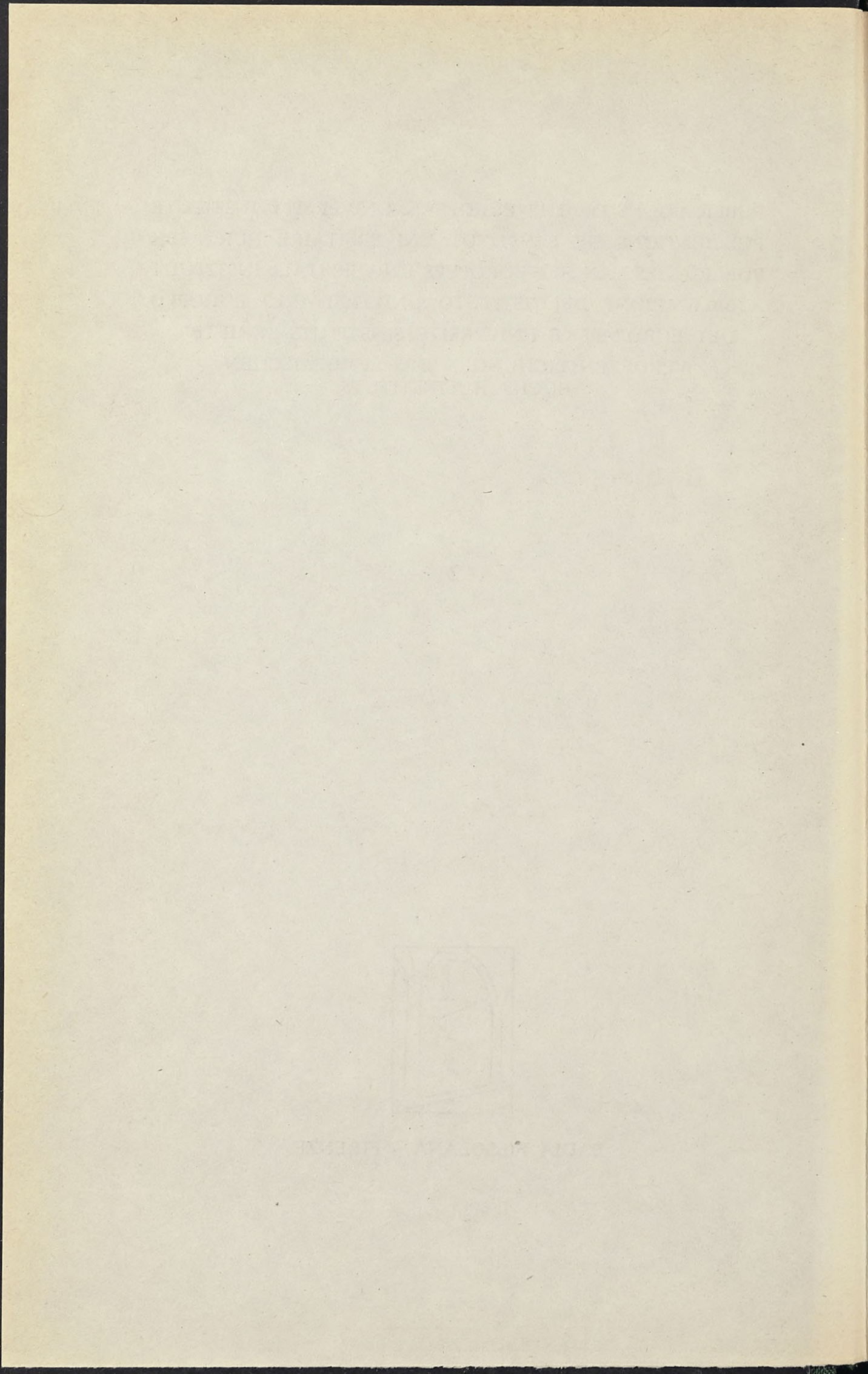


PUBLICATIONS OF THE EUROPEAN UNIVERSITY INSTITUTE
PUBLICATIONS DE L'INSTITUT UNIVERSITAIRE EUROPÉEN
PUBLICATIES VAN HET EUROPEES UNIVERSITAIR INSTITUUT
PUBBLICAZIONI DELL'ISTITUTO UNIVERSITARIO EUROPEO
DET EUROPÆISKE UNIVERSITETSINSTITUTS SKRIFTER
VERÖFFENTLICHUNGEN DES EUROPÄISCHEN
HOCHSCHULINSTITUTS

2



BADIA FIESOLANA - FIRENZE



GLOBALSTEUERUNG
UND GESPALTENE KONJUNKTUR

STABILISIERUNGSPOLITIK BEI SEKTORAL
DIFFERENZIERTEM ZYKLUS

von

GERHARD WILLKE

ISBN 3-12-91203-X

SIJTHOFF: Leyden-London-Boston

BRUYLANT: Bruxelles

KLETT-COTTA: Stuttgart

LE MONNIER: Firenze

1978

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

WILLKE, GERHARD:

Globalsteuerung und gespaltene Konjunktur: Stabilisierungspolitik bei sektoral differenziertem Zyklus / von Gerhard Willke. – Leyden, London, Boston: Sijthoff; Brüssel: Bruylant; Stuttgart: Klett-Cotta; Florenz: Le Monnier, 1978.

ISBN 3-12-915020-X

338.
338
54
WIL
WIL
C40291



© 1978 *Europäisches Hochschulinstitut*

Stabilimenti Tipografici « E. Ariani » e « L'Arte della Stampa » - Firenze
Printed in Italy - Alle Rechte vorbehalten.

Meinen Eltern

1. K. K. K.

Wissenschaftliche Ausgabe

Die Geschichte der...
von...
München, 1978.

ISBN 3-12-91-006-1

© 1978 Deutscher Taschenverlag

Alle Rechte vorbehalten.
Nachdruck, Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise,
ist ohne schriftliche Genehmigung des Deutscher Taschenverlag.

VORWORT

In dieser Arbeit werden die sektoralen Differenzierungen im Konjunkturverlauf, insbesondere im depressiven Abschwung von 1974-75, sowie einige daraus sich ergebende Konsequenzen für die Stabilisierungspolitik untersucht.

Die Analyse des Konjunkturverhaltens der Industriegruppen und -zweige sowie ihrer Abweichungen vom Aggregat 'Verarbeitende Industrie' legt die These nahe, daß die jüngste Rezession (mehr noch als die erste von 1966-67) Merkmale einer 'gespaltenen Konjunktur' aufwies. Die sektorale Differenzierung der Konjunkturbewegung setzte sich auch im Aufschwung 1976-77 fort; insofern scheint Anlaß zu bestehen, die Rede von der gesamtwirtschaftlichen Konjunktur ebenso wie eine auf Durchschnittsgrößen abgestellte Globalsteuerung in Frage zu stellen.

Indessen ist eine Kritik der Globalsteuerung unter dem Aspekt der gespaltenen Konjunktur in doppelter Hinsicht schwierig: Zum einen, weil es eine Stabilisierungspolitik nicht gibt, die instrumentell oder in ihren Wirkungen 'global' wäre; zum anderen, weil viele der Nebenwirkungen eines stärker disaggregierten wirtschaftspolitischen Ansatzes entweder unerwünscht oder noch unbekannt sind.

Konsequenzen für Konzeption und Praxis der Globalsteuerung erscheinen gleichwohl unerläßlich, wenn sich deren Gegenstand — nämlich die zu stabilisierenden ökonomischen Fehlentwicklungen — oder die Erkenntnisse über diese Fehlentwicklungen in bedeutsamer Hinsicht ändern. Im Prinzip sind global intendierte, an gesamtwirtschaftlichen Durchschnitten ausgerichtete stabilisierungspolitische Maßnahmen in einer Situation der

gespaltenen Konjunktur — wie in der Stagflation — nicht nur wirkungslos, sondern schädlich. Negativ läßt sich also sagen, daß die bisherige Praxis unhaltbar wird. Positiv können den wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit lediglich einige Handlungsalternativen und deren absehbare Implikationen unterbreitet werden, — wobei man Fred Hirschs Warnung zitieren möchte, daß begrenzt ist, was wir tun können, und begrenzt ist, was wir wissen.

Für ihre Unterstützung, für Kritik und Anregungen bin ich Herrn Prof. Dr. Norbert Kloten und Herrn Dr. Klaus Höpfner zu besonderem Dank verpflichtet. Für die Erstellung des Typoskripts möchte ich Frau Erika Köhler und Frau Karin Hossfeld herzlich danken. Dem Präsidenten des Europäischen Hochschulinstituts Florenz, Herrn Max Kohnstamm, dem Publikationsausschuß sowie den Gutachtern Prof. Dr. A. E. Ott (Tübingen), Prof. C. J. van Eijk (Rotterdam) und Prof. L. Duquesne de la Vinelle (Florenz) danke ich für die Zustimmung zur Aufnahme dieser Arbeit in die Veröffentlichungsreihe des Instituts.

Obwohl meine Frau sich ausbedungen hat, unerwähnt zu bleiben, geht mein größter Dank an sie.

G. W.

INHALTSVERZEICHNIS

<i>Verzeichnis der Tabellen</i>	XI
<i>Verzeichnis der Abbildungen</i>	XII
<i>Verzeichnis der Übersichten</i>	XIII
<i>Häufig verwendete Abkürzungen</i>	XIII
I. PROBLEMSTELLUNG	
0. Einleitung	1
1. Problemexposition	3
II. EMPIRIE	
2. Wachstum, Strukturwandel und Konjunktur	13
2.1. Das Wachstum in der Bundesrepublik Deutschland	14
2.2. Der Strukturwandel in der Bundesrepublik Deutschland	21
2.2.1. Wirtschaftsstruktur und struktureller Wandel	21
2.2.2. Veränderungen in der sektoralen Makro-Struktur	23
2.2.3. Der Wandel der Produktions- und Beschäftigtenstruktur	29
2.2.4. Struktureller Wandel im sekundären Sektor	34
2.3. Wachstumszyklen in der Bundesrepublik Deutschland	52
2.3.1. Zur Empirie der Wachstumszyklen	52
2.3.2. Die Nachfragekomponenten im Zyklus	62
2.4. Branchenkonjunkturen	69
2.4.1. Gibt es eine gesamtwirtschaftliche Konjunktur?	69
2.4.2. Die gespaltene Konjunktur 1973-75	73
2.4.3. Gesamtwirtschaftliche Konjunktur und Branchenkonjunkturen	96
III. THEORIE	
3. Theoretische Ansätze zur Erklärung der sektoral differenzierten Konjunktur	103

3.1.	Konjunkturtheoretische Erklärungsansätze	103
3.1.1.	Das Multiplikator-Akzelerator-Modell und die Kapitalstock- anpassungshypothese	108
3.1.2.	Der Musterzyklus des Sachverständigenrates	118
3.1.3.	Disproportionalitätstheoretische Ansätze	128
3.1.4.	Zusammenfassung	144
3.2.	Ansätze zur Erklärung struktureller Veränderungen	148
3.2.1.	Die Drei-Sektoren-Hypothese	148
3.2.2.	Ansätze zur Erklärung des strukturellen Wandels im sekundären Sektor	149
3.2.3.	Anstieg des Lohnkostenniveaus und Veränderungen der internationalen Arbeitsteilung	162
3.2.4.	Zum Problem der Unterscheidung zwischen konjunkturellen und strukturellen Fehlentwicklungen	165

IV. POLITIK

4.	Stabilisierungspolitik bei sektoral differenzierter Konjunktur	177
4.1.	Zur Bestimmung des stabilisierungspolitischen Bedarfs	177
4.2.	Zur Problematik der globalen Nachfragesteuerung	184
4.3.	Die stabilisierungspolitischen Handlungsalternativen	202
4.3.1.	Der Entscheidungsrahmen	202
4.3.2.	Einschränkung staatlicher Interventionen	208
4.3.3.	Ausweitung staatlicher Interventionen	209
4.3.4.	Strukturpolitische Absicherung der Stabilisierungspolitik	211

<i>Literatur</i>	221
----------------------------	-----

<i>Personenregister</i>	239
-----------------------------------	-----

<i>Sachregister</i>	241
-------------------------------	-----

VERZEICHNIS DER TABELLEN

Tab. 1:	Bruttoinlandsprodukt, Beschäftigte und Arbeitsproduktivität	18
Tab. 2:	Indikatoren des Wachstumsspielraums (1950-75)	20
Tab. 3:	Zur Produktionsstruktur in der EG und den Vereinigten Staaten	27
Tab. 4:	Bruttowertschöpfung zusammengefaßter Wirtschaftsbereiche	30
Tab. 5:	Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen	32
Tab. 6:	Erwerbstätige nach Arbeitsfunktionen	33
Tab. 7:	Entwicklung des Anteils ausgewählter Industriezweige am Nettoproduktionswert der gesamten Industrie	38
Tab. 8:	Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten der industriellen Nettoproduktion (Industriegruppen und -zweige, 1950-72)	40 f.
Tab. 9a:	Die Entwicklung der Strukturanteile ausgewählter Industriezweige 1950-72	43
Tab. 9b:	Die Entwicklung der Strukturanteile ausgewählter Industriezweige 1970-75	44
Tab. 10:	Rangordnung der Industriebranchen	45
Tab. 11:	Wachstumsbranchen und stagnierende Branchen	49
Tab. 12:	Anteil der Brutto-Anlage- und Ausrüstungsinvestitionen am Bruttosozialprodukt	65
Tab. 13:	Veränderungen der industriellen Nettoproduktion 1973-76 (Verarbeitende Industrie und Industriegruppen)	75
Tab. 14:	Veränderungen der industriellen Nettoproduktion 1965-68 (Verarbeitende Industrie und Industriegruppen)	75
Tab. 15:	Veränderungen der Arbeitsproduktivität 1973-76 (Verarbeitende Industrie und Industriegruppen)	77
Tab. 16:	Veränderungen der Arbeitsproduktivität 1965-68 (Verarbeitende Industrie und Industriegruppen)	77
Tab. 17:	Varianzen der Zuwachsraten der Industriegruppen (für die Indikatoren Industrielle Nettoproduktion und Arbeitsproduktivität - 1965-68 und 1972-76)	79
Tab. 18:	Vierteljährliche Veränderungsrate der industriellen Nettoproduktion 1973-76 (Verarbeitende Industrie und Industriegruppen)	80
Tab. 19:	Veränderungsrate der industriellen Nettoproduktion 1966-67 und 1972-75 in vH und Varianzen der Branchen-Zuwachsraten (Industriegruppen und -branchen)	82

Tab. 20:	Bandbreiten für die Gruppeneinteilung der Industriebranchen (Veränderungen der industriellen Nettoproduktion)	83
Tab. 21:	Gruppeneinteilung 1973 (industrielle Nettoproduktion)	85
Tab. 22:	Gruppeneinteilung 1974 (industrielle Nettoproduktion)	87
Tab. 23:	Gruppeneinteilung 1975 (industrielle Nettoproduktion)	89
Tab. 24:	Jährliche Veränderungsrate der Kapazitätsauslastung in der Verarbeitenden Industrie (1973-75) und Varianz der Branchenveränderungsrate	91
Tab. 25:	Bandbreiten für die Gruppeneinteilung der Industriebranchen (Veränderung des Auslastungsgrades)	92
Tab. 26:	Gruppeneinteilung 1973 (Kapazitätsauslastung)	93
Tab. 27:	Gruppeneinteilung 1974 (Kapazitätsauslastung)	94
Tab. 28:	Gruppeneinteilung 1975 (Kapazitätsauslastung)	95
Tab. 29:	Veränderung der Sektorenteile an der Gesamtwertschöpfung in der Bundesrepublik Deutschland (Projektion bis 1980)	157
Tab. 30:	Entwicklung der Beschäftigtenzahl in verschiedenen Branchen (Projektion der Veränderungen von 1973-1985)	158

VERZEICHNIS DER ABBILDUNGEN

Abb. 1:	Die Entwicklung des Bruttosozialprodukts in der Bundesrepublik Deutschland (1950-76)	15
Abb. 2:	Langfristige Entwicklung der Makro-Sektoren nach der Drei-Sektoren-Hypothese von Fourastié	25
Abb. 3:	Einkommensniveau und Produktionsstruktur	26
Abb. 4:	Zuwachsraten der Makro-Sektoren (1950-75)	31
Abb. 5:	Profil der Industriegruppen-Zuwachsraten 1950-1972	46
Abb. 6:	Profil der Branchen-Zuwachsraten 1950-1972	47
Abb. 7:	Absolute Zuwachsraten des BSP (real) 1958-76	52
Abb. 8:	Absolute Veränderungen der Zuwachsraten des BSP (real) 1958-76	53
Abb. 9:	Abweichungen vom Trend (Industrieproduktion) 1958-76	53
Abb. 10:	Produktionspotential und Auslastungsgrad	61
Abb. 11:	Veränderungen der industriellen Nettoproduktion der Industriegruppen 1973-76	74
Abb. 12:	Vierteljährliche Veränderungsrate der industriellen Nettoproduktion 1973-76 (Verarbeitende Industrie und Industriegruppen)	81
Abb. 13:	Die gespaltene Konjunktur 1973	86
Abb. 14:	Die gespaltene Konjunktur 1974	88
Abb. 15:	Die gespaltene Konjunktur 1975	90
Abb. 16:	Die Konjunkturentwicklung im Hicks-Modell	110
Abb. 17:	Das Zyklennmuster des Sachverständigenrates (Schema)	121
Abb. 18:	Graphische Darstellung der Wechselstufen (nach Spiethoff)	129

VERZEICHNIS DER ÜBERSICHTEN

Übersicht 1: Zyklenabgrenzung bei verschiedenen Autoren	56
Übersicht 2: Phaseneinteilung bei verschiedenen Autoren	57
Übersicht 3: Verschiedene Ansätze der Systematisierung des Instrumentariums und der Bereiche der Wirtschaftspolitik	197
Übersicht 4: Erweiterte Systematik des Instrumentariums der Wirtschaftspolitik	198

HÄUFIG VERWENDETE ABKÜRZUNGEN

- BBk - Bundesbank
- BReg - Bundesregierung
- JG - Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
- SR - Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
- WuSt - Wirtschaft und Statistik
- Zf - Ziffer aus dem jeweils zitierten JG

VERGLEICHENDE ÖKONOMIE

Die Grundlagen der vergleichenden Ökonomie 1
Die Bedeutung der Vergleichenden Ökonomie 5
Die methodologischen Grundlagen der Vergleichenden Ökonomie 10
Die historische Entwicklung der Vergleichenden Ökonomie 15
Die theoretischen Grundlagen der Vergleichenden Ökonomie 20

HAUPTVERWENDETE BEGRIFFE

1. Die Grundlagen der Wirtschaft 1
2. Die Produktion und die Faktoren der Produktion 5
3. Die Verteilung des Nationalprodukts 10
4. Die Konsumtion und die Konsumgüter 15
5. Die Ersparnis und die Investitionen 20
6. Die Finanzierung und die Geldmarkt 25
7. Die Außenwirtschaft und der Handelsbilanz 30
8. Die Wirtschaftspolitik 35
9. Die Entwicklung der Wirtschaft 40
10. Die Wirtschaftswissenschaften 45

I. PROBLEMSTELLUNG

0. EINLEITUNG

Durch die Erscheinung der Stagflation und die in den meisten Industrieländern feststellbare Rechtsverschiebung der Phillips-Kurve ist die keynesianisch orientierte makroökonomische Stabilisierungspolitik vor ihre bisher größte Herausforderung gestellt worden.

Der Konzeption nach ist das *demand-management* darauf ausgerichtet, die dem Marktprozeß inhärent gedachten Schwankungen des Auslastungsgrades des Produktionspotentials auf hohem Niveau zu verstetigen, indem die effektive gesamtwirtschaftliche Nachfrage je nach Konjunkturlage restriktiv oder expansiv beeinflußt wird.

Die seit den 70er Jahren sich abzeichnende Gleichzeitigkeit von unausgelasteten Ressourcen, niedrigen Wachstumsraten, ansteigender Arbeitslosigkeit und hohen Inflationsraten sowie der sich verschlechternde *trade-off* zwischen Unterbeschäftigung und Inflation stellen die globale Stabilisierungsstrategie vor das Dilemma, eigentlich gleichzeitig expansiv und restriktiv operieren zu müssen: expansiv hinsichtlich der Beschäftigung und restriktiv hinsichtlich der Preisentwicklung.

Dieses Dilemma wird noch verschärft, wenn die konjunkturelle Entwicklung nicht einheitlich für die gesamte Wirtschaft, sondern in verschiedenen Sektoren der Verarbeitenden Industrie ganz unterschiedlich oder gar entgegengesetzt verläuft. Global angelegte Maßnahmen müssen in einer derartigen Situation die Fehlentwicklungen in einem Teil der Branchen notwendig noch verschlimmern.

Wenn man dem monetaristischen Rezept der Entsagung auf jegliche Konjunkturpolitik zugunsten einer Verschärfung der Marktsanktionen bei knapp und stetig gehaltener Expansion der Geldmenge nicht folgen will, und wenn die Politik angesichts der Verletzung mehrerer ihrer wichtigsten Zielvariablen nicht untätig bleiben kann, dann kommt es zu einem Handlungsdruck in Richtung auf differenzierende und selektive Interventionen, die oft eher von guter Absicht als von klarer Analyse und konzeptioneller Konsistenz gekennzeichnet sind.

Aus den angeführten Tendenzen und Überlegungen ergibt sich für eine (nicht-monetaristische) Theorie der Wirtschaftspolitik das Erfordernis, die theoretischen, konzeptionellen und instrumentellen Grundlagen der Stabilisierungspolitik unter Berücksichtigung der eingetretenen (und zu erwartenden) Veränderungen neu zu überdenken. Die empirische Evidenz der Instabilitäten und Zielverletzungen spiegelt Fehlentwicklungen im Wirtschaftsprozess wider, die ihrerseits auf Veränderungen der Rahmenbedingungen, der Verhaltensweisen der Marktteilnehmer, der Beziehungen zwischen marktmächtigen Gruppen und politischen Instanzen, aber auch auf außenwirtschaftliche, demographische, ökologische u. a. Veränderungen zurückzuführen sind. Diese Unzahl relevanter Faktoren kann und soll hier natürlich nicht untersucht werden. Vielmehr wird ein Aspekt dieser Entwicklungen, nämlich die Herausbildung einer sektoral differenzierten (gespaltenen) Konjunktur ausgewählt, weil sich darin einerseits eine Reihe der oben genannten Faktoren niederschlägt, und weil damit zugleich die Frage verbunden ist, wie die Stabilisierungspolitik an eine wesentlich veränderte Situation angepaßt werden kann.

Zunächst wird das Erscheinungsbild der vom SR so genannten 'gespaltenen Konjunktur'¹ vor dem Hintergrund der bisherigen Konjunkturzyklen in der BRD untersucht. Daraufhin werden die aus den Veränderungen des Konjunkturmusters sich ergebenden stabilisierungspolitischen Konsequenzen abgeleitet. Aus der Diskussion der Inkompatibilität von Steuerungsbedarf

¹ JG 74, Zf. 83. Vgl. auch JG 77, Zf. 277, wo der SR auch für den Aufschwung 1976-77 eine 'gespaltene Konjunktur' diagnostiziert.

einerseits und dem Steuerungspotential globaler Stabilisierungspolitik andererseits ergeben sich schließlich die Umriss einer um strukturpolitische Elemente erweiterten stabilisierungspolitischen Konzeption. Es kann am Ende nicht überraschen, daß sich Analyse wie konzeptionelle Vorstellungen in Richtung auf einen « more disaggregated approach »² bewegen. Die Makrotheorie hat den großen Vorteil, die wesentlichen Elemente ökonomischer Prozesse in übersichtlicher Weise abzubilden. Damit verbunden ist allerdings der Nachteil, « ... Unterschiede in den Phänomenen selbst dann zu vernachlässigen, wenn sie ihrerseits prozeßbestimmend sein sollten ».³ Gleichwohl, aus einem disaggregierten Ansatz in Analyse und Theorie folgt nicht notwendigerweise die Wünschbarkeit und Möglichkeit eines ebensolchen in der Stabilisierungspolitik. Die Analyse kann (möglicherweise) die Voraussetzungen für eine strukturell differenzierende Stabilisierungspolitik schaffen, und die konzeptionelle Analyse kann Konsistenzbedingungen aufzeigen. Die tatsächliche Implementierung eines solchen Ansatzes ist jedoch von weitergehenden, auch nicht-ökonomischen Überlegungen abhängig.

1. PROBLEMEXPONITION

Die Konjunkturpolitik der Globalsteuerung steht heute vor einem doppelten Dilemma. Das erste ergibt sich daraus, daß die Effizienz der Globalsteuerung durch stagflationäre Erscheinungen bzw. durch eine Rechtsverschiebung der Phillips-Kurve ernsthaft beeinträchtigt ist⁴ — seien diese Entwicklungen nun auf das Verhalten der Tarifvertragsparteien, auf außenwirtschaftliche Faktoren und/oder auf eine strukturelle Differenzierung der Konjunktur zurückzuführen. Das zweite ergibt sich

² A. LINDBECK 1970, S. 28.

³ K. LITTMANN 1975, S. 116.

⁴ Vgl. B. GAHLEN 1978, S. 27: « Die Krise von 1974/75 und ihre zu schleppende Überwindung ist Ausdruck des Scheiterns der Globalsteuerung. » Gahlen fährt allerdings fort: « Keine Strukturpolitik hätte sie vermeiden können. »

daraus, daß mögliche Therapien — ob einkommenspolitische Interventionen, außenwirtschaftliche Absicherungen und/oder Maßnahmen einer strukturpolitisch ergänzten Prozeßsteuerung — möglicherweise größere Probleme aufwerfen, als sie zu lösen vermögen⁵.

In dieser Situation werden von der wissenschaftlichen Ökonomik drei prinzipiell unterschiedliche Konzepte angeboten: 1. Eine grundsätzliche Kritik am Interventionismus, verbunden mit dem Vorschlag, zur Lösung der anstehenden Probleme stärker auf Marktmechanismen zu vertrauen. 2. Eine grundsätzliche Kritik am Marktmechanismus, verbunden mit dem Vorschlag, die anstehenden Probleme durch Investitionslenkung und Forcierung der staatlichen Interventionen zu lösen. 3. Ein grundsätzliches Festhalten an der bisherigen Konzeption der Globalsteuerung, verbunden mit dem Zulassen fallweiser Abweichungen bei 'Sonderentwicklungen'.

ad 1. Tuchtfeldt kritisiert die Konzeption der Globalsteuerung auf der Grundlage der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Diese Konzeption stelle eine « Sozialtechnologie » dar, deren Macher sich an « Reißbrettkonstruktionen » orientieren⁶. Der prognostische Aufwand für eine antizyklische Konjunkturpolitik sei zu groß, die erforderliche Quantifizierung der stabilisierungspolitischen Ziele sei Ausdruck eines « rationalistischen Konstruktivismus »⁷, und das Instrumentarium der Globalsteuerung sei einseitig fiskalisch ausgerichtet und vernachlässige die Bedeutung der Geldmengenentwicklung. Aber die wirklichen Gründe lägen tiefer. Die Orientierung der Politik an Makrogrößen sei ein grundlegender Irrtum, weil nur das Verhalten von mikroökonomischen Einheiten, also von Unternehmen, Haushalten und öffentlichen Körperschaften, Ansatzpunkt wirtschaftspolitischer Steuerung sein könne. Der

⁵ Bezüglich der Einkommenspolitik vgl. W. RALL 1976; bezüglich einer Sektoralisierung der Globalsteuerung vgl. H. BESTERS 1976, S. 337; zur Regionalisierung der Konjunkturpolitik vgl. K. KEINATH 1975 und A. E. OTT 1977, S. 17.

⁶ E. TUCHTFELDT 1973, S. 184.

⁷ Ebd., S. 182.

Versuch der Steuerung von Makrogrößen gehe von der Fiktion aus, diese seien selbständige kollektive Wirtschaftssubjekte. Entscheidend aber für das Versagen der Globalsteuerung sei deren konstruktivistische Basis, der darin liegende « Glaube an die Vernunft und die Planbarkeit der Entwicklung. »⁸

Aus dieser Kritik zieht Tuchtfeldt die Konsequenz, daß eine Rückorientierung auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft ratsam sei. Bei angemessener Kontrolle der Geldmenge durch die Zentralbank sei von antizyklischen Interventionen wie überhaupt von sozialtechnologischen Eingriffen Abstand zu nehmen; die Marktkräfte müßten wieder stärker zur Wirkung kommen.

ad 2. Auf der anderen Seite des Spektrums stehen die Anhänger der Investitionslenkung (Meißner, Kade, Krüper, u. a.). Nach ihrer Auffassung reicht die Steuerungskapazität der globalen Konjunkturpolitik nicht weit genug. Die Tatsache, daß mit der Globalsteuerung weder Inflation noch Arbeitslosigkeit hätten vermieden werden können, reflektiere zum einen die Funktionsmängel des Marktsystems, zum anderen die Unzulänglichkeit des globalen *demand-management* (einschließlich der zaghaften Versuche einer Einkommenspolitik). Die Politik in dieser globalen Form könne die Mängel der Steuerungskräfte des Marktes nicht kompensieren. Erforderlich seien also weitergehende Lenkungseingriffe des Staates; nicht nur das Volumen der Investitionen, sondern auch deren Struktur sei durch politische Eingriffe zu lenken. « ... den gesellschaftlichen Kriterien (ist) mit indirekten oder direkten Mitteln zunehmendes Gewicht bei der Ausrichtung privater Investitionsentscheidungen zu verschaffen. Dies ist das Ziel der Investitionslenkung. »⁹

ad 3. Im Bereich der wissenschaftlichen Politikberatung werden die beiden zuvor genannten Positionen abgelehnt. Man ist hier auf den Ausweg verfallen, einerseits zwar an der vorherrschenden Konzeption der globalen Stabilisierungspolitik festzuhalten, andererseits aber für besondere Problemlagen, die

⁸ E. TUCHTFELDT 1973, S. 184.

⁹ W. MEISSNER 1974, S. 31.

dies unabweisbar erscheinen lassen, ad hoc-Abweichungen selektiver Art zuzulassen. Mit dieser Position wird indessen nur die Praxis der operativen Wirtschaftspolitik sanktioniert. Als die Wirtschaftspolitik in der Abschwungsphase 1973-75 den schwierigen Problemen einer sektoralen Differenzierung der Konjunktur gegenüberstand, ist sie auf der Basis eines *ad-hoc-decision-taking* zu einem differenzierenden Instrumenteneinsatz übergegangen. (Diese Praxis wird weiter unten anhand des Jahreswirtschaftsberichtes 1974 analysiert.¹⁰) Als Kriterien der differenzierenden Stabilisierungspolitik wurden 'strukturelle' und vor allem 'sektorale Schwächen' und 'Sonderprobleme' genannt. Das Problematische an dieser relativ aktivistischen und konzeptionslosen Politik der Stützungsmaßnahmen und Ergänzungsaktionen besteht darin, daß sie prinzipiell beliebig und einer konzeptionell fundierten Kritik entzogen ist. Trotz der zugestandenermaßen schwierigen Situation muß darauf hingewiesen werden, daß die wissenschaftliche Politikberatung sich mit ihrer Position in die Gefahr einer schlechten Kumpanei mit der operativen Wirtschaftspolitik begibt, weil diese bei quasi-wissenschaftlicher Rechtfertigung nicht mehr ihre tatsächlichen politischen Interessen bei ad hoc-Entscheidungen offenlegen muß.

Wenn die genannten drei Positionen also insgesamt wenig befriedigend erscheinen, welchen Ausweg gibt es? Um darauf eine Antwort geben zu können, muß zunächst klarer herausgearbeitet werden, um welche Art von Problemstellung es sich handelt, die konzeptionell und wirtschaftspolitisch zur Lösung ansteht.

Das allgemeine Phänomen der Stagflation, also der Gleichzeitigkeit von Inflation und Arbeitslosigkeit, wird hier unter dem Gesichtspunkt der 'gespaltenen Konjunktur', d. h. der Synchronität von relativ expandierenden Sektoren mit Übernachfrage und relativ depressiven Sektoren mit Überkapazitäten, gesehen. Es wird damit der strukturelle Aspekt des Stagflationsphänomens herausgegriffen, der direkt mit der Frage verbunden ist, ob bzw. inwieweit die Konzeption der Globalsteuerung für

¹⁰ Vgl. S. 187 ff.

die anstehenden stabilisierungspolitischen Probleme zureichend ist.

Der Ausgangspunkt der Fragestellung nach der Angemessenheit der Globalsteuerung ist die These, daß die Ziele der Stabilitäts- und Wachstumspolitik, wie sie im StWG niedergelegt sind, mit dem Instrumentarium der Globalsteuerung nur unter ganz bestimmten Bedingungen erreicht werden können. In dem Maße, wie diese Bedingungen sich ändern, muß — so die These — auch die Konjunkturpolitik angepaßt werden. Zu den relevanten Bedingungen einer erfolgreichen Konjunkturpolitik gehört zunächst, daß die angestrebten Ziele prinzipiell miteinander kompatibel sind. Üblicherweise geht man beim Zielbündel der Stabilisierungspolitik (§ 1 StWG) davon aus, daß die gleichzeitige und gleichrangige Realisierung 'utopisch' sei und man es folglich mit einem Optimierungsproblem zu tun habe.

Es wäre aber auch denkbar, entweder durch ordnungspolitisches Handeln « die Bedingungen zu schaffen, unter denen alle Ziele gleichzeitig erreicht werden können » oder aber « gegebenenfalls den Zielkatalog zu ändern ». ¹¹

Wenn man an den stabilisierungspolitischen Zielen festhalten will, dann wäre die weitergehende Frage zu stellen, auf welche Weise die Wirtschaftspolitik die genannten Bedingungen schaffen könnte, — und welche Bedingungen dies im einzelnen wären.

Die heute vorherrschenden Ansichten gehen dahin, daß eine verstärkte Marktpolitik, also z. B. Wettbewerbs- und Verbraucherpolitik, und ggf. auch einkommenspolitische Begrenzungen des Verteilungskampfes erforderlich seien. Dadurch könnten — nach dieser Ansicht — die globalen Rigiditäten, auf welche die konjunkturellen Instabilitäten und auch die inflationären Erscheinungen zurückzuführen sind — also z. B. der Lohn- und Preis-lag — vermindert und bessere Bedingungen für die Stabilisierungspolitik geschaffen werden.

Dieser Weg ist immer richtig, er ist aber möglicherweise nicht ausreichend, um *den* Fortschritt in der Stabilisierungs-

¹¹ Vgl. N. KLOTEN, R. VOLLMER 1974, S. 706.

politik zu bringen, der für die erfolgreiche Bekämpfung stagflationärer Entwicklungen und der damit gegebenen Zielkonflikte erforderlich erscheint, — zumal, wenn die stagflationären Tendenzen nicht nur durch globale Disproportionen, sondern zusätzlich durch branchenmäßig differenzierte Konjunkturentwicklungen bedingt sind.

Neben der prinzipiellen Kompatibilität der Ziele gehören zu den Bedingungen einer effizienten Konjunkturpolitik u.a. eine zureichende Prognose der Wirtschaftsentwicklung, schnelle und richtige wirtschaftspolitische Beschlußfassung, gutes Timing und richtige Dosierung der Maßnahmen. Die Gruppe dieser Bedingungen war — trotz vieler Verbesserungen in Prognostik und Implementation — für die Konzeption der *antizyklischen* Konjunkturpolitik nicht in ausreichendem Maße erfüllt. Als Konsequenz wurde die Konzeption durch außenwirtschaftliche und einkommenspolitische Absicherungen ergänzt.

Diese Ergänzungen betreffen jedoch nicht den Kern des hier zu behandelnden Problems, nämlich die strukturelle Wurzel stagflationärer Erscheinungen. Wenn eine erhebliche branchenmäßige Differenzierung des Konjunkturmusters vorliegt, dann scheint auch die ergänzte Konzeption der Globalsteuerung nicht mehr auszureichen, weil die *Möglichkeit* der Globalsteuerung selbst tangiert ist.

Diese Überlegung bezieht sich auf die These, daß die Globalsteuerung auf ein globales und symmetrisches¹² Konjunkturmuster programmiert ist, d.h. auf eine relativ einheitliche, gesamtwirtschaftliche Konjunktur, in welcher die einzelnen Sektoren (und Regionen) die Phasen des Auf- und Abschwunges zwar nicht gleichzeitig und in der gleichen Intensität, aber doch in einer regelmäßigen und zusammenhängenden Abfolge und in vergleichbarer Intensität durchlaufen, sodaß man sinnvollerweise von *der* (vorherrschenden) konjunkturellen Phase, von einem relativ einheitlichen (globalen) konjunkturellen Zustand sprechen kann.

¹² « ... the whole institutional set-up provided for in our excellent Stability and Growth Law is based on the assumption that the need for expansionary and contractionary measures will arise with a certain regularity and nearly uniform intensity. » H. SCHLESINGER 1973, S. 13.

Diese implizit unterstellte Form einer globalen Konjunktur gibt es nicht. Die Industriegruppen und -branchen weisen unterschiedliche und veränderliche Konjunkturreagibilitäten auf, so daß sich allein als Begleiterscheinung *des* konjunkturellen Prozesses eine sektorale Differenzierung des Konjunkturmusters ergibt.

Zusätzlich zu dieser Erscheinung gibt es eine mehr oder weniger stark ausgeprägte Überlagerung der konjunkturellen Bewegung durch strukturelle Entwicklungen,¹³ die das Konjunkturmuster derart differenzieren kann, daß der Versuch der Bestimmung eines globalen konjunkturellen Zustandes fehlschlagen muß.

Globalsteuerung — so die These — setzt voraus, daß die konjunkturellen Ist-Zustände der verschiedenen Sektoren sich zu einer (echten) gesamtwirtschaftlichen Durchschnittsgröße (z. B. gesamtwirtschaftlicher Auslastungsgrad) aggregieren lassen und daß daran eine globale Konjunkturpolitik ausgerichtet werden kann.

Diese Bedingung ist dann nicht erfüllt, wenn *die* Konjunktur in verschiedene Branchenkonjunkturen zerfällt und beispielsweise eine Gruppe von Branchen einen *zunehmenden*, eine zweite Gruppe einen *stabilen* und eine dritte Gruppe einen *abnehmenden* Auslastungsgrad aufweist. Zu einer gesamtwirtschaftlichen Größe aggregiert, saldieren sich die beiden 'Randgruppen', der globale Indikator weist 'Stabilität' aus. In der Realität aber können sich im ersten Sektor inflationäre Tendenzen ergeben und im dritten Sektor kann Arbeitslosigkeit auftreten: Das stagflationäre Erscheinungsbild bzw. die Rechtsverschiebung der Phillips-Kurve resultiert dann aus einem sektoral differenzierten Konjunkturmuster.

Währungspolitische Instabilitäten haben eine außenwirtschaftliche Absicherung und das Verhalten der Tarifvertragsparteien eine einkommenspolitische Absicherung erforderlich gemacht; aus der Überlagerung von strukturellen und konjunkturellen Entwicklungen scheint sich das Erfordernis einer strukturpolitischen Absicherung der Konjunkturpolitik zu ergeben.¹⁴

¹³ Vgl. z. B. D. SCHRÖDER 1976, S. 341; K. G. ZINN 1976, S. 395 f.

¹⁴ Das Erfordernis einer struktur- und einkommenspolitischen Ergänzung

Es gibt in der Ökonomik keinen Konsens darüber, daß *die* Konjunktur als globale, gesamtwirtschaftliche Erscheinung überhaupt existiert.

Boettcher z. B. geht davon aus, daß es seit Ende der 20er Jahre eine einheitliche Konjunktur, die Globalmaßnahmen rechtfertigen würde, nicht mehr gibt. Die « wirtschaftliche Wirklichkeit (ist) ein System unkoordiniert und nichtsynchron, häufig gegenläufig verlaufender Branchenkonjunkturen ». ¹⁵ Würden globale Maßnahmen ergriffen, um z. B. einer Branche aus der Talsohle zu helfen, « dann erhitzt man die Konjunktur für eine andere Branche, die gerade Hochkonjunktur hat. Das Ergebnis ist bei fortgesetzter Anwendung von Globalmaßnahmen dann eine tendenziell ständig überhitzte Konjunktur, die schließlich in immer höhere Inflationsraten übergeht ». ¹⁶ Auf der Grundlage der heutigen Erfahrung könnte man hinzufügen, daß globale Restriktionsmaßnahmen entsprechend zu unnötig hohen Arbeitslosenziffern führen können. Boettcher folgert aus seinen Überlegungen, daß die moderne Wirtschaftspolitik lernen müsse, « Strukturpolitik zu betreiben, die divergierende Branchenkonjunkturen in einem erfolgreichen Wachstumsprozeß ausgleicht ». ¹⁷ Auch Bombach hat bereits in den Jahren, als die Globalsteuerung konzipiert wurde, darauf hingewiesen, daß die Effizienz globaler Maßnahmen an bestimmte Bedingungen geknüpft ist: « Je mehr sich ausgeprochene Branchenkonjunkturen durchsetzen, je weiter also die sektoralen Wachstumsraten divergieren, desto fragwürdiger werden ganz allgemein globalwirtschaftliche Eingriffe. » ¹⁸

Diese These hat mit der Ausprägung der Abschwungsphase von 1973/75 eine neue Aktualität erfahren. Die Wirtschaftsentwicklung wies eine ungewöhnlich starke branchenmäßige Differenzierung auf, — was den SR veranlaßt hat, von einer 'gespaltenen' Konjunktur zu sprechen. ¹⁹ Die sektorale Differenzie-

der Fiskal- und Geldpolitik wurde in den USA vor allem vom Committee for Economic Development gesehen.

¹⁵ E. BOETTCHER 1974, S. 22.

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ G. BOMBACH 1967, S. 110, Anm. 6.

¹⁹ JG 74, Zf. 83.

zung des Konjunkturmusters warf für die operative Wirtschaftspolitik Steuerungsprobleme auf, die sich mit den herkömmlichen Instrumenten und Methoden nicht zureichend lösen ließen.

Angesichts der Gefahr der Unwirksamkeit herkömmlicher globalsteuernder Maßnahmen ging die Wirtschaftspolitik tatsächlich zu einer Praxis selektiver Stabilisierungsmaßnahmen über. Für die theoretische Wirtschaftspolitik stellt sich gegenüber dieser Praxis die Frage, nach welchen Prinzipien und konzeptionellen Vorstellungen eine je erforderliche 'Selektivität' begründet bzw. kritisiert werden kann. In dieser Arbeit wird der Versuch unternommen, die Prinzipien einer durch selektive Interventionsmöglichkeiten ergänzten Stabilisierungspolitik zu entwickeln, und zwar im Rahmen einer konzeptionell abgesicherten Verzahnung von Konjunktur- und Strukturpolitik.

Unabhängig von der hier gegebenen Begründung der Relevanz des Koordinationsproblem ist die Frage, wie Globalsteuerung und Strukturpolitik besser verzahnt werden könnten, schon seit langem gestellt. Im Jahreswirtschaftsbericht 1968 z. B. hat die Bundesregierung angekündigt, sie werde aus wachstumspolitischen Gründen « die konjunkturpolitische Globalsteuerung in verstärktem Umfang durch eine angebotsfördernde Strukturpolitik ergänzen ». (Zf. 57) Das Erfordernis der strukturpolitischen Ergänzung der Globalsteuerung wird also gesehen. Gleichwohl ist die jeweilige Begründung der Frage von Bedeutung, weil dadurch der Prozeß der Problemlösung vorstrukturiert wird:

« Nicht nur sind Tatsachen das 'gemeinsame Produkt aus Sprache und Wirklichkeit' (Popper); jenseits der generellen Präformation der Wirklichkeit durch das Medium der Sprache findet auch eine spezielle Präformation der sogenannten Daten im Lichte der zu prüfenden Hypothesen statt. »²⁰

Oder kürzer: « The world is analyzed differently depending on what you plan to do with it. »²¹

²⁰ H. KLEINWEFERS 1974, S. 10.

²¹ B. WARD 1972, S. 67.

II. EMPIRIE

2. WACHSTUM, STRUKTURWANDEL UND KONJUNKTUR

Das wirtschaftliche Wachstum, ausgedrückt im trendmäßigen Anstieg des Sozialprodukts bzw. der Industrieproduktion, hat sich in der Vergangenheit nicht stetig und ausgewogen vollzogen, sondern war *a*) durch Veränderungen des mittelfristigen Trends, *b*) durch kurzfristige Beschleunigungen und Verzögerungen und *c*) durch sektoral und regionale Differenzierungen geprägt.

Wachstum, konjunkturelle Schwankungen und struktureller Wandel sind in der Realität (im hier relevanten Zeitraum der Nachkriegszeit) interdependent und gleichzeitig aufgetreten, als verschiedene Aspekte einer komplexen Erscheinung.

Unbeschadet des tatsächlich bestehenden Interdependenz-Zusammenhangs zwischen Wachstum, Strukturwandel und Konjunktur erscheint es unter theoretisch-analytischen Gesichtspunkten möglich und nützlich, die drei genannten Erscheinungen zu trennen, und zwar sowohl unter dem Aspekt der jeweiligen empirischen Ausprägung wie auch unter dem Aspekt der je unterschiedlichen verursachenden Faktoren. Am leichtesten läßt sich der Aspekt des strukturellen Wandels von den beiden anderen unterscheiden. Der (sektorale) Strukturwandel zeigt sich empirisch an der Verschiebung der Anteile einzelner Branchen und Sektoren am Output oder an der Beschäftigung der Gesamtwirtschaft. Diese Verschiebung ist auf differenzierte Wachstumsraten der jeweiligen Branchen zurückzuführen, die ihrerseits von sektoral unterschiedlichen Einkommenselastizitä-

ten, Produktivitäten, Wettbewerbssituationen, etc. verursacht sind.

Die Unterscheidung von Wachstum und Konjunktur ist schwieriger; es handelt sich um das Problem der Differenzierung von Zyklus und Trend. Analytisch-statistisch ist es möglich, das Wachstum in eine Trend- und eine Zykluskomponente zu zerlegen, aber es gibt hier keine eindeutige Lösung, sondern je nach Wahl der Anfangsperiode und des Schätzverfahrens verschiedene Möglichkeiten.

Man kann die Kontroverse, ob es sich bei Konjunktur und Wachstum nun um das gleiche Realphänomen handelt oder nicht,¹ dadurch umgehen, daß man unterschiedliche Indikatoren für den Zyklus und für das Wachstum heranzieht. Der Zyklus wird als Abweichungen der Industrieproduktion vom Trend bzw. als Schwankungen im Auslastungsgrad des Produktionspotentials definiert, das Wachstum als Zunahme des Produktionspotentials bzw. des BSP.

2.1. *Das Wachstum in der Bundesrepublik Deutschland*

Ein Blick auf die Entwicklung des BSP der Bundesrepublik zeigt das Bild eines ungestümen und fast ununterbrochenen Wachstums (vgl. Abb. 1). In der ersten Dekade gab es (wenn auch bedingt durch Sonderfaktoren wie relativ niedriges Ausgangsniveau, Korea-Boom und Zustrom qualifizierter Arbeitskräfte aus Mitteldeutschland) reale Wachstumsraten bis zu 12%. In den 50er Jahren lag das reale Wirtschaftswachstum durchschnittlich bei knapp 8%. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, daß die Meinung um sich griff, der Konjunkturzyklus sei tot und begraben, das 'Zeitalter ständiger Aufwärtsentwicklung und ewiger Prosperität sei angebrochen'.²

Als Ursachen für die hohen Wachstumsraten in der ersten Phase nach dem Krieg nennt Giersch:³

— eine vorteilhafte Produktionsstruktur,

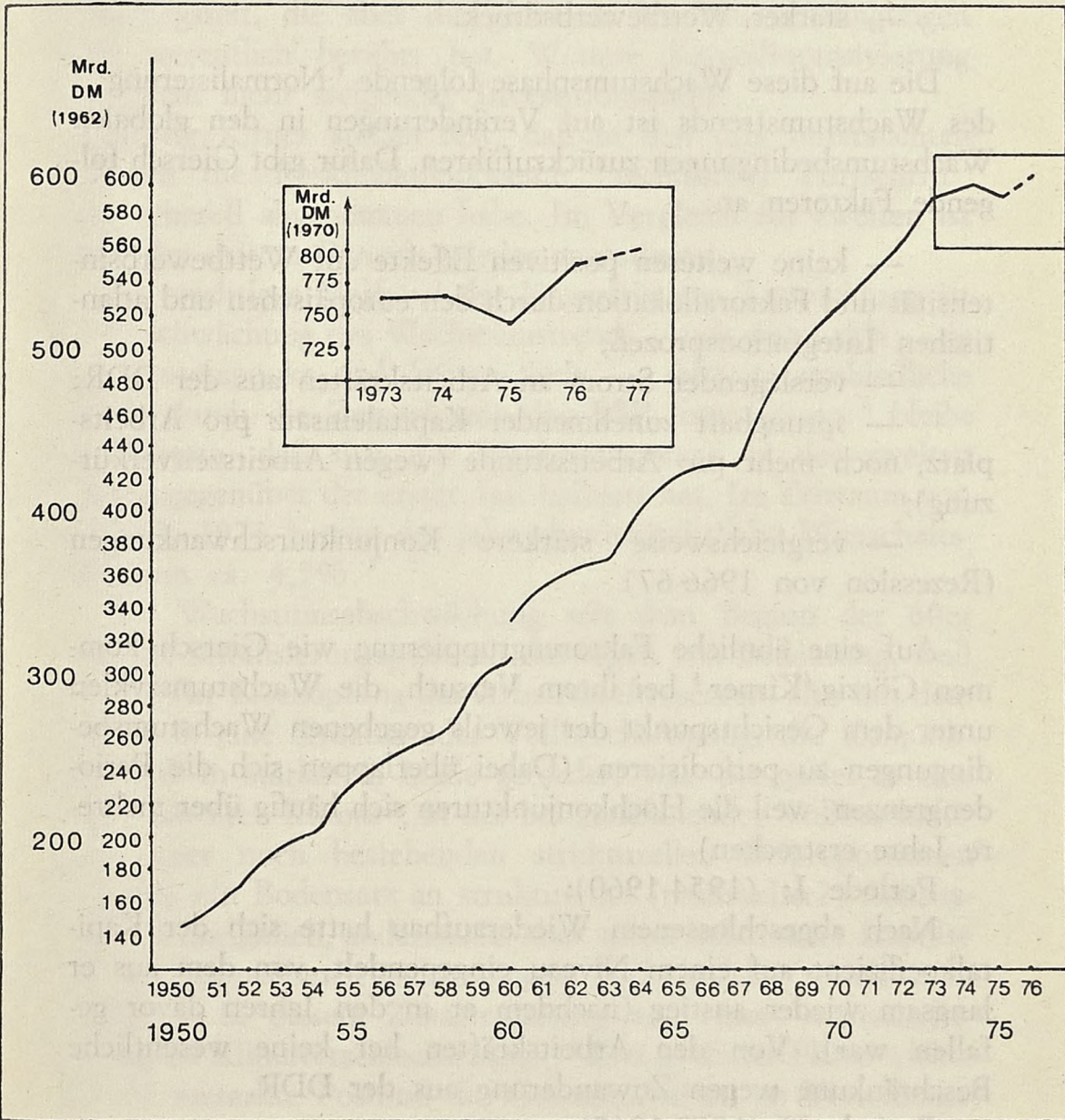
¹ Vgl. z. B. J. WERNER 1968, S. 68; L. STIRNBERG 1974.

² Vgl. A. WOLL 1974, S. 392.

³ Vgl. H. GIERSCH 1971, S. 16 ff.

Abb. 1: Die Entwicklung des Bruttosozialprodukts der Bundesrepublik Deutschland

(1950-76, in Preisen von 1962 bzw. 1970, in Mrd. DM)



Quelle: JG 76, Tab. 15*, S. 239, und JG 77, Tab. 15*, S. 243.

- ein elastisches Faktorangebot,
- eine für Gewinne und Investitionen günstige Einkommensverteilung,
- Investitionsanreize im Steuersystem,
- hohe Produktivität der Investitionen,
- starker Wettbewerbsdruck.

Die auf diese Wachstumsphase folgende 'Normalisierung'⁴ des Wachstumstrends ist auf Veränderungen in den globalen Wachstumsbedingungen zurückzuführen. Dafür gibt Giersch folgende Faktoren an:

- keine weiteren positiven Effekte auf Wettbewerbsintensität und Faktorallokation durch den europäischen und atlantischen Integrationsprozeß;
- versiegender Strom an Arbeitskräften aus der DDR;
- sprunghaft zunehmender Kapitaleinsatz pro Arbeitsplatz, noch mehr pro Arbeitsstunde (wegen Arbeitszeitverkürzung);
- vergleichsweise stärkere Konjunkturschwankungen (Rezession von 1966-67).

Auf eine ähnliche Faktorengruppierung wie Giersch kommen Görzig/Kirner⁵ bei ihrem Versuch, die Wachstumszyklen unter dem Gesichtspunkt der jeweils gegebenen Wachstumsbedingungen zu periodisieren. (Dabei überlappen sich die Periodengrenzen, weil die Hochkonjunktoren sich häufig über mehrere Jahre erstrecken).

Periode I: (1954-1960):

Nach abgeschlossenem Wiederaufbau hatte sich der Kapitalkoeffizient auf einem Niveau eingependelt, von dem aus er langsam wieder anstieg (nachdem er in den Jahren davor gefallen war). Von den Arbeitskräften her keine wesentliche Beschränkung wegen Zuwanderung aus der DDR.

Periode II (1959-1965):

Ansteigende Investitionsquote und sich verschärfende Spannungen auf dem Arbeitsmarkt, — wegen Versiegens des Zuzugs

⁴ Vgl. D. SCHRÖDER 1971, S. 53.

⁵ Vgl. B. GÖRZIG, W. KIRNER 1970, S. 8 f.

aus der DDR. Rasches Wachstum der Kapitalintensität und des Kapitalkoeffizienten.

Periode III (1964-1969):

Abschwächung des Wachstumstempos der Kapitalintensität (bereinigt um den Rezessionseffekt). Stärkste Rezession in der Nachkriegszeit, die aber die globalen Wachstumsbedingungen nicht wesentlich berührt hat. Weitere Kapitalintensivierung trotz nicht mehr steigender Investitionsquote.

Görzig/Kirner stellen fest, daß in den drei untersuchten Perioden die Residualkomponente 'technischer Fortschritt' nicht generell abgenommen habe. Im Vergleich zur zweiten ist sie in der dritten Periode wieder angestiegen.

Ein wichtiges Merkmal der längerfristigen Entwicklung ist die Abschwächung des Wachstumstrends. Auch wenn sich — je nach Ansatzpunkt und Stützperiode — sehr unterschiedliche Trends durch die Zuwachsraten des BSP legen lassen,⁶ bleibt das Faktum, daß sich das Wachstumstempo in der zweiten Dekade gegenüber der ersten fast halbiert hat. Im Zeitraum von 1960 bis 1973 betrug das jahresdurchschnittliche Wirtschaftswachstum ca. 4,5%.⁷

Die Wachstumsabschwächung seit dem Beginn der 60er Jahre ist stabilisierungspolitisch deswegen von Bedeutung, weil erst mit der Erschöpfung der Arbeitskraftreserven, also mit dem Eintritt in eine Situation der Vollbeschäftigung, die Konjunkturpolitik in stärkerem Maße gefordert war. Sie geriet in eine Zone 'härteren Klimas', in der bei zunehmender Vollbeschäftigung, aber noch bestehenden strukturellen Disproportionen einerseits ein Bodensatz an struktureller (natürlicher?) Arbeitslosigkeit übrigblieb, andererseits aber schon inflationäre Impulse von den Engpaßbereichen ausgingen. Nicht zufällig spricht z. B. Tuchtfeldt in diesem Zusammenhang von einer 'wirtschaftspolitischen Klimaverschlechterung'.⁸ Erst in dieser Phase wirkte sich die erstarkte Position der Gewerkschaften im Verteilungs-

⁶ Vgl. K.-W. SCHATZ 1974, S. 6.

⁷ Vgl. D. SCHRÖDER 1976, S. 341.

⁸ Dabei bezieht sich Tuchtfeldt nur auf das wirtschaftspolitische Handeln bzw. Nicht-Handeln, nicht auf die 'realen' Veränderungen im Klima. Vgl. E. TUCHTFELDT 1973, S. 162.

kampf und die Beschränkungen der Geld- und Kreditpolitik durch fixe Wechselkurse aus.

Die Befürchtungen bezüglich einer säkularen Abschwächung des Wachstumstrends haben sich durch die beiden Aufschwungsperioden 1968/69 und 1972/73 nur geringfügig verringert. Auch wenn die Verbesserung der durchschnittlichen Wachstumsraten in der Periode von 1968-72 auf 5,4% teilweise⁹ als ein Wiederansteigen des Trends interpretiert worden ist, wird heute vorwiegend eine weitere Abnahme des mittelfristigen Wachstumstrends erwartet. Schröder schätzt das durchschnittliche Wachstum bis zum Jahre 1985 auf 3 bis 3,5%.¹⁰

Tab. 1: *Bruttoinlandsprodukt, Beschäftigte und Arbeitsproduktivität*
(jahresdurchschnittliche Veränderungsrate in vH)

	BIP ¹		Beschäftigte Arbeitnehmer			Geleistete Arbeiterstunden (Verarb. Industrie)	Produktionsergebnis je Beschäftigtenstd. (Verarb. Industrie)
	BRD	EG ²	BRD	EG (9)	USA	BRD	BRD
1950-55	9,5					6,9	5,3
1955-60	6,5					1,9	6,1
1960-65	5,0	5,2	1,5	1,3	2,1	-0,7	5,4
1965-70	4,5	5,3	0,5	0,6	2,7	-0,8	5,0
1970-75	1,9	2,5	-0,8	0,3	1,2	-5,3	4,9

¹ In Preisen von 1962 für die Perioden 1950-55 und 1955-60; in Preisen von 1970 für die folgenden Perioden.

² Bis 1970 EG der Sechs; danach EG der Neun.

Quellen: K.-W. Schatz 1974, S. 153; JG 77, Tab. 34*, S. 278; Lange Reihen 1976 S. 64f.; Eurostat ESVC 1977.

⁹ Vgl. z. B. JG 69, Zf. 53; K.-W. Schatz 1974, S. 5.

¹⁰ Vgl. D. Schröder 1976, S. 341.

Betrachtet man einige der hinter der hochaggregierten Größe 'Wachstum' stehenden Faktoren, so zeigt sich für die BRD (vgl. Tab. 1), daß die 'überhöhten' Wachstumsraten der 50er Jahre darauf zurückzuführen sind, daß sowohl die (Stunden-)Produktivität als auch das Arbeitsvolumen angestiegen sind, letzteres allerdings mit stark abnehmender Tendenz. In den sechziger Jahren dagegen geht das Arbeitsvolumen schon zurück, und das Wachstum des Sozialprodukts wird praktisch nur noch von der Steigerung der Produktivität getragen.

Im Zeitraum von 1960-1972 hat sich der Kapitalstock verdoppelt; er nahm jahresdurchschnittlich um 5,9% zu (1972-75: 3,4%). Da im gleichen Zeitraum die Anzahl der Erwerbstätigen (einschließlich ausländischer Arbeitskräfte) nur um 1,2% anstieg (bzw. in 1972-75 um 4,6% fiel), kam es zu einer andauernden und starken Kapitalintensivierung: jahresdurchschnittlich 5,7% (1972-75: 6,6%).¹¹

Die Verengung des Wachstumsspielraums in den zurückliegenden zehn Jahren weist nach Zinn¹² auf 'tieferliegende Wachstumshemmnisse' hin, nämlich *a*) auf eine Abnahme der Investitionsbereitschaft, *b*) den Anstieg des industriellen Kapitalkoeffizienten und *c*) ein vermindertes Wachstum der Endnachfrage.

Das durch die verminderte Zunahme der Gesamtinvestitionen abgeschwächte Wachstum des Produktionspotentials wird durch den Anstieg des Kapitalkoeffizienten noch weiter reduziert. Stabilisierungspolitisch ist diese Verengung des Wachstumsspielraumes in zweifacher Hinsicht von Bedeutung. Zum einen verringert sich die Angebotselastizität; ein Aufschwung wächst deswegen rascher als zuvor in Kapazitätsgrenzen, von denen inflationäre Impulse ausgehen. Zum anderen verringert sich die Fähigkeit der Wirtschaft zum strukturellen Wandel, weil bei reduziertem Wachstum nicht mehr eine branchenmäßige Differenzierung der Wachstumsraten ausreicht, um den erforderlichen strukturellen Wandel zu besorgen, sondern weil teilweise eine effektive Schrumpfung notwendig wird, die wirtschaftspolitische Widerstände auslöst.

¹¹ Vgl. K. HÖPFNER 1975, S. 28; K.-W. SCHATZ 1974, S. 187 ff., D. SCHRÖDER 1971, S. 54, DIW 1976, S. 36, 123.

¹² Vgl. K. G. ZINN 1976, S. 395 ff.

Tab. 2: *Indikatoren des Wachstumsspielraums 1950-75*

(durchschnittl. jährl. Veränderungen in vH)

	1950-55	1955-60	1960-65	1965-70	1970-75	1973	1974	1975
Gesamtinvestitionen ¹	11,8	7,1	6,3	4,8	-3,2	3,3	-12,2	-6,6
Ausrüstungsinvestitionen ¹	13,8	7,5	7,3	7,4	-0,4	2,0	-7,9	-0,3
Kapitalintensität ^{2, 3}					6,8	3,8	6,2	9,8
Privater Verbrauch ¹	8,9	6,7	5,4	4,6	2,9	2,7	0,2	2,2
	1950	1955	1960	1965	1970	1973	1964	1975
Eff. Kapitalkoeffizient ²					1,54	1,49	1,57	1,73
Kapitalkoeffizient USA ²	1,5	1,5	1,5	1,4	1,6	1,6	1,8	1,9
¹ In Preisen von 1962. ² Gesamte Industrie. ³ In Preisen von 1970.								
Quellen: BRD: Lange Reihen 1976, S. 150 f. DIW Produktionsvolumen... 1976, S. 124 f. USA: DIW-Vierteljahreshefte 3/1977, S. 1952.								

Was den dritten Faktor, nämlich das verminderte Wachstum der Endnachfrage betrifft, so scheint er auf partielle Sättigungserscheinungen gerade dort zurückzuführen zu sein, wo früher Nachholbedarf bestand, nämlich bei Wohnungen, Personenkraftwagen, elektrischen Haushaltsgeräten u. a.¹³ Die besondere Bedeutung dieser « längerfristig wirksamen Retardierung...

¹³ Vgl. D. SCHRÖDER 1976, S. 342.

der Endnachfrage »¹⁴ liegt darin, daß globale konjunkturpolitische Nachfragesteigerungen allenfalls in inflationsfördernde Kapazitätsengpässe, nicht jedoch zu Kapazitätserweiterungen führen, weil die Investoren sich bei genereller Unsicherheit über die Absatzmöglichkeiten eher an der mittelfristig zu erwartenden, nicht an der kurzfristig erhöhten Nachfrage orientieren.¹⁵

Zusätzlich zu den drei genannten Faktoren haben sich die Wachstumsbedingungen seit 1973 nachhaltig durch außenwirtschaftliche Erschütterungen verändert. Bedingt durch den Abbau der DM-Unterbewertung, die erhöhte Marktmacht einiger rohstoff-exportierender Länder, eine tendenziell restriktivere Politik gegenüber ausländischen Arbeitskräften und schließlich eine bewußtere Umweltschutzpolitik bahnt sich eine strukturelle Umwälzung in der internationalen Arbeitsteilung an.¹⁶

Diese Veränderungen treffen die Gesamtwirtschaft durchaus nicht gleichmäßig, sondern je nach Branche in unterschiedlichem Ausmaß. Dadurch tritt die strukturelle Komponente im *mix* der wirtschaftspolitischen Probleme stärker in den Vordergrund.

Auch die Konjunkturpolitik ist von den Veränderungen in den Wachstumsbedingungen betroffen. Bei nachlassendem Wachstum nehmen konjunkturelle Abschwungsphasen depressive Züge an. Der aufgestaute strukturelle Anpassungsbedarf wirkt sich auf die Branchen je unterschiedlich aus und lockert den intersektoralen Konjunkturverbund. Das damit zusammenhängende Erscheinungsbild einer sektoral differenzierten Konjunktur schränkt die Möglichkeiten einer globalen Stabilisierungspolitik erheblich ein.

2.2. *Der strukturelle Wandel in der Bundesrepublik Deutschland*

2.2.1. *Wirtschaftsstruktur und Strukturwandel*

Wirtschaftliches Wachstum erfordere den Wandel der Strukturen; struktureller Wandel aber verlange den hohen Preis flexiblen Verhaltens von allen Wirtschaftssubjekten und von den

¹⁴ K. G. ZINN 1976, S. 397. Vgl. auch Tab. 2, S. 20, in dieser Arbeit.

¹⁵ Vgl. ebd., S. 399.

¹⁶ Vgl. D. SCHRÖDER 1976, S. 342.

Akteuren der Wirtschaftspolitik.¹⁷ In seinem JG 65 untersuchte der SR Wachstum und Strukturwandel unter stabilisierungspolitischer Fragestellung: Wie kann Preisniveaustabilität, stetiges Wachstum und Strukturwandel miteinander vereinbart werden? Der SR sprach sich dagegen aus, Wachstumspausen als « Reinigungskrisen » und als « Preis des wirtschaftlichen Wachstums » hinzunehmen. Mit einer ' progressiven Strukturpolitik ' im Rahmen der Konjunkturpolitik scheinen dem SR die Unstetigkeiten des Wachstums überwindbar zu sein.¹⁸ Verzögerungen im Wachstum seien nämlich im wesentlichen auf Beharrungstendenzen und Anpassungswiderstände zurückzuführen, d. h. auf Widerstände gegen den notwendigen strukturellen Wandel.

Wie kann der Strukturwandel analytisch erfaßt werden, und wie kann eine « progressive Strukturpolitik » den Wandel fördern und die ' Struktur von morgen ' antizipieren? Mit dem Begriff ' Wirtschaftsstruktur ' wird üblicherweise der Aufbau einer Volkswirtschaft aus ihren Teilen, also ihr ' Gefüge ' gekennzeichnet. Die Struktur ist eine gedachte Ordnung von Relationen zwischen teil- und gesamtwirtschaftlichen Größen. Sie wird mit Strukturkoeffizienten, d. h. mit einer Reihe geordneter Verhältniszahlen erfaßt.

Unter Strukturänderungen sollen überkonjunkturelle, also mittel- bis längerfristige Veränderungen in den Strukturkoeffizienten verstanden werden. Der historische Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung — heute i. d. R. des wirtschaftlichen Wachstums — schlägt sich immer auch in einer Veränderung wichtiger Strukturrelationen nieder.

Strukturgrößen (und entsprechend: Strukturkoeffizienten) sind Zusammenfassungen von Einzeldaten, z. B. Produktions-, Umsatz- oder Beschäftigtenzahlen aus Unternehmen. Die Ermittlung dieser Daten erfolgt immer schon unter den leitenden Gesichtspunkten einer vorgängigen Theorie, etwa einer Kreislauftheorie; ebenso erfolgt die Untersuchung der Wirtschaftsstruktur und des strukturellen Wandels immer unter bestimmten theoretischen Fragestellungen.

¹⁷ Vgl. JG 65, Zf. 213.

¹⁸ Vgl. ebd., Zf. 214.

Im vorliegenden Zusammenhang interessiert die Frage, ob und ggf. auf welche Weise die Stabilisierungspolitik strukturell-politisch abgesichert werden könnte, d. h. wie eine 'progressive Strukturpolitik' gegebene Anpassungswiderstände verringern und den strukturellen Wandel fördern könnte. Um dieses Problem in den Griff zu bekommen, müssen zunächst einige Vorfragen geklärt werden. Zunächst ist zu fragen, ob die strukturelle Entwicklung der fortgeschrittenen Industrieländer bestimmte Regelmäßigkeiten aufweist, inwiefern diese auch für die BRD gelten und inwiefern die erkannten Regelmäßigkeiten Grundlage für die Bestimmung einer 'normalen' Strukturentwicklung und für die Diagnose von Fehlentwicklungen sein könnten. Solche Kenntnisse über den Verlauf des strukturellen Wandels scheinen für eine wirtschaftspolitische Diagnose erforderlich zu sein, in welcher strukturelle und konjunkturelle Probleme berücksichtigt werden sollen — insbesondere für eine Diagnose, die zwischen konjunkturellen und strukturellen Komponenten unterscheiden können will, um 'ursachenadäquat' mit Maßnahmen der Strukturpolitik auf strukturelle Fehlentwicklungen und mit Maßnahmen der Konjunkturpolitik auf konjunkturelle Fehlentwicklungen reagieren zu können.

Die genannten Fragestellungen, dies sei gleich hinzugefügt, greifen dem Stand unserer Kenntnisse voraus. Es gibt einige Hypothesen über den strukturellen Wandel, die — wie etwa die Drei-Sektoren-Hypothese — einige grobe Anhaltspunkte, aber (noch) keine empirisch gehaltvolle Theorie beinhalten.¹⁹

2.2.2. *Veränderungen in der sektoralen Makro-Struktur*

In der langfristigen Entwicklung der Industriestaaten ist eine charakteristische Veränderung des relativen Anteils der drei Makro-Sektoren an der gesamtwirtschaftlichen Produktion bzw. an der Gesamtbeschäftigung festzustellen. Der primäre Sektor weist einen stark fallenden Anteil, der sekundäre Sektor einen zunächst zunehmenden, dann aber wieder (leicht) abneh-

¹⁹ Vgl. E. GÖRGENS 1975², S. 5 ff.

menden Anteil und der tertiäre Sektor schließlich einen kontinuierlich zunehmenden Anteil auf.

Diese Aussage ist natürlich abhängig von der Abgrenzung der drei Sektoren. Folgt man hierin der amtlichen Statistik, wonach zum primären Sektor die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Tierhaltung, zum sekundären Sektor Bergbau, Energiewirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe (Industrie) und Baugewerbe, und schließlich zum tertiären Sektor die Bereiche des Handels und Verkehrs, Banken und Versicherungen, Wohnungsvermietung, Staat und sonstige Dienstleistungen gehören,²⁰ dann läßt sich für die derart abgegrenzten Sektoren die obige Aussage zureichend belegen. Die Abnahme des Anteils des primären Sektors ist in allen Industrieländern zu beobachten, ebenso die Zunahme des sekundären Sektors. Was dessen Abnahme nach Überschreiten eines gewissen Höhepunktes betrifft, so ist diese Entwicklung deutlich nur in den USA und Schweden, in anderen Ländern erst andeutungsweise und in der BRD z. B. noch nicht eindeutig festzustellen (vgl. Tab. 3, S. 27).

Die Vertreter der Drei-Sektoren-Hypothese sehen in dieser Entwicklung Stadien einer 'abwechselnden Dominanz der einzelnen Sektoren',²¹ bedingt durch die Art der produzierten Güter (Clark), die unterschiedlichen Einkommenselastizitäten der Nachfrage nach verschiedenen Güterarten bei steigendem Durchschnittseinkommen (Fisher), Unterschiede in der Möglichkeit der Realisierung von technischem Fortschritt (Fourastié), oder bedingt durch die Dominanz eines je anderen Produktionsfaktors (Wolfe).²²

Fourastié geht bei seiner Sektorenabgrenzung vom Kriterium der Stärke des technischen Fortschritts aus; er ordnet deswegen (wie Clark) die Bauwirtschaft als Bereich mit geringem technischen Fortschritt dem tertiären Sektor zu. Abb. 2 zeigt die von Fourastié projektierte Entwicklung der Makro-Sektoren. Im Stadium der Reife dominiert der Dienstleistungssektor mit einem Anteil von ca. 80%.²³

²⁰ Vgl. D. CASSEL, K.-P. KRUBER 1974, S. 314.

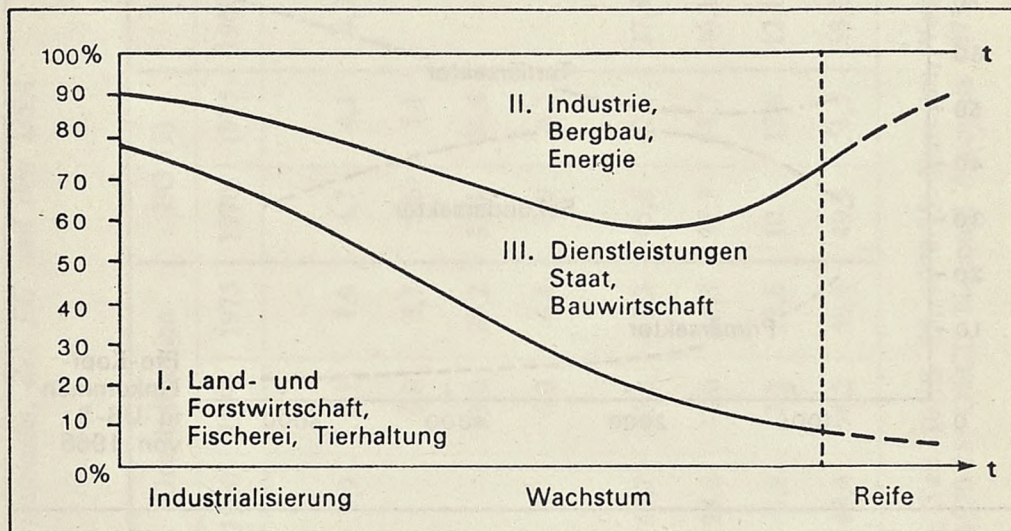
²¹ Vgl. E. GÖRGENS 1975¹, S. 287.

²² Vgl. D. CASSEL, K.-P. KRUBER 1974, S. 314.

²³ Vgl. E. GÖRGENS 1975¹, S. 287 f.

Abb. 2: *Langfristige Entwicklung der Makro-Sektoren nach der Drei-Sektoren-Hypothese von Fourastié*

(Produktions- und Beschäftigtenstruktur - in vH)

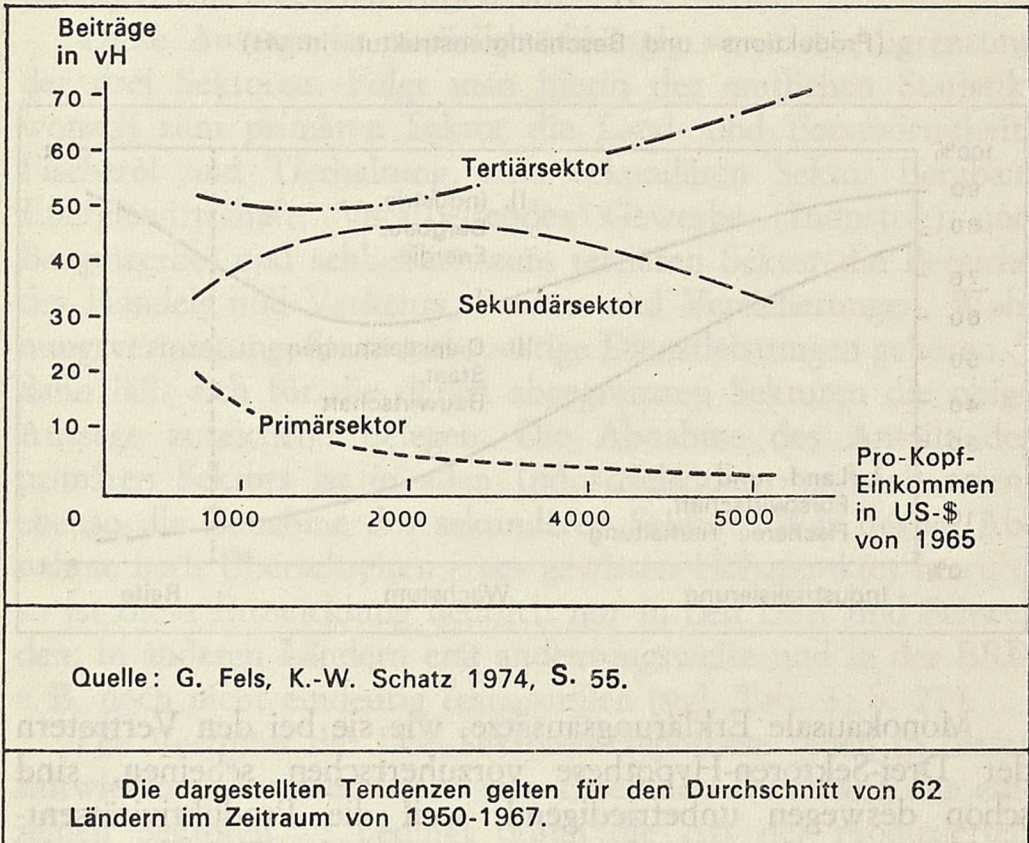


Monokausale Erklärungsansätze, wie sie bei den Vertretern der Drei-Sektoren-Hypothese vorzuherrschen scheinen, sind schon deswegen unbefriedigend, weil die Produktivitätsentwicklung mit der Preiselastizität wie mit der Einkommenselastizität der Nachfrage zusammenhängt. Die Hierarchie der Dringlichkeit der Bedürfnisse wirkt sich auf die Einkommenselastizität der Nachfrage, die Nachfrageentwicklung aber wiederum auf die Inventions- und Innovationsaktivität aus.²⁴ Die Produktivitätsentwicklung hat ihrerseits wieder Auswirkungen auf die Entwicklung der Preisrelationen und damit auf die Nachfrageentwicklung.

Empirisch ist der Zusammenhang zwischen (Pro-Kopf-) Einkommensniveau und Produktionsstruktur von einer Gruppe des Kieler Instituts für Weltwirtschaft untersucht worden. Die nachfolgende Abb. 3 veranschaulicht die festgestellte 'Grundrichtung des Strukturwandels' in Abhängigkeit von der Real-Einkommensentwicklung. Von der 'Grundrichtung' her stimmen diese Ergebnisse gut mit den Aussagen der Vertreter der Drei-Sektoren-Hypothese überein.

²⁴ Vgl. E. GÖRGENS 1975¹, S. 291.

Abb. 3: Einkommensniveau und Produktionsstruktur



Geht man nun von der Betrachtung der allgemeinen, durchschnittlichen Entwicklung über zum Vergleich der Produktionsstrukturen einzelner Industriestaaten, so zeigt sich, daß zwar alle Staaten dem allgemeinen Trend der strukturellen Entwicklung folgen — was insbesondere für den rapiden Rückgang des Anteils der Landwirtschaft am BSP gilt —, daß andererseits aber doch auch charakteristische Unterschiede bestehen.

In den USA überwiegt der Sektor der privaten Dienstleistungen durchgängig und deutlich den industriellen Sektor, während in den Ländern der EG das produzierende Gewerbe bis 1970 noch das Übergewicht hat. In der Periode zwischen 1970 und 1975 fällt der sekundäre Sektor in England und Frankreich auf die zweite Stelle ab, während er in der BRD und in der EG insgesamt noch dominierend bleibt (vgl. Tab. 3). Nur in der BRD hat der Sektor des warenproduzierenden

Tab. 3: Zur Entwicklung der Produktionsstruktur in europäischen Industriestaaten, der EG und den USA
(Anteile am BIP in vH in jew. Preisen)

	BR Deutschland			Frankreich			Großbritannien			EG (9)			USA		
	1960	1970	1975	1960	1970	1975	1960	1970	1975	1960	1970	1975	1960	1970	1975
1. Land-, Forst- und Fischwirtschaft	5,7	3,2	2,8	9,3	6,5	5,1	3,9	2,1	1,9	4,7	4,1	4,0	2,8	2,7	
2 a. Energieerzeugnisse		5,5	5,7		4,5	3,6		6,8	5,7	5,6	5,1		4,1	3,9	
2 b. Gewerbliche Erzeugnisse		38,8	35,4		26,8	26,0		33,0	29,2	32,1	26,4		25,7	24,0	
2 c. Hoch- und Tiefbau		9,4	7,7		7,5	7,5		6,0	6,4	8,0	6,5		4,9	3,8	
2. Warenproduz. Gewerbe insg. (2 a - 2 c)	54,4	53,7	48,8	47,1	38,8	37,1	47,7	45,8	41,3	45,6	42,1	37,8	34,7	31,7	
3 a. Dienstleistungen	32,6	32,9	36,5	33,6	37,3	41,2	38,6	42,0	44,3	37,3	38,7	46,1	47,6	50,1	
3 b. Staat	7,2	10,7	13,8	8,4	10,8	11,9	9,8	12,2	15,6	10,1	12,8	12,1	14,8	14,5	
3. Dienste insg. (3 a - 3 b)	39,8	43,6	50,3	42,0	48,1	53,1	48,4	54,2	59,9	49,3	51,5	58,2	62,4	64,6	

Quellen: Werte für die europäischen Länder und die EG; 1960: JG 73, Tab. 10, S. 25, 1970-75: Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1976. Werte für die USA: 1960: JG 73, Tab. 10, S. 25, 1970-75: OECD National Accounts 1975, Vol. II, S. 27.

Gewerbes bis 1975 (in jeweiligen Preisen) einen Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung von über 50% (vgl. Tab. 4, S. 30).

In diesem Zusammenhang sprechen einige Autoren²⁵ von der 'Überindustrialisierung der Bundesrepublik'. Sie führen diese strukturelle Besonderheit auf zwei Faktoren zurück, einmal den 'konstitutionellen' Faktor der zentralen Lage in Westeuropa und der damit gegebenen ausgezeichneten industriellen Standortbedingungen,²⁶ zum anderen auf den 'wirtschaftspolitischen' Faktor der lang andauernden Unterbewertung der DM und der sich daraus ergebenden Exportlastigkeit der deutschen Industrie.

Den zuletztgenannten Faktor pointiert Johnson aus anglo-amerikanischer Sicht: Die BRD (wie auch Japan) hätten « a de facto mercantilist policy of using currency undervaluation » benutzt « to generate domestic employment by means of a balance-of-payments surplus ».²⁷

Die relative 'Überindustrialisierung' hängt mit der relativen 'Export-Lastigkeit' der westdeutschen Wirtschaft zusammen. Seit vielen Jahren sind außergewöhnlich hohe Exportüberschüsse im Zusammenhang mit einer Ausländerbeschäftigung von bis zu 10% des inländischen Arbeitskräftepotentials und einem Defizit im längerfristigen Kapital- und Lizenzverkehr zu beobachten.²⁸

Die BRD « hat lange Zeit über den eigenen Bedarf und über die eigenen Ressourcen hinaus investiert und produziert. Es wurden Arbeitskräfte, Kapital und *knowhow* eingeführt, diese Faktoren in hochverdichteten Industriegebieten 'veredelt' und beträchtliche Teile der Produktion wieder ausgeführt ».²⁹

Der Anteil der Exporte am BIP (Exportquote) betrug 1972 durchschnittlich 18%.³⁰ In einigen Industriezweigen allerdings über 45% (z. B. Automobilindustrie).

²⁵ Vgl. G. FELS 1973, S. 8 f.; E.-J. HORN 1976, S. 347; H.-R. PETERS 1971, S. 22 Anm. 10.

²⁶ Vgl. E.-J. HORN 1976, S. 347.

²⁷ H. G. JOHNSON 1974, S. 9.

²⁸ Vgl. K. HÖPFNER 1975, S. 118.

²⁹ Ebd.

³⁰ Ebd., S. 10.

Einen weiteren Erklärungsgrund für den hohen Industrieanteil der BRD sieht Giersch in der 'geographischen Lage unseres Landes': die BRD liegt « in der Nähe des europäischen Industriekerns und somit in zentralen Gebieten des Gemeinsamen Marktes ». ³¹

Bis 1970 wies der industrielle Sektor eine — wenn auch geringfügige — Zunahme seines relativen Anteils am BIP auf (ausgedrückt in jeweiligen Preisen); seither ist dieser Anteil leicht rückläufig. Man kann davon ausgehen, daß dieser rückläufige Trend des sekundären Sektors anhalten wird. ³² Verglichen mit dem internationalen Niveau hat die BRD einen Nachholbedarf an Strukturwandel. Es ist zu erwarten, daß die rapide sich anbahnenden strukturellen Wandlungen im Weltwirtschaftssystem und in der internationalen Arbeitsteilung sich auf die relativ anfällige Struktur der BRD besonders stark auswirken werden.

2.2.3. *Der Wandel der Produktions- und Beschäftigtenstruktur*

Wie bereits ausgeführt, zeigt sich in der Entwicklung der Beiträge der Makro-Sektoren zum Brutto-Inlandsprodukt für die BRD im Vergleich zu anderen Industrieländern die Besonderheit, daß der Sekundäre Sektor seinen ohnehin hohen Anteil bis 1970 noch ausdehnte. Ausgedrückt in jeweiligen Preisen, erreicht dieser Anteil in 1970 ein Maximum von 52,8%. Bei realer Betrachtungsweise, d. h. in Preisen von 1970, scheint die Entwicklung stärker zyklisch geprägt zu sein. Der relative Anteil des warenproduzierenden Gewerbes weist für 1961 einen Höhepunkt von 53,8% auf; mit der ersten Rezession fällt dieser Anteil in 1967 auf 50,9%, um bis 1970 wieder anzusteigen. Seither ist jedoch ein deutlicher Abfall unter die 50%-Marke festzustellen (vgl. Tab. 4). Dieser Besonderheit des sekundären Sektors — d. h. dem anhaltenden Zustand der relativen 'Überindustrialisierung' — entspricht die bemerkens-

³¹ Vgl. G. GIERSCH 1973, S. 17.

³² Ebd., S. 16.

werte Konstanz des Anteils der Dienstleistungen in den 60er Jahren. Erst seit 1970 ist hier ein gewisser Anstieg zu verzeichnen.

Tab. 4: *Bruttowertschöpfung zusammengefaßter Wirtschaftsbereiche*
(Anteile in vH)

	Land- und Forstwirtschaft		Warenproduz. Gewerbe		Dienstleistungen		Private Haushalte		Staat	
	<i>a</i>	<i>b</i>	<i>a</i>	<i>b</i>	<i>a</i>	<i>b</i>	<i>a</i>	<i>b</i>	<i>a</i>	<i>b</i>
1950 ¹	10,2	9,1	49,6	44,5	30,6	36,1	1,8	3,1	7,8	10,5
1960	4,9	5,8	50,3	53,5	33,2	32,0	2,1	1,5	9,5	7,3
1965	3,6	4,4	52,1	53,2	33,2	32,9	1,6	1,3	9,5	8,2
1970	3,4	3,4	52,8	52,8	33,2	33,2	1,3	1,3	9,3	9,3
1975 ²	3,3	2,9	50,2	47,3	34,8	36,3	1,3	1,6	10,5	11,9
1976 ²	3,1	2,8	51,1	47,9	34,5	36,1	1,3	1,3	10,0	11,6

a In jeweiligen Preisen.
b In Preisen von 1970.
¹ Ohne Saarland und Berlin (*a* in Preisen von 1962).
² Vorläufig.

Quellen: JG 76, Tab. 14*, S. 236 f. JG 77, Tab. 14*, S. 240 f.

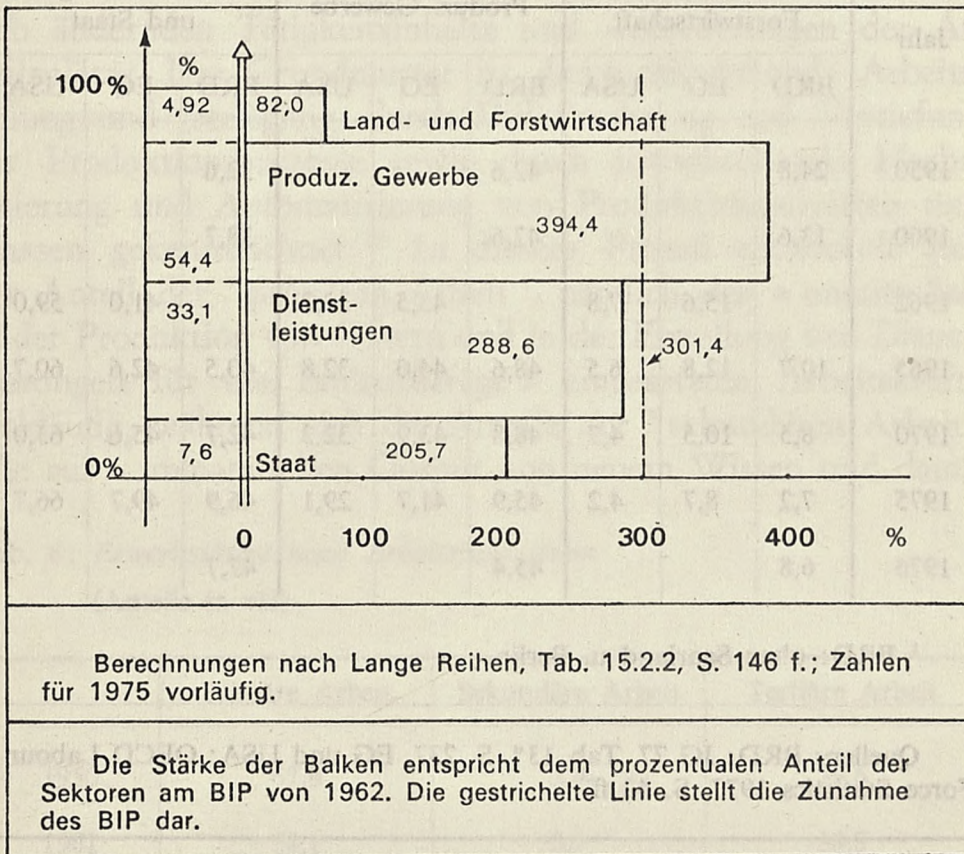
Bei der Betrachtung der Entwicklung der *relativen* Anteile der Makro-Sektoren am BIP ist zu berücksichtigen, daß in allen Sektoren die *absoluten* Zuwachsraten seit 1950 positiv waren. Die Verschiebungen in den relativen Anteilen ergeben sich aus den sektoral unterschiedlichen Zuwachsraten, die sich zwischen 82% und 395% bewegen (vgl. Abb. 4, S. 31).

Neben dem Indikator 'relativer Anteil am BIP' ist auch der Indikator 'relativer Anteil an den Beschäftigten' von besonderem Interesse für die Beurteilung des Strukturwandels.

Bei der Betrachtung der Veränderungen der Beschäftigtenstruktur ist zu berücksichtigen, daß der Faktor Arbeit im Vergleich zum Faktor Kapital eine geringe und sich vermindernde Zuwachsrate aufweist.³³ Der Faktor Arbeit ist zunehmend knapper geworden.

Abb. 4: *Zuwachsraten der Makro-Sektoren*

(1975 gegenüber 1950; Beiträge zum BIP in Preisen von 1962)



Im Zeitraum von 1955 bis 1971 erhöhte sich das Produktionspotential um 150%, das Arbeitsplatzpotential dagegen nur um ca. 11%, die Zahl der Erwerbstätigen um 10,9%. Die Kapitalintensität, gemessen an dem Wert des Kapitalstocks je Erwerbstätigen, wuchs im gleichen Zeitraum von 18 000 DM auf 48 000 DM (in Preisen von 1962), also um 266%.³⁴

³³ Vgl. B. GÖRZIG, W. KIRNER 1970, S. 5.

³⁴ Vgl. H. JÜRGENSEN 1973, S. 120.

Dies bedeutet eine relativ stärkere Verteuerung des Faktors Arbeit und — daraus folgend — eine Veränderung der Faktorproportionen, die sich im Übergang zu kapitalintensiveren Produktionstechniken ausdrückt.

Tab. 5: *Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen*

(BRD, EG und USA; 1950-76; Anteile in vH)

Jahr	Land- und Forstwirtschaft			Produz. Gewerbe			Dienstleistungen und Staat		
	BRD	EG	USA	BRD	EG	USA	BRD	EG	USA
1950 ¹	24,8			42,6			32,6		
1960	13,6			47,6			38,7		
1962		15,6	7,8		43,5	33,2		41,0	59,0
1965	10,7	12,8	6,5	48,6	44,0	32,8	40,5	42,6	60,7
1970	8,5	10,5	4,7	48,8	43,9	32,3	42,7	45,6	63,0
1975	7,2	8,7	4,2	45,9	41,7	29,1	46,9	49,7	66,7
1976	6,8			45,4			47,7		

¹ BRD: ohne Saarland u. Berlin.

Quellen: BRD: JG 77, Tab. 13*, S. 237. EG und USA: OECD Labour Force Statistics 1977, S. 42 ff.

Die Zahl der Erwerbstätigen hat sich von 19,997 Mio. in 1950 auf 25,323 Mio. in 1975 erhöht.³⁵ Gleichzeitig sind in den schrumpfenden Sektoren die absoluten Zahlen der Beschäftigten zurückgegangen. So wurde z. B. im primären Sektor im oben genannten Zeitraum von 5 Mio. Beschäftigten über 3 Mio. 'freigesetzt'. Damit ging der Anteil der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft in 20 Jahren um über 70%

³⁵ Vgl. JG 77, Tab. 12*, S. 236.

zurück. Im Bergbau ging die Zahl der Beschäftigten ebenfalls absolut zurück: von 1962 bis 1974 um 47,3%.³⁶ Entsprechend haben die Wachstumsindustrien, vor allem aber der tertiäre Sektor (und innerhalb dessen wiederum überwiegend der Staatssektor), ihren Anteil an den Beschäftigten gesteigert. (Vgl. Tab. 5).

Ergänzend zum Wandel der sektoralen Beschäftigungsstruktur gibt der Wandel in der Struktur der Arbeitsfunktionen Aufschluß über die im Prozeß des wirtschaftlichen Wachstums sich ändernden Tätigkeitsinhalte und -anforderungen der Arbeitsplätze. Das Grundmuster ist durch zunehmende Arbeitsteilung und -zerlegung, durch Differenzierung und Vertiefung der Produktionsprozesse sowie durch fortschreitende Mechanisierung und Automatisierung von Produktionsschritten und -phasen gekennzeichnet.³⁷ In diesem Prozeß entwickelt sich der Anteil der 'primären Arbeit', nämlich der « unmittelbar in der Produktion von Gütern und in der Erstellung von Dienstleistungen für die Endnachfrage » eingesetzten Arbeitskräfte rückläufig, während sich die Anteile der 'sekundären Arbeit' (die auf « immateriellen Output von neuem Wissen und damit

Tab. 6: *Erwerbstätige nach Arbeitsfunktionen*
(Anteile in vH)

	Primäre Arbeit	Sekundäre Arbeit	Tertiäre Arbeit
1950	67,8	2,4	29,6
1961	58,1	3,1	38,8
1960	55,0	2,5	42,5
1970	47,8	3,8	48,4

Quelle: H.-J. Bodenhöfer 1976, S. 120.

³⁶ Vgl. Lange Reihen 1976, S. 24, 34.

³⁷ Vgl. H.-J. BODENHÖFER 1976, S. 117.

auf die Veränderung der Bedingungen des Produktionsprozesses gerichtete Arbeitsleistung ») und der ' tertiären Arbeit ' (« Arbeitszusammenfassung von arbeitsteiligen und spezialisierten Teilprozessen im Produktionssystem ») erhöhen.³⁸

Der strukturelle Wandel, der von einem Wandel der Beschäftigtenstruktur begleitet ist, führte auch zu Veränderungen in der Relation selbständig zu unselbständig Beschäftigter. Insbesondere wirkten sich hier die Abwanderung von der Landwirtschaft zur Industrie und der Konzentrationsprozeß aus. Für die BRD ergibt sich daraus ein steigender Anteil der abhängig Beschäftigten an den Erwerbstätigen.³⁹ Von 1950 bis 1976 ist dieser Anteil von 68,4% auf 85,0% gestiegen.⁴⁰

2.2.4. Struktureller Wandel im sekundären Sektor

Unter stabilisierungspolitischer Fragestellung interessiert besonders der Strukturwandel im Bereich der Industrie.⁴¹

Der zyklische Kernprozeß vollzieht sich im industriellen Sektor. Seine Charakteristika sind intertemporale Unterschiede in den Wachstumsraten, d. h. ein Wechsel von Beschleunigungen und Verzögerungen der Wachstumsraten (z. B. der Nettoproduktion) der gesamten Industrie.

Der Prozeß des sektoralen Strukturwandels vollzieht sich in der Form simultaner Unterschiede in den Wachstumsraten, d. h. in der Form differenzierten Wachstums der verschiedenen Branchen im gleichen Zeitraum. Durch Aggregation der simultanen differenzierten Wachstumsraten erhält man wiederum die globale Wachstumsrate der gesamten Industrie.

Unser Ziel besteht in der Aufhellung einiger der hier ange deuteten Interdependenzen. Dazu sind zunächst einige Vorfragen bezüglich des strukturellen Wandels zu klären, so z. B., wie die Verteilung der industriellen Produktion auf die verschiedenen Branchen sich verändert hat, welche verursachenden

³⁸ H.-J. BODENHÖFER 1976, S. 117.

³⁹ Vgl. E. V. KNORRING, G.-J. KROL 1974, S. 39.

⁴⁰ JG 77, Tab 13*, S. 237.

⁴¹ Die Beschränkung auf den industriellen Sektor ist wegen der Materiallage notwendig, von der stabilisierungspolitischen Fragestellung her auch zu rechtfertigen. Vgl. dazu auch A. WAGNER 1972, S. 243.

Faktoren auf der Nachfrage- und Angebotsseite dabei wirksam waren und ob es möglicherweise Regelmäßigkeiten im sektoralen Strukturwandel bzw. spezifische Brancheneigenschaften gibt.⁴²

Im Hintergrund dieser Teilfragen wie auch der übergreifenden Problemstellung steht die Frage, wie das empirisch vorliegende Erscheinungsbild des Wachstumsprozesses zerlegt werden kann in seine konjunkturellen und seine strukturellen Komponenten, wie also zwischen konjunkturellen und strukturellen Ursachen einer bestimmten Real-Entwicklung unterschieden werden kann. Dieses Diagnoseproblem erscheint bislang noch unzureichend gelöst.⁴³

Nach verbreiteter Auffassung wäre aber eine Lösung dieser Frage von erheblicher Bedeutung, weil die wirtschaftspolitischen Therapien anders ausfallen müßten, je nachdem, ob z. B. eine Abschwungssituation mit starken Produktionsrückgängen und hoher Arbeitslosigkeit vor allem konjunkturelle oder vor allem strukturelle Ursachen hat.⁴⁴ Nur, wenn vorwiegend konjunkturelle Ursachen diagnostiziert würden, dürften Maßnahmen der antizyklischen Konjunkturpolitik getroffen werden, weil damit der Auslastungsgrad von Produktionskapazitäten angehoben würde, die 'eigentlich', d. h. von der überkonjunkturellen Nachfrageentwicklung her — also unter strukturellen Gesichtspunkten —, durchaus benötigt würden, d. h. wettbewerbsfähig wären.

Würden die gleichen antizyklischen Maßnahmen der Nachfrageexpansion bei Vorliegen überwiegend struktureller Ursachen von Produktionsrückgängen und Arbeitslosigkeit getroffen, dann würden Produktionskapazitäten auslastungsmäßig abgestützt, die 'eigentlich', d. h. von der überkonjunkturellen bzw. strukturellen Nachfrageentwicklung her, nicht mehr benötigt würden, also mittelfristig nicht wettbewerbsfähig wären.

« Erste Anhaltspunkte für die Identifikation von strukturellen Phänomenen » könnten — so Görgens — von der Drei-Sektoren-Hypothese abgeleitet werden, weil sie eine « Zuord-

⁴² Vgl. zu den Fragestellungen D. MERTENS 1962, S. 19 und JG 65, Zf. 216.

⁴³ Vgl. K. G. ZINN 1976, S. 395.

⁴⁴ Vgl. E. GÖRGENS 1975¹, S. 287 f.

nung einzelner Branchen zu 'normalerweise' expansionsstarken oder expansionsschwachen Sektoren » erlaube.⁴⁵

Indessen weist Görgens selbst darauf hin, daß die Drei-Sektoren-Hypothese nur sehr beschränkt als empirisch bewährte Theorie bezeichnet werden könne. Insbesondere seien außenwirtschaftliche Einflüsse, wirtschaftspolitische Maßnahmen und Substitutionsprozesse unzureichend berücksichtigt, die in verschiedenen Ländern zu Abweichungen der tatsächlichen Entwicklung vom Muster der Drei-Sektoren-Hypothese geführt haben. Darüber hinaus ist das Drei-Sektoren-Modell ein zu grobes Raster,⁴⁶ weil der gesamte industrielle Bereich zu *einem*, dem sekundären Sektor, zusammengefaßt wird. Es käme aber wesentlich auf die Differenzierungen innerhalb dieses sekundären Sektors an, wenn das wirtschaftspolitische Problem durch konjunkturell-strukturelle Überlagerungen bedingt ist.

Immerhin aber haben wir hier einen Hinweis darauf, daß die Ursachenanalyse in Form einer 'Differentialdiagnose' nur mit Hilfe eines entsprechenden Maßstabes geleistet werden kann, der entweder eine 'Norm' der strukturellen Entwicklung beinhaltet, mit der Abweichungen als konjunkturelle (oder sonstige) Entwicklungen bestimmt werden könnten, oder umgekehrt, der eine 'Norm' der konjunkturellen Entwicklung beinhaltet, mit der die vorliegenden Abweichungen als strukturelle (oder sonstige) Entwicklungen bestimmt werden könnten.

In seinen Schlußfolgerungen verwirft Görgens die Drei-Sektoren-Hypothese als Mittel zur « ... Identifikation branchenmäßiger Strukturprobleme ». ⁴⁷ Weil sich die relevanten Strukturveränderungen weniger zwischen den Makrosektoren, sondern « ... verstärkt innerhalb des sekundären und tertiären Sektors abspielen » ⁴⁸ werden, müsse vor allem auf Branchenstrukturanalysen rekurriert werden.

So verlockend die Idee einer 'Normalstruktur' als Vergleichsmaßstab zur Unterscheidung konjunktureller von strukturellen Prozessen (und Fehlentwicklungen) ist, so wenig aus-

⁴⁵ E. GÖRGENS 1975¹, S. 287.

⁴⁶ D. CASSEL, K.-P. KRUBER 1974, S. 317.

⁴⁷ E. GÖRGENS 1975¹, S. 292.

⁴⁸ Ebd.

sichtsreich sind die bisherigen Ansätze. Die genannte 'Drei-Sektoren-Hypothese' weist das Muster des Strukturwandels auf zu hohem Aggregationsniveau aus. Das gleiche gilt für den Ansatz W. G. Hoffmanns zur Identifikation eines Musters des interindustriellen Strukturwandels.⁴⁹ Der Ansatz von Chenery ist zwar tiefer disaggregiert, dabei aber zu stark auf entwicklungspolitische Fragestellungen ausgerichtet.⁵⁰

Auf der anderen Seite gibt es an Vorstellungen über ein konjunkturelles 'Normalmuster' allenfalls den 'Musterzyklus' des Sachverständigenrates (vgl. S. 118 ff.). Der SR würde indessen dieser Verwendung seines Musterzyklus nicht ohne weiteres zustimmen. Man scheint also auf Fortschritte in der Analyse des interindustriellen Strukturwandels und auf verbesserte Branchenstrukturanalysen angewiesen zu sein. Denkbar wäre in diesem Zusammenhang eine Fortführung der vom SR im JG 65 begonnenen Analyse des Strukturwandels im Wachstum (Kapitel 4). Eine solche Untersuchung könnte dann auf stabilisierungspolitische Problemstellungen hin ausgebaut werden.

Im folgenden soll nun ein Ansatz dargestellt werden, der zu einer Einteilung der verschiedenen Branchen nach ihrem 'Entwicklungsverhalten' führt.

In seinen Arbeiten über die 'Wandlungen der industriellen Branchenstruktur' stellt Mertens schon 1960 fest, daß die « zur gleichen Zeit unterschiedlichen Verläufe der Branchenkonjunkturen durchaus nicht zufällig und einmalig, sondern eher typisch für die verschiedenen Bereiche der Wirtschaft » sein könnten.⁵¹ Er nimmt eine Unterteilung der Industriebranchen nach ihrem jeweiligen Konjunktur- und Wachstumsverhalten vor und kommt auf sieben « Klassen des Entwicklungsverhaltens »:

1. Wachstumsindustrien,
2. konjunkturgetragene Industrien,
3. konjunkturabhängige Industrien,
4. unterdurchschnittlich wachsende Industrien,

⁴⁹ Vgl. E. GÖRGENS 1975², S. 38 ff.

⁵⁰ Vgl. ebd., S. 41 ff.

⁵¹ D. MERTENS 1960, S. 282.

5. Stagnationsindustrien,
6. Schrumpfungsindustrien und
7. sich unregelmäßig entwickelnde Industrien.⁵²

Kriterium der Unterteilung ist jeweils 'das Verhältnis zwischen der partiellen und der gesamten Produktionsentwicklung', das sich in Veränderung des Strukturanteils der jeweiligen Branche an der Nettoproduktion der gesamten Industrie niederschlägt.⁵³

In der folgenden Tabelle ist jeder der oben genannten sieben Klassen eine Branche mit dem jeweils charakteristischen 'Entwicklungsverhalten' des Strukturanteils zugeordnet:

Tab. 7: *Entwicklung des Anteils ausgewählter Industriezweige am Nettoproduktionswert (preisbereinigt) der gesamten Industrie*¹
(in vH)

Jahr	Erdöl-gewinnung	Papierver-arbeitung	Eisen-schaffende Industrie	ESBM-Industrie	Kohlen-bergbau	Leder-erzeugung	Holzver-arbeitung
1936	0,13	1,24	5,67	5,54	7,72	1,10	2,14
1950	0,29	1,16	4,18	4,83	7,02	0,71	2,20
1951	0,30	1,04	4,13	5,24	6,53	0,61	2,16
1952	0,36	1,04	4,54	5,03	6,43	0,60	1,89
1953	0,41	1,07	3,79	4,71	5,92	0,57	1,97
1954	0,45	1,07	3,80	4,94	5,41	0,51	2,00
1955	0,47	1,03	4,15	5,11	4,92	0,48	1,86
1956	0,50	1,06	4,19	5,08	4,77	0,46	1,91
1957	0,53	1,06	4,13	4,88	4,55	0,47	1,88
1958	0,57	1,04	3,66	4,72	4,37	0,44	1,90
1959	0,61	1,05	3,79	4,85	3,86	0,41	1,89

¹ Ohne Bauhauptgewerbe u. Energieversorgungsbetriebe, ohne Saarland u. West-Berlin.

Quelle: D. Mertens 1960, S. 285.

⁵² Vgl. D. MERTENS 1960, S. 284.

⁵³ Vgl. ebd., S. 284 f.

Aus dieser Tabelle wird auch die Unterscheidung zwischen 'konjunkturgetragenen' und 'konjunkturabhängigen' Industrien deutlich: die 'konjunkturgetragene' Industrie (hier die Papierverarbeitung) entwickelt sich mit nahezu konstantem Strukturanteil (seit 1951), also « nahezu völlig im Einklang mit der Gesamtindustrie ». ⁵⁴ Die konjunkturabhängige Industrie (hier die Eisenschaffende Industrie) weist einen zyklisch schwankenden Strukturanteil und damit eine relativ stärkere Konjunkturanfälligkeit als die Gesamtindustrie auf.

Für den Zeitraum 1950-1959 wird nun nach dem Kriterium des « stetig steigenden Strukturanteils » folgende Gruppe von *Wachstumsindustrien* bestimmt:

- Erdölgewinnung,
- Chemische Industrie,
- Mineralölverarbeitung,
- Fahrzeugbau (einschl. Luftfahrzeugbau),
- Elektroindustrie und
- Kunststoffverarbeitung. ⁵⁵

Die jährlichen Zuwächse der Produktion reichen von 5% im Fahrzeugbau bis 14% in der Kunststoffverarbeitung. Das absolute Gewicht dieser fünf Branchen ist natürlich sehr unterschiedlich, es reicht — bezogen auf das Produktionsvolumen — vom 2. (chem. Industrie) Platz bis zum 29. Platz (Erdöl) unter den 40 Industriezweigen (der amtlichen Statistik von 1960). ⁵⁶

Aufgrund ihres überdurchschnittlichen Wachstums haben alle fünf Branchen ihren Rang zwischen 1950 und '59 erheblich verbessert. Mertens nennt diese Gruppe den « Wachstumskern der westdeutschen Industrie ». ⁵⁷ Der Strukturanteil der gesamten Gruppe erhöhte sich von 18,9% (1950) auf 29,2% (1959).

Verfolgt man die Entwicklung der Industriebranchen und

⁵⁴ D. MERTENS 1960, S. 285.

⁵⁵ Vgl. ebd., S. 286. Vgl. dazu auch E. GRÖHN 1970, S. 93 und 143, Anm. 1.

⁵⁶ Vgl. D. MERTENS, ebd., S. 287.

⁵⁷ Ebd.

Tab. 8: *Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten der industriellen Nettoproduktion*

(Preisbereinigt - nach Industriegruppen und -zweigen - 1950-72, 1962-72 und Gesamtzunahme 1972 gegenüber 1950)

Lfd. Nr.	Industriegruppe bzw. -zweig	1 Gewichtung (1962)	2 1950-72 jahresdurchschnittl. in vH	3 1962-72 jahresdurchschnittl. in vH	4 1950-72 Gesamte Zunahme in vH
1	Gesamte Industrie	100	7,1	5,2	356,7
2	Gesamte Industrie ohne Bauindustrie	95,54	7,1	5,3	357,4
3	Gesamte Industrie ohne öffentliche Energiewirtschaft und Bauindustrie	91,36	7,1	5,1	348,0
4	Bergbau	5,95	0,1	-0,8	23,9
5	Verarbeitende Industrie	85,41	7,6	5,4	398,2
6	Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	25,33	7,9	6,7	432,8
7	Industrie der Steine und Erden	3,78	6,5	4,2	300,1
8	Eisenschaffende Industrie	4,54	5,5	3,4	225,1
9	Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	1,32	2,7	0,0	78,8
10	Ziehereien und Kaltwalzwerke	0,83	7,1	5,2	350,8
11	NE-Metallindustrie	0,91	6,7	5,4	315,0
12	NE-Metallgießerei	0,23	7,4	3,4	384,4
13	Mineralölverarbeitung	2,21	13,4	8,5	1499,3
14	Chemische Industrie (einschl. Kohlenwertstoffindustrie)	8,13	10,3	10,2	771,9
15	Flachglaserzeugende und -veredelnde Industrie	0,38	8,4	5,9	490,7
16	Sägewerke und holzbearbeitende Industrie	0,80	4,2	4,2	147,7
17	Holzschliff, Zellstoff, Papier- und pappe- erzeugende Industrie	1,02	5,7	4,9	241,6
18	Gummi- und asbestverarbeitende Industrie	1,18	7,5	5,3	387,5
19	Investitionsgüterindustrien	32,76	8,3	5,0	477,6
20	Stahl- und Leichtmetallbau	1,98	4,9	2,1	185,6
21	Maschinenbau	10,43	6,8	2,8	322,8

Tab. 8 (Fortsetzung)

Lfd. Nr	Industriegruppe bzw. -zweig	1 Gewichtung (1962)	2 1950-72 jahresdurchschnittl. in vH	3 1962-72 jahresdurchschnittl. in vH	4 1950-72 Gesamte Zunahme in vH
22	Straßenfahrzeugbau	5,77	11,1	6,2	914,4
23	Schiffbau	0,60	7,7	2,9	413,5
24	Elektrotechnische Industrie	7,87	11,1	7,4	904,4
25	Feinmechanische u. optische sowie Uhrenindustrie	1,11	6,4	3,3	294,3
26	Stahlverformung	1,36	5,6	2,3	232,8
27	Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	3,64	7,7	5,7	407,6
28	Verbrauchsgüterindustrien	16,39	6,8	5,0	325,8
29	Feinkeramische Industrie	0,66	4,8	1,9	182,4
30	Hohlglaserzeugende und -veredelnde Ind.	0,49	7,5	6,3	394,4
31	Holzverarbeitende Industrie	1,99	7,8	7,0	419,3
32	Musikinstrumenten-, Spiel-, Schmuckwaren- und Sportgeräte-Industrie	0,50	8,5	3,4	497,0
33	Papier- und pappeverarbeitende Industrie	1,09	7,1	5,5	348,3
34	Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	2,19	6,8	5,0	321,5
35	Kunststoffverarbeitende Industrie	0,99	20,1	14,0	6525,0
36	Ledererzeugende Industrie	0,24	-0,02	-1,9	-0,1
37	Lederverarbeitende Industrie	0,30	5,9	1,6	250,0
38	Schuhindustrie	0,72	2,6	-0,7	77,2
39	Textilindustrie	4,63	5,3	3,6	210,0
40	Bekleidungsindustrie	2,59	6,8	3,3	325,3
41	Nahrungs- und Genußmittelindustrien	10,93	6,0	4,0	263,4
42	Ernährungsindustrie	7,78	6,1	4,0	268,6
43	Tabakverarbeitende Industrie	3,15	5,9	4,0	252,6
44	Öffentliche Energiewirtschaft	4,18	8,8	8,8	546,8
45	Bauindustrie	4,46	7,2	4,3	363,8

Eigene Berechnungen aus den Indexzahlen, aus: Lange Reihen 1973, S. 64 f.

-gruppen unter der Mertenschen Fragestellung über die 60er Jahre hinweg bis 1972,⁵⁸ so kann man folgendes feststellen:

Auch für die 60er Jahre lassen sich die Mertenschen Unterscheidungen aufzeigen. Es gibt Branchen mit stetig steigendem Strukturanteil, dazu gehören wie in Tab. 7 die Erdöl- und Erdgasgewinnung, aber auch die ganze Gruppe der Wachstumsindustrien, die Mertens bestimmt hat. Nur bei der Mineralölverarbeitung und beim Straßenfahrzeugbau ist seit Ende der 60er Jahre eine nachlassende Wachstumstendenz festzustellen. Die Papier- und pappeverarbeitende Industrie läßt sich weiter als 'konjunkturgetragene' charakterisieren, die eisenschaffende Industrie weist, bei leicht sinkender Tendenz, eine zyklische Veränderung ihres Strukturanteils auf, kann also auch weiterhin als 'konjunkturabhängige' charakterisiert werden. Als Beispiele für stagnierende Branchen können — mit leicht fallendem Strukturanteil — die Textilindustrie, aber auch der Maschinenbau, eingestuft werden.

Wie Tab. 8 und Abb. 5 zeigen, weist die Verarbeitende Industrie insgesamt eine Wachstumsrate von 398,2% (im Zeitraum von 1950-1972) auf. Bis auf die Ausnahme der ledererzeugenden Industrie (— 0,1%) sind in allen Industriebranchen positive, wenn auch sehr stark differenzierte Zuwachsraten zu verzeichnen; sie reichen von 24% im Bergbau bis über 6500% in der kunststoffverarbeitenden Industrie. Natürlich ist der Unterschied in den Zuwachsraten auch auf das unterschiedliche Ausgangsniveau zurückzuführen: der Strukturanteil des Bergbaus betrug 1950: 12,10%; der Anteil der kunststoffverarbeitenden Industrie: 0,22%.⁵⁹

Der 'Rang' der Branchen, gemessen an ihrem Strukturanteil am Nettoproduktionsvolumen bzw. an den Beschäftigten in der Industrie hat sich in 1972 gegenüber 1960 nur geringfügig verändert. Jeweils über die Hälfte der gesamten Produktion bzw. der gesamten Beschäftigten konzentrieren sich auf die jeweils sieben größten Branchen (vgl. Tab. 10).

⁵⁸ Die Entwicklung 1973-75 kann als Sonderentwicklung interpretiert werden und wird als solche im Abschnitt 2.4. untersucht.

⁵⁹ DIW 1974, S. 6.

Tab. 9 a: Die Entwicklung der Strukturanteile ausgewählter Industriezweige 1950-72

(Anteil am effektiven Nettoproduktionsvolumen - in Preisen von 1962 - der gesamten Industrie¹ - in vH)

Jahr	Erdöl- u. Erdgasgewinnung	Papier u. Pappe	Eisen-schaffende Industrie	Textil-Industrie	Chemische Industrie	Straßen-Fahrzeugbau	Elektro-techn. Industrie	Maschinenbau	Mineral-ölverar-beitung	EBM-Industrie
1950	0,21	1,29	5,53	7,09	7,05	2,94	4,84	9,93	0,88	4,09
1955	0,35	1,16	5,47	5,98	7,06	4,53	6,84	11,76	1,30	4,08
1960	0,43	1,19	5,31	5,33	8,49	6,17	8,41	11,40	1,98	4,14
1961	0,45	1,12	5,29	5,10	8,35	6,04	8,70	11,66	2,24	3,99
1962	0,48	1,81	4,96	5,05	8,88	6,30	8,59	11,39	2,42	3,97
1963	0,52	1,20	4,59	4,98	9,46	6,83	8,51	10,78	2,70	4,04
1964	0,51	1,21	4,99	4,73	9,78	6,69	8,57	10,58	2,86	4,14
1965	0,53	1,24	4,71	4,67	10,16	6,60	9,04	10,67	3,00	4,17
1966	0,55	1,27	4,48	4,62	11,02	6,70	8,81	10,44	3,30	4,12
1967	0,61	1,28	4,77	4,41	12,30	5,86	8,86	9,94	3,55	4,00
1968	0,62	1,29	4,89	4,57	12,87	6,53	9,29	9,40	3,55	3,77
1969	0,63	1,27	4,87	4,44	13,07	7,00	9,71	9,69	3,27	4,18
1970	0,70	1,21	4,58	4,21	13,07	7,32	10,40	9,87	3,38	4,20
1971	0,77	1,21	4,06	4,37	13,73	7,22	10,13	9,70	3,34	4,16
1972	0,81	1,23	4,22	4,38	14,21	6,99	10,70	9,10	3,33	4,19

¹ Ohne öffentliche Energiewirtschaft und Bauhauptgewerbe.

Quelle: DIW 1974, S. 6.

Tab. 9 b: Die Entwicklung der Strukturanteile ausgewählter Industriezweige 1970-75

(Anteil am effektiven Nettoproduktionsvolumen - in Preisen von 1970 - der gesamten Industrie¹ - in vH)

Jahr	Erdöl- u. Erdgasgewinnung	Papier u. Pappe	Eisen-schaffende Industrie	Textil-industrie	Chemische Industrie	Straßen-Fahrzeugbau	Elektro-techn. Industrie	Maschi-nenbau	Mineral-ölverar-beitung	EBM-Industrie
1970	0,37	0,93	4,43	4,10	10,51	7,49	9,96	11,02	3,80	4,47
1971	0,42	0,92	3,93	4,26	10,92	7,51	9,82	10,68	3,78	4,39
1972	0,45	0,93	4,08	4,24	11,29	7,35	10,27	10,25	3,78	4,43
1973	0,44	0,95	4,43	3,97	11,93	7,45	10,83	9,93	3,76	4,44
1974	0,46	1,01	4,88	3,82	12,50	6,57	11,10	10,16	3,54	4,26
1975	0,45	0,89	4,03	3,96	11,77	7,32	11,06	10,29	3,56	4,13

¹ Ohne öffentliche Energiewirtschaft und Bauhauptgewerbe.

Quelle: DIW 1976, S. 6.

Tab. 10: Rangordnung der Industriebranchen

Anteil am Netto- produktionsvolumen ¹		1972 in vH	Anteil and den Beschäftigten ¹		1972 in vH
1	Chemische Industrie	14,21	1	Maschinenbau	13,84
2	Elektrotechn. Industrie	10,70	2	Elektrotechn. Industrie	12,69
3	Maschinenbau	9,10	3	Straßenfahrzeugbau	7,30
4	Straßenfahrzeugbau	6,99	4	Chemische Industrie	7,00
5	Textilindustrie	4,38	5	Textilindustrie	5,49
6	Eisenschaffende Industrie	4,22	6	EBM-Industrie	4,95
7	EBM-Industrie	4,19	7	Bekleidungsindustrie	4,46
—	Bekleidungsindustrie	2,37	—	Eisenschaffende Industrie	3,74
Σ 1 — 4		41,00	Σ 1 — 4		40,83
Σ 1 — 7		53,79	Σ 1 — 7		55,73

¹ Der gesamten Industrie ohne öffentliche Energiewirtschaft und Bauhauptgewerbe.

Quelle: DIW 1974, S. 6, 14.

Die Branchen mit den höchsten Zuwachsraten sind folgende:

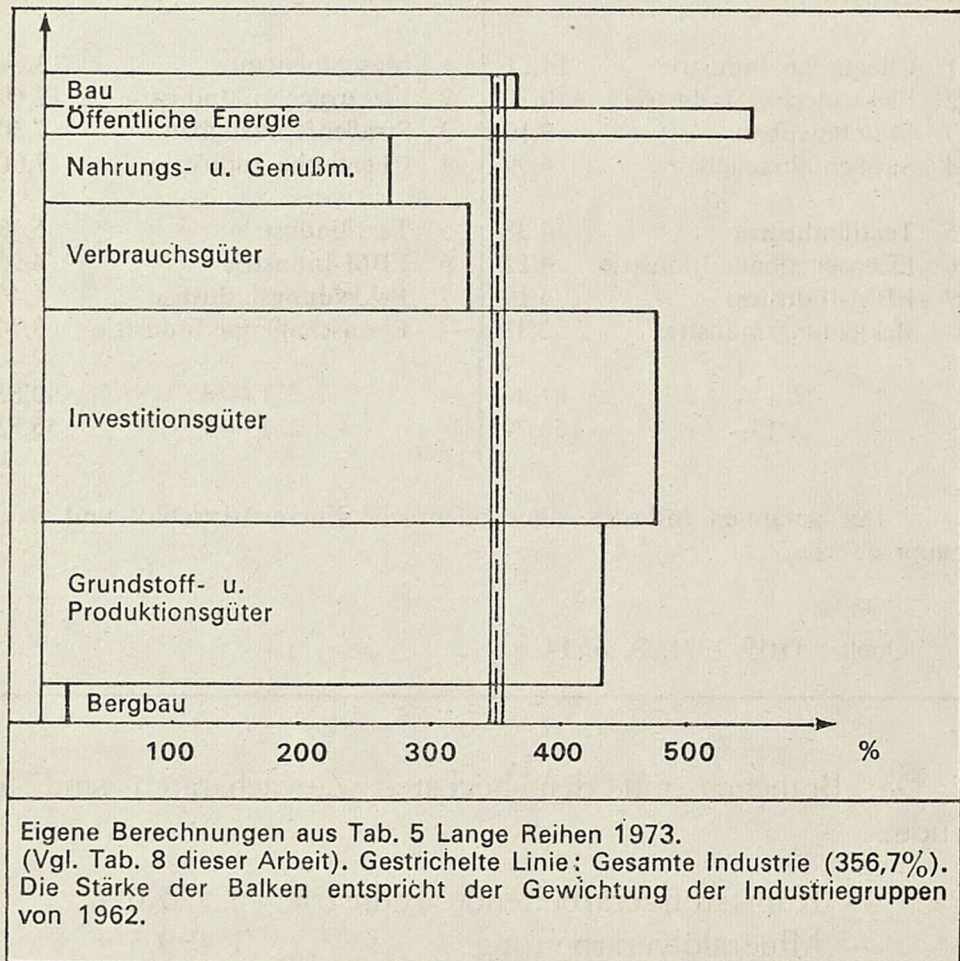
- Kunststoffverarbeitende Industrie: 6 525,0%
- Mineralölverarbeitung: 1 499,3%
- Straßenfahrzeugbau: 914,4%
- Elektrotechnische Industrie: 904,4%
- Chemische Industrie: 771,9%

Es handelt sich also um den gleichen 'Wachstumskern', den Mertens für die 50er Jahre diagnostizierte und für die folgenden Jahre prognostizierte.⁶⁰ Auch wenn man die durchschnittlichen *jährlichen* Wachstumsraten für den Zeitraum 1960-1972 betrachtet, verändert sich das Bild nicht wesentlich. Weiterhin liegt die kunststoffverarbeitende Industrie an der Spitze mit 14,0%; auf den zweiten Platz vorgeschoben hat sich die

⁶⁰ Vgl. D. MERTENS 1964, S. 128.

Abb. 5: *Profil der Industriegruppen-Zuwachsraten 1950-1972*

(Industrielle Nettoproduktion, in vH)

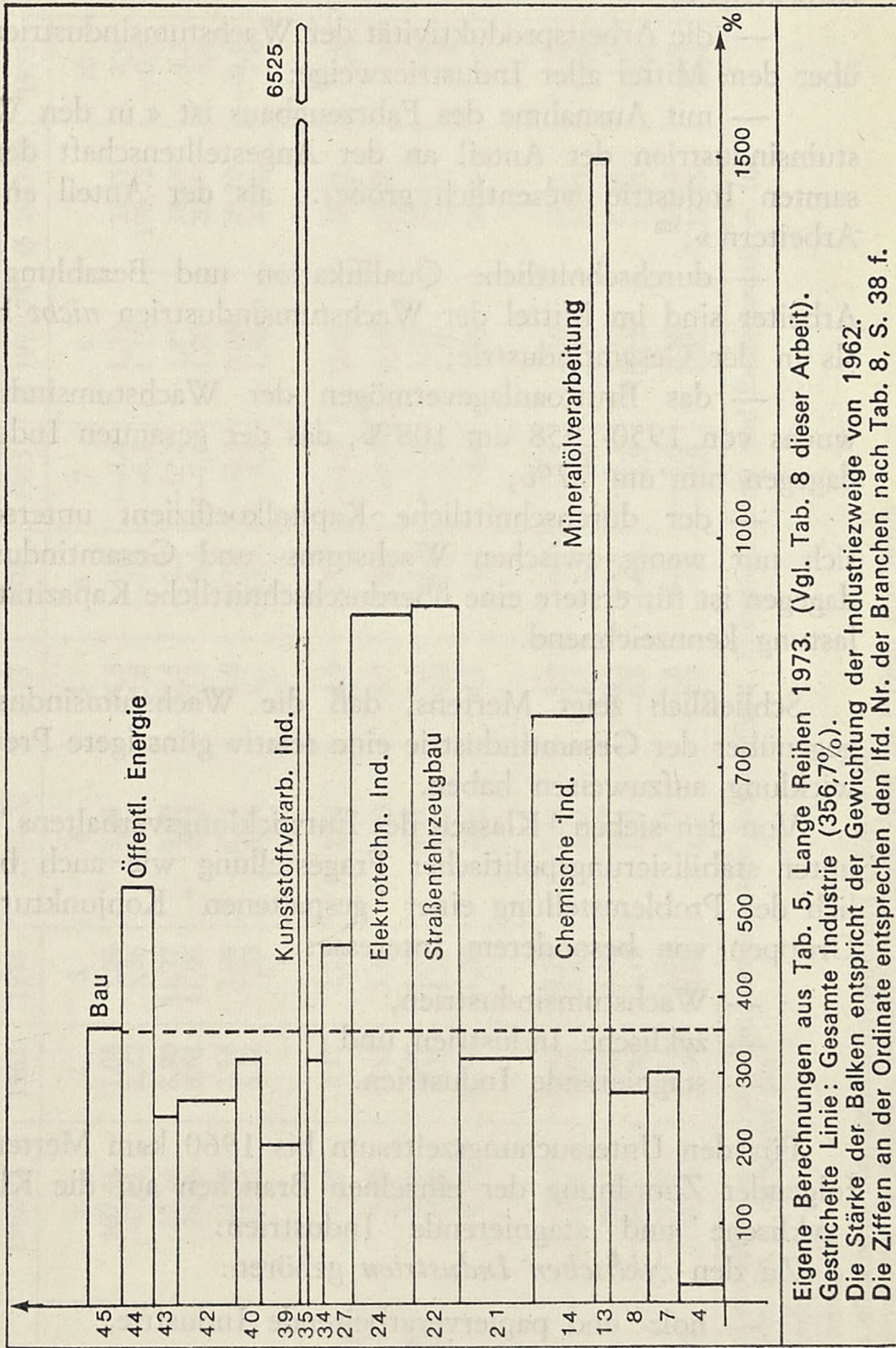


chemische Industrie (10,2%), dann folgen Mineralölverarbeitung (8,5%) und elektrotechnische Industrie (7,4%); relativ abgefallen ist der Straßenfahrzeugbau mit 6,2%. Überdurchschnittliches Wachstum weist noch die Holzverarbeitung auf (7,0%), die Mertens noch unter den sich unregelmäßig entwickelnden Industrien rubrizierte.

Für die in der Wachstumsgruppe zusammengefaßten Industriezweige sind nach Mertens folgende Charakteristika festzustellen:

— der Wachstumstrend dieser Gruppe ist so stark, « daß er häufig die konjunkturellen und sogar die saisonalen Phasen

Abb. 6: Profil der Branchen-Zuwachsraten 1950-1972
(Industrielle Nettoproduktion, in vH)



Eigene Berechnungen aus Tab. 5, Lange Reihen 1973. (Vgl. Tab. 8 dieser Arbeit).
 Gestrichelte Linie: Gesamte Industrie (356,7%).
 Die Stärke der Balken entspricht der Gewichtung der Industriezweige von 1962.
 Die Ziffern an der Ordinate entsprechen den lfd. Nr. der Branchen nach Tab. 8, S. 38 f.

in einem Maße überlagert, daß deren jeweilige Bedeutung stark zurücktritt »; ⁶¹

— die Arbeitsproduktivität der Wachstumsindustrien lag über dem Mittel aller Industriezweige;

— mit Ausnahme des Fahrzeugbaus ist « in den Wachstumsindustrien der Anteil an der Angestelltenschaft der gesamten Industrie wesentlich größer... als der Anteil an den Arbeitern »; ⁶²

— durchschnittliche Qualifikation und Bezahlung der Arbeiter sind im Mittel der Wachstumsindustrien *nicht* höher als in der Gesamtindustrie;

— das Bruttoanlagevermögen der Wachstumsindustrie wuchs von 1950-1958 um 108%, das der gesamten Industrie dagegen nur um 77%;

— der durchschnittliche Kapitalkoeffizient unterschied sich nur wenig zwischen Wachstums- und Gesamtindustrie; dagegen ist für erstere eine überdurchschnittliche Kapazitätsauslastung kennzeichnend.

Schließlich zeigt Mertens, daß die Wachstumsindustrien gegenüber der Gesamtindustrie eine relativ günstigere Preisentwicklung aufzuweisen haben.

Von den sieben 'Klassen des Entwicklungsverhaltens' sind unter stabilisierungspolitischer Fragestellung wie auch bezüglich der Problemstellung einer 'gespaltenen' Konjunktur drei Gruppen von besonderem Interesse:

- Wachstumsindustrien,
- zyklische Industrien und
- stagnierende Industrien.

Für den Untersuchungszeitraum bis 1960 kam Mertens zu folgender Zuordnung der einzelnen Branchen auf die Klassen 'zyklische' und 'stagnierende' Industrien:

Zu den *zyklischen Industrien* gehören:

- holz- und papierverarbeitende Industrie,
- Druckereiindustrie,

⁶¹ D. MERTENS 1964, S. 287.

⁶² Ebd., S. 289.

Tab. 11: Wachstumsbranchen und stagnierende Branchen

Branchen	Veränderungen der Struktur- gewichte in vH ¹		Struktur- gewichte ¹		Durchschnittl. jährl. Wachstumsraten in vH ²	Wachstumsraten in vH ²			Effektiver Kapital- koeffizient ³	Arbeitspro- duktivität in DM ⁴	Kapazitätsauslastung (Veränderungsraten)		
	1962-75	1962	1975	1962-72		1973	1974	1975			1973	1974	1975
I. Wachstumsbranchen													
Kunststoffverarb. Industrie	107,41	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Mineralölverarbeitung	47,11	1,08	2,24	13,28	14,6	0,0	-8,4	1,33	22,51	4,9	-7,8	-13,5	
Chemische Industrie	32,24	2,42	3,56	8,04	5,8	-7,9	-6,1	1,19	198,72	-0,4	-12,7	-10,9	
Elektrotechn. Industrie	28,46	8,90	11,77	9,02	12,5	2,7	-12,2	1,87	38,66	5,2	-4,1	-17,9	
Holzverarb. Industrie	22,94	8,61	11,06	6,73	12,3	0,4	-7,0	1,20	20,87	6,4	-4,6	-10,7	
Straßenfahrzeugbau	15,82	2,16	2,08	6,35	6,0	-7,4	-3,3	0,96	20,70	-0,1	-10,9	-4,2	
		6,32	7,32	6,34	8,1	-13,7	4,0	1,92	23,48	5,5	-15,2	3,1	
II. Mittlere Branchengruppe													
Stahl- u. Leichtmetallbau	4,15	2,17	2,26	2,04	4,9	-5,7	-1,5	0,83	18,25	3,2	-5,8	0,2	
Stahlverformung u. Eisen-, Blech- u. Metallwarenindustrie	3,29	5,47	5,65	4,30	6,7	-6,0	-9,6	1,15	20,48	7,3	-3,9	-7,3	
Druckerei- u. Vervielfältigungsind.	3,33	2,40	2,48	4,41	3,3	-2,6	-7,3	1,33	22,11	0,8	-4,3	-7,7	
Feinmech. u. opt. sowie Uhrenind.	0,00	1,21	1,21	5,92	9,0	-1,8	-9,7	1,16	15,70	6,2	-4,4	11,5	
Nahrungs- u. Genußmittelind.	-7,78	11,96	11,03	4,06	4,1	1,2	0,4	1,66	36,63	1,2	-0,8	-1,0	
III. Stagnierende Branchen													
Maschinenbau	-9,89	11,42	10,29	2,89	3,2	0,3	-5,5	1,36	17,31	1,4	-0,8	-5,8	
Eisenschaff. Industrie	-18,91	4,97	4,03	3,43	15,6	8,0	-23,0	2,45	26,93	14,0	8,4	-22,5	
Textilindustrie	-20,32	5,07	3,96	3,07	-0,2	-5,8	-3,1	1,92	19,56	-1,3	-6,0	-2,5	
Bekleidungsindustrie	-24,73	2,83	2,13	1,77	-6,8	-8,6	1,9	0,87	13,63	-5,1	-5,7	6,2	
Industrie d. Steine u. Erden	-27,29	4,14	3,01	4,55	-2,6	-9,6	-8,0	2,35	23,56	-5,0	-10,0	-6,0	
Eisen-, Stahl- u. Tempergießerei	-34,03	1,44	0,95	-0,34	8,8	-0,3	-8,9	1,92	17,45	10,4	1,8	-5,9	

¹ Anteile am effektiven Nettoproduktionsvolumen; Gesamte Industrie (ohne öffentl. Energiewirtschaft und Bauindustrie) = 100.

² Industrielle Nettoproduktion. Sp. 4 errechnet aus

$$10 \sqrt{\frac{\text{Index}_{72}}{\text{Index}_{62}}}$$

³ Brutto-Anlagevermögen zu effektivem Nettoproduktionsvolumen (1970 = 1).

⁴ Effektives Nettoproduktionsvolumen je geleistete Beschäftigtenstunde (DM zu Preisen von 1970).

Quellen: DIW 1976, S. 6, 8, 82, 97, 104. Lange Reihen 1976, S. 58 f.

- alle drei Zweige der Eisen- und Stahlindustrie,
- NE-Metallindustrie,
- Maschinenbau,
- ESBM- und Glasindustrie.

Zu den *Stagnationsindustrien* gehören:

- Bergbau, Stein und Erden,
- Sägewerk- und Holzbearbeitungsindustrie,
- Leder, Textil- und Mühlenindustrie,
- Nahrungs- und Genußmittelindustrie.⁶³

Wenn man die Entwicklung nach 1960 unter der gleichen Fragestellung weiterverfolgt, dann zeigt sich, daß die Besetzung der Gruppen zwar nicht konstant ist, aber doch relativ stabil (vgl. Tab. 11). Am beständigsten ist die Zusammensetzung des 'Wachstums-kerns'. Zu den bereits öfter genannten Branchen hat sich in jüngster Zeit — bedingt durch einige Sondereinflüsse wie Weltmarktengpässe, Entwicklungsvorhaben im Energiebereich (negativ aber: nachlassende Automobilnachfrage) — noch die Stahlindustrie zugesellt.

Wie die Tab. 11 ausweist, sind die wichtigen Industriezweige der Eisen- und Stahlindustrie und des Maschinenbaus von der Veränderung ihres Strukturanteils her in die Klasse der stagnierenden Industrien einzuordnen. Es sind zwar nach wie vor 'zyklische' Industrien, doch unter Wachstumsaspekten geht ihre relative Bedeutung zurück. Dies entspricht neueren Forschungsergebnissen der Arbeitsgruppen am Kieler Institut für Weltwirtschaft, nach denen Branchen mit relativ hoher Arbeitsintensität und/oder relativ veralteten Technologien geringe Wachstumschancen haben.⁶⁴ Zu den Branchen, die aufgrund der Veränderungen der intersektoralen Arbeitsteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern dem relativ stärksten Anpassungsdruck unterliegen, zählen Hiemenz/Schatz:

- Sägewerke und holzverarbeitende Industrie,
- elektrotechnische Industrie,

⁶³ D. MERTENS 1964, S. 120.

⁶⁴ Vgl. z. B. H. GIERSCH 1973. G. FELS, E.-J. HORN 1972. G. FELS, K.-W. SCHATZ 1974. U. HIEMENZ, K.-W. SCHATZ 1977.

- feinmechanische, optische und Uhrenindustrie,
- Musikinstrumenten-, Sport- und Spielwarenindustrie,
- Schuhindustrie sowie
- Textil- und Bekleidungsindustrie.⁶⁵

Im Vergleich zu der in Tab. 11 ausgewiesenen Gruppierung fällt auf, daß zwei Branchen aus der Gruppe der Wachstumsindustrien — nämlich die holzverarbeitende und die elektrotechnische Industrie — in der Gruppe der durch zunehmende Entwicklungsländerimporte gefährdeten Industrien erscheinen. Dies erklärt sich aus dem unterschiedlichen Beobachtungszeitraum. Während die erste Gruppierung auf der Veränderung der Strukturgewichte im Zeitraum von 1962-75 basiert, wurde die zweite von der Entwicklung der Einfuhren aus Entwicklungsländern im Zeitraum von 1970-74, also nach der Freigabe der Wechselkurse und nach einer beträchtlichen Reduzierung der Außenhandelsprotektion dieser Branchen, abgeleitet. Bemerkenswert ist weiterhin, daß der Maschinenbau, der in der ersten Gruppierung unter den stagnierenden Branchen erscheint, unter dem Gesichtspunkt der Beschäftigungsentwicklung von Hiemenz/Schatz als Wachstumsbranche bezeichnet wird.⁶⁶

Methodisch ergibt sich hieraus, daß bei der Bestimmung von Branchengruppierungen — z. B. Wachstums- und Stagnationsindustrien — ein einziges Kriterium unzureichend ist; vielmehr erfordert eine derartige Bestimmung einen mehrdimensionalen Indikator. Außerdem darf die Zeitspanne nicht zu kurz, aber auch nicht zu lang sein. In einem Zeitraum von 15 Jahren z. B. können sich die weltwirtschaftlichen Bedingungen nachhaltig verändern. Ein Beobachtungszeitraum mittlerer Länge von etwa 5 bis 7 Jahren scheint für die Diagnose struktureller Veränderungen angezeigt zu sein.

⁶⁵ Vgl. U. HIEMENZ, K.-W. SCHATZ 1977, S. 41.

⁶⁶ Vgl. ebd., S. 52.

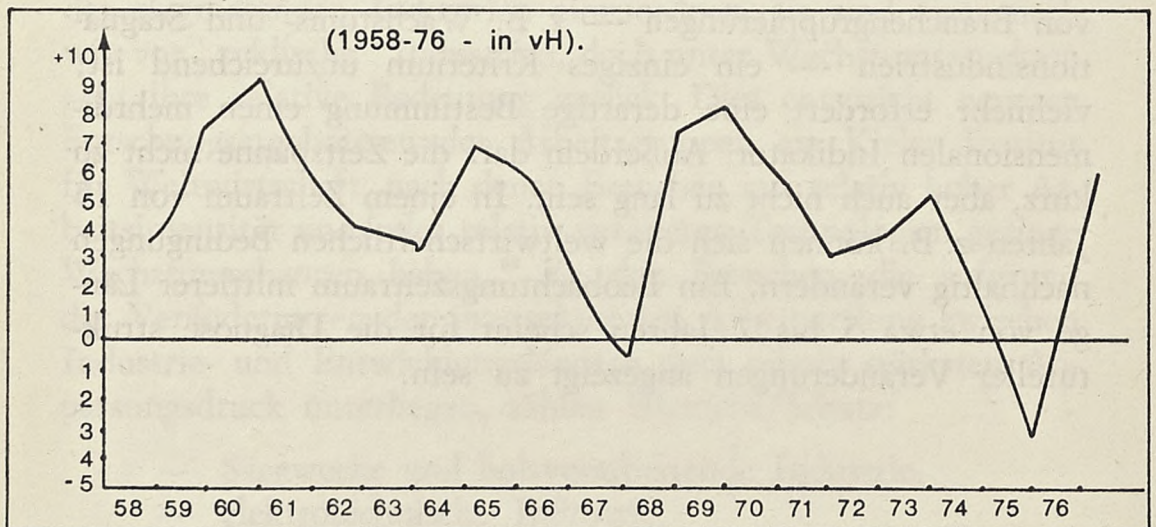
2.3. Wachstumszyklen in der Bundesrepublik Deutschland

2.3.1. Zur Empirie der Wachstumszyklen

Die Wirtschaftsentwicklung der westlichen Industriestaaten nach dem zweiten Weltkrieg war durch hohes und anhaltendes Wachstum, durch lange Perioden der Arbeitsmarktanspannung und durch einen ansteigenden Inflationstrend gekennzeichnet. Diese Entwicklung warf für manche Theoretiker die Frage auf, ob der alte Konjunkturzyklus obsolet geworden sei.⁶⁷

Heute scheint sich ein Konsens dahingehend herausgebildet zu haben, daß die wirtschaftliche Entwicklung in der Form zyklischer Schwankungen solcher gesamtwirtschaftlicher Größen wie Sozialprodukt, Preise, Löhne, Beschäftigung, Investitionen und Lagerhaltung verläuft.⁶⁸ Zyklus und Wachstum treten überlagert als 'Fluktuationen um einen Wachstumstrend' auf.⁶⁹ Diese neue Form der Konjunkturschwankungen wird gewöhnlich als 'Wachstumszyklus' bezeichnet.⁷⁰

Abb. 7: Absolute Zuwachsraten des BSP (real)



⁶⁷ Vgl. M. BRONFENBRENNER 1969.

⁶⁸ Vgl. N. J. MASS 1975.

⁶⁹ W. VOGT 1968, S. 15.

⁷⁰ Vgl. A. E. OTT 1973.

Abb. 8: Absolute Veränderungen der Zuwachsraten des BSP (real)

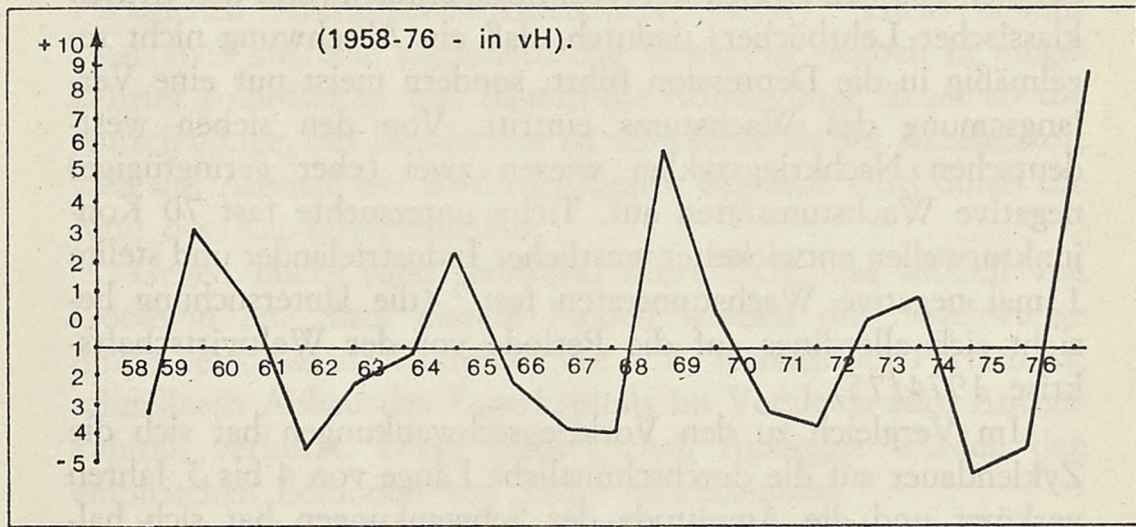
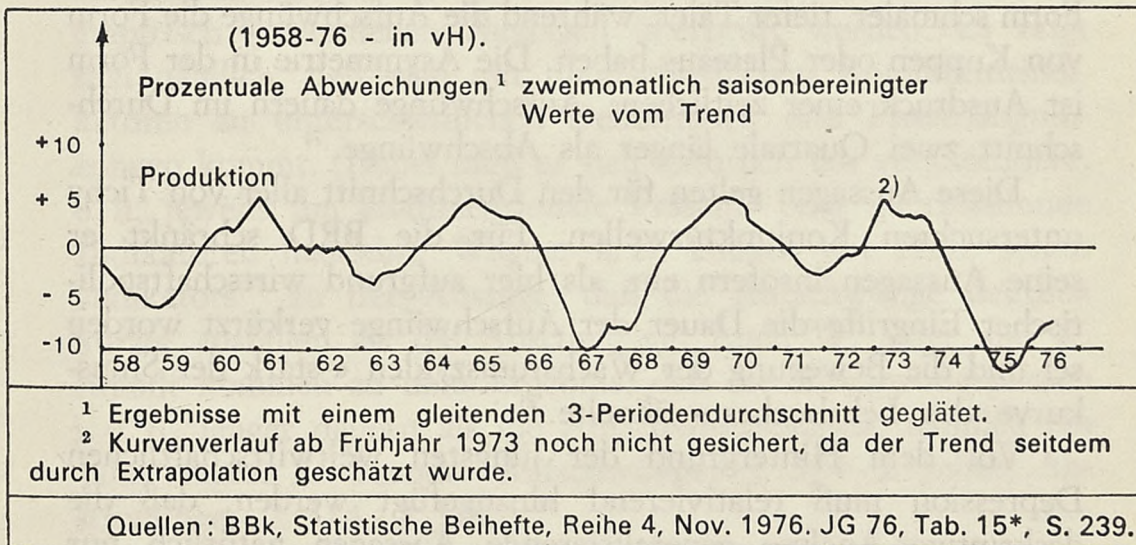


Abb. 9: Abweichungen vom Trend (Industrieproduktion)



Wie die Abb. 7-9 zeigen, kommt der zyklische Charakter des Wachstumsprozesses deutlich zum Ausdruck, wenn man auf die Veränderungen der Wachstumsraten bzw. auf die Abweichungen vom Wachstumstrend abstellt. Ein Zyklus umfaßt dabei eine Aufschwungs- und eine Abschwungsphase.⁷¹

⁷¹ Vgl. A. E. OTT, A. WAGNER 1973, S. 158.

Die 'neue Form' der konjunkturellen Bewegung unterscheidet sich von den Zyklen der Vorkriegsperioden (und den Zyklen klassischer Lehrbücher) dadurch, daß ein Abschwung nicht regelmäßig in die Depression führt, sondern meist nur eine Verlangsamung des Wachstums eintritt. Von den sieben westdeutschen Nachkriegszyklen wiesen zwei (eher geringfügige) negative Wachstumsraten auf. Tichy untersuchte fast 70 Konjunkturwellen entwickelter westlicher Industrieländer und stellte 13mal negative Wachstumsraten fest⁷² (die Untersuchung bezieht sich allerdings auf die Periode vor der Weltwirtschaftskrise 1974/75).

Im Vergleich zu den Vorkriegsschwankungen hat sich die Zyklendauer auf die durchschnittliche Länge von 4 bis 5 Jahren verkürzt und die Amplitude der Schwankungen hat sich halbiert.⁷³ Tichy diagnostiziert eine gewisse Asymmetrie im Zyklenverlauf. Nach seinen Untersuchungen fallen Rezessionen deutlich kürzer aus als Aufschwünge; Rezessionen haben die Form schmaler, tiefer Täler, während die Aufschwünge die Form von Kuppen oder Plateaus haben. Die Asymmetrie in der Form ist Ausdruck einer zeitlichen: Aufschwünge dauern im Durchschnitt zwei Quartale länger als Abschwünge.⁷⁴

Diese Aussagen gelten für den Durchschnitt aller von Tichy untersuchten Konjunkturwellen. Für die BRD schränkt er seine Aussagen insofern ein, als hier aufgrund wirtschaftspolitischer Eingriffe die Dauer der Aufschwünge verkürzt worden sei und die Bewegung der Wachstumszyklen « stark der Sinuskurve des Lehrbuches » ähnelte.⁷⁵

Vor dem Hintergrund der jüngsten weltwirtschaftlichen Depression muß relativierend hinzugefügt werden, daß die deskriptive Analyse generalisierende Aussagen natürlich nur über zurückliegende Erscheinungen machen kann. Prognosen sind von diesen Generalisierungen nicht ableitbar. Gleichwohl scheint die Analyse auf ein Konjunkturmuster hinzudeuten, das als 'Normal-Muster' für theoretische Zwecke abstrahiert werden kann.

⁷² Vgl. G. TICHY 1973, S. 132.

⁷³ Vgl. ebd., S. 141, 153.

⁷⁴ Vgl. ebd., S. 144. Vgl. auch C.C. v. WEIZSÄCKER 1975, S. 25.

⁷⁵ Vgl. ebd.

Die von Tichy empirisch abgeleitete Asymmetrie des Konjunkturverlaufs steht im Gegensatz zu den Ergebnissen der Hicksschen Multiplikator-Akzelerator-Analyse.⁷⁶ Hicks kommt zwar auch auf eine asymmetrische Bewegung, jedoch in umgekehrter Anordnung: hier dauern die Abschwünge länger als die Aufschwünge; der Dezelerator ist schwächer als der Akzelerator, weil das Ausmaß der Desinvestitionen begrenzt wird durch die Rate des Kapitalverschleißes.

Gegen Hicks (und Smithies) führt Tichy das Modell von Goodwin an. Nach diesem Modell werden die Abschwünge durch verschiedene Faktoren, wie z. B. technischen Fortschritt, schnelleren Abbau des Lagerkapitals im Vergleich zum Anlagekapital, verkürzt. Diese theoretischen Aussagen würden den empirischen Befunden von Tichy näherkommen.

Es wäre voreilig, aus dieser 'Konfrontation' von Empirie und Theorie auf die 'Gültigkeit' theoretischer Aussagen zu schließen. Zwar ist der empirische Befund am Ende das entscheidende Kriterium, doch muß zunächst die Qualität der empirisch gewonnenen Aussagen überprüft werden. Es zeigt sich nämlich, daß man mit unterschiedlichen Konjunkturindikatoren zu unterschiedlichen Definitionen und Phasenabgrenzungen kommt. (Dabei muß es sich natürlich um vergleichbare, d. h. jeweils um eindimensionale Präsenz- oder gleichlaufende Indikatoren handeln). Wagner z. B. kommt mit Hilfe seines Indikators⁷⁷ zu der Aussage, daß die Aufschwünge deutlich kürzer ausfallen als die Abschwünge. Auch W. Vogt und K. Brandt kommen zu dem Ergebnis, daß die Abschwungsphasen i. d. R. länger dauern als die Aufschwungsphasen, nämlich ein Jahr länger. K. Brandt: Aufschwünge: 1 3/4 - 2 Jahre, Abschwünge: 2 3/4 - 3 Jahre.⁷⁸

Andere Autoren kommen zu entgegengesetzten Ergebnissen. Schlesinger diagnostiziert: « We have always had more and

⁷⁶ Darauf weist TICHY selbst hin; vgl. S. 153.

⁷⁷ A. WAGNER 1972, S. 5, und A. E. OTT, A. WAGNER 1973, S. 158; ΔW_{yt} sei die absolute Veränderung der Wachstumsrate des BSP, dann sind Abschwungsjahre solche mit $\Delta W_{yt} < 0$ und Aufschwungsjahre solche mit $\Delta W_{yt} > 0$.

⁷⁸ Zit. in W. VOGT 1968, S. 21.

longer periods of upswing than of downswing », ⁷⁹ und Giersch pflichtet ihm mit der Erklärung bei, daß dies auf die Zielfunktion der Regierung, der Bundesbank und der Bevölkerung zurückzuführen sei, die Preisniveaustabilität vorrangig bewerteten, selbst wenn sie nur auf Kosten der Vollbeschäftigung zu erreichen wäre. ⁸⁰

Übersicht 1: *Zyklenabgrenzung bei verschiedenen Autoren*

	1. Zyklus	2. Zyklus	3. Zyklus	4. Zyklus	5. Zyklus	6. Zyklus	7. Zyklus
(1) SR/BBk	51-53	53-IV/58	I/59-I/63	I/63-II/67	II/67-IV/71	I/72-II/75	III/75-
(2) Hopp	—	2/54-1/59	2/59-1/63	2/63-1/67			
(3) Ott/Wagner	52-54	55-58	59-63	64-67	68-71		
(4) Tichy	—	54-59	59-63	63-67			
(5) Vogt	—	59-59	59-63	63-67			

Quellen:

- (1) N. Kloten, R. Vollmer 1974, S. 711 (römische Ziffern vor der Jahreszahl: Quartale), u. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Reihe 4.
- (2) R. Hopp 1969, S. 5 (arabische Ziffern vor der Jahreszahl: Halbjahre; bei Hopp beginnt der 1. Zyklus in 2/54).
- (3) A. E. Ott, A. Wagner 1973, S. 159.
- (4) G. Tichy 1973, S. 139 (bestimmt aus den Jahreswerten der Abb. 2).
- (5) W. Vogt 1968, S. 5 (Vogt zählt wie Hopp den ersten Zyklus ab 1954).

Eine Verständigung über die Zyklenabgrenzung und über die Phasendauer ist so lange nicht zu erwarten, wie man sich nicht über geeignete Kriterien einigen kann. Dabei hängt von der Frage, ob die Wachstumszyklen relativ gleichmäßige Ausschläge nach unten und nach oben haben, oder ob sie eine bestimmte Asymmetrie aufweisen, gerade wirtschaftspolitisch Wesentliches ab: Eine prinzipielle Asymmetrie z. B. würde die Effizienz der Konjunkturpolitik nicht nur insofern beeinträchtigen, als die Globalsteuerung auf eine bestimmte Gleichmäßigkeit der kon-

⁷⁹ H. SCHLESINGER 1973, S. 13.

⁸⁰ Vgl. H. GIERSCH 1973², S. 14.

junkturrellen Ausschläge programmiert ist,⁸¹ es würde sich auch die Gefahr längerfristiger struktureller Verzerrungen ergeben. Bei einem Überwiegen der Aufschwungsphasen müßte das kon-

Übersicht 2: *Phaseneinteilungen bei verschiedenen Autoren*

a) Dauer der Aufschwünge
b) Dauer der Abschwünge (in Jahren)

	1953-58		1959-63		1963-67		1967-71		1972-75	
	2. Zyklus		3. Zyklus		4. Zyklus		5. Zyklus		6. Zyklus	
	a)	b)	a)	b)	a)	b)	a)	b)	a)	b)
(1) SR/BBk	3 $\frac{1}{4}$		2	2	2	2 $\frac{1}{4}$	2 $\frac{1}{2}$	1 $\frac{3}{4}$	2 $\frac{3}{4}$	2
(2) Hopp	1	3	2	3	1	3				
(3) Ott/Wagner	1	3	2	3	1	3	2	2		
(4) Tichy	a) durchschnittlich 2 $\frac{1}{4}$ Jahre b) durchschnittlich 1 $\frac{3}{4}$ Jahre									
(5) Vogt	2	2	2	2	2	2 $\frac{1}{2}$				

Quellen:

- (1) H. Giersch 1971, S. 20 f., Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Reihe 4.
- (2) R. Hopp 1969, S. 4 f.
- (3) A. E. Ott, A. Wagner 1973, S. 158 f.
- (5) G. Tichy 1973, S. 144.
- (5) W. Vogt 1968, S. 5.

junkturpolitische Schwergewicht auf restriktiven Maßnahmen liegen. Wenn davon vorwiegend die staatliche investive Ausgabentätigkeit betroffen ist, dann ist damit die Gefahr von « growing structural problems », ⁸² die Gefahr einer tendenziellen Unterversorgung mit Infrastruktur verbunden, ⁸³ mithin länger-

⁸¹ Vgl. H. SCHLESINGER ebd.

⁸² Ebd., S. 14.

⁸³ Vgl. z. B. C. C. v. WEIZSÄCKER 1975, S. 25.

fristig negative Auswirkungen auf Investitionstätigkeit und Wirtschaftswachstum. Auf der Seite der Geldpolitik führt ein Übergewicht von Phasen mit restriktiven Maßnahmen zu einer tendenziellen Benachteiligung von Bau-, insbesondere Wohnungsbauminvestitionen⁸⁴ und von kleinen und mittleren Unternehmen, die einer Politik des zyklisch knappen Geldes weniger ausweichen können als große und internationale Unternehmen. Mithin kann darin ein Element der Förderung von Konzentrationstendenzen gesehen werden.

Da die konjunkturpolitischen Maßnahmen auch davon abhängen, ob von der wissenschaftlichen Konjunkturbeobachtung noch das Andauern einer bestimmten konjunkturellen Phase oder bereits der Übergang zur nachfolgenden Phase diagnostiziert wird, kommt den Kriterien der Zyklenabgrenzung nicht nur theoretische, sondern auch praktische Bedeutung zu.

Wagner nimmt für sein Kriterium (Veränderungen der Wachstumsraten) eine « trend- und damit theoriefreie Definition des Untersuchungsobjekts »⁸⁵ in Anspruch und macht gegen Konjunkturdefinitionen, die mit Trends arbeiten, geltend, daß damit ungeklärte statistische und theoretische Probleme verbunden seien. « Wir halten Konjunkturbegriffe, die auf einem Trend mit oder ohne Gleichgewichtsinterpretation beruhen, für unzumutbar. »⁸⁶

Tichy sieht aber auch Probleme bei der « Flucht in die zweiten Differenzen » (die Veränderungen der Zuwachsraten, die Wagner benutzt): Eine terminologische Schwierigkeit liegt darin, daß verlangsamte Wachstumsraten und damit ein Abschwung in einer Phase diagnostiziert würden, in der die Nachfrage noch zunehmend expandiert, wichtige Branchen aber an Kapazitätsgrenzen stoßen. Bei zunehmender Kapazitätsanspannung befinde sich die Konjunktur in einer ' Phase um den Höhepunkt ', während die Veränderungen der realen Zuwachsraten bereits Abschwung signalisierten.⁸⁷

Tichy schlägt aus diesem Grunde als Kriterium die Abweichungen der Kapazitätsauslastung vom Trend vor (wobei er

⁸⁴ Vgl. z. B. J. TOBIN 1974, S. 35, D. SCHRÖDER 1975, S. 29.

⁸⁵ A. E. OTT, A. WAGNER 1973, S. 158.

⁸⁶ A. WAGNER 1972, S. 17.

⁸⁷ Vgl. G. TICHY 1973, S. 135.

die Schwierigkeiten bei der Trendermittlung nicht übersieht). Die Eignung einer Definitionsgröße bzw. eines Referenzindikators kann wohl kaum am Kriterium 'theoriefrei' oder 'theoriebezogen' festgemacht werden, weil alle Empirie immer schon theoriebezogen ist. Empirische Fakten können nur im Lichte vorgängiger Theorien wahrgenommen werden. Die Frage nach dem geeigneten Referenzindikator muß nach dem jeweiligen Zweck einer Untersuchung entschieden werden. Unter Stabilisierungspolitischer Fragestellung sollte ein Indikator diejenigen Tatbestände zum Ausdruck bringen, die wirtschaftspolitisch kritische Entwicklungen, wie z. B. Umkehrphasen und Wendepunkte, kennzeichnen.

Beim Indikator der (Veränderungen der) Wachstumsraten von BSP bzw. Industrieproduktion kommen nur Outputgrößen zum Ausdruck. Der Auslastungsgrad hingegen stellt eine Beziehung zwischen potentielltem Angebot und tatsächlicher Nachfrage her. Durch diese Beziehung zwischen Angebot (Produktionspotential) und Nachfrage (tatsächliche Produktion) entspricht der Indikator 'Auslastungsgrad' besser dem Konzept der 'Wachstumszyklen', in dem der Zusammenhang zwischen Konjunktur- und Wachstumsproblemen betont wird. Er eignet sich besser als Grundlage für mittelfristige Stabilisierungskonzepte, und schließlich paßt er besser zu der Variante der Wachstumstheorie, die man wegen ihrer Limitationalitätsannahmen auch eine 'kürzerfristige' (im Vergleich zur neoklassischen) nennen könnte, — also zur Wachstumstheorie vom Harrod/Domar-Typ, die Instabilitäten im Wachstum auf Disproportionen zwischen 'befriedigender' und 'tatsächlicher Wachstumsrate' zurückführt, d. h. auf die Zuwachsrates des Kapitalstocks einerseits und auf das tatsächliche Volkseinkommen — und damit auf die effektive Nachfrage — andererseits. Als Relation zwischen befriedigender und tatsächlicher Zuwachsrates enthält dieser wachstumstheoretische Ansatz also auch den Auslastungsgrad.

Die BBk verwendet zur Bestimmung der Konjunkturphasen die Abweichungen der Industrieproduktion vom Trend und definiert als Phasen der Konjunkturabschwächung solche mit einem Rückgang der trendbereinigten Werte der Industrieproduktion.

Der SR kennt unterschiedliche Kriterien für die Definition der Konjunktur und für die Bestimmung der Konjunkturphasen: als Konjunkturdefinition dienen ihm 'Schwankungen im Auslastungsgrad des Produktionspotentials', während er sich in der Phasenbestimmung den Kriterien der BBk anschließt. Der vom SR verwendete « Auslastungsgrad des Produktionspotentials » gibt das Bild der *globalen* Wirtschaftsentwicklung einschließlich des Staatssektors und der Wohnungswirtschaft wieder, welche beide definitionsgemäß mit einem Auslastungsgrad von 100% eingehen. Konjunkturelle Schwankungen kommen folglich weniger deutlich zum Ausdruck als etwa im Auslastungsgrad der Kapazitäten der verarbeitenden Industrie, — einem Indikator, mit dem das DIW arbeitet.⁸⁸

Im Durchschnitt der drei Zyklen zwischen 1960 und 1972 betrug der Auslastungsgrad des Produktionspotentials 97,5%; der Auslastungsgrad der Kapazitäten der verarbeitenden Industrie lag deutlich unter 90%.⁸⁹

In einem Vergleich verschiedener Auslastungsgrade — a) Unternehmensbereich, b) Verarbeitende Industrie, c) Ifo-Indikator — kommen Görzig/Kirner zu dem Ergebnis, daß die « Abweichungen der Auslastungsziffern erstaunlich gering sind und daß der weitaus größte Teil der Abweichungen auf das (unterschiedliche) Niveau der Auslastungsreihen zurückzuführen ist. »⁹⁰

Die Relation zwischen potentieller und tatsächlicher Produktion (s. Abb. 10), d. h. zwischen Produktionspotential und seiner Auslastung durch die effektive gesamtwirtschaftliche Nachfrage, kennzeichnet den dynamischen Charakter des Stabilisierungsproblems, der darin besteht, beide Komponenten in Übereinstimmung zu bringen bzw. sie auf dem Niveau eines 'befriedigenden Auslastungsgrades' in einer parallelen Entwicklung zu halten.⁹¹

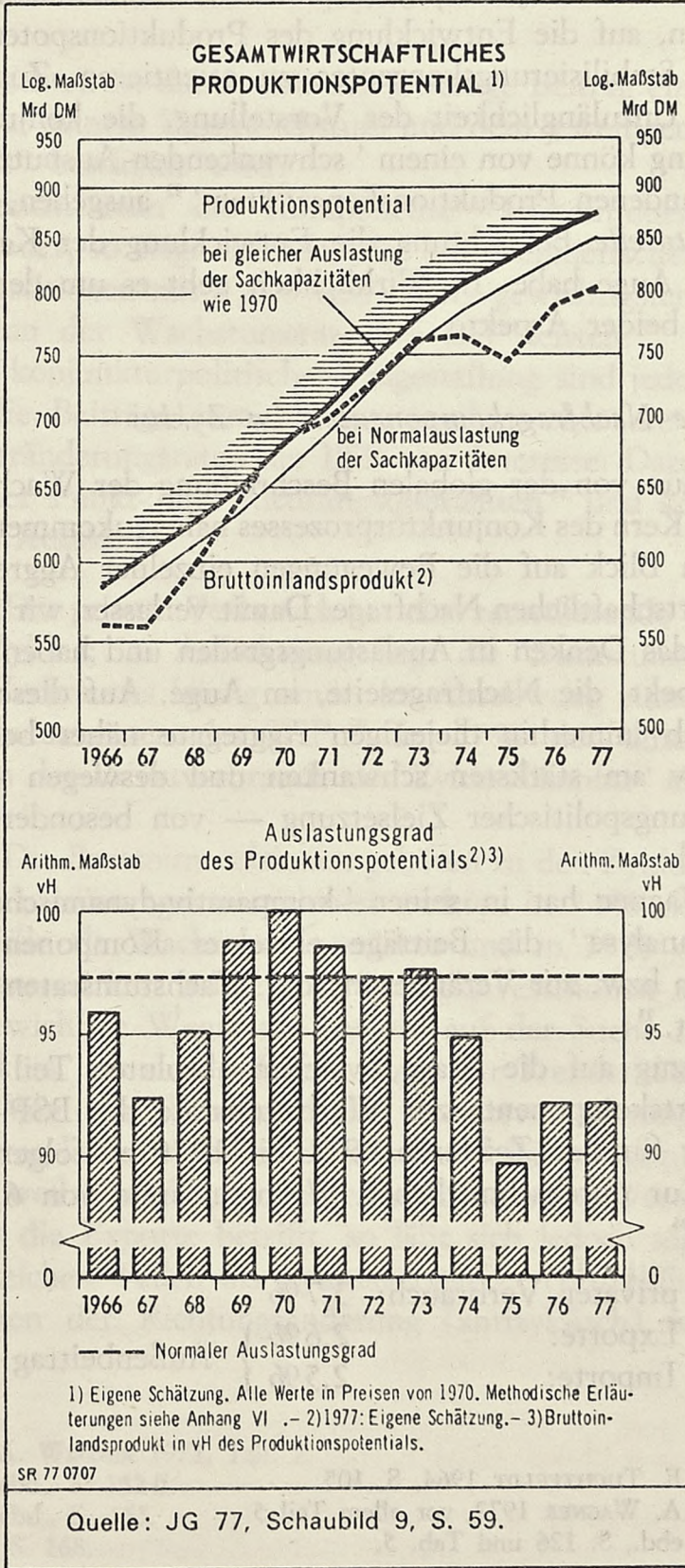
⁸⁸ Vgl. dazu JG 72, Zf. 151 ff.

⁸⁹ Vgl. ebd., Zf. 151 und Schaubild 11.

⁹⁰ B. GÖRZIG, W. KIRNER 1970, S. 11.

⁹¹ Vgl. H.-R. PETERS 1974, S. 2: « Stabilisierungspolitik umfaßt diejenigen Handlungen..., die auf Übereinstimmung bestimmter ökonomischer Relationen und deren fortschreitende Anpassung an gleichgewichtige Deckungsgrößen gerichtet sind. Stabilität im Zusammenhang mit Konjunktur und Wachstum enthält also eine dynamische Komponente. »

Abb. 10: Produktionspotential und Auslastungsgrad



Diese Formulierung des Stabilisierungsproblems deutet auf das Erfordernis hin, konjunkturpolitische Maßnahmen an mittelfristigen, auf die Entwicklung des Produktionspotentials gerichteten Stabilisierungskonzepten zu orientieren. Zugleich erhellt die Unzulänglichkeit der Vorstellung, die konjunkturelle Betrachtung könne von einem 'schwankenden Ausnutzungsgrad der vorhandenen Produktionskapazitäten'⁹² ausgehen, während die *strukturelle* Betrachtung die Entwicklung der Kapazitäten selbst im Auge habe. In Wirklichkeit geht es um den Zusammenhang beider Aspekte.

2.3.2. Die Nachfragekomponenten im Zyklus

Um nun von der globalen Beschreibung der Wachstumszyklen dem Kern des Konjunkturprozesses näherzukommen, werfen wir einen Blick auf die Bewegungen einzelner Aggregate der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Damit verlassen wir für einen Moment das Denken in Auslastungsgraden und haben nur den einen Aspekt, die Nachfrageseite, im Auge. Auf diesem Wege lassen sich immerhin diejenigen Aggregate näher bestimmen, die relativ am stärksten schwanken und deswegen — unter stabilisierungspolitischer Zielsetzung — von besonderem Interesse sind.

A. Wagner hat in seiner 'komparativ-dynamischen Komponentenanalyse' die Beiträge einzelner Komponenten zum Wachstum bzw. zur Veränderung der Wachstumsraten des BSP untersucht.⁹³

In bezug auf die Frage, welchen absoluten Teil eine Sozialproduktkomponente zur Wachstumsrate des BSP beiträgt, kommt er für den Zeitraum 1951 bis 1970 zu folgendem Ergebnis: Zur durchschnittlichen Wachstumsrate von 6,3% tragen bei:⁹⁴

— privater Verbrauch:	3,7%	} Außenbeitrag: 0,1%
— Exporte:	2,6%	
— Importe:	2,5%	

⁹² Vgl. E. TUCHTFELDT 1964, S. 105.

⁹³ Vgl. A. WAGNER 1972, vor allem Teil 5.

⁹⁴ Vgl. ebd., S. 126 und Tab. 5.

- Investitionen: 1,8%
- Staatsverbrauch: 0,7%

Zu beachten ist dabei, daß der jeweilige Beitrag einer Komponente aus seinem Eigenwachstum und dem jeweiligen 'Strukturgewicht' bestimmt wird.

Untersucht man die Komponente 'Investitionen' noch etwas genauer, so zeigt sich, daß die unternehmerischen Ausrüstungsinvestitionen mit 1,0% den relativ gewichtigsten Beitrag zum Niveau der Wachstumsrate des BSP leisten.⁹⁵

Unter konjunkturpolitischer Fragestellung sind jedoch nicht so sehr die Beiträge zum Niveau, sondern eher die Beiträge zu den Veränderungsraten des BSP von Interesse. Dazu errechnet Wagner Punkt- und Richtungsquotienten⁹⁶ und kommt zu folgenden Aussagen:

— Der private Verbrauch hat eine retardierende Wirkung auf den Zyklus; im Aufschwung liegt die Wachstumsrate des privaten Verbrauchs häufig unter, im Abschwung zumeist über den Wachstumsraten des BSP.⁹⁷ In 57% der untersuchten Jahre kann der Privatverbrauch als 'Zyklusdämpfer' eingestuft werden.

— Die Bruttoinvestitionen gehören zu den Zyklusverstärkern; die Ausrüstungsinvestitionen wirkten in 74% der untersuchten Fälle als Wachstumsverstärker und in 79% der Fälle als Zyklusverstärker. « Die Ausrüstungsinvestitionen sind deshalb eine wichtige Wegmarke sowohl auf der Suche nach den 'cycle makers' als auch auf dem Wege zur Trenderklärung. »⁹⁸

— Von den Komponenten Vorratsveränderungen und Außenbeitrag lassen sich keine Punkt- und Richtungsquotienten ermitteln, weil diese Komponenten auch negative Werte annehmen. Was die Exporte betrifft, so läßt sich jedoch sagen, daß sie 'zu gleichen Teilen als Zyklusverstärker (prozyklisch) und als Faktoren der Richtungsänderung (antizyklisch) wirkten',

⁹⁵ Vgl. A. WAGNER 1972, Tab. 7.

⁹⁶ Vgl. ebd., S. 152 ff.

⁹⁷ Vgl. ebd., S. 153.

⁹⁸ Ebd., S. 168.

was vermuten läßt, « daß Importe wie Exporte dann besonders genau untersucht werden müssen, wenn man die Anbahnung konjunktureller Wendepunkte ökonomisch in den Griff bekommen will ». ⁹⁹

Bezüglich der Wirkungen der einzelnen Komponenten auf den Zyklus kommt Wagner also zu dem Ergebnis, daß die Unternehmerinvestitionen und der Außenbeitrag vornehmlich als Zyklusverstärker, der private Verbrauch dagegen überwiegend als Zyklusdämpfer, die Staatsausgaben ebenfalls zu den Zyklusdämpfern, noch häufiger jedoch zu den Faktoren der Richtungsänderung zu zählen sind. ¹⁰⁰

Kromphardt geht in seinen Untersuchungen zu Konjunktur und Wachstum von der Annahme aus, « daß die Investitionen aufgrund ihrer stark ausgeprägten Schwankungen wohl am ehesten die Ursache für die Konjunkturschwankungen sein könnten ». ¹⁰¹ Er unterteilt die Gesamtinvestitionen in die vier Teilaggregate:

- staatliche Investitionen (außerhalb des Wohnungsbaus),
- Wohnungsbauinvestitionen,
- Anlageinvestitionen der Unternehmer (außer Wohnungsbau) und
- Vorratsveränderungen

und schließt aus dem statistischen Bild der Schwankungsintensitäten, daß in den beiden Kategorien der unternehmerischen Anlageinvestitionen (ohne Wohnungsbau) und den Vorratsveränderungen die Ursache für die Konjunkturschwankungen zu suchen seien. ¹⁰² Die staatlichen Investitionen und die Woh-

⁹⁹ Ebd., S. 175.

¹⁰⁰ Ebd., S. 206.

¹⁰¹ J. KROMPHARDT 1972, S. 148.

¹⁰² Ebd., S. 149. In dieser Bewegung von der Annahme (theoretical pre-conception) zur Folgerung aus dem nach den Annahmen organisierten empirischen Material wird zwar beachtet, was KOOPMANS (1947, S. 191) über eine 'gute' Auswahl aus der Fülle empirischer Fakten bemerkt: « ... 'good' choices means relevant choices. What is relevant can only be determined with the help of some notions as to the generation of economic fluctuations... »; doch wird dabei auch die Gefahr eines Zirkelschlusses deutlich: Man selektiert die Fakten, welche die vorgängigen Annahmen bestätigen.

nungsbauinvestitionen schwankten im Vergleich mit den anderen beiden Komponenten relativ wenig. Darüber hinaus bewegten sie sich « eher parallel zur Konjunktorentwicklung... als entgegengesetzt ». ¹⁰³

Es läßt sich also festhalten: Von den Komponenten der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ist es die Investitionsnachfrage, welche die stärkste Schwankungsintensität aufweist. Ein Reflex dieser Tatsache ist der Umstand, daß von den Bereichen der Verarbeitenden Industrie wiederum die Investitionsgüterindustrie die relativ stärksten Schwankungen in der Entwicklung der Nachfrage bzw. der Kapazitätsauslastung aufweist.

Der Anteil der Ausrüstungsinvestitionen an den gesamten Investitionen schwankte in den letzten 10 Jahren um 40%. (Der Anteil der Bauinvestitionen betrug um 55%). Der Anteil des Staates an den Ausrüstungsinvestitionen schwankte zwischen 1,5% und 1,9%.

Tab. 12: Anteil der Brutto-Anlage- und Ausrüstungsinvestitionen am Brutto-sozialprodukt

(Anteil in vH, in jeweiligen Preisen)

	Bruttoanlageinvestitionen	Ausrüstungsinvestitionen
1950	19,1	8,8
1960	24,0	10,8
1965	26,6	11,3
1970	26,4	12,1
1971	26,7	12,0
1972	26,1	11,1
1973	24,6	10,4
1974	22,5	9,5
1975	21,2	9,6

Quelle: JG 76, Tab. 18*, S. 244 (1974-75 vorläufige Ergebnisse).

¹⁰³ J. KROMPHARDT 1972, S. 149.

Die Investitionsquote, also der Anteil der Brutto-Anlageinvestitionen am BSP, hat sich bis 1970 stetig erhöht; seither ist der Trend rückläufig (vgl. dazu Tab. 12).

Die Investitionsgüterindustrie ist die relativ stärkste Industriegruppe; ihr umsatzmäßiger Anteil an der Gesamtindustrie hat sich in der Nachkriegszeit kontinuierlich erhöht: 1950 betrug er nur 23%, in den 70er Jahren lag der Anteil um 39%.

Wesentlich für die Beurteilung der Investitionen erscheint außerdem, daß nicht nur die Unternehmen, sondern auch die Investitionstätigkeit eine immer stärkere Konzentration aufweisen: « Im Jahre 1970 haben damit 1,9% der Unternehmen des produzierenden Gewerbes (d. h. der Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten) über mehr als die Hälfte der in diesem Bereich getätigten Bruttoanlageinvestitionen entschieden. »¹⁰⁴ In dieser Zahl kommt die Bedeutung der Konzentration der Investitionen jedoch nur unzureichend zum Ausdruck, weil die Investitionstätigkeit der Klein- und Mittelbetriebe — soweit sie Zulieferer zu Großunternehmen sind — wesentlich durch letztere beeinflußt wird.¹⁰⁵

Von den Komponenten der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ist es also die Investitionsnachfrage, welche die stärkste Schwankungsintensität aufweist. Dies wirkt sich vor allem auf die Gruppe der Investitionsgüterindustrien aus; ihre Produktion schwankt zyklisch am stärksten (vgl. Abb. 11, S. 74).

Mit abnehmender Schwankungsintensität folgen: Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien, Verbrauchsgüterindustrien und schließlich Nahrungs- und Genußmittelindustrien.

Der zyklische Kernprozeß vollzieht sich also *a)* im Bereich der Industrie, *b)* vor allem in den Investitionsgüterindustrien und *c)* über die starken Schwankungen der Investitionsnachfrage.

Der zyklische Kernprozeß 'manifestiert' sich allerdings nur in der Investitionsgüternachfrage und der entsprechenden Industriegruppe. Es sind damit zunächst nur die Symptome erfaßt, nicht notwendigerweise auch schon die Ursachen der konjunkturellen Schwankungen (wie z. B. Kromphardt unterstellt).

¹⁰⁴ W. MEISSNER 1974, S. 13.

¹⁰⁵ Ebd., S. 14.

Dies wird z. T. dort übersehen, wo aus der Tatsache der schwankenden Investitionen direkt auf die Notwendigkeit geschlossen wird, diese Investitionsnachfrage unmittelbar zu steuern. So schließt z. B. Stirnberg von 'dem Grundübel des konjunkturellen Prozesses, den schwankenden Investitionen' und der damit einhergehenden 'mittelfristigen Einengung des Wachstumsspielraums' darauf, daß Anlaß gegeben sei, « das Problem der Investitionssteuerung zum Zweck der Konjunktur-stabilisierung immer wieder neu zu überdenken ». ¹⁰⁶

Darin kann eine gewisse Verkürzung gesehen werden, denn bezüglich der Ursachen der Schwankungen der Investitionsnachfrage muß weiter gefragt werden, worauf diese Schwankungen ihrerseits zurückzuführen sind.

Im Akzelerationstheorem wird postuliert, daß die überproportionalen Schwankungen der Investitionsnachfrage schon durch relativ geringfügige Veränderungen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage *bewirkt* werden. Ursächlich wäre damit an den Schwankungen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage bzw. deren Teilaggregaten anzusetzen: Staats-, Auslands-, Konsum- und Investitionsnachfrage.

Von diesen Überlegungen her ist die Strategie des *demand-management* zu sehen, die auch Teil der wirtschaftspolitischen Konzeption des SR ist. Nach dieser Konzeption soll die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in mittelfristiger Ausrichtung verstetigt werden; dazu sind für die Komponenten der Nachfrage jeweils entsprechende mittelfristige Konzepte entworfen worden, die eine konjunktur- und stabilitätsgerechte Entwicklung der Nachfrageaggregate sichern sollen. Die außenwirtschaftliche Absicherung soll über flexible Wechselkurse erfolgen (deren Anstieg auf mittlere Sicht zugleich die Exportlastigkeit abzubauen geeignet ist), die Staatsnachfrage wird an das Konzept des konjunkturneutralen Haushalts gebunden, die Konsumnachfrage wird — wenn auch indirekt — über das einkommenspolitische Konzept der Kostenniveauneutralität verstetigt, wobei dies, zusammen mit einer mittelfristig ausgerichteten monetären Politik, auch die Investitionsnachfrage verstetigen soll.

¹⁰⁶ L. STIRNBERG 1974, S. 64.

Nur für den Fall, daß es aussichtslos sein sollte, die Komponenten der Nachfrage und über diese die Investitionsnachfrage mittelbar zu verstetigen, wäre es erforderlich, die Frage nach der direkten Steuerung der Investitionen aufzuwerfen.

Das Problem der Unterscheidung von Ursachen und Symptomen der Konjunktur stellt sich nicht nur bezüglich des Zusammenhanges von Investitionsnachfrageschwankungen und Schwankungen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, es stellt sich auch bezüglich des Zusammenhanges von Gesamtkonjunktur und Branchenkonjunkturen. Sind es die Veränderungen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, welche die Branchen affizieren und über die sektorspezifische Elastizität und Periodizität der multiplikativen Wirkungen von Konjunkturschwankungen¹⁰⁷ zu einem branchenmäßig differenzierten Konjunkturmuster führen? Oder sind es die Branchen, in denen zunächst die Anpassung von Produktionspotential und Nachfrageveränderung mißlingt, welche also Auslastungsschwankungen aufweisen, die sich dann auf andere Wirtschaftsbereiche übertragen und so zur gesamtwirtschaftlichen Konjunktur führen?

Seidenfus geht davon aus, daß die gesamtwirtschaftliche Konjunktur gegeben ist und Branchenkonjunkturen aus den spezifischen « sektoralen Auswirkungen der konjunkturellen Entwicklung »¹⁰⁸ resultieren. Eine andere Auffassung scheint Peters zu vertreten:

« Konjunkturprobleme werden durch mangelnde Fähigkeit der Unternehmer, ihre Branchenangebote an gewandelte Bedarfs- und Nachfrageverhältnisse anzupassen, verstärkt oder überhaupt erst ausgelöst. »¹⁰⁹

Diese Frage ist insofern relevant, als nach Seidenfus bei Vorliegen von branchenkonjunkturellen Entwicklungen der Wirtschaftspolitik « Aufgaben der sektoralen Stabilisierung » erwachsen.¹¹⁰

¹⁰⁷ Vgl. H. ST. SEIDENFUS 1972, S. 212.

¹⁰⁸ Ebd.

¹⁰⁹ H.-R. PETERS 1971, S. 30.

¹¹⁰ H. ST. SEIDENFUS, ebd.

2.4. Branchenkonjunkturen

2.4.1. Gibt es eine gesamtwirtschaftliche Konjunktur?

Eine Phase langandauernder wirtschaftspolitischer Ineffizienz wirft mit der Frage nach der Qualität des wirtschaftspolitischen Handelns auch die Frage nach der Gültigkeit und Zweckmäßigkeit der diesem Handeln zugrundeliegenden Begriffe und Konzeptionen auf.

Begriffe und theoretische Konzepte sollten einerseits die Realität adäquat erfassen, andererseits dem jeweiligen wirtschaftspolitischen Verwendungszweck angemessen sein. Beides hängt zusammen: die wirtschaftspolitischen Zwecke ergeben sich (auch) aus dem Erscheinungsbild der Realität, d. h. den ökonomischen Fehlentwicklungen, und die Realität wird ihrerseits unter dem Gesichtspunkt möglichen wirtschaftspolitischen Handelns wahrgenommen und analysiert.

Auf die vorliegende Problemstellung bezogen heißt dies, daß das in Theorie und Politik vorherrschende Konzept der 'gesamtwirtschaftlichen Konjunktur' sowohl unter dem Aspekt der empirischen Sachverhalte zu sehen ist, die mit ihm erfaßt werden sollen, als auch unter dem Aspekt der wirtschaftspolitischen Konzeption, die *scope and design* der Steuerung dieser Sachverhalte umfaßt. Mit der Konzeption der Globalsteuerung ist eine Präferenz für gesamtwirtschaftliche Stabilisierungsziele und für eine auf makroökonomische Aggregate gerichtete Konjunkturpolitik gesetzt. Dieser Handlungsrahmen konditioniert die Wahrnehmung wirtschaftspolitischer Probleme als gesamtwirtschaftliche Fehlentwicklungen, unbeschadet der latenten Einsicht, daß 'die Konjunktur' das Ergebnis einer statistischen Aggregation von unterschiedlichen, z. T. entgegengesetzten Bewegungen von Einzelkomponenten ist.¹¹¹

Die durch eine nachhaltig unbefriedigende Zielerreichung ausgelöste Überprüfung theoretischer Konzepte und wirtschaftspolitischer Konzeptionen kann bei den Voraussetzungen be-

¹¹¹ Vgl. T. SEITZ 1973, S. 35.

ginnen, die vom empirischen Sachverhalt her erfüllt sein müßten, wenn eine auf *die* Konjunktur gerichtete globale Wirtschaftspolitik Aussicht auf Erfolg haben sollte.

Die erste Voraussetzung ist die, daß es ein globales und relativ stabiles gesamtwirtschaftliches Konjunkturablaufmuster geben müßte. Da der gesamtwirtschaftliche Zyklus aus einer Aggregation unterschiedlicher Teilbewegungen entsteht, bedeutet die genannte Voraussetzung, *a*) daß die Differenzierungen in den Bewegungen der Einzelkomponenten sich in engen Grenzen halten müßten und *b*) daß das Muster der Bewegungen der Einzelkomponenten eine relativ stabile, d. h. insbesondere auch: wiederkehrende Struktur aufweisen müßte.

Die erste Bedingung einer relativ geringen Differenzierung der Einzelbewegungen ist deswegen erforderlich, weil nur dann die globalen, gesamtwirtschaftlichen Konjunkturindikatoren einen *echten* Durchschnitt ausdrücken. Die Bedingung wäre dann nicht erfüllt, wenn z. B. die Hälfte der Industriebranchen einen zu niedrigen bzw. fallenden, die andere Hälfte einen zu hohen bzw. ansteigenden Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten aufwies. Zu einem globalen Wert aggregiert, würde die Diagnose einen 'befriedigenden' gesamtwirtschaftlichen Auslastungsgrad ergeben. Die tatsächliche Lage wäre jedoch alles andere als befriedigend; sie wäre tendenziell stagflationär. Hier zeigt sich die Berechtigung der Feststellung von E. Schneider, daß ein Makrogleichgewicht nur eine notwendige, nicht auch schon eine hinreichende Bedingung « für die Existenz eines Gleichgewichtszustandes schlechthin »¹¹² ist. Mit der Verwendung globaler, aggregierter Größen « reduziert man die Analyse auf die großen, relevanten Linien und gewinnt an Einfachheit und Übersichtlichkeit. Daß dadurch die Zusammenhänge innerhalb der Gruppen verdeckt werden, ist klar ».¹¹³ Hier wird die These vertreten, daß in bestimmten konjunkturellen Situationen « die Zusammensetzung innerhalb der Gruppen », d. h.: die branchenmäßige Differenzierung innerhalb des globalen Konjunkturmusters, relevant sein könnte.

¹¹² E. SCHNEIDER, 1967, S. 96.

¹¹³ Ebd.

Die zweite Bedingung (relativ stabiles Muster der Bewegungen der Einzelkomponenten) ist deswegen erforderlich, weil eine erfahrungsgeleitete Interpretation der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung auf der Grundlage von Veränderungen relevanter Einzelkomponenten sonst unmöglich wäre. Auch eine Prognose der zu erwartenden Entwicklung globaler Niveaugrößen auf der Grundlage 'vorlaufender' Zeitreihen wäre sonst nicht möglich. Von zureichenden Prognosen aber hängt die Möglichkeit einer effizienten Konjunkturpolitik ab. Wäre das Ablaufmuster der Einzelkomponenten instabil, dann würden sich darüber hinaus globale Konjunkturmaßnahmen je nach der konjunkturellen Lage in den einzelnen Sektoren, den branchenmäßigen Ansatzpunkten und der sektoralen Inzidenz der ergriffenen Maßnahmen je anders auswirken. Eine rationale Konjunkturpolitik wäre auf diese Weise nicht möglich.

In einer 'Komponentenanalyse' der Wachstumszyklen kommt Wagner u. a. zu dem Ergebnis, daß die beobachteten Zyklen *kein* stabiles Ablaufmuster aufweisen, daß vielmehr von der Nachfrageseite her je unterschiedliche Komponenten mit ihren Schwankungen den gesamtwirtschaftlichen Zyklus auslösten und bestimmten. « Allgemein können wir... feststellen, daß es in den vergangenen zwanzig Jahren einen Investitions- und einen Konsumzyklus, Zyklen der Staatsausgaben sowie der Exporte und Importe, einen Lagerzyklus und einen Wohnungsbauzyklus gab. Die zyklischen Schwankungen der Sozialproduktskomponenten schlugen mit unterschiedlichem Gewicht zu Buche und führten in ihrer Summe zu *den* Wachstumszyklen der Bundesrepublik Deutschland. »¹¹⁴ Die von Wagner berechneten *ex post*-Multiplikatoren, mit denen von der absoluten Änderung einer Sozialproduktkomponente auf die Änderung des Sozialprodukts geschlossen wird,¹¹⁵ zeigen im Zeitablauf « beträchtliche Schwankungen ». ¹¹⁶

Daraus kann man ableiten, daß die von Wagner so genannte — und als Voraussetzung für die Verwendung der Komponentenanalyse zu Prognosezwecken angesehene — 'Pha-

¹¹⁴ A. WAGNER 1972, S. 137.

¹¹⁵ Ebd., S. 146.

¹¹⁶ Ebd.

senverwandtschaft der Einzelzyklen der Sozialproduktskomponenten' in einem strengen Sinne nicht gegeben ist. Ein hinreichend stabiles Bewegungsmuster zwischen den Bewegungen der einzelnen Komponenten und der gesamtwirtschaftlichen Bewegung scheint nicht vorzuliegen. Dieses Ergebnis berührt die Voraussetzungen einer auf ein globales Bewegungsmuster ausgerichteten Konjunkturpolitik. Die Frage, « inwieweit die aus der Vergangenheit bekannten Konjunkturablaufmuster auch gegenwärtig Geltung haben », ¹¹⁷ stellt sich folglich nicht erst seit der wegen struktureller Überlagerungen stark differenzierten Konjunktur, sie stellt sich generell.

Wenn es von den Nachfragekomponenten her gesehen kein sehr einheitliches Zyklennmuster zu geben scheint, dann bleibt zu untersuchen, ob es hinsichtlich der Branchenbewegungen im Zyklus ein relativ stabiles Konjunkturablaufmuster gibt, das es rechtfertigen würde, von einer globalen Konjunktur zu sprechen.

Schon 1923 wies Spiethoff in seinem Artikel über die wirtschaftlichen Wechsellagen darauf hin, daß « die Ermittlung des Regelmäßigen » die eigentliche Schwierigkeit in der Konjunktur- und Krisenanalyse darstelle und daß die Gefahr bestehe, Einzelbeobachtungen und Besonderheiten zu verallgemeinern. « Die Mannigfaltigkeit im Ablauf der Wechsellagen ist viel größer als gemeinhin im wissenschaftlichen Schrifttum angenommen wird. » ¹¹⁸

Bombach betonte auf der 1962er Tagung des Vereins für Sozialpolitik, daß die Vorstellung von *der* gesamtwirtschaftlichen Konjunktur irreführend sein könne:

« Grob ausgedrückt: der 'klassische' Konjunkturzyklus ist abgelöst worden durch eine Folge von Branchenzyklen. Diese Branchenzyklen nun sind ein Phänomen, das sich durch eine extreme Makrotheorie natürlich niemals in den Griff bekommen läßt. So ist es nicht verwunderlich, wenn in der Nachkriegszeit in zunehmendem Maße Zweifel laut geworden sind, ob eine Stabilisierung des Einkommens und der Beschäftigung auf befriedigend hohem Niveau

¹¹⁷ BMWI-Monatsbericht 6/75, Stichworte zur Lage.

¹¹⁸ A. SPIETHOFF 1955, S. 23.

durch globale Maßnahmen überhaupt noch möglich sei. Bedarf es nicht vielmehr, so wird gefragt, bewußt selektiver Eingriffe. Eingriffe, die nicht nur einen Niveaueffekt haben, sondern zugleich eine gestörte Struktur zu korrigieren vermögen? »¹¹⁹

Auch Tichy kommt in seiner Untersuchung von über 70 Konjunkturzyklen in Europa zu dem Ergebnis, daß das empirische Material nur schwer mit der Vorstellung von einer einheitlichen gesamtwirtschaftlichen Konjunktur in Übereinstimmung zu bringen ist:

« Gerade die Annahme einheitlicher Auslastungsschwankungen stimmt jedoch nicht: Die Schwankungen zeigten sich in den einzelnen Nachfrageströmen in sehr unterschiedlichem Ausmaß und dementsprechend trafen sie auch die einzelnen Branchen unterschiedlich stark. Insbesondere die kleineren Konjunkturschwankungen der Nachkriegszeit in Europa müssen manchmal eher als Branchenkonjunkturen denn als Schwankungen der gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung verstanden werden. »¹²⁰

Auf die jüngste Krise bezogen, diagnostiziert Zeitel, daß « die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung... durch ein Überlappen von tiefergreifenden internationalen konjunkturellen, strukturellen und ordnungspolitischen Einflußfaktoren » bestimmt werde. « Die überkommene vornehmlich konjunkturpolitisch orientierte Situationsanalyse wird daher den gegebenen Bedingungen nicht gerecht. »¹²¹

2.4.2. Die gespaltene Konjunktur 1973-75

Der von strukturellen Entwicklungen überlagerte und verschärfte Konjunkturreinbruch von 1973-75 hat sich zur bislang schwersten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit ausgeweitet. Nicht nur war die Schrumpfrate der Verarbeitenden Industrie in 1975 mehr als doppelt so groß wie diejenige von 1967, nicht nur wiesen die Grundstoff- und Produktionsgüter-

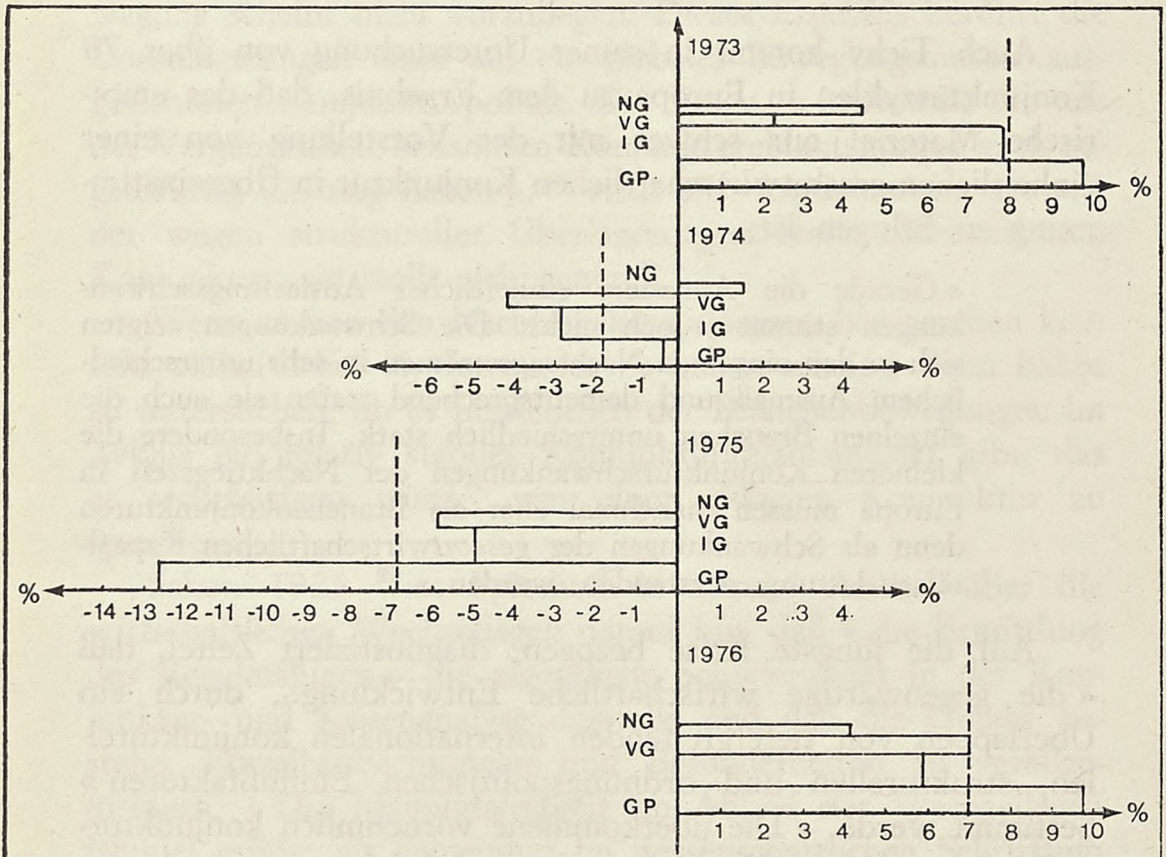
¹¹⁹ G. BOMBACH 1964, S. 16 f.

¹²⁰ G. TICHY 1973, S. 81.

¹²¹ G. ZEITEL 1975, S. 22.

Abb. 11: *Veränderungen der industriellen Nettoproduktion¹ der Industrie-
gruppen² 1973-76*

(Zu- bzw. Abnahme gegenüber Vorjahr in vH - Gestrichelte Linien: Verarbeitende Industrie)



¹ Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.

² Die Stärke der Balken entspricht der Gewichtung von 1970:

GP: Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrien: 30,25;

IG: Investitionsgüterindustrien: 41,37;

VG: Verbrauchsgüterindustrien: 18,02;

NG: Nahrungs- u. Genußmittelindustrien: 10,35; (Verarbeitende Industrie = 100).

Quelle: WuSt 1/77, S. 7.

industrien eine Verringerung der Nettoproduktion von 12,4% auf, während sie in 1967 noch eine positive Zuwachsrate von 1,7% hatten (vgl. Tab. 13), auch die Arbeitslosenzahlen lagen in der jüngsten Depression um ein Vielfaches höher: die Arbeitslosenquote war zweieinhalbmal so hoch und die Zahl der Kurzarbeiter fünfeinhalbmal so hoch wie in 1967.¹²² Gleich-

¹²² Vgl. Lange Reihen 1976, S. 23.

Tab. 13: *Veränderungen der industriellen Nettoproduktion 1973-76*
(Verarbeitende Industrie und Industriegruppen - in vH)

	1973	1974	1975	1976
Verarbeitende Industrie	7,9	-1,8	-6,7	7,0
Grundstoff- u. Produktionsgüterind.	9,7	-0,3	-12,4	9,7
Investitionsgüterindustrien	7,8	-2,8	- 4,8	5,9
Verbrauchsgüterindustrien	2,4	-4,0	- 5,4	7,0
Nahrungs- un Genußmittelindustrien	4,4	1,6	0,3	4,2
Varianz (vgl. Anm. 1, Tab. 17)	6,98	3,01	16,70	3,51
Quellen: WuSt 1/77, S. 7, WuSt 2/77, S. 101.				

Tab. 14: *Veränderungen der industriellen Nettoproduktion 1965-68*
(Verarbeitende Industrie und Industriegruppen - in vH)

	1965	1966	1967	1968
Verarbeitende Industrie	5,9	1,3	-2,7	9,9
Grundstoff- u. Produktionsgüterind.	5,2	2,8	1,7	12,8
Investitionsgüterindustrien	6,8	0,1	-6,1	9,1
Verbrauchsgüterindustrien	6,2	0,7	-5,1	9,5
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	4,1	3,2	2,6	4,5
Varianz (vgl. Anm. 1, Tab. 17)	0,83	1,71	14,58	5,85
Quelle: JG 76, Tab. 32*.				

zeitig war die Depression von 1973-75 durch eine ungewöhnliche und langanhaltende Differenzierung der Branchenwachstumsraten gekennzeichnet. Die Erscheinung des Auseinanderfallens des Konjunkturzusammenhangs, d. h. die Gleichzeitigkeit von relativ expansiven und depressiven Branchengruppen fand im Begriff der 'gespaltenen Konjunktur' ihren Ausdruck.

Im Folgenden sollen zunächst die Entwicklungen in den Industriegruppen und dann die Branchenentwicklungen analysiert werden. Wie Tab. 13 und Abb. 11 zeigen, nahm die industrielle Nettoproduktion in 1973 bei noch steigender Kapazitätsauslastung in der Verarbeitenden Industrie um fast 8% zu. Das Wachstum verringerte sich aber bereits in der zweiten Jahreshälfte '73. Dem Aufschwung wurde durch eine restriktive Geld- und Fiskalpolitik « die Spitze genommen ». ¹²³ Das Wachstum in den einzelnen Industriegruppen im Jahre 1973 war zwar insgesamt noch positiv, aber bereits erheblich differenziert. Die Gruppe der Grundstoff- und Produktionsgüter wies mit 9,7% die höchste Zuwachsrate auf, gefolgt von den Investitionsgüterindustrien mit 7,8% und den Verbrauchsgüterindustrien mit nur 2,4%. In der zweiten Jahreshälfte fiel die Produktion der Verbrauchsgüterindustrien stark ab; sie wiesen im 4. Quartal bereits eine negative Zuwachsrate von -2,3% auf, während die Investitionsgüterindustrien ihre Produktion noch um fast 7% steigerten (vgl. Tab. 18).

Die industrielle Nettoproduktion war, bei nur noch geringfügig wachsendem BSP, in 1974 um 2% geringer als im Vorjahr. Die Industrie insgesamt wies also eine depressive Entwicklung auf. Von den einzelnen Industriegruppen waren die Verbrauchsgüterindustrien vom Abschwung am stärksten betroffen. Ihr Rückgang betrug 4,6%. Bei der Gruppe der Investitionsgüterindustrien betrug der Rückgang 3,1% und bei den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien schließlich nur 0,3%.

Von der Intensität der rezessiven Entwicklung her gesehen, ging der Abschwungsimpuls von den Verbrauchsgüterindustrien aus und setzte sich abgeschwächt auf die vorgelagerten Pro-

¹²³ JG 74, Zf. 77.

Tab. 15: *Veränderungen der Arbeitsproduktivität*¹ 1973-76

(Verarbeitende Industrie und Industriegruppen - in vH)

	1973	1974	1975	1976
Verarbeitende Industrie	6,4	1,0	0,0	10,2
Grundstoff- und Produktionsgüterind.	9,0	1,3	-8,0	13,1
Investitionsgüterindustrien	5,9	-1,7	2,2	9,2
Verbrauchsgüterindustrien	4,4	2,7	3,6	10,2
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	4,8	4,7	6,5	6,8
Varianz (vgl. Anm. 1, Tab. 17)	3,13	4,87	28,04	4,14
¹ Produktionsergebnis je Beschäftigten.				
Quellen: Lange Reihen 1976 S. 63. WuSt 4/77, S. 253.				

Tab. 16: *Veränderungen der Arbeitsproduktivität*¹ 1965-68

(Verarbeitende Industrie und Industriegruppen - in vH)

	1965	1966	1967	1968
Verarbeitende Industrie	3,4	1,9	3,6	8,6
Grundstoff- und Produktionsgüterind.	3,0	4,9	8,5	12,2
Investitionsgüterindustrien	3,2	0,5	0,4	6,7
Verbrauchsgüterindustrien	4,8	0,2	1,8	8,9
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	4,3	3,2	5,3	4,9
Varianz (vgl. Anm. 1, Tab. 17)	0,48	4,20	12,38	6,85
¹ Produktionsergebnis je Beschäftigten.				
Quelle: Lange Reihen 1976, S. 63.				

duktionsstufen durch. Erst im 4. Vj. 1974 zeigen sich Akzeleratorwirkungen in den Investitionsgüterindustrien: ihre Schrumpfrate übertrifft diejenige der Verbrauchsgüterindustrien. Diese — theoretisch zu erwartende — stärkere Intensität der zyklischen Bewegung im Investitionsgütersektor hält jedoch nur zwei Quartale an (vgl. Tab. 18).

In 1975 setzt sich die depressive Entwicklung verstärkt fort. Während in der ersten Nachkriegskrise die Verarbeitende Industrie über 4 Quartale hinweg negative Zuwachsraten aufwies, erstreckte sich dieser Zustand in der zweiten Krise auf insgesamt 6 Quartale, bei mehr als doppelt so hoher Amplitude. Wie aus Tab. 13 zu ersehen ist, sind es in 1975 die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien, in denen sich die ganze Intensität des weltwirtschaftlichen Einbruchs zeigt: von einer Zuwachsrate in 1973 von 9,7% zu einer Schrumpfrate in 1975 von — 12,4%. Über das ganze Jahr gesehen, ist die Intensität der zyklischen Bewegung in den Verbrauchsgüterindustrien allerdings immer noch stärker als in den Investitionsgüterindustrien.

Neben der Bewegung der industriellen Nettoproduktion ist auch die Entwicklung der Arbeitsproduktivität (hier Produktionsergebnis je Beschäftigten) von besonderem Interesse, weil in diesem Indikator die Produktionsziffern um die Veränderungen in der Beschäftigung korrigiert sind. Vergleicht man die Entwicklung der Veränderungsrate dieser beiden Indikatoren (Nettoproduktion und Produktivität), so zeigt sich, daß die Arbeitsproduktivität besonders starke zyklische Schwankungen vor allem in den konsumfernen Branchen der Grundstoff- und Produktionsgüter- sowie der Investitionsgüterindustrien aufweist, während die Schwankungen in den konsumnahen Industriegruppen relativ gering sind (vgl. Tab. 13 u. 15). Die Veränderung der Varianzen der Industriegruppen-Zuwachsraten verläuft für beide Indikatoren nicht einheitlich. Zwar weisen beide das Jahr 1975 als den Höhepunkt der Differenzierung in der Entwicklung der Industriegruppen aus, doch während die Varianz der Industrieproduktion 1974 gegenüber dem Vorjahr zurückgeht, steigt die Varianz der Arbeitsproduktivität in 1974 an.

Die Varianz (als Summe der gewichteten Quadrate der Ab-

weichungen der Industriegruppen- bzw. Branchenveränderungsraten von der durchschnittlichen Veränderungsrate der Verarbeitenden Industrie) wird hier als Maßgröße zur deskriptiv-analytischen Erfassung der Differenzierung der konjunkturellen Bewegung verwendet (vgl. Anmerkung 1 in Tab. 17). Es braucht kaum betont zu werden, daß diese Maßgröße nur erste Hinweise für den Grad der Differenzierung bzw. Spaltung der Konjunktur geben kann. Auch zeigt der Vergleich mit der ersten Rezession von 1966-67, daß die beiden 'Einbruchsjahre' 1967 und 1975 jeweils die stärkste Differenzierung aufweisen, während die Entwicklung in den jeweils vorausgehenden bzw. nachfolgenden Jahren keine eindeutige Interpretation zuläßt. Es läßt sich nur sagen, daß — bezogen auf die Industriegruppen — die Differenzierung der Konjunkturentwicklung im Verlauf eines Zyklus sich stark verändert und in den Jahren der stärksten Rezession ihren jeweiligen Höhepunkt erreicht.

Tab. 17: *Varianzen der Zuwachsraten der Industriegruppen*

(Für die Indikatoren Industrielle Nettoproduktion und Arbeitsproduktivität - 1965-68 und 1972-76)

Jahr			1965	1966	1967	1968
Varianz ¹	A		0,83	1,71	14,58	5,85
	B		0,48	4,20	12,38	6,85
Jahr		1972	1973	1974	1975	1976
Varianz ¹	A	1,95	6,98	3,01	16,70	3,51
	B	2,32	3,13	4,87	28,04	4,14

A = Industrielle Nettoproduktion.

B = Produktionsergebnis je Beschäftigten.

¹ $V = \sum f_1 (x_1 - A)^2$; (f_1 = Gewichtung der Industriegruppen bzw. -branchen, x_1 = Zuwachsraten der Industriegruppen bzw. -branchen und A = Zuwachsrate der Verarbeitenden Industrie).

Tab. 18: *Vierteljährliche Veränderungsraten der industriellen Nettoproduktion 1973-76*

(Verarbeitende Industrie und Industriegruppen - in vH)

		VI	GP	IG	VG	NG	Varianz ²
1973	1. Vj.	8,3	12,2	8,2	5,4	2,7	9,37
	2. Vj.	8,3	10,7	8,6	5,6	5,3	4,02
	3. Vj.	6,9	9,6	7,7	1,4	6,2	7,97
	4. Vj.	4,8	6,8	7,0	- 2,3	3,5	12,46
1974	1. Vj.	1,5	3,8	0,8	- 2,6	5,1	6,17
	2. Vj.	0,9	3,0	0,1	- 1,6	2,4	2,96
	3. Vj.	- 2,4	- 0,8	- 3,1	- 5,5	- 0,8	2,93
	4. Vj.	- 6,7	- 7,3	- 8,0	- 6,1	- 1,7	3,45
1975	1. Vj.	- 8,1	- 13,0	- 7,6	- 5,8	1,9	18,64
	2. Vj.	- 11,0	- 17,2	- 8,1	- 11,6	- 3,2	21,47
	3. Vj.	- 7,7	- 15,4	- 4,6	- 4,6	0,5	30,74
	4. Vj.	- 0,9	- 3,5	0,8	0,4	1,8	4,11
1976	1. Vj.	4,2	5,1	5,3	3,6	- 0,9	3,49
	2. Vj.	10,1	14,4	7,6	10,2	8,2	8,54
¹	3. Vj.	8,1	13,8	4,8	6,9	5,9	15,09
	4. Vj.	5,2	.	5,5	5,8	.	.

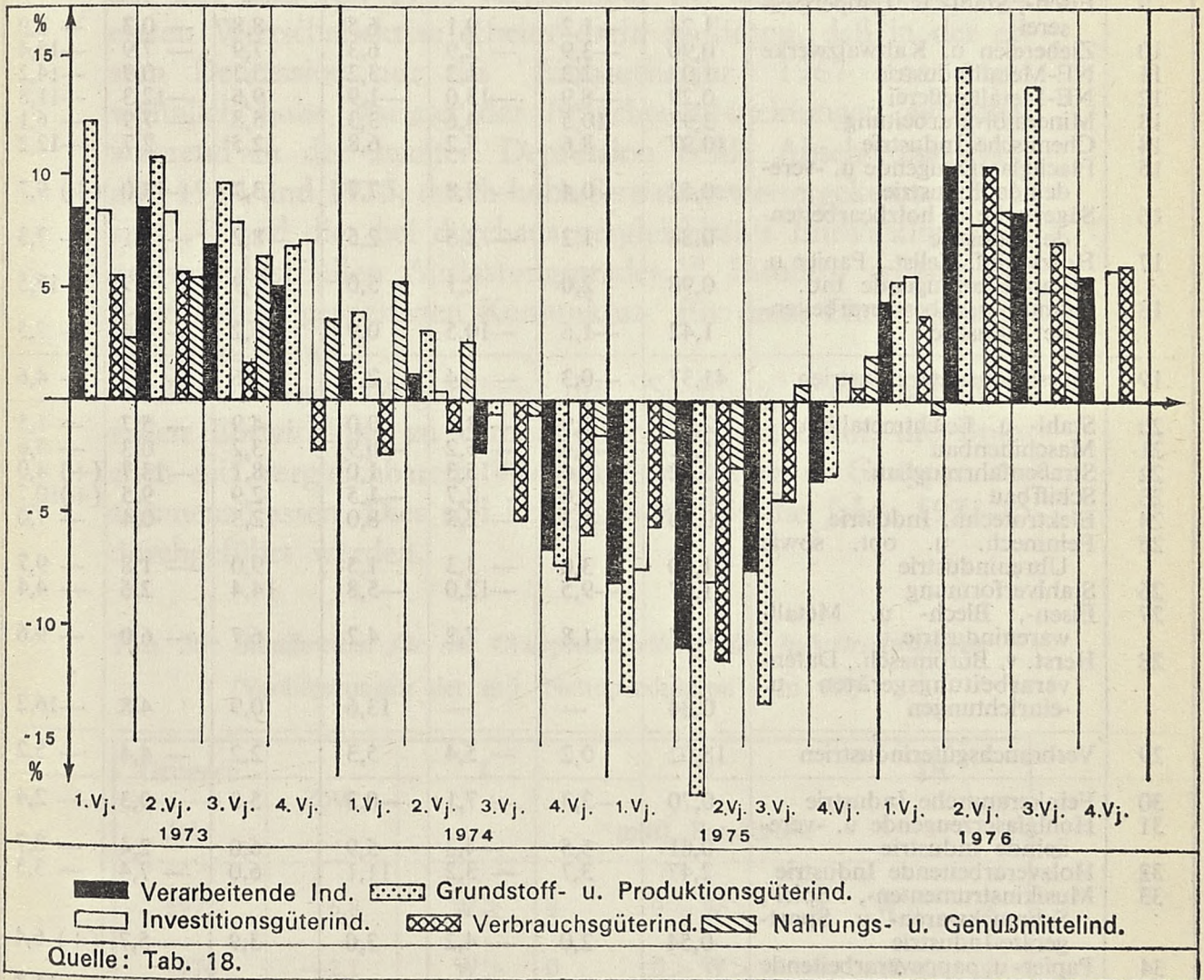
¹ Vorläufig · kein Ergebnis.
² Vgl. Anmerkung 1, in Tab. 17.

Quellen: JG 76, Tab. 32*, WuSt 2/77, Schaubild 1, S. 101.

Geht man von der Betrachtung der jährlichen Veränderungsdaten über zur Analyse von Quartalswerten, dann zeigt sich, daß die Varianz der Zuwachsraten der industriellen Nettoproduktion der Industriegruppen von Quartal zu Quartal beträchtlichen Veränderungen unterworfen ist. Im letzten Quartal 1973 steigt die Varianz auf einen Wert an, der über dem Jahres-Höchstwert von 1967 liegt, um zum dritten Quartal 1974 wieder auf einen Minimalwert abzusinken. Im Krisenjahr 1975 ist die Varianz nur die ersten drei Quartale unge-

wöhnlich hoch; im letzten Quartal fällt sie stark ab, um gegen Mitte 1976 jedoch wieder anzusteigen (vgl. Tab. 18).

Abb. 12: *Vierteljährliche Veränderungsrate der industriellen Nettoproduktion 1973-76*
(Verarbeitende Industrie und Industriegruppen - in vH)



Eine weitere Vertiefung der Analyse kann dadurch erreicht werden, daß nicht nur die Differenzierung zwischen den Industriegruppen, sondern auch diejenige zwischen den Branchen untersucht wird. Auch bezüglich der Branchen wäre sicherlich die Analyse von Quartalswerten wünschbar, doch

Tab. 19: *Veränderungsraten der industriellen Nettoproduktion 1966-67 und 1972-75 in vH und Varianzen der Branchen-Zuwachsraten*

(Industriegruppen und -branchen)

Lfd. Nr.	Industriegruppen und -branchen	Gewichtung 1970	$\Delta 66-65$	$\Delta 67-66$	$\Delta 72-71$	$\Delta 73-72$	$\Delta 74-73$	$\Delta 75-74$
5	Verarb. Ind.	100	1,0	- 2,9	3,6	6,8	- 2,1	- 6,6
6	Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrien	30,25	2,6	1,5	5,1	9,4	- 0,4	-12,4
7	Industrie der Steine u. Erden	3,48	1,5	- 6,8	6,3	- 2,6	- 9,6	- 8,0
8	Eisenschaffende Industrie	4,63	-3,6	3,5	7,2	15,6	8,0	-23,0
9	Eisen-, Stahl- u. Tempergieserei	1,24	-1,2	- 9,1	-6,5	8,8	- 0,3	- 8,9
10	Ziehereien u. Kaltwalzwerke	0,90	-3,9	- 2,9	6,3	7,9	- 7,9	-15,4
11	NE-Metallindustrie	1,03	-2,3	1,2	3,2	13,3	0,9	-14,2
12	NE-Metallgießerei	0,29	-8,9	-13,0	-1,9	9,6	-12,3	-11,8
13	Mineralölverarbeitung	3,97	10,5	4,6	3,3	5,8	- 7,9	- 6,1
14	Chemische Industrie	10,97	8,6	7,2	6,8	12,5	2,7	-12,2
15	Flachglaserzeugende u. -veredelnde Industrie	0,52	-0,4	- 7,8	7,7	13,7	-14,0	(+) 9,7
16	Sägewerke u. holzbearbeitende Industrie	0,84	1,2	- 2,5	2,5	8,2	- 2,1	- 7,3
17	Holzschliff, Zellst., Papier u. Pappe erzeugende Ind.	0,98	2,0	2,1	5,0	7,9	4,7	-17,5
18	Gummi- u. asbestverarbeitende Industrie	1,42	-1,6	-10,5	0,9	6,2	- 4,6	- 7,5
19	Investitionsgüterindustrien	41,37	-0,3	- 6,4	2,5	7,6	- 3,2	- 4,6
20	Stahl- u. Leichtmetallbau	2,27	-1,9	- 3,7	0,0	4,9	- 5,7	- 1,5
21	Maschinenbau	11,51	-0,6	- 5,2	-0,9	3,2	0,3	- 5,6
22	Straßenfahrzeugbau	7,82	3,6	-15,3	1,0	8,1	-13,7	(+) 4,0
23	Schiffbau	0,71	4,6	2,7	-1,5	2,9	9,5	(+)10,7
24	Elektrotechn. Industrie	10,40	-1,3	- 2,3	8,0	12,3	0,4	- 7,0
25	Feinmech. u. opt. sowie Uhrenindustrie	1,50	3,0	- 3,3	1,5	9,0	- 1,8	- 9,7
26	Stahlverformung	1,67	-9,5	-12,0	-5,8	14,4	2,6	- 4,4
27	Eisen-, Blech- u. Metallwarenindustrie	4,67	-1,8	- 7,2	4,2	6,7	- 6,0	- 9,6
28	Herst. v. Büromasch., Datenverarbeitungsgeräten u. -einrichtungen	0,84	-	-	13,6	0,9	4,8	-16,2
29	Verbrauchsgüterindustrien	18,02	0,2	- 5,4	5,3	2,2	- 4,4	- 5,2
30	Feinkeramische Industrie	0,70	-3,3	- 7,1	-0,3	5,8	0,3	- 2,4
31	Hohlglaserzeugende u. -veredelnde Industrie	0,61	5,5	-4,3	5,9	6,0	2,4	- 8,7
32	Holzverarbeitende Industrie	2,47	3,7	- 3,2	11,1	6,0	- 7,4	- 3,3
33	Musikinstrumenten-, Spiel-, Schmuckwaren- u. Sportgeräte-Industrie	0,54	2,0	- 4,2	3,0	- 3,9	- 5,7	(+) 6,4
34	Papier- u. pappeverarbeitende Industrie	1,37	3,6	- 2,1	4,3	6,7	- 1,1	-11,3
35	Druckerei- u. Vervielfältigungsindustrie	2,73	3,5	- 0,2	4,6	3,3	- 3,5	- 6,4
36	Kunststoffverarb. Industrie	1,80	9,4	5,9	12,6	1,5	0,0	- 8,4
37	Ledererzeugende Industrie	0,18	-5,1	-11,5	-0,8	-25,9	3,2	- 6,8
38	Lederverarbeitende Industrie	0,31	-6,0	-10,1	-2,8	-11,2	- 5,3	- 1,6
39	Schuhindustrie	0,60	-2,5	-11,6	-4,4	-11,2	-11,0	- 7,7
40	Textilindustrie	4,28	-1,4	- 8,5	2,8	- 0,2	- 5,8	- 3,1
41	Bekleidungsindustrie	2,43	-5,9	-11,2	4,7	- 6,8	- 8,6	+ 1,9
42	Nahrungs- u. Genußmittelind.	10,35	-0,6	2,2	1,5	4,1	2,1	+ 0,4
	Varianz ¹	-	19,69	41,68	15,44	30,96	31,49	41,95

¹ Vgl. Anm. 1, Tab. 17.

kann im folgenden lediglich eine Untersuchung der jährlichen Veränderungsraten durchgeführt werden.

Wie aus Tab. 19 zu erkennen ist, ist die Streuung der (zum größten Teil negativen) Branchenzuwachsraten in den drei Jahren von 1973-75 mehr als doppelt so hoch wie im 'Normaljahr' 1972. Sie erreicht in 1975 einen Höchstwert, der mit dem von 1967 vergleichbar ist. Ein Unterschied zur ersten Wirtschaftskrise scheint darin zu liegen, daß in der ersten Depression nur das 'Einbruchsjahr' 1967 eine ungewöhnlich hohe Varianz der Branchenentwicklungen aufweist, während in der zweiten Depression beide Abschwungsjahre, also 1974 und 1975, durch hohe Streuungswerte gekennzeichnet sind — und dies bei durchaus vergleichbarer Entwicklung des gesamtindustriellen Auslastungsgrades.¹²⁴ Insofern scheint der Begriff der 'gespaltenen Konjunktur' für diese Phase gerechtfertigt zu sein.

Eine andere Möglichkeit, die 'Spaltung' der konjunkturellen Entwicklung zu verdeutlichen, besteht darin, die Branchen mit vergleichbarem Wachstumsverhalten in Gruppen zusammenzufassen. Dies soll im folgenden für die Jahre 1973-75 durchgeführt werden.

Tab. 20: *Bandbreiten für die Gruppeneinteilung der Industriebranchen*
(Veränderungen der ind. Nettoproduktion - in vH)

Gruppen	ØW	' mittl. Bandbreite '			
Jahr		I	II	III	
1973	6,8	$W \geq 9$	$9 > W > 4$	$W < 4$	
1974	-2,1	$W > 0$	$0 > W > -4$	$W < -4$	
1975	-6,6	$W > -3$	$-3 > W > -10$	$W < -10$	

W = Zuwachsraten.
ØW = Zuwachsrate der Verarbeitenden Industrie.

¹²⁴ Vgl. JG 77, Schaubild 25, S. 129.

Ausgehend von der jeweiligen Wachstumsrate der Verarbeitenden Industrie werden 'mittlere Bandbreiten' bestimmt, welche die jeweiligen mittleren Branchengruppen umfassen. Außerhalb dieser 'mittleren Bandbreiten' liegen dann jeweils die Branchengruppen mit besserem bzw. schlechterem Wachstumsverhalten. Die Einteilungskriterien werden in der Tab. 20 verdeutlicht.

Zweifellos haftet dieser Abgrenzung — wie jeder anderen — eine gewisse Willkürlichkeit an. Würde man andere Werte für die 'mittlere Bandbreite' wählen, ergäben sich andere Gruppenaufteilungen. Die vorliegende Auswahl von Abgrenzungskriterien scheint sich dadurch rechtfertigen zu lassen, daß die 'mittleren Bandbreiten' relativ weit gefaßt worden sind, was unter dem Gesichtspunkt des Zweckes dieses Analyseschrittes zu sehen ist: Es soll untersucht werden, wie hoch der Anteil der Branchen ist, die *nicht* in die mittlere Branchengruppe fallen, d. h. deren konjunkturelles Verhalten signifikant in positiver oder negativer Richtung von der in einer bestimmten Bandbreite um den Durchschnitt liegenden Branchengruppe abweicht.

Wenn die mittlere Branchengruppe weniger als die Hälfte der Branchen (gemessen an ihrem Strukturgewicht) umfaßt, dann kann der (die Verarbeitende Industrie repräsentierende) Durchschnittswert nicht mehr als eine zulängliche Maßgröße für « die » konjunkturelle Situation akzeptiert werden. Diese Maßgröße stellt dann einen 'unechten Durchschnitt' dar. Sind die beiden 'Randgruppen' ihrem Gewicht nach stärker als die Durchschnittsgruppe, wird — für die Zwecke dieser Analyse — von einer 'gespaltenen Konjunktur' gesprochen.

Diese hier dargelegte Analyseverfahren und die daraus abgeleiteten Aussagen sind wiederum auf die übergreifende Problemstellung dieser Arbeit bezogen, nämlich auf die Frage, ob und inwieweit unter den gegebenen Bedingungen eine an gesamtwirtschaftlichen Durchschnittswerten orientierte und mit globalen Maßnahmen operierende Stabilisierungspolitik effizient sein kann.

Nachfolgend werden die mit den genannten Abgrenzungskriterien gewonnenen Branchengruppen für die Jahre 1973-75 wiedergegeben.

Tab. 21: *Gruppeneinteilung 1973*
(Industrielle Nettoproduktion)

Gruppe I: Branchen mit Zuwachsraten von 9% und mehr

Strukturanteil dieser Gruppe:	31,01%
Eisenschaffende Industrie	15,6
NE-Metallindustrie	13,3
NE-Metallgießerei	9,6
Chemische Industrie	12,5
Flachglaserzeugende u. -veredelnde Industrie	13,7
Elektrotechnische Industrie	12,3
Feinmech. u. optische sowie Uhrenindustrie	9,0
Stahlverformung	14,4
Durchschnittliche Zuwachsrate dieser Gruppe:	12,9%

Gruppe II: Branchen mit Zuwachsraten zwischen 4% und 9%

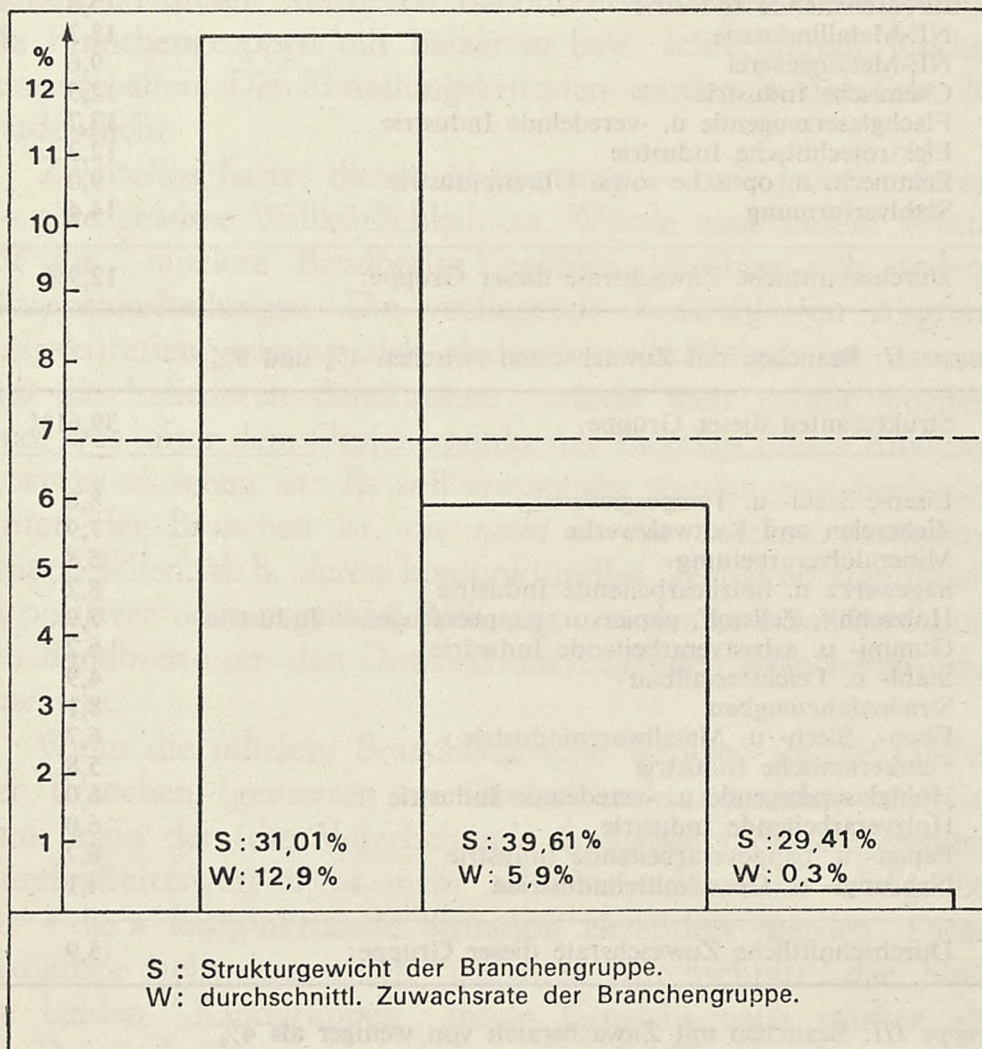
Strukturanteil dieser Gruppe:	39,61%
Eisen-, Stahl- u. Tempergießerei	8,8
Ziehereien und Kaltwalzwerke	7,9
Mineralölverarbeitung	5,8
Sägewerke u. holzbearbeitende Industrie	8,2
Holzschliff, Zellstoff, papier- u. pappeerzeugende Industrie	7,9
Gummi- u. asbestverarbeitende Industrie	6,2
Stahl- u. Leichtmetallbau	4,9
Straßenfahrzeugbau	8,1
Eisen-, Blech- u. Metallwarenindustrie	6,7
Feinkeramische Industrie	5,8
Hohlglaserzeugende u. -veredelnde Industrie	6,0
Holzverarbeitende Industrie	6,0
Papier- u. pappeverarbeitende Industrie	6,7
Nahrungs- u. Genußmittelindustrien	4,1
Durchschnittliche Zuwachsrate dieser Gruppe:	5,9

Gruppe III: Branchen mit Zuwachsraten von weniger als 4%

Strukturanteil dieser Gruppe:	29,41%
Industrie der Steine u. Erden	— 2,6
Maschinenbau	3,2
Schiffbau	2,9
Büromaschinen und EDV	0,9
Musikinstr.-, Spiel- u. Sportindustrie	— 3,9
Druckerei- u. Vervielfältigungsindustrie	3,3
Kunststoffverarbeitende Industrie	1,5
Ledererzeugende Industrie	—25,9
Lederverarbeitende Industrie	—11,2
Schuhindustrie	—11,2
Textilindustrie	— 0,2
Bekleidungsindustrie	— 6,8
Durchschnittliche Zuwachsrate dieser Gruppe:	0,3%

Abb. 13: Die gespaltene Konjunktur 1973

(Gruppeneinteilung der Industriebranchen nach den Zuwachsraten der Nettoproduktion; Verarb. Industrie: 6,8%)



Überträgt man die Zahlen in eine Graphik, deren Ordinate die Zuwachsraten und deren Abszisse das jeweilige Strukturgewicht der drei Branchengruppen bezeichnet, dann läßt sich die 'Spaltung' in Gruppen und die 'Unechtheit' des gesamtwirtschaftlichen Durchschnitts deutlich erkennen.

Die Weiterführung der Analyse für das Jahr 1975 zeigt bei zunehmender Depression und sich verstärkender Differenzierung der Branchenentwicklung dennoch einen verstärkten 'Trend zur Mitte', d. h. eine Abnahme der Spaltung der Konjunktur. Darin ist dieses Jahr mit 1973 vergleichbar, und

Tab. 22: *Gruppeneinteilung 1974*
(Industrielle Nettoproduktion)

Gruppe I: Branchen mit positiven Zuwachsraten

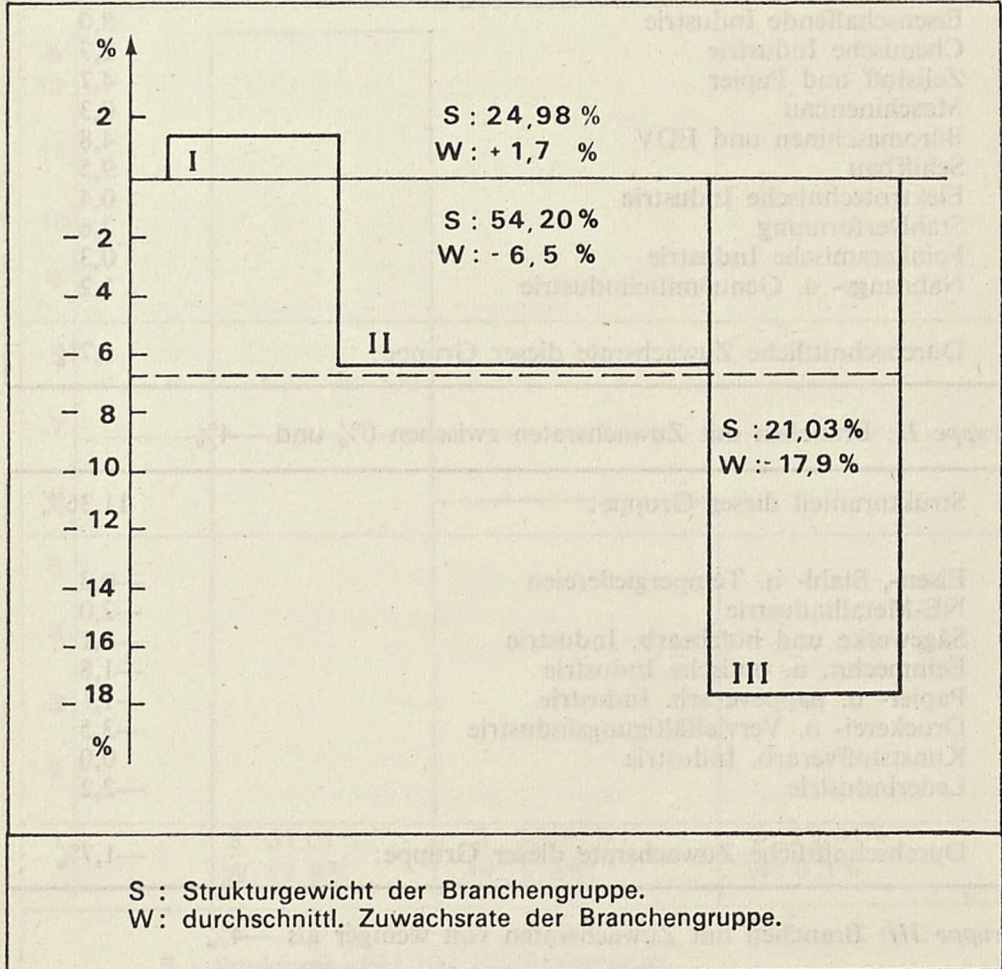
Strukturanteil dieser Gruppe:	53,13%
Eisenschaffende Industrie	8,0
Chemische Industrie	2,7
Zellstoff und Papier	4,7
Maschinenbau	0,3
Büromaschinen und EDV	4,8
Schiffbau	9,5
Elektrotechnische Industrie	0,4
Stahlverformung	2,6
Feinkeramische Industrie	0,3
Nahrungs- u. Genußmittelindustrie	1,2
Durchschnittliche Zuwachsrate dieser Gruppe:	1,7%

Gruppe II: Branchen mit Zuwachsraten zwischen 0% und -4%

Strukturanteil dieser Gruppe:	11,36%
Eisen-, Stahl- u. Tempergießereien	-0,3
NE-Metallindustrie	-2,0
Sägewerke und holzbearb. Industrie	-2,1
Feinmechn. u. optische Industrie	-1,8
Papier- u. pappeverarb. Industrie	-1,1
Druckerei- u. Vervielfältigungsindustrie	-3,5
Kunststoffverarb. Industrie	0,0
Lederindustrie	-2,2
Durchschnittliche Zuwachsrate dieser Gruppe:	-1,7%

Gruppe III: Branchen mit Zuwachsraten von weniger als -4%

Strukturanteil dieser Gruppe:	35,50%
Industrie der Steine und Erden	- 9,6
Ziehereien und Kaltwalzwerke	- 7,9
Mineralölverarbeitung	- 7,9
Gummi- u. asbestverarb. Industrie	- 4,6
Stahl- und Leichtmetallbau	- 5,7
Straßenfahrzeugbau	-13,7
EBM-Industrie	- 6,0
Glasindustrie	- 5,4
Holzverarb. Industrie	- 7,4
Musikinstr.-, Spiel- u. Sportindustrie	- 5,7
Textilindustrie	- 5,8
Bekleidungsindustrie	- 8,6
Durchschnittliche Zuwachsrate dieser Gruppe:	- 8,5%
(Strukturanteile: Verarbeitende Industrie = 100)	

Abb. 14: *Die gespaltene Konjunktur 1974*(Gruppeneinteilung der Industriebranchen nach den Zuwachsraten der Nettoproduktion; Verarb. Industrie: $-2,1\%$)

man kann daraus die Folgerung ableiten — die jedoch immer unter dem Vorbehalt der jeweiligen Kriterien für die Gruppeneinteilung steht —, daß der Grad der 'Spaltung' der Konjunktur in 1974 am stärksten war, wobei 'Spaltung' sich im Gegensatz zu 'Differenzierung' bzw. 'Varianz' auf die Stärke der beiden Außengruppen I und III und damit auf den Grad der Unechtheit des jeweiligen « die » Konjunkturlage kennzeichnenden Durchschnitts (hier: der Zuwachsrate der Verarbeitenden Industrie) bezieht.

Was bisher am Kriterium der Zuwachsraten der industriellen Nettoproduktion durchgeführt worden ist, läßt sich auch

Tab. 23: *Gruppeneinteilung 1975*
(Industrielle Nettoproduktion)

Gruppe I: Branchen mit Zuwachsraten von mehr als -3%

Strukturanteil dieser Gruppe:	24,98%
Flachglaserzeugende u. -veredelnde Industrie	+9,7
Stahl- u. Leichtmetallbau	-1,5
Straßenfahrzeugbau	+4,0
Feinkeramische Industrie	-2,4
Musikinstr., Spiel- u. Sportgeräte-Industrie	+6,4
Lederverarb. Industrie	-1,6
Bekleidungsindustrie	+1,9
Nahrungs- u. Genußmittelindustrie	+0,4
Durchschnittliche Wachstumsrate:	+1,7%

Gruppe II: Branchen mit Zuwachsraten zwischen -3% und -10%

Strukturanteil dieser Gruppe:	54,20%
Industrie der Steine u. Erden	-8,0
Eisen-, Stahl- u. Tempergießerei	-8,9
Mineralölverarbeitung	-6,1
Sägewerke und Holzverarb. Industrie	-7,3
Gummi- u. asbestverarb. Industrie	-7,5
Maschinenbau	-5,6
Elektrotechn. Industrie	-7,0
Feinmech. u. optische sowie Uhrenindustrie	-9,7
Stahlverformung	-4,4
EBM-Industrie	-9,6
Hohlglaserzeugende u. -veredelnde Industrie	-8,7
Holzverarbeitende Industrie	-3,3
Druckerei- u. Vervielfältigungsindustrie	-6,4
Kunststoffverarbeitende Industrie	-8,4
Ledererzeugende Industrie	-6,8
Schuhindustrie	-7,7
Textilindustrie	-3,1
Durchschnittliche Wachstumsrate:	-6,5%

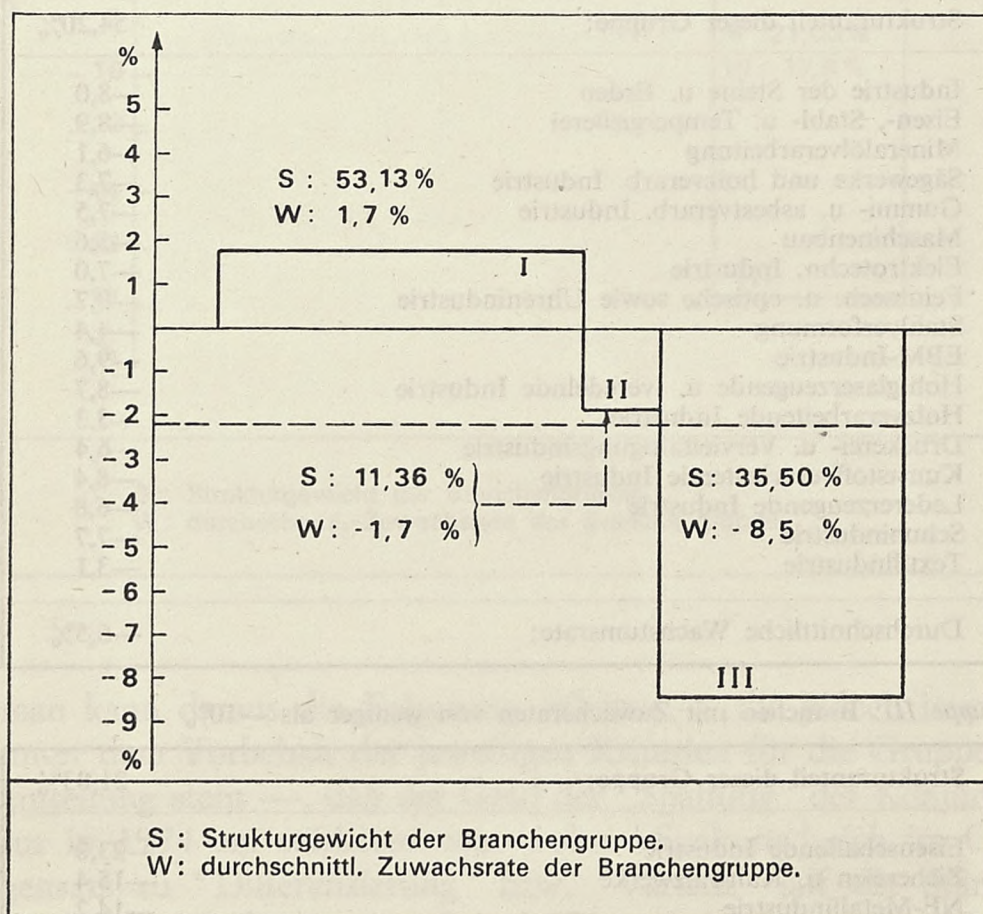
Gruppe III: Branchen mit Zuwachsraten von weniger als -10%

Strukturanteil dieser Gruppe:	21,03%
Eisenschaffende Industrie	-23,0
Ziehereien u. Kaltwalzwerke	-15,4
NE-Metallindustrie	-14,2
NE-Metallgießerei	-11,8
Chemische Industrie	-12,2
Holzschliff, Zellstoff, papier- u. pappeerzeugende Industrie	-17,5
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten u. -einrichtungen	-16,2
Papier- und pappeverarb. Industrie	-11,3
Durchschnittliche Wachstumsrate:	-17,9%
(Strukturanteile: Verarbeitende Industrie = 100)	

an dem — theoretisch befriedigenderen, wenn auch statistisch weniger zuverlässigen — Kriterium des Auslastungsgrades und seiner Veränderungsrate demonstrieren. Das Verhalten der Branchen, das sich in den Zuwachsraten der industriellen Netto-
produktion widerspiegelt, könnte man als deren 'Wachstums-
verhalten' beschreiben; in den Veränderungsrate der Kapa-
zitätsauslastung kommt dagegen das 'Konjunkturverhalten'
im engeren Sinne zum Ausdruck.

Abb. 15: Die gespaltene Konjunktur 1975

(Gruppeneinteilung der Industriebranchen nach den Zuwachsraten
der Nettoproduktion; Verarb. Industrie: $-6,6\%$)



Wie schon zuvor, so stellt sich auch bei diesem Kriterium die Frage nach der Abgrenzung der 'mittleren Brandbreite', und es zeigt sich, daß hierin tatsächlich eine gewisse Willkürlichkeit nicht auszuschließen ist. Wie aus den Tabellen 25-28 zu

Tab. 24: Jährliche Veränderungsrate der Kapazitätsauslastung in der Verarbeitenden Industrie 1973-75 (in vH) und Varianz der Branchenveränderungsrate

Industriegruppen und -branchen	1973	1974	1975
<i>Verarbeitende Industrie</i>	3,4	— 4,6	— 8,4
<i>Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrien</i>	4,6	— 3,9	—15,5
Industrie der Steine und Erden	—5,0	—10,0	— 6,0
Eisenschaffende Industrie	14,0	8,4	—22,5
Eisen-, Stahl- u. Tempergießereien	10,4	1,8	— 5,9
Ziehereien und Kaltwalzwerke	4,9	— 9,2	—15,9
NE-Metallindustrie	7,3	— 5,7	—16,2
Chemische Industrie (einschl. Kohlenwertstoff-ind. u. chem. Fasererzeugung)	5,2	— 4,1	—17,9
Mineralölverarbeitung	—0,4	—12,7	—10,9
Gummi- u. asbestverarbeitende Industrie	2,5	— 5,9	— 7,8
Sägewerke u. Holzverarb. Industrie	5,6	— 3,7	— 6,9
Holzschliff, Zellstoff, Papier- u. pappeerzeugende Industrie	7,6	4,3	—17,6
<i>Investitionsgüterindustrien</i>	4,6	— 5,3	— 6,3
Stahl- und Leichtmetallbau	3,2	— 5,8	0,2
Maschinenbau	1,4	— 0,8	— 5,8
Herstellung v. Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten u. -einrichtungen	—8,9	— 5,6	—24,0
Straßenfahrzeugbau	5,5	—15,2	3,1
Schiffbau	1,5	6,6	6,6
Elektrotechnische Industrie	6,4	— 4,6	—10,7
Feinmech. und optische Industrie	6,2	— 4,4	—11,5
ESBM-Industrie	7,3	— 3,9	— 7,3
<i>Verbrauchsgüterindustrien</i>	0,0	— 6,1	— 4,9
Feinkeramische Industrie	5,8	0,3	—11,6
Glasindustrie	5,9	— 8,3	— 2,6
Holzverarbeitende Industrie	—0,1	—10,9	— 4,2
Musikinstrumenten-, Spiel-, Schmuckwaren- u. Sportgeräte-Industrie	—4,4	— 5,3	— 3,0
Papier- u. pappeverarb. Industrie	5,6	— 0,8	—10,4
Druckerei- u. Vervielfältigungsindustrie	0,8	— 4,3	— 7,7
Kunststoffverarbeitende Industrie	4,9	— 7,8	—13,5
Schuhindustrie	—8,6	— 7,5	— 3,2
Textilindustrie	—1,3	— 6,0	— 2,5
Bekleidungsindustrie	—5,1	— 5,7	6,2
<i>Nahrungs- und Genussmittelindustrien</i>	1,2	— 0,8	— 1,0
Varianz ¹	19,99	27,85	52,73

¹ Vgl. Anm. 1, Tab. 17.

Quelle: DIW 1976, S. 104.

ersehen ist, wurden die 'mittleren Bandbreiten' jetzt etwas weiter gewählt, und folglich ist der Anteil der mittleren Branchengruppe auch durchgehend größer — wenn auch in keinem Fall deutlich über 50%. Wäre z. B. in der Analyse des Jahres 1973 die mittlere Bandbreite nicht als $6 \geq V \geq 1$ bestimmt worden, sondern als $6 > V > 1,4$, dann hätte die mittlere Branchengruppe nicht ein Strukturgewicht von 51,79%, sondern von lediglich 23,93%, weil der Maschinenbau mit einem Strukturgewicht von 11,52% und die Nahrungs- und Genußmittelindustrien mit 10,35% Strukturgewicht in die Branchengruppe III fallen würden. Der Kern der aus dieser Analyse abzuleitenden Aussage bleibt davon jedoch unverändert: *Auch bei großzügiger Abgrenzung der mittleren Branchengruppe umfaßt diese in den Abschwungsjahren 1973-75 immer nur knapp die Hälfte oder weniger der Branchen, gemessen an ihrem Strukturgewicht.*

Tab. 25: *Bandbreiten für die Gruppeneinteilung der Industriebranchen nach ihrem Konjunkturverhalten*

(Veränderung des Auslastungsgrades - in vH)

Gruppen	ØV			
Jahr		I	II	III
1973	3,4	$V > 6$	$6 \geq V \geq 1$	$V < 1$
1974	-4,6	$V > -2$	$-2 \geq V \geq -7$	$V < -7$
1975	-8,4	$V > -5$	$-5 \geq V \geq -12$	$V < -12$

V = Veränderungsrate.
 ØV = Veränderungsrate der gesamten Industrie.

Zusammenfassend lassen sich aus der Analyse der branchenmäßigen Differenzierung der Konjunktur in der Krise von 1973-75 folgende Aussagen ableiten:

1. Der Grad der Differenzierung der Konjunktur, gemessen an der Varianz der Branchen-Veränderungsraten sowohl der Nettoproduktion wie auch des Auslastungsgrades, nahm

Tab. 26: Gruppeneinteilung 1973

(Auslastungsgrad)

Gruppe I: Branchen mit Veränderungsraten der Kapazitätsauslastung von mehr als 6%

Strukturanteil dieser Gruppe:	26,41%
Eisenschaffende Industrie	14,0
Eisen-, Stahl- u. Tempergießereien	10,4
NE-Metallindustrie	7,3
Holzschliff, Zellstoff, Papier- u. pappeerzeugende Industrie	7,6
Elektrotechnische Industrie	6,4
Feinmech. u. optische sowie Uhrenindustrie	6,2
ESBM-Industrie	7,3
Durchschnittliche Veränderungsrate der Kapazitätsauslastung	8,2

Gruppe II: Branchen mit Veränderungsraten der Kapazitätsauslastung zwischen 6% und 1%

Strukturanteil dieser Gruppe:	51,79%
Ziehereien und Kaltwalzwerke	4,9
Chemische Industrie	5,2
Gummi- u. asbestverarbeitende Industrie	2,5
Sägewerke u. holzbearbeitende Industrie	5,6
Stahl- und Leichtmetallbau	3,2
Maschinenbau	1,4
Straßenfahrzeugbau	5,5
Schiffbau	1,5
Feinkeramische Industrie	5,8
Glasindustrie	5,9
Papier- u. pappeverarbeitende Industrie	5,6
Kunststoffverarbeitende Industrie	4,9
Nahrungs- u. Genußmittelindustrien	1,2
Durchschnittliche Veränderungsrate der Kapazitätsauslastung	3,4%

Gruppe III: Branchen mit Veränderungsraten der Kapazitätsauslastung von weniger als 1%

Strukturanteil dieser Gruppe:	21,83%
Industrie der Steine u. Erden	— 5,0
Mineralölverarbeitung	— 0,4
Büromaschinen und EDV	— 8,9
Holzverarbeitende Industrie	— 0,1
Musikinstr., Spiel- u. Sportindustrie	— 4,4
Druckerei- u. Vervielfältigungsindustrie	0,8
Lederindustrie	— 11,8
Schuhindustrie	— 8,6
Textilindustrie	— 1,3
Bekleidungsindustrie	— 5,1
Durchschnittliche Veränderungsrate der Kapazitätsauslastung	— 2,6%



Tab. 27: Gruppeneinteilung 1974

(Auslastungsgrad)

Gruppe I: Branchen mit Veränderungsraten der Kapazitätsauslastung von mehr als -2%

Strukturanteil dieser Gruppe:	31,49%
Eisenschaffende Industrie	8,4
Eisen-, Stahl- u. Tempergießereien	1,8
Holzschliff, Zellstoff, Papier- u. pappeerzeugende Industrie	4,3
Maschinenbau	— 0,8
Schiffbau	6,6
Feinkeramische Industrie	0,3
Papier- u. pappeverarbeitende Industrie	— 0,8
Nahrungs- u. Genußmittelindustrien	— 0,8
Durchschnittliche Veränderungsrate der Kapazitätsauslastung	1,0%

Gruppe II: Branchen mit Veränderungsraten der Kapazitätsauslastung zwischen -2% und -7%

Strukturanteil dieser Gruppe:	46,37%
NE-Metallindustrie	—5,7
Chemische Industrie	—4,1
Gummi- u. asbestverarbeitende Industrie	—5,9
Sägewerke u. holzbearbeitende Industrie	—3,7
Stahl- u. Leichtmetallbau	—5,3
Büromaschinen und EDV	—5,6
Elektrotechnische Industrie	—4,6
Feinmech., optische sowie Uhrenindustrie	—4,4
ESBM-Industrie	—3,9
Musikinstr.-, Spiel- u. Sportindustrie	—5,3
Druckerei- u. Vervielfältigungsindustrie	—4,3
Lederindustrie	—3,7
Textilindustrie	—6,0
Bekleidungsindustrie	—5,7
Durchschnittliche Veränderungsrate der Kapazitätsauslastung	—4,7%

Gruppe III: Branchen mit Veränderungsraten der Kapazitätsauslastung von weniger als -7%

Strukturanteil dieser Gruppe:	22,17%
Industrie der Steine und Erden	—10,0
Ziehereien und Kaltwalzwerke	— 9,2
Mineralölverarbeitung	—12,7
Straßenfahrzeugbau	—15,2
Glasindustrie	— 8,3
Holzverarbeitende Industrie	—10,9
Kunststoffverarbeitende Industrie	— 7,8
Schuhindustrie	— 7,5
Durchschnittliche Veränderungsrate der Kapazitätsauslastung	—12,1%

Tab. 28: Gruppeneinteilung 1975

(Auslastungsgrad)

Gruppe I: Branchen mit Veränderungsraten der Kapazitätsauslastung von mehr als -5%

Strukturanteil dieser Gruppe:	33,09%
Stahl- u. Leichtmetallbau	0,2
Straßenfahrzeugbau	3,1
Schiffbau	6,6
Glasindustrie	-2,6
Holzverarbeitende Industrie	-4,6
Musikinstr., Spiel- u. Sportindustrie	-3,0
Lederindustrie	-1,4
Schuhindustrie	-3,2
Textilindustrie	-2,5
Bekleidungsindustrie	6,2
Nahrungs- u. Genußmittelindustrien	-1,0
Durchschnittliche Veränderungsrate der Kapazitätsauslastung	0,1%

Gruppe II: Branchen mit Veränderungsraten der Kapazitätsauslastung zwischen -5% und -12%

Strukturanteil dieser Gruppe:	45,59%
Industrie der Steine und Erden	- 6,0
Eisen-, Stahl- u. Tempergießereien	- 5,9
Mineralölverarbeitung	-10,9
Gummi- u. asbestverarbeitende Industrie	- 7,8
Sägewerke und holzbearbeitende Industrie	- 6,9
Maschinenbau	- 5,8
Elektrotechnische Industrie	-10,7
Feinmech., optische sowie Uhrenindustrie	-11,5
ESBM-Industrie	- 7,3
Feinkeramische Industrie	-11,6
Papier- u. pappeverarbeitende Industrie	-10,4
Druckerei- u. Vervielfältigungsindustrie	- 7,7
Durchschnittliche Veränderungsrate der Kapazitätsauslastung	- 8,2%

Gruppe III: Branchen mit Veränderungsraten der Kapazitätsauslastung von weniger als -12%

Strukturanteil dieser Gruppe:	21,44%
Eisenschaffende Industrie	-22,5
Ziehereien und Kaltwalzwerke	-15,9
NE-Metallindustrie	-16,2
Chemische Industrie	-17,9
Holzschliff, Zellstoff, papier- u. pappeerzeugende Industrie	-17,6
Büromaschinen und EDV	-24,0
Kunststoffverarbeitende Industrie	-13,5
Durchschnittliche Veränderungsrate der Kapazitätsauslastung	-18,6%

1972 bis 1975 von Jahr zu Jahr zu und erreichte in 1975 einen bislang in der BRD nicht erreichten Höhepunkt. (Vgl. S. 82 und 91).

2. Der Grad der Spaltung der Konjunktur, gemessen am Anteil der Branchen, die außerhalb einer relativ weit definierten 'mittleren Branchengruppe' lagen, war in den drei Krisen-jahren 1973-75 durchgehend hoch; die 'mittlere Branchengruppe' repräsentierte meist erheblich weniger als die Hälfte der Branchen, gemessen an ihrem Strukturgewicht.

3. Die Spaltung der Konjunktur kommt in 1973 darin zum Ausdruck, daß die positiv abweichende Branchengruppe eine durchschnittliche Zuwachsrate von fast 13% aufweist, während die etwa gleichstarke (jeweils ca. 30% Strukturgewicht) negativ abweichende Branchengruppe praktisch stagniert. In den Jahren 1974 und 1975 ist der Unterschied dadurch akzentuiert, daß die positiv abweichenden Randgruppen noch expandieren, während die Nettoproduktion der negativ abweichenden Branchengruppen mit 8,5% bzw. 19% schrumpft.

4. Nimmt man statt der industriellen Nettoproduktion die Maßgröße des Auslastungsgrades, dann zeigt sich, daß die Varianz der Branchen-Veränderungsraten unterschiedlich ausfällt; die Differenzierung ist in 1973 geringer, in 1974 ungefähr gleich und in 1975 höher. Der Grad der Spaltung (abhängig von der Definition der Bandbreiten für die 'mittlere Branchengruppe') scheint geringer zu sein, obschon nur in 1973 knapp mehr als die Hälfte aller Branchen in die den Durchschnittswert repräsentierende 'mittlere Gruppe' fällt.

Auf diese Sachverhalte ist in der theoretischen Analyse und bei der Beurteilung der Konsequenzen für die Wirtschaftspolitik zurückzukommen. Zunächst sei jedoch kurz die Frage nach den Zusammenhängen zwischen gesamtwirtschaftlicher Konjunktur und den Branchenkonjunkturen aufgegriffen.

2.4.3. *Gesamtwirtschaftliche Konjunktur und Branchenkonjunkturen*

Bei der Untersuchung des Strukturwandels im sekundären Sektor (Abschnitt 2.2.4.) wurden die Industriebranchen nach ihrem 'Entwicklungsverhalten' untersucht und — in Anleh-

nung an Mertens — in die drei Gruppen der ' Wachstumsindustrien ', der ' zyklischen Industrien ' und der ' stagnierenden Industrien ' eingeteilt (vgl. S. 37 ff.). Die Feststellung von Mertens, daß dem unterschiedlichen Wachstumsverhalten auch eine unterschiedliche Konjunkturreagibilität entspreche, wird durch die spektralanalytischen Untersuchungen von Gröhn bestätigt.¹²⁵

Die Gruppe der Wachstumsindustrien, so Gröhn, weise eine Expansion auf, die sich « ... weitgehend unabhängig von konjunkturellen Schwankungen vollzieht ». ¹²⁶ Ebenso zeigten die Branchen, welche unter die Gruppe der Stagnationsindustrien fallen, eine relativ geringe Schwankungsintensität. Diese Branchen gehörten vorwiegend zur Gruppe der konsumnahen Verbrauchsgüterindustrien. Als besonders schwankungsintensive, d. h. konjunkturanfällige Branchen diagnostiziert Gröhn diejenigen der Eisen- und Metallindustrien, darüber hinaus vor allem Branchen der konsumfernen Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien.¹²⁷

Zu einem übereinstimmenden Ergebnis kommt Sohn, der die Konjunkturrempfindlichkeit der Wirtschaftsbereiche durch ihre Varianz (d. h. Abweichungen der tatsächlichen Wachstumsraten vom jeweiligen Trendwachstum) bestimmt:

« Vereinfachend läßt sich sagen, daß die überwiegend von der Konsumnachfrage direkt abhängigen Bereiche weniger konjunkturrempfindlich sind als die investitions-, export- und zwischennachfrageabhängigen Bereiche. » ¹²⁸

Die hier referierten Aussagen und die Aufteilung der Industriebranchen auf wachstumsspezifische Gruppen stimmen im wesentlichen mit den in Abschnitt 2.2.4. vorgenommenen Unterscheidungen überein (vgl. S. 45, 48, 50). Gröhn zieht aus seinen Untersuchungen folgenden Schluß, der auch für den hier vorliegenden Zusammenhang relevant ist:

« Jetzt ist offensichtlich, daß die Gesamtproduktion der Industrie, die in dem Index als ein gewogener Durchschnitt

¹²⁵ Vgl. E. GRÖHN 1970, S. 99 ff.

¹²⁶ Ebd., S. 93.

¹²⁷ Vgl. ebd., S. 101.

¹²⁸ G. SOHN 1977, S. 76.

der Produktion der Industriezweige in Erscheinung tritt, mit einer ganz bestimmten Struktur partieller Branchenzyklen korrespondiert. »¹²⁹

In den Gesamtzyklus (Zyklus der industriellen Nettoproduktion) gehen nicht nur Industriegruppen mit sehr unterschiedlichem Wachstumsverhalten ein, es gehen auch Branchengruppen ein, die einen *lead*, und solche, die einen *lag* zur allgemeinen Konjunkturentwicklung aufweisen. Wie Gröhn in seiner Kreuzspektralanalyse feststellt, setzt sich die Gruppe mit einem *lead* vor der Gesamtkonjunktur überwiegend aus konsumfernen Branchen der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien zusammen,¹³⁰ also Branchen, die als besonders schwankungsintensiv diagnostiziert wurden. Die Branchengruppe mit einem *lag* zur allgemeinen Konjunktur setzt sich überwiegend aus konsumnahen Branchen der Verbrauchsgüterindustrien zusammen, d. h. solchen Branchen, die eine relativ geringere konjunkturelle Schwankungsintensität aufweisen. Die gewichtigste Industriegruppe (Investitionsgüterindustrien) ist im wesentlichen koinzident mit dem Zyklus der industriellen Nettoproduktion.

Die letzte These wird indessen durch ebenfalls spektralanalytische Untersuchungen von Schips¹³¹ nur teilweise bestätigt. Für den Zeitraum von 1959-69 stellt Schips einen *lag* der Investitionsgüterindustrie zur Industriekonjunktur von durchschnittlich 2 Monaten fest; die wichtigste Branche dieser Industriegruppe, nämlich der Maschinenbau, hat einen durchschnittlichen *lag* von 4 Monaten.¹³²

Die Untersuchungen von Schips machen ferner deutlich, daß die *lead-lag*-Struktur zwischen Branchenkonjunkturen und Industriekonjunktur wie auch zwischen anderen ökonomischen Größen nicht stabil, sondern je nach Konjunkturphase in bestimmten Grenzen veränderlich ist. Diese Ergebnisse können als eine interessante Ergänzung der Feststellungen von Wagner

¹²⁹ E. GRÖHN 1970, S. 107.

¹³⁰ Vgl. E. GRÖHN, ebd., S. 137 u. Tab. 10, S. 138.

¹³¹ Vgl. B. SCHIPS 1973². Methodisch unterscheiden sich die Ansätze von Gröhn und Schips, vgl. B. SCHIPS, ebd., S. 86, Anm. 19.

¹³² Vgl. ebd., S. 86 f.

über die Instabilität der ex-post-Multiplikatoren im Zeitablauf (vgl. S. 71) gesehen werden.

Es ist nach diesen Darlegungen nochmals die Frage nach dem Zusammenhang von Gesamtkonjunktur und Branchenkonjunktoren aufzunehmen. Formal gesehen, wird die gesamtwirtschaftliche Konjunktur als Summe der gewichteten Branchenkonjunktoren bestimmt, ausgedrückt in den jeweiligen Wachstumsraten: $W_g = \sum w_i a_i$, wobei W_g = gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate einer bestimmten Periode, w_i = Wachstumsrate der Branche i und a_i = Strukturgewicht der Branche i . Diese formale Interdependenz zwischen Gesamtbewegung und Teilbewegungen sagt jedoch noch nichts darüber aus, ob die Gesamtbewegung nun aus den Branchenzyklen resultiert oder ob die Branchenzyklen nur als je unterschiedliche Reaktionen auf die Gesamtkonjunktur zu sehen sind. Gröhn scheint beide Positionen zugleich zu vertreten: In seiner 'eindimensionalen Spektralanalyse' wird der Gesamtzyklus als Resultat der zyklischen Einzelbewegungen interpretiert.¹³³ In der 'Kreuzspektralanalyse' wird der Gesamtzyklus vorausgesetzt und die « Konjunkturreakibilität der Industriezweige in zeitlicher Hinsicht in bezug zum allgemeinen Konjunkturzyklus »¹³⁴ untersucht. In diesem Zusammenhang *reagieren* also die Branchen auf den Gesamtzyklus, während sie zuvor den Gesamtzyklus *konstituierten*.

Die jeweilige Sichtweise kann zwar als eine Frage der Zweckmäßigkeit im Hinblick auf die jeweilige Fragestellung interpretiert werden, zur Aufhellung der Anatomie des Konjunkturzyklus scheint es indessen wünschenswert zu sein, in dieser Frage zu Präzisierungen zu kommen.

Die Untersuchungen von Gröhn und Schips über die Schwankungsintensitäten und die *lead-lag*-Struktur von Industriegruppen und -zweigen legen den Schluß nahe, daß die konjunkturelle Bewegung mit Branchenkonjunktoren im konsumfernen Bereich der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie einsetzt, sich in der Hauptgruppe der Investitionsgüter-

¹³³ Vgl. E. GRÖHN 1970, S. 96.

¹³⁴ Ebd., S. 135.

industrien als Industriezyklus manifestiert und sich schließlich mit einem *lag* und abgeschwächt im konsumnahen Bereich der Verbrauchsgüterindustrien niederschlägt. Es wären demnach nicht so sehr die Schwankungen der Verbrauchsausgaben, welche überproportionale Schwankungen der vorgelagerten, insbesondere Investitionsgüterindustrien auslösen, sondern vielmehr originäre Prozesse im Bereich der Produktionsgüterindustrien, also möglicherweise angebotsseitige Störungen, in deren Folge es in den Konsumgüterindustrien zu verzögerten und abgeschwächten Reaktionen kommt.

Dessenungeachtet spricht Gröhn selbst von den « nachfragebedingten Wachstumsschwankungen der Produktion ». ¹³⁵ Müßten aber nachfragebedingte Schwankungen sich nicht in einem *lead* der Auslastungsschwankungen der konsumnahen Branchen ausdrücken und bedürfte der tatsächlich festgestellte *lag* dieser Branchen und der tatsächlich festgestellte *lead* der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien nicht einer anderen Interpretation, nämlich einer solchen in den Kategorien der Überinvestitionstheorie? Damit käme das Konzept 'angebotsbedingter Schwankungen' ins Bild.

Schips stellt bei der *lag*-Analyse zwischen Verbrauch und Nettoanlageinvestitionen einen im Durchschnitt 9-monatigen *lag* des Verbrauchs gegenüber den Nettoanlageinvestitionen fest. ¹³⁶ Wenn hierbei auch diffizile Fragen der Interdependenz zwischen Nachfrage- und Angebotsschwankungen ins Spiel kommen, so läßt sich doch zumindest sagen, daß es nicht die Schwankungen der tatsächlichen Verbrauchsausgaben sind, welche die konjunkturell bedeutsamen Schwankungen der Investitionsnachfrage verursachen. Es ist in diesem Zusammenhang zu bedauern, daß Gröhn nur andeutet, daß seine Untersuchung sich auch zur Überprüfung der Hypothesen der Überinvestitionstheorie eignen könnte. ¹³⁷ Bei der Bewertung seiner Ergebnisse geht er auf diese Andeutung nicht mehr ein, sondern beschränkt sich auf die Aussage, die Konjunkturschwankungen seien 'nachfragebedingt'.

¹³⁵ E. GRÖHN 1970, S. 135.

¹³⁶ B. SCHIPS 1973², S. 97.

¹³⁷ E. GRÖHN 1970, S. 133.

Weiter unten (vgl. S. 142 ff.) sollen hiermit zusammenhängende Fragen nochmals aufgenommen werden. Der dort vorgeführte disproportionalitätstheoretische Ansatz ist insofern von Bedeutung, als die durch das Kapitalstockanpassungstheorem erklärten überproportionalen Schwankungen der Investitionsgüterindustrien (zu denen im Zwei-Sektoren-Modell auch die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien gehören) nicht notwendig in Abhängigkeit von den Schwankungen der *tatsächlichen* Nachfrage gesehen werden müssen, sondern eher von den *erwarteten* Nachfrageschwankungen. Da sich diese erwarteten Schwankungen nicht in den Produktionsstatistiken niederschlagen, kann ein *lag* der konsumnahen Industrien durchaus vereinbar sein mit einer Orientierung der Investitionsentscheidungen an der (erwarteten) Nachfrage.

weiter unten (vgl. S. 143 ff.) sollen hier die Zusammenhänge
 geben. Fragen nochmals aufgenommen werden. Der dort vorge-
 lichte Disproportionalitätstheorie. Als eine in diesem von
 Bedeutung, aber durch das Kapitalverhältnissen
 erklären Disproportionalität Schwankungen der Investitions-
 erfordern (zu dem im Zweiten Kapitel auch die
 Grundstoff- und Produktionsgüterhöhen gehören) nicht nur
 wendet in Abhängigkeit von den Schwankungen der Wirtschaft
 eben Nachfrage wachsen werden müssen, sondern eher von den
 erweiteren Nachfrageerfordern. Da sich diese erweiteren
 Schwankungen nicht in den Produktionsverhältnissen niederschla-
 gen, kann ein Teil der konstanten Industrien durch diese Ver-
 hältnisse mit einer Orientierung der Investitionsentscheidungen
 in der (erweiterten) Nachfrageerfordern zusammenhängen. Das
 wird bei der Analyse der Wirtschaft zu sehen sein. Die
 Wirtschaft ist bei der Analyse der Wirtschaft zu sehen sein.
 Die Wirtschaft ist bei der Analyse der Wirtschaft zu sehen sein.
 Die Wirtschaft ist bei der Analyse der Wirtschaft zu sehen sein.

Die Wirtschaft ist bei der Analyse der Wirtschaft zu sehen sein.
 Die Wirtschaft ist bei der Analyse der Wirtschaft zu sehen sein.
 Die Wirtschaft ist bei der Analyse der Wirtschaft zu sehen sein.
 Die Wirtschaft ist bei der Analyse der Wirtschaft zu sehen sein.
 Die Wirtschaft ist bei der Analyse der Wirtschaft zu sehen sein.
 Die Wirtschaft ist bei der Analyse der Wirtschaft zu sehen sein.
 Die Wirtschaft ist bei der Analyse der Wirtschaft zu sehen sein.
 Die Wirtschaft ist bei der Analyse der Wirtschaft zu sehen sein.
 Die Wirtschaft ist bei der Analyse der Wirtschaft zu sehen sein.
 Die Wirtschaft ist bei der Analyse der Wirtschaft zu sehen sein.

*) L. O. 1910, S. 143
 **) L. O. 1910, S. 143
 ***) L. O. 1910, S. 143

III. THEORIE

3. THEORETISCHE ANSÄTZE ZUR ERKLÄRUNG DER SEKTORAL DIFFERENZIIERTEN KONJUNTUR

3.1. *Konjunkturtheoretische Erklärungsansätze*

Die in dieser Untersuchung vorgenommene analytische Trennung von Empirie und Theorie des Konjunktur- und Wachstumsprozesses soll nicht implizieren, daß beide Bereiche — Theorie und Empirie — säuberlich auseinanderzuhalten wären. Auch wenn sie sich in Verfahren und Zielsetzung unterscheiden, sind beide Aspekte aufeinander bezogen und eine 'Erklärung' im umfassenden Sinne ist auf beide gleichermaßen angewiesen:

« ... einerseits auf eine empirische Analyse des historischen Ablaufs und andererseits auf eine theoretische Analyse der Zusammenhänge in diesem Ablauf. »¹

Die empirische Analyse hat gezeigt, *a*) daß die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsbedingungen in der BRD sich unter internen und weltwirtschaftlichen Einflüssen periodisch verändert haben und sich noch ändern; *b*) daß dieses Wachstum mit andauerndem strukturellen Wandel verbunden ist, bedingt durch unterschiedliches Wachstumsverhalten der einzelnen Branchen. Die Untersuchung des Konjunktureinbruchs von

¹ W. WEBER, H. NEISS 1967, S. 13.

1973-75 unter dem Aspekt des zyklischen Verhaltens der Industriegruppen und -branchen ergab, c) daß die Branchenentwicklungen in dieser Periode eine zunehmende Differenzierung aufwiesen; die daraus abgeleitete 'Spaltung' der Konjunktur in Branchengruppen mit deutlich unterschiedlichem Wachstums- und Konjunkturverhalten wurde als ein Indiz dafür begriffen, d) daß die der Stabilisierungspolitik zugrundeliegende Vorstellung von einer 'globalen', gesamtwirtschaftlichen Konjunktur unhaltbar geworden ist.

Die empirische Analyse war durch zwei Faktoren motiviert: 1. die Relevanz der Auswirkungen von konjunkturellen und strukturellen Fehlentwicklungen — vor allem Inflation und persistenter Arbeitslosigkeit — und 2. die vermutete Unzulänglichkeit einer globalsteuernden Stabilisierungspolitik in dieser neuartigen Situation. Bei der theoretischen Analyse besteht das Erkenntnisinteresse nunmehr darin, die kontingenten Bedingungen der genannten Fehlentwicklungen zu bestimmen, um auf ihrer Grundlage eine verbesserte Wirtschaftspolitik möglich zu machen.

Traditionellerweise wird 'rationale Wirtschaftspolitik' in einem Kontext behandelt, der 'Theorie' als ein System von Aussagen voraussetzt, das aus Annahmen über die Realität deduziert und an der empirischen Wirklichkeit überprüft worden ist, und das raum-zeitbezogene Funktionalzusammenhänge kennzeichnet. Indessen herrscht an solchen Theorien, insbesondere im Zusammenhang von Konjunktur und strukturellem Wandel, ein gewisser Mangel, und man wird sich mit geringeren Ansprüchen zufriedengeben müssen.

Dies gilt umso mehr, als die hier vorliegende thematische Problemstellung einer sektoral differenzierten Konjunktur eine prinzipielle Schwierigkeit der ökonomischen Theoriebildung akzentuiert.

Theoriebildung im obigen Sinne setzt voraus, daß es in den beobachteten Phänomenen etwas 'Allgemeines' gibt, das sich in Form von Regelmäßigkeiten (wenn nicht gar Gesetzmäßigkeiten) über alle Einzelercheinungen hinweg begreifen ließe. Solche Regelmäßigkeiten lassen sich jedoch allem Anschein nach — wenn überhaupt — nur auf einem hohen Aggregations- und Abstraktionsniveau gewinnen, und die Entwicklung

der Konjunkturtheorie ist denn auch den Weg zunehmender Abstraktion gegangen. Für die Zwecke der Wirtschaftspolitik ist dies nicht immer nützlich. Ein und dieselbe Veränderungsrate, sei es der industriellen Nettoproduktion oder des gesamtwirtschaftlichen Auslastungsgrades, kann sehr Unterschiedliches bedeuten, je nach dem Muster der Einzelbewegungen, die, aggregiert, gesamtwirtschaftliche Durchschnitte ergeben. Unter wirtschaftspolitischer Fragestellung kann bisweilen die Struktur eines Aggregates von größerer Bedeutung sein als das Aggregat selbst. Die Frage ist dann, was die Theorie in einem solchen Falle leistet. Daß die Möglichkeiten der Theoriebildung bei derart 'disaggregierter' Fragestellung rasch an Grenzen stoßen, muß wohl zunächst akzeptiert werden. Gleichwohl sind gerade an dieser Front theoretische Fortschritte am dringlichsten, insofern 'rationale' oder zumindest 'konzeptionell abgesicherte' Wirtschaftspolitik von zureichenden theoretischen Grundlagen abhängig ist.

Im folgenden soll zunächst untersucht werden, welche konjunkturtheoretischen Ansätze und Elemente einen Beitrag zur Erhellung des vorliegenden empirischen Materials leisten könnten. Ein unvermeidlicher Ausgangspunkt scheint auch hier zu sein, daß in der Konjunkturtheorie die offenen Fragen zahlreicher sind als die Antworten. Die Kontroversen beginnen schon bei den unterschiedlichen theoretischen Ansätzen und erweitern sich auf dem Wege bis zur Entwicklung konjunkturpolitischer Strategien.

Seitz hat in seiner Übersicht über die konjunkturtheoretische Entwicklung² drei Richtungen unterschieden: *a*) der stochastische Ansatz (z. B. Krelle); das Wirtschaftssystem wird seiner Struktur (Konstruktion) nach als Schaukelstuhl (Jöhr, Samuelson) gesehen; es wird von exogenen Impulsen in Schwingungen versetzt, die dann zyklisch ablaufen; *b*) der Ansatz der generalisierenden Beschreibung; als Beispiel kann der Musterzyklus des SR gelten; und *c*) der deterministische Ansatz (z. B. Hicks); die Schwingungen des Systems erfolgen aufgrund einer bestimmten Verknüpfung endogener ökonomischer Variablen.

² Vgl. T. SEITZ 1973, S. 35.

Der Zyklus wird im wesentlichen aus der Konstellation der vorausgehenden Phase erklärt.³

Weitgehende Einigkeit besteht darin, daß kein Ansatz für sich und kein konjunkturtheoretischer Ansatz ohne Integration mit wachstumstheoretischen Ansätzen befriedigend sein kann.

Eine Zeitlang herrschte in der Theorie die Kontroverse zwischen deterministischem bzw. mechanistischem (Hicks) und sozialpsychologischem (Jöhr) Ansatz vor. Das Hickssche Modell 'produziert' aus der virtuoson Verknüpfung seiner drei Elemente: dem Multiplikator-Akzeleratorprinzip, dem Vollbeschäftigungsplafond und der Untergrenze der Desinvestitionen, einen zyklischen Prozeß um einen ansteigenden Trend.⁴ Dieses Modell « ist dann allerdings nur insoweit in der Lage, die Realität zu erklären, als seine Elemente dieser Wirklichkeit nahekommen ». ⁵ Die Realitätsnähe dieser Elemente ist indessen starker Kritik ausgesetzt.

Jöhr begründet seine Bevorzugung des « sozialpsychologischen Kernprozesses » durch die beobachtbaren Unregelmäßigkeiten tatsächlicher Konjunkturverläufe. Das « Flackernde » und Erratische des Konjunkturverlaufs sei Spiegelbild des erratischen Verhaltens des Menschen. Denn zu den wesentlichen Eigenschaften des Menschen gehörten die Irrationalität und Unberechenbarkeit seiner Entscheidungen.⁶

Unregelmäßigkeiten in den Konjunkturverläufen und in deren Ablaufmuster könnten allerdings noch auf andere Faktoren als das 'Irrationale im Menschen' zurückzuführen sein, etwa auf Faktoren des strukturellen Wandels, die ihrerseits auf Änderungen in Technologie, Produktivität, Nachfrage, internationaler Arbeitsteilung etc. bezogen werden können, aber auch auf Veränderungen in den Einstellungen und Erwartungen von Gruppen. Auch wenn man Jöhr darin zustimmt, daß die Kausalbeziehungen im konjunkturellen Ablauf « nicht in jeder Hinsicht bloßzulegen » seien, so ist doch seine Begründung dafür, daß « Tausende von einflußreichen Unternehmern und

³ Vgl. U. TEICHMANN 1972, S. 68; F. NEUMARK 1968, S. 9.

⁴ Vgl. T. SEITZ 1973, S. 20.

⁵ Ebd.

⁶ Vgl. W. A. JÖHR 1967, S. 357.

Millionen von Konsumenten in dem kausalen Getriebe, das die konjunkturellen Schwankungen erzeugt, unabhängig voneinander schalten und walten»,⁷ eher eine Barriere gegen mögliche theoretische Fortschritte. Der Punkt ist, daß die genannten Akteure ja gerade nicht «unabhängig voneinander schalten und walten», sondern daß es hier angebbare Zusammenhänge und Abhängigkeiten gibt, die für eine Erweiterung der Theorie wichtig erscheinen.⁸

Die neuere Entwicklung in der Konjunkturtheorie ist dem Jöhrschen Ansatz nicht gefolgt. Vielmehr geht es hier um die sukzessive Annäherung der relativ realitätsfernen Elemente der deterministischen Grundmodelle an die Wirklichkeit, sei es durch Einführung stochastischer Variablen, sei es durch eine Verknüpfung mit generalisierenden Aussagen beschreibender Ansätze. Im Vorfeld der operativen Wirtschaftspolitik — etwa in der wissenschaftlichen Politikberatung — wird, soweit erkennbar, mit Vorstellungen gearbeitet, die auf einer generalisierenden Beschreibung des Zyklus beruhen, wobei bei der Erklärung und Prognose einzelner Phasen durchaus Theoreme der 'reinen' Theorie Verwendung finden. Der Nutzen des Modells scheint, wie Philipps es ausdrückte, «in helping to organize one's thoughts on economic conditions and policies»⁹ zu liegen.

Zwei der Theoreme, die in der konjunkturtheoretischen und -politischen Diskussion eine wichtige Rolle spielen, nämlich das Multiplikator-Akzelerator-Prinzip und die Kapitalstockanpassungshypothese, sollen im folgenden etwas eingehender untersucht werden, weil sie prinzipiell nicht nur auf die Gesamtwirtschaft, sondern auch — und vielleicht mit größerer Berechtigung — auf einzelne Branchen angewendet werden können. Daraufhin soll der 'Musterzyklus' des Sachverständigenrates als Form der 'generalisierenden Beschreibung' des Zyklus dargestellt werden, und schließlich werden in einem dritten Ab-

⁷ W. A. JÖHR 1967, S. 360.

⁸ B. STRÜMPEL 1977 enthält eine Reihe solcher 'angebbaren Zusammenhänge', bei denen — ganz im Sinne von Jöhr — sozialpsychologische Faktoren der Einstellung, Stimmung, Erwartungen etc. betont werden.

⁹ Zit. bei T. SEITZ 1973, S. 34.

schnitt disproportionalitätstheoretische Ansätze daraufhin untersucht, ob und inwieweit sie etwas zur Erklärung der empirischen Phänomene beitragen können.

3.1.1. *Das Multiplikator-Akzelerator-Modell und die Kapitalstockanpassungshypothese*

Zu den 'vorherrschenden Ansichten der Konjunktur- und Wachstumstheorie'¹⁰ gehört die Aussage, daß die privaten Investitionen die für den Zyklus wie für das Wachstum wichtigste Komponente sind ('Private Investitionen' werden hier in der Abgrenzung der Verwendungsgleichung der VGR: $Y = C + I + S + (X - M)$ definiert; sie umfassen demnach die Nachfrage nach Gütern der Investitionsgüterindustrien wie der vorgelagerten Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien). Der Doppelcharakter der Investitionen — als Nachfragekomponente und als Kapazitätskomponente — macht sie zum Bindeglied zwischen Konjunktur- und Wachstumstheorie.

In ihrer Eigenschaft als Nachfrage schaffen Investitionen zusätzliches Einkommen. Dieser Sachverhalt wird mit dem Multiplikator erfaßt. In seiner einfachsten Form bezeichnet der Multiplikator (m) den Faktor, um den das Einkommen aufgrund einer Erhöhung der Investitionsausgaben zunimmt:

$$\Delta Y_t = m \Delta I_t$$

Während der Multiplikator die Abhängigkeit des Einkommens von Veränderungen der Investitionsnachfrage ausdrückt, bezeichnet der Akzelerator (a) die umgekehrte Abhängigkeit, nämlich die Nettoinvestition als abhängige Variable des Einkommens- bzw. Produktionswachstums:

$$I_t = a \Delta Y_t$$

Die Akzeleratorwirkung beruht auf einer Verhaltensannahme, der ihrerseits eine technische Relation, nämlich der

¹⁰ Vgl. A. WOLL 1974, S. 397.

Kapitalkoeffizient (k) bzw. der *capital-output-ratio* zugrunde liegt:

$$\Delta P_t = \frac{1}{k} I_t$$

Demzufolge haben Investitionen einen Kapazitätseffekt (ΔP), der vom Kapitalkoeffizienten bestimmt wird. Es wird postuliert, daß eine zunehmende Nachfrage (bei Kapazitätsauslastung) eine Erhöhung des Kapitalstocks (Produktionspotentials) erforderlich macht; die daraus entstehende zusätzliche Nachfrage nach Investitionsgütern übersteigt die bisherige Investitionsgüternachfrage (die Ersatzinvestitionen) um ein Vielfaches der zusätzlichen Konsumgüternachfrage.

Der Akzelerationskoeffizient (a) entspricht dem Kapitalkoeffizienten (k), wenn man gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht unterstellt,¹¹ d. h. insbesondere,

a) wenn die Kapazitäten normal ausgelastet sind und in der Periode nach der Kapazitätsausdehnung wieder eine Normalauslastung angestrebt wird;¹² und

b) wenn der Kapitalkoeffizient konstant ist, die Bewegungen der ihn bestimmenden Komponenten Kapitalintensität und technischer Fortschritt sich also kompensieren.¹³

$$a = \frac{I_t}{\Delta Y_t} = \frac{\Delta K_t}{\Delta P_t} = k$$

Schwankungsfreies, gleichgewichtiges Wachstum kann sich nur dann ergeben, wenn sich die Einkommens- und Kapazitätseffekte der Investitionen im Zeitablauf entsprechen, d. h. wenn

die Investitionen mit der Rate $\frac{m}{k}$ wachsen:

$$\Delta Y_t = m \Delta I$$

¹¹ Vgl. K. ROSE 1971, S. 41 ff.

¹² Vgl. J. KROMPHARDT 1972, S. 161.

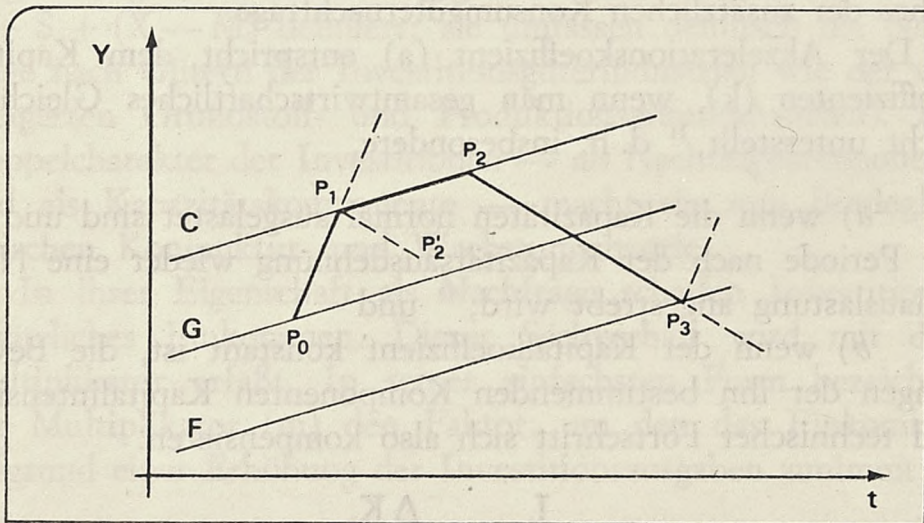
¹³ Daß diese Bedingung i. d. R. nicht erfüllt ist, führt u. a. E. GÖRGENS 1977 aus.

$$\Delta P_t = \frac{1}{k} I_t$$

$$\Delta Y_t = \Delta P_t \rightarrow \frac{\Delta I_t}{I_t} = \frac{m}{k}$$

Ohne weitere Zusätze ergibt sich aus diesem Harrod-Ansatz bekanntermaßen ein äußerst labiles Wachstum « auf Messers Schneide ». Wann immer die Wachstumsraten der Investitionen und diejenigen des Einkommens voneinander abweichen, kommt es zu kumulativen Fehlentwicklungen.

Abb. 16: Die Konjunkturentwicklung im Hicks-Modell¹⁴



Im Konjunkturmodell von Hicks werden nun zusätzlich zu den Annahmen Harrods zwei weitere Elemente, nämlich der *ceiling* und der *floor* eingeführt. Der *ceiling* kann als Plafond der Vollauslastung interpretiert werden, dessen begrenzende Wirkung eintritt, wenn einer der beiden Produktionsfaktoren, Arbeit oder Kapital, zum Engpaßfaktor wird. Der *floor* kann als Untergrenze der Desinvestitionen bzw. als Niveau der autonomen Investitionen betrachtet werden.

In diesem Modell wird der konjunkturrelle Zyklus folgendermaßen erklärt (vgl. Abb. 16):

¹⁴ Vgl. H. BARTMANN 1976, S. 169.

Ein Harrod-Aufschwung (tatsächliche Wachstumsrate ist größer als die befriedigende) stößt an den *ceiling* (C). Es kann zu einem sofortigen Umschlag der Konjunktur kommen ($P_1 \rightarrow P'_2$) oder zu einer Entwicklung entlang des *ceiling* mit einem erst später einsetzenden Abschwung ($P_1 \rightarrow P_2 \rightarrow P_3$). Welche Entwicklung eintritt, hängt « im wesentlichen von der Größe des Akzelerationskoeffizienten und von der Länge des unterstellten *lags* ab ». ¹⁵

Der kumulative Abschwung geht über die Gleichgewichtslinie (G) hinaus und wird erst am *floor* (F) aufgefangen. Dort kann sich eine sofortige Umkehr der konjunkturellen Bewegung oder eine Entwicklung entlang des *floor* ergeben, je nach der Größe des Kapitalkoeffizienten und der unterstellten *lags*. ¹⁶

Im Vergleich zur Keyneschen Multiplikatoranalyse, in welcher die Investitionen (bzw. deren Veränderungen) eine exogene Größe sind, stellt die Akzelerator-Multiplikator-Analyse ein 'geschlossenes' System dar, in welchem sowohl die Investitions- als auch die Konsumausgaben (bzw. die Investitionen und das Volkseinkommen) endogen erklärt werden.

Eine Schwierigkeit besteht allerdings darin, daß man den Akzelerator als technische Relation (*capital-output-ratio*) nur in einer längerfristigen Betrachtung als relativ stabile und damit operable Größe einsetzen kann. In der konjunkturell wichtigeren kurzfristigen Betrachtung wird die Akzeleratorbeziehung durch eine Reihe von 'Puffern' abgeschwächt: Vor einer Kapazitätsanpassung kommen Variationen in der Lagerhaltung, im Auslastungsgrad der Kapazitäten und der Arbeitskräfte, in den Lieferfristen etc., schließlich aber auch in den Preisen (soweit es sich um Aufschwungsphasen bzw. um Preiserhöhungen handelt).

Man kommt zu dem Ergebnis, daß der Akzelerator von Konjunkturphase zu Konjunkturphase und von Branche zu Branche verschieden ist, ¹⁷ bzw. daß die Veränderung der Nach-

¹⁵ H. BARTMANN 1976, S. 172.

¹⁶ Vgl. ebd.

¹⁷ Vgl. E. K. HUNT, H. J. SHERMAN 1974, S. 120.

frage nicht der alleinige Bestimmungsgrund für die Höhe der Investitionen ist.¹⁸

Die Instabilität — und damit die mangelnde Prognostizierbarkeit — des Akzelerators ist nicht das einzige Argument gegen dieses Theorem. Es wird durch eine Reihe weiterer Einwände ergänzt:¹⁹

— Wie bereits erwähnt, wird (für die kurzfristige Betrachtung) eine starre Verhaltensweise der Unternehmer (Investoren) unterstellt; auf Nachfrageveränderungen reagieren diese schematisch mit entsprechenden Kapazitätsanpassungen; flexiblere Reaktionen wie Anpassungen in den Lagerbeständen, in der Kapazitätsausnutzung etc. sind nicht vorgesehen.

— Wird eine Abhängigkeit der Investitionen von Veränderungen der Konsumausgaben postuliert, so muß unterstellt werden, daß in der Konsumgüterindustrie Vollauslastung bzw. Normalauslastung herrscht und diese beibehalten werden soll; gleichzeitig müssen aber in der Investitionsgüterindustrie freie Kapazitäten unterstellt werden, denn nur dann kann es zu einer Ausdehnung der (realen) Nettoinvestitionen kommen.²⁰

— Ein weiterer Einwand richtet sich gegen die Formulierung des Akzeleratorprinzips als Abhängigkeit der induzierten Investitionen von Veränderungen des Sozialprodukts; damit sei eine Größe zum Teil von sich selbst abhängig, weil die Investitionen im Sozialprodukt enthalten sind.

Die genannten Probleme können nun weitgehend umgangen werden, wenn man statt der Änderungen der Konsum- oder Gesamtnachfrage als unabhängige Variable die Produktionskapazität einsetzt und die induzierten Investitionen abhängig macht von den Abweichungen der tatsächlichen von der gewünschten Kapazität.²¹

Dies ist der Inhalt des Prinzips der Kapitalstockanpassung, das Matthews als Verallgemeinerung des Akzelerationsprinzips herausgearbeitet hat.²² Er ersetzt das Akzelerationsprinzip durch

¹⁸ Vgl. R. C. O. MATTHEWS 1967, S. 194; vgl. E. GÖRGENS 1977.

¹⁹ Vgl. J. KROMPHARDT 1972, S. 161 ff.

²⁰ Vgl. W. A. JÖHR 1952, S. 285.

²¹ Vgl. J. KROMPHARDT 1972, S. 163 f. und T. SEITZ 1973, S. 21 f.

²² Vgl. R. C. O. MATTHEWS 1967, S. 196.

« eine losere Formulierung », in welcher sich die Investitionen » direkt proportional zur Höhe des Nationaleinkommens und umgekehrt proportional zum bestehenden Kapitalstock verändern ». ²³

Statt des 'erwünschten Kapitalstocks' ist bei Matthews noch die Variable 'Nationaleinkommen' enthalten; dieser Unterschied läßt sich durch einen geeigneten Parameter gleichnamig machen.

Das neue Problem, das mit dieser Neuformulierung auftaucht, besteht in der Bestimmung der erwünschten Kapazität.

$$I_t^n = K_t^* - K_t \quad \text{bzw.} \quad I_t^n = K_{t-1}^* - K_t$$

Setzt man die erwünschte Kapazität (K^*) gleich mit der Kapazität bei Normalauslastung, dann läßt sich durch Einführung eines Verhaltensparameters λ berücksichtigen, daß im Konjunkturverlauf der Kapitalstock je nach den vorherrschenden Aussichten (« Konjunkturklima ») sowohl unter als auch über der Normalauslastung beschäftigt werden kann.

$$I_t^n = \lambda (K_{t-1}^* - K_t)$$

Der Klammerausdruck bezeichnet ein Kapazitätsdefizit bzw. einen Kapazitätsüberhang, gemessen an der erwünschten Kapazität. Die Investitionen in der Periode t sind demnach abhängig von der Differenz zwischen dem tatsächlichen Kapitalstock zu Beginn der Periode t und dem erwünschten Kapitalstock, multipliziert mit dem Verhaltensparameter λ ; als Spezialfall enthält diese Formulierung auch das klassische Akzelerationsprinzip, ²⁴ dann nämlich, wenn λ als konstanter (und optimaler) Kapazitätsauslastungsgrad interpretiert wird.

Durch weitere Umformung kann diese Relation überführt werden in eine solche, die den Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten enthält; indem man mit K_t erweitert und den Quotienten $\frac{K^*}{K}$ als Auslastungsgrad der vorhandenen Kapazitäten nimmt. ²⁵

²³ Vgl. R. C. O. MATTHEWS 1967, S. 196.

²⁴ Vgl. T. SEITZ 1973, S. 22.

²⁵ Vgl. J. KROMPHARDT 1972, S. 164.

$$\begin{aligned} \text{Aus } I_t^a &= \lambda (K_t^* - K_t) \text{ folgt dann } I_t^a = \lambda \frac{K_t^* - K_t}{K_t} \cdot K_t \\ &= \lambda \left(\frac{K_t^*}{K_t} - 1 \right) \cdot K_t = \lambda (a - 1) K_t \end{aligned}$$

a ist der Auslastungsgrad der vorhandenen Kapazitäten. Diese Formulierung ist von besonderem Interesse für die Analyse von Wachstumszyklen, die zunehmend als Schwankungen im Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten definiert werden.²⁶ Da dieser Auslastungsgrad auch branchenmäßig erhoben wird (vgl. S. 91), könnte hier eine strukturell vertiefende Analyse ansetzen.

Generell bleibt zu beachten, daß das Akzelerationsprinzip — auch in der Form des Kapitalstockanpassungstheorems — allenfalls zur Erklärung von Beschleunigungsprozessen im Auf- und Abschwung geeignet ist, nicht dagegen für die Erklärung von Umkehrprozessen und Wendeperioden.²⁷

Hicks hat das Multiplikator-Akzelerator-Prinzip in sein deterministisches Konjunkturmodell eingebaut und zusammen mit zwei weiteren Bausteinen, dem Vollbeschäftigungsplafond und der Untergrenze der Desinvestition einerseits, einer mit konstanter Rate wachsenden autonomen Investition andererseits, ein Modell des Wachstumszyklus ausgearbeitet.

Dieses Modell ist der Kern vieler anderer, differenzierterer Modelle, es scheint auch der Kern der theoretischen Leitvorstellungen zu sein, die der operativen Konjunkturpolitik in der Bundesrepublik zugrundeliegen. Es ist an dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß die einzelnen Modelltheoreme unterschiedlichen Aggregationsniveaus zuzuordnen sind. Das Multiplikatorprinzip entstammt (keynesianischen) makroökonomischen Überlegungen. Das Akzeleratorprinzip bzw. das Kapitalstockanpassungstheorem ist aus mikroökonomischen Überlegungen abgeleitet: Differenzen zwischen befriedigender und tatsächlicher Kapazität werden — unter Berücksichtigung der branchenmäßigen Situation — auf der Unternehmensebene zum Gegenstand investitionspoli-

²⁶ J. KROMPHARDT 1972, S. 164.

²⁷ Vgl. A. WOLL 1974, S. 404.

tischer Entscheidungen.²⁸ Der Vollbeschäftigungsplafond scheint zwar zunächst der gesamtwirtschaftlichen Aggregationsebene anzugehören; unter Berücksichtigung der regionalen und sektoralen Mobilitätsrigiditäten und der konjunkturpolitisch relevanten kurzen Frist sind es indessen die sektoralen Arbeitskraftengpässe, die dem Expansionsprozeß Grenzen setzen. Die Untergrenze der Desinvestitionen läßt sich makroökonomisch nur als ein sehr breit gestreuter Durchschnitt denken; in jeder Industriegruppe und -branche ist der Anteil der Ersatzinvestitionen von unterschiedlichem Gewicht.

Diese Überlegungen sollen weiter unten — im Abschnitt über disproportionalitätstheoretische Erklärungsansätze — weitergeführt werden. Um den Übergang an den Modellvorstellungen der reinen Theorie zu den Leittheoremen der operativen Wirtschaftspolitik nachzuzeichnen, sollen im folgenden zunächst zwei Ansätze dargestellt werden, in welche auf der Basis generalisierender Beschreibungen auch wichtige Theoreme der reinen Theorie eingegangen sind, und welche die konjunkturellen Schwankungen aus *globalen* Disproportionalitäten ableiten.

Der erste Ansatz stammt von Tichy und wird hier wegen seiner anschaulichen Einarbeitung der bisher besprochenen Theoreme dargestellt. Zugleich ist er eine geeignete Basis für die Weiterführung und Differenzierung dieses Ansatzes, wie sie z. B. in den Vorstellungen vom 'Musterzyklus' des SR zum Ausdruck kommen — und die in dieser Funktion durchaus von großer wirtschaftspolitischer Relevanz sind.

In seinen eigenen « Überlegungen zur Konjunkturtheorie »²⁹ geht Tichy von einer differenzierten Anpassung des tatsächlichen an den erwünschten Kapitalstock bei den Lagerinvestitionen einerseits und den Anlageinvestitionen andererseits aus.³⁰ Bei einer Nachfrageexpansion können am raschesten die Lager abgebaut werden. Bald nach dem allgemeinen Konjunkturtiefpunkt beginnt damit der Lagerakzelerator zu wirken. Danach kommt der Anpassungsprozeß durch Investitionen im

²⁸ G. TICHY 1973 konstatiert abweichend, « daß sich die Unternehmer weniger an der Entwicklung ihrer eigenen Branche als vielmehr an der gesamten Konjunktur orientieren », S. 149.

²⁹ G. TICHY 1973, S. 151 ff.

³⁰ Vgl. ebd., S. 154.

Anlagebereich in Gang. Sind die akzelerationsbedingten Lagerinvestitionen auf ihrem Höhepunkt angelangt und beginnen sich abzuschwächen, dann flacht die globale Wachstumsrate etwas ab, weil von der sich abschwächenden Lagerbildung dezelerierende Wirkungen ausgehen, die den akzelerierenden Wirkungen der Anlageinvestitionen entgegenstehen.³¹ Daraus leitet Tichy das charakteristische Plateau des Aufschwungs ab (dieses entspricht der Streisslerschen 'Investitionsnachkonjunktur'). Das Aufschwungsplateau ist weiter auch dadurch bedingt, daß die öffentlichen Investitionen ihren Höhepunkt meist zu Beginn des Plateaus überschreiten, während der Wendepunkt der privaten Investitionen am Ende des Plateaus liegt. Auf dem Plateau differenziert sich die Konjunktur in dem Maße, wie einzelne Branchen an Kapazitätsgrenzen stoßen. Angebotsengpässe mischen sich mit Nachfrageschwächen, die ihrerseits von Bereichen ausgehen können, welche ihre Produktion (und damit ihre Nachfrage nach Vor- und Zwischenprodukten) infolge von Engpässen nicht im gewünschten Maße ausdehnen können.

Der obere Wendepunkt wird einerseits durch auslaufende Akzelerationsprozesse, andererseits durch restriktive wirtschaftspolitische Maßnahmen eingeleitet. Ferner kommt der charakteristische Lohn-lag hinzu, der bei sinkendem Auslastungsgrad zu steigenden Stückkosten und Gewinneinbußen führt. Der untere Wendepunkt wird erreicht, wenn der Lagerabbau zum Stillstand gekommen ist. Vielfach wirkt der Export auslösend für den neuen Aufschwung.

Tichy betont, daß wichtige Bereiche der Konjunktur- und Wachstumstheorie noch des Ausbaus und der Integration bedürften; er sieht konjunkturtheoretische Entwicklungsmöglichkeiten in der verstärkten Berücksichtigung des Außensektors, in der Theorie der Lagerzyklen und in der Differenzierung innerhalb des Aggregates der Anlageinvestitionen.

Bemerkenswert ist, daß Tichy wiederholt von der « Konstanz der Konjunkturmuster » spricht, d. h. von der Regelmäßigkeit, « mit der sich (konjunkturelle) Entwicklungen von

³¹ G. TICHY 1973, S. 155.

Aggregat zu Aggregat fortpflanzen ». ³² Die für ihn relevanten Teilaggregate sind Erwartungsreihen, Bestellungen, Lagerindikatoren, Investitionen, Importe von Rohstoffen und Vorprodukten. Daß das Muster *dieser* Aggregate eine gewisse Regelmäßigkeit aufweist, erscheint trivial; der ökonomische Prozeß verläuft so, daß Erwartungen den Bestellungen und diese den Investitionen vorausgehen. Wichtiger wäre m. E. die Frage, ob auch das sektorale Muster der Konjunktur 'konstant' ist. In diesem Zusammenhang bemerkt Tichy zum Modell von Goodwin — 'dessen Bedeutung schwerlich unterschätzt werden könne' ³³ —, daß die von Goodwin vorgenommene Unterscheidung innerhalb des Aggregates der Anlageinvestitionen nach solchen 'wichtigen Bereichen, in denen die Investitionstätigkeit schon eingesetzt hat und solchen, in denen Kapazitäten noch in größerem Umfange brachliegen', ³⁴ eine stärkere Differenzierung der Konjunktur nach Branchen erwarten lasse ³⁵ (als sie bislang, d. h. bis zum Abschluß der Untersuchungen Tichys (1971), aufgetreten seien).

Diese Untersuchung hat gezeigt, daß es immer schon branchenmäßige Differenzierungen im Konjunkturmuster gegeben hat, und daß der Grad der Differenzierung in den beiden Nachkriegsrezessionen besonders hoch war. Allein aus 'endogenen' Gründen des Konjunkturzyklus sind sektorale Unterschiede in der konjunkturellen Entwicklung zu erwarten. In dem Maße, wie strukturelle Anpassungsprozesse den Zyklus überlagern, ist mit einer Verstärkung der Differenzierung des Konjunkturmusters zu rechnen. Die Branchenentwicklungen in der zurückliegenden Rezession haben m. E. sowohl den Ansatz von Goodwin bestätigt, der innerhalb des Aggregates der Anlageinvestitionen nach Sektoren und Branchen unterschieden wissen will, als auch der Auffassung von Tichy Recht gegeben, daß die Anpassung des tatsächlichen an den erwünschten Kapitalstock in den einzelnen Sektoren ganz verschieden erfolge. ³⁶

³² G. TICHY 1973, S. 145.

³³ Vgl. ebd., S. 153.

³⁴ Vgl. ebd.

³⁵ Ebd., S. 154.

³⁶ Ebd., S. 155.

Eine Verbesserung der konjunkturtheoretischen Erklärungsansätze — und damit der Möglichkeiten der Konjunkturpolitik — könnte nach diesen Überlegungen darin bestehen, die sektorale und branchenmäßige Differenzierung des Wachstumsverhaltens genauer zu untersuchen und theoretisch zu fassen.

Im folgenden sollen die konjunkturtheoretischen Vorstellungen des Sachverständigenrates dargestellt werden. Diese Vorstellungen sind von besonderer Bedeutung für die praktische Wirtschaftspolitik in der BRD, sowohl für die ex-post-Bewertung dieser Politik als auch für deren konzeptionelle Weiterentwicklung.

Im SR selbst herrschen keine Illusionen über die Tragfähigkeit der heutigen 'Konjunkturtheorie'; man weiß, daß man auf theoretische Versatzstücke angewiesen ist und daß es sich — bei Diagnose und Therapie — allenfalls um ein « *muddling through* auf hohem Niveau » handelt (Kloten). Dennoch ist es für die Arbeit des SR erforderlich, eine gewisse Gesamtvorstellung vom Zyklusablauf zu haben. Dies — und nur dies — ist der 'Musterzyklus' des Sachverständigenrates. Von daher relativieren sich einige — etwas angestrengt wirkende — Versuche, die Konzeption des SR zwischen 'synoptischem' und 'pragmatischem' Ideal, zwischen Konflikt- oder Integrationsmodell zu verorten.³⁷ Die theoretische Basis ist unvollständig, und die wirtschaftspolitischen 'Aussagen ohne Empfehlungscharakter' stoßen sich hart an divergierenden Gruppeninteressen. Unter diesen Beschränkungen gilt es, als 'second-best-Lösung' eine Linie, nach Möglichkeit eine 'Linie der Vernunft' zu finden.

3.1.2. Der Musterzyklus des Sachverständigenrates

0. Sievert hat den 'Musterzyklus', der 'in der Vorstellung des Sachverständigenrates lebendig ist', beschrieben, — unter angemessener Betonung der Skrupel, die sich bei einer unvermeidlichen Simplifizierung der doch differenzierteren konjunkturtheoretischen Vorstellungen des SR einstellen.³⁸

³⁷ Vgl. z. B. A. SCHMID 1974.

³⁸ Vgl. O. SIEVERT 1971, S. 4. Sievert steht mit seiner Vorstellung von

Nach Sievert können vier Phasen des Zyklus unterschieden und folgendermaßen charakterisiert werden:

a) *Der Aufschwung* wird meist durch eine Belebung der Nachfrage ausgelöst. In der BRD war es häufig die Auslandsnachfrage, welche — angeregt durch relativ günstige Preise und gute Lieferfähigkeit der inländischen Industrie — die Auftragspolster aufbesserte und das Konjunkturklima anregte.

Der Expansion der Nachfrage folgt eine Zunahme der privaten Investitionen. Die Unternehmen (vor allem in den exportintensiven Sektoren) reagieren auf aktuelle und erwartete Produktionsengpässe und beleben so zusätzlich die Gesamtnachfrage. In dieser Phase erhöht sich die Produktivität durch die Verbesserung des Auslastungsgrades; die Gewinne expandieren bei lebhafter Mengenkonzunktur und noch ruhiger Lohn- und Preisentwicklung. Der Aufschwung verstärkt sich zunehmend selbst durch Akzelerator- und Multiplikatorprozesse.

Auch Hopp bringt das im Aufschwung beschleunigte Wachstum der privaten Investitionen (Initialzündung) mit den Gewinnerwartungen in Zusammenhang: diese seien von der Auftragsentwicklung (Auftragseingänge) sowie den Faktor- und Produktpreisen bestimmt.³⁹

b) *Die obere Wende* wird durch einige den Boom abbremsende Faktoren bewirkt. Die Mengenkonzunktur bricht sich an den zunehmend in Erscheinung tretenden Kapazitätsgrenzen. Vor allem aber nimmt der Lohndruck schon im Aufschwung — induziert durch die Gewinnexpansion — zu. Die Lohnforderungen der Gewerkschaften werden nicht — wie im Abschwung — durch Arbeitsplatzrisiken begrenzt, und die Arbeitgeber zeigen angesichts guter Gewinnlagen und bestehen-

einem relativ durchgängigen Konjunkturmuster nicht allein. Z. B. kommt auch Tichy in seiner Analyse zu dem Schluß, daß sich als Charakteristikum der Nachkriegskonjunkturschwankungen eine « Konstanz der Konjunkturmuster » feststellen läßt. TICHY 1973, S. 145 (i. O. kursiv).

³⁹ Vgl. R. HOPP 1969, S. 63 und 80: « Das beschleunigte Wachstum der Auftragseingänge bei den Investitionsgüterindustrien fand jeweils... in Perioden relativ ruhiger Lohnentwicklung und billiger Kredite statt. Auch der Index der Erzeugerpreise der Investitionsgüterindustrien stieg weniger stark als sonst oder ging sogar zurück (1954). »

der Preiserhöhungsspielräume wenig Widerstand. So treten schließlich Kostenbelastungen durch Lohnerhöhungen und Preiserhöhungen für Vorprodukte auf in einer Phase, in der die Produktivität durch Überbeanspruchung der Kapazitäten schon wieder rückläufig ist.

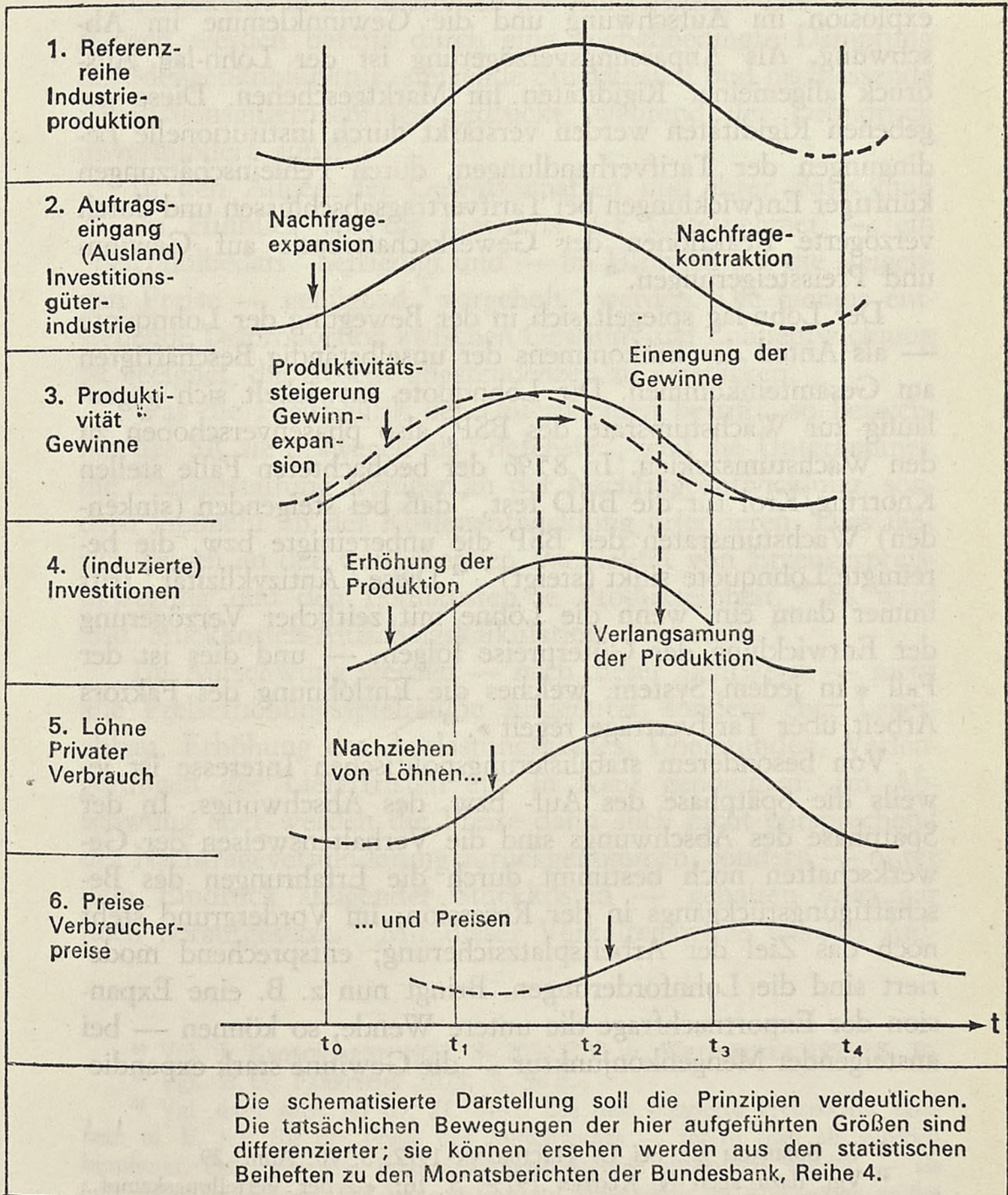
c) *Der Abschwung* wird i. d. R. durch eine Verringerung der Gewinnmargen und eine dadurch bedingte nachlassende Investitionstätigkeit eingeleitet. Die Gewinne geraten von mehreren Seiten her unter Druck: steigende Lohnkosten, steigende Preise für Vorprodukte (Erzeugerpreisniveau), steigende Stückkosten wegen abnehmender Kapazitätsauslastung und ungünstiger Produktivitätsentwicklung; dazu kommt eine nachlassende Nachfrage (im Investitionsgüterbereich). Nur vom privaten Verbrauch gehen jetzt noch Auftriebskräfte aus; dies wirkt sich auch in einer Zunahme der Importe aus. « Preiserhöhungen und Lohnerhöhungen gehen jetzt über das hinaus, was der Markt dauerhaft herzugeben verspricht. » (Sievert). Im Rahmen eines pessimistischen Konjunkturklimas und einer — wegen der mit Verzögerung sich durchsetzenden Preisniveauerhöhung oft verspäteten — restriktiven Geld- und Kreditpolitik kommt es zu sich kumulierenden Abschwungstendenzen.

d) *Die untere Wende* ist durch nachlassenden Lohn- und Preisdruck — infolge zunehmender Arbeitsplatzunsicherheit — und durch eine relative Dämpfung des (Erzeuger-) Preisauftriebs gekennzeichnet. Meist werden in dieser Phase restriktive wirtschaftspolitische Maßnahmen gelockert. « Offensive Exportstrategien » der Unternehmen führen zu ersten expansiven Nachfrageimpulsen aus dem Ausland. Ein neuer Zyklus kann beginnen.

Die Besonderheit der 'konjunkturtheoretischen' Vorstellungen des SR — die ja durch ihren engen Bezug zur operativen Wirtschaftspolitik geprägt sind — besteht darin, daß es im wesentlichen zwei globale Disproportionen sind, die den Verlauf des Zyklus bestimmen — und die gleichzeitig die wichtigsten Ansatzpunkte für eine Verstetigungsstrategie darstellen: Es sind dies der Lohn-lag und der Preis-lag (« defensive Preispolitik der Unternehmen »).

Abb. 17: Das Zyklenmuster des Sachverständigenrates (Schema)

(Graphische Darstellung der Bewegungen gesamtwirtschaftlicher Aggregate im Zyklus zur Kennzeichnung der Lag-Strukturen. Abweichungen vom Trend)



Der Lohn-lag, den auch Bombach für einen der « stärksten zyklenbildenden Faktoren »⁴⁰ hält, kennzeichnet die Verzögerung der Lohnentwicklung gegenüber der Produktivitäts- und Kostenentwicklung und ist mitverursachend für die Gewinnexplosion im Aufschwung und die Gewinnklemme im Abschwung. Als Anpassungsverzögerung ist der Lohn-lag Ausdruck allgemeiner Rigiditäten im Marktgeschehen. Diese gegebenen Rigiditäten werden verstärkt durch institutionelle Bedingungen der Tarifverhandlungen, durch Fehleinschätzungen künftiger Entwicklungen bei Tarifvertragsabschlüssen und durch verzögerte Reaktionen der Gewerkschaftsbasis auf Gewinn- und Preissteigerungen.⁴¹

Der Lohn-lag spiegelt sich in der Bewegung der Lohnquote — als Anteil des Einkommens der unselbständig Beschäftigten am Gesamteinkommen. Die Lohnquote entwickelt sich gegenläufig zur Wachstumsrate des BSP, also phasenverschoben zu den Wachstumszyklen. In 85% der beobachteten Fälle stellen Knorring/Krol für die BRD fest, 'daß bei steigenden (sinkenden) Wachstumsraten des BSP die unbereinigte bzw. die bereinigte Lohnquote sinkt (steigt)'.⁴² Diese 'Antizyklizität' tritt immer dann ein, wenn die Löhne mit zeitlicher Verzögerung der Entwicklung der Güterpreise folgen, — und dies ist der Fall « in jedem System, welches die Entlohnung des Faktors Arbeit über Tarifverträge regelt ». ⁴³

Von besonderem stabilisierungspolitischen Interesse ist jeweils die Spätphase des Auf- bzw. des Abschwungs. In der Spätphase des Abschwungs sind die Verhaltensweisen der Gewerkschaften noch bestimmt durch die Erfahrungen des Beschäftigungsrückgangs in der Rezession; im Vordergrund steht noch das Ziel der Arbeitsplatzsicherung; entsprechend moderiert sind die Lohnforderungen. Bringt nun z. B. eine Expansion der Exportnachfrage die untere Wende, so können — bei ansteigender Mengenkonzunktur — die Gewinne stark expandie-

⁴⁰ G. BOMBACH zit. bei U. TEICHMANN 1972, S. 70, Anm. 29.

⁴¹ Vgl. dazu auch N. KLOTEN 1973², S. 16: « ... der Verteilungskampf... war und ist einer der stärksten Kräfte für die konjunkturellen Fehlentwicklungen, wenn er auch selbst durch diese mitbestimmt wird. »

⁴² Vgl. E. v. KNORRING, G.-J. KROL 1974, S. 34.

⁴³ Ebd.

ren, ohne daß die Löhne dieser Entwicklung sofort angepaßt würden. Das Resultat ist eine disproportionale Entwicklung von Lohn- und Gewinnniveau, die den Aufschwung tendenziell verstärkt.

Umgekehrt in der Spätphase des Aufschwungs. Die Gewinnmargen werden bereits durch eine engpaßbedingte Dämpfung der Mengenkonzunktur, steigende Stückkosten und nachlassende Investitionsgüternachfrage gedrückt, während der Lohndruck unvermindert anhält.

In den Augen der Gewerkschaften und ihrer Basis muß — im Hinblick auf die Gewinne der Unternehmer — ein 'Nachholbedarf' befriedigt und — im Hinblick auf die steigenden Preise — genügend 'vorgeholt' werden. Die hieraus entstehende Disproportion zwischen Gewinn- und Lohnentwicklung ist geeignet, die Abschwungstendenzen zu verstärken.

Was die Preispolitik der Unternehmen betrifft, so bezeichnet der SR sie deswegen als 'defensiv', weil die Unternehmen die Preisgestaltung weniger an der Nachfrageentwicklung, sondern vielmehr an der Kostenentwicklung orientieren. Dies läßt sich zeigen an der weitgehenden Parallelität von Erzeugerpreisbewegung und den Lohnkosten je Produkteinheit.⁴⁴ Es wird also Stückkosten-Aufschlagskalkulation unterstellt.⁴⁵

Im Aufschwung werden — nach dieser Sichtweise — nicht alle Preiserhöhungsspielräume ausgenutzt, sondern eher Lagerabbau, Erhöhung des Auslastungsgrades, Überstunden, Verlängerungen der Lieferfristen etc. in Kauf genommen. Im Abschwung aber werden die Preise dann auch nicht entsprechend der Nachfrageverminderung zurückgenommen, sondern — unter dem Eindruck steigender Stückkosten — gehalten oder gar noch heraufgesetzt.⁴⁶ Mit dieser Verhaltensweise werden Auf-

⁴⁴ Vgl. J. KROMPHARDT 1972, S. 203. C. C. v. WEIZSÄCKER 1975, S. 10.

⁴⁵ Vgl. H. G. FABRITIUS 1975, S. 98 ff.

⁴⁶ Vgl. dazu auch JG 65, Zf. 240 f. Die hier skizzierte Preispolitik kann man m. E. nur für die Phase des Aufschwungs — sofern man als gegeben hinnimmt, daß nicht alle Preiserhöhungsspielräume ausgenutzt werden — als 'defensiv' bezeichnen. Die kostenorientierte Preispolitik im Abschwung müßte dann korrekterweise als 'offensiv' eingestuft werden, weil sie der Nachfrageentwicklung zuwiderläuft. Beispiele dafür boten u. a. Mineralöl- und Automobilkonzerne im Frühjahr und Frühsommer 1974.

schwung und Abschwung tendenziell verstärkt. Eine schnelle Anpassung der Preise an die Nachfrageentwicklung hätte dagegen konjunkturdämpfende Wirkung.

In diesen beiden Elementen eines zyklenverstärkenden Fehlverhaltens sieht der SR eine wichtige, nicht jedoch auch schon eine hinreichende Bedingung konjunktureller Instabilität. Hinzu kommt eine an Spätindikatoren orientierte, falsch programmierte Wirtschaftspolitik.⁴⁷

Das Grundmuster dieser globalen Disproportionen hängt nicht ab von den institutionellen Bedingungen der Tarifrunden und der Marktform des zweiseitigen Monopols. Das gleiche Muster würde sich auch ergeben aus der Entwicklung der relativen Knappheiten auf dem Arbeitsmarkt: In der Spätphase des Abschwungs könnten wegen der bestehenden Arbeitsplatzrisiken keine Lohnerhöhungen durchgesetzt und damit auch keine Anpassung der Löhne an die Gewinnentwicklung erreicht werden. In der Spätphase des Aufschwungs, im Boom also, würden die Unternehmen sich infolge Arbeitskräftemangels überbieten, die Lohnentwicklung würde auf diese Weise über das hinauschießen, was der Markt ' längerfristig ' halten kann.

Dieses ' Zyklennmuster ', das den Vorstellungen des SR unterliegt, sollte nun weder als theoretisches Idealmodell noch als umfassende Darstellung der ' Konjunkturtheorie ' des SR mißverstanden werden. Allenfalls ist dieses Muster eine Leitvorstellung für die wirtschaftspolitische Beratungsarbeit, deren Hauptaufgabe, so B. S. Frey für den *Council of Economic Advisors*, immer noch in dem Versuch liegt, « dem Präsidenten und den Parlamentariern die Grundregeln der *new economics* zu vermitteln ». ⁴⁸ Dies darf man wohl auch auf den SR und seine Beziehungen zu Regierung, Parlament und Sozialen Gruppen übertragen. Insofern hat die ' Einfachheit ' der theoretischen Konzeption einen Sinn. Methode hat sie, insofern sie auf das Muster der herrschenden stabilisierungspolitischen Konzeption der Globalsteuerung zugeschnitten ist. Andere Erklärungsansätze, etwa solche, die konjunkturelle Schwankungen aus

⁴⁷ Vgl. O. SIEVERT 1971, S. 6.

⁴⁸ B. S. FREY 1974, S. 383. Vgl. auch J. TOBIN 1974, S. 18: « The Council's problem was educational rather than analytical. »

sektoralen Disproportionen, z. B. aus Ungleichzeitigkeiten bei der Entwicklung der Investitionsgüter- und Konsumgüternachfrage erklären (vgl. S. 128 ff.), kommen nicht zum Tragen.

Im Musterzyklus des SR werden konjunkturelle Instabilitäten im wesentlichen aus den Wirkungen globaler Disproportionen, nämlich den gesamtwirtschaftlichen Lohn- und Preislags und ihren Effekten auf die Rentabilität erklärt. Diese Disproportionen sind zu beheben mit globalen geld- und finanzpolitischen Maßnahmen, welche die gesamtwirtschaftliche Nachfrageentwicklung stabilisieren, und mit Maßnahmen der Koordination der Sozialen Gruppen (Konzertierte Aktion), welche die Lohn-, Kosten- und damit die Preisentwicklung verstetigen sollen. Zyklische, *mittelfristig aber relativ funktionslose* Verschiebungen in den Verteilungsrelationen sollen damit verhindert werden.

Die — auch nach Auffassung des SR — fundamentale zyklenverursachende Bedingung könnte man somit in den durch eine Reihe von Rigiditäten verursachten Verzögerungen der Anpassung der Wirtschaftssubjekte an Marktdatenänderungen sehen. « Konjunkturzyklen sind stets das Ergebnis verzögerter Anpassungen im Bereich der privaten Haushalte, der Unternehmen, der öffentlichen Hand und — last not least — der Währungs- und Konjunkturpolitik. »⁴⁹

Wenn nun die konjunkturellen Instabilitäten wirklich von ihren Ursachen her zu beseitigen bzw. zu minimieren wären — auch dies gehört zu den durchgängigen Auffassungen des SR —, dann würde dies doch sehr weitreichende Konsequenzen haben. Die die Anpassungsprozesse verzögernden Rigiditäten sind dem System marktwirtschaftlicher Koordination inhärent. Zum einen weist dieses System eine besondere Offenheit für Datenänderungen auf, ja es provoziert Innovationen, neue Produkte, Veränderungen der Nachfrage, Impulse aus dem Ausland etc. Zum anderen erfordert die dezentrale Organisationsweise die kontinuierliche Beschaffung von Marktinformationen, was mit Zeitaufwand und Kosten verbunden ist. Schließlich ist das marktwirtschaftliche System so konstruiert, daß unternehme-

⁴⁹ JG 68, Zf. 281.

rische Entscheidungen unter Ungewißheit und Risiko getroffen⁵⁰ und die dezentralen Pläne im *trial-and-error*-Verfahren miteinander abgestimmt werden müssen.⁵¹ Betrachtet man die dadurch bedingten Rigiditäten und Anpassungsverzögerungen als die fundamentalen Ursachen für Instabilitäten (insbesondere auch konjunkturelle), dann bedeutete eine « ursachenadäquate » Stabilisierungspolitik die tendenzielle Aufhebung der Marktwirtschaft. Diese These wird durch die Überlegung gestützt, daß konjunkturelle Instabilitäten nur in Systemen mit marktwirtschaftlicher Koordination zu beobachten, also dem Marktmechanismus inhärent sind.⁵² Deren Ausschaltung kann diesen Marktmechanismus dann nicht unberührt lassen. Insoweit wäre die Frage zu stellen, ob das Ziel einer konjunkturellen Verstetigung eigentlich *ernsthaft* angestrebt wird, oder ob es nur darum gehen kann, bestimmte Symptome zu korrigieren, weil die fundamentalen Ursachen nicht korrigiert werden können und sollen.⁵³

Die Liberalen, die den Keynesianismus als Beginn der Planwirtschaft und des Sozialismus und als Ende der freien Marktwirtschaft kritisierten, hatten so Unrecht nicht. Das System bleibt nicht das gleiche, wenn wirtschaftspolitische Eingriffe unternommen werden, um ein inhärentes Merkmal, nämlich das der Instabilität, zu korrigieren. Die Konjunkturpolitik, die heute betrieben wird, stellt immer schon einen Kompromiß dar, weil Stabilisierung im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung angestrebt und realisiert werden muß. Da die fundamentalen Ursachen von Instabilitäten außerhalb des Zugriffs der Stabilisierungspolitik liegen, werden Ursachen zweiter Ordnung namhaft gemacht, welche die Prädisposition des Systems zu konjunkturellen Instabilitäten akut werden lassen.

⁵⁰ Vgl. z. J. B. WERNER 1968, S. 68 f.

⁵¹ Vgl. H. GIERSCH 1964, S. 62.

⁵² Vgl. auch E. TUCHTFELDT 1964, S. 115.

⁵³ So hält der 'Nestor der deutschen Finanzwissenschaft', F. Neumark, es zwar « für ein legitimes Ziel rationaler Wirtschaftspolitik, die mittelfristigen Wirtschaftswachstumsschwankungen tunlichst innerhalb bestimmter Grenzen zu halten », er möchte dieses Postulat aber nicht auf « kurzfristige Schwankungen übertragen wissen ». Hochkonjunktur und Rezession seien Zuckerbrot und Peitsche für eine Privatwirtschaft. F. NEUMARK 1968, S. 11 (i. O. z. T. kursiv).

Anders ausgedrückt: Nicht die Struktur des Systems, der Schaukelstuhl, ist Gegenstand einer ursachenbezogenen Politik, sondern die Impulse, welche Schwankungen aktualisieren und verstärken. (Indessen hat schon Jöhr abgeleitet, « daß die Impulse nicht erforderlich sind, um die konjunkturelle Bewegung in Gang zu bringen ».⁵⁴)

Zu den vom SR favorisierten Ursachen (zweiter Ordnung) gehören 1. außenwirtschaftliche Störungseinflüsse, 2. Macht- ausübung am Arbeitsmarkt und auf den Gütermärkten, und 3. das Ausgabeverhalten der öffentlichen Hände. Von diesen Ursachen gehen Schwankungen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und Disproportionalitäten in der Kosten- und Rentabilitätsentwicklung aus, die sich in (überproportionalen) Schwankungen der Investitionsgüternachfrage niederschlagen. Insofern ist die Position begründet, welche in den Schwankungen der Investitionen nur ein Symptom, den verstärkten Reflex von Nachfrage- und Rentabilitätsschwankungen sieht. Andererseits hängen die überproportionalen Ausschläge der Investitionsnachfrage mit den fundamentalen Ursachen von Instabilitäten in der Marktwirtschaft zusammen — was die Anhänger und die Gegner der Investitionslenkung präzise erfaßt haben. Investitionslenkung würde an den Kern der Instabilitäten *und* an den Kern des marktwirtschaftlichen Systems gehen. Indessen wäre Investitionslenkung der dritte Schritt vor dem ersten: Die wirtschaftspolitischen Instanzen müßten sich zunächst einmal als fähig erweisen, die genannten sekundären Ursachen, also die Impulse aus dem Ausland, von den vermachteten Märkten und vom Ausgabeverhalten der öffentlichen Hände, unter Kontrolle zu bringen. Gegen diese Ursachen sind in der Theorie der Wirtschaftspolitik Konzepte entwickelt worden, die insbesondere auch vom SR vertreten werden. Dazu gehören 1. ein System flexibler Wechselkurse und eine international koordinierte Wirtschaftspolitik gegen außenwirtschaftliche Ungleichgewichte, 2. eine Konzertierte Aktion zum Zwecke der prophylaktischen Koordination zum Zwecke der Realisierung einer kostenniveauneutralen Lohnpolitik und 3. eine Verstetigung

⁵⁴ W. A. JÖHR 1967, S. 359.

der Konjunkturpolitik selbst durch deren mittelfristige und stärker monetaristisch eingefärbte Ausrichtung.

Mit Hilfe dieser Konzepte könnten, bei rationaler Wirtschaftspolitik und rationalem Verhalten der sozialen Gruppen wichtige, die inhärenten Instabilitäten verstärkende Faktoren, neutralisiert werden.

Gleichwohl würde eine tendenzielle Verstetigung des gesamtwirtschaftlichen Wachstumsprozesses die Probleme, die sich aus dem strukturellen Wandel im Wachstum ergeben, nicht beseitigen. Eine mittelfristig orientierte Strukturpolitik der planmäßigen Förderung der 'Struktur von morgen' und des planmäßigen Abbaus überkommener Wirtschaftszweige wäre somit der zweite Schritt, bevor — möglicherweise — in einem dritten die Feinsteuerung der Angebotsstruktur über Investitionslenkung zur Debatte stünde.

3.1.3. *Disproportionalitätstheoretische Ansätze*

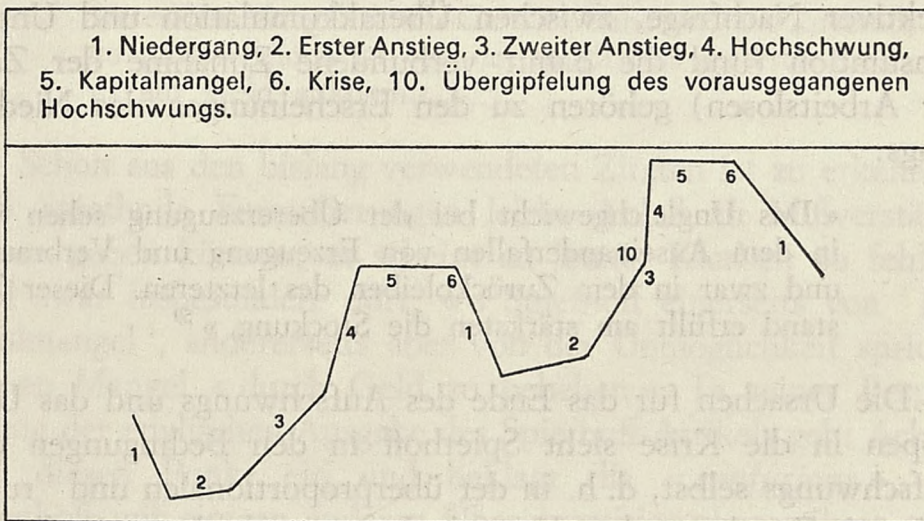
Die meisten konjunkturtheoretischen Ansätze können in zweierlei Hinsicht als 'Disproportionalitätstheorien' angesehen werden: 1. insoweit die Konjunktur selbst als 'Disproportion' zwischen Produktionspotential und effektiver Nachfrage definiert wird, und 2. insoweit die Ursachen konjunktureller Instabilitäten in 'Disproportionen' zwischen je unterschiedlichen ökonomischen Größen gesehen werden.⁵⁵

Die nachklassischen Krisentheorien stellten bei der Kritik des Sayschen Theorems auf übermäßige Kapitalakkumulation infolge von Verschiebungen in den Einkommensverteilungslagen ab. Bei Sismondi ist bereits explizit der Aspekt des technischen Fortschritts einbezogen: eine Überakkumulationskrise werde durch den Zwang zur Senkung der Produktionskosten, d. h. zur Rationalisierung und Einsparung von Arbeitskräften, noch verschärft. Marx sah die Hauptursache von Krisen in der Entwicklung von Disproportionalitäten sowohl zwischen Angebots- und Nachfrageentwicklung wie auch zwischen den

⁵⁵ Vgl. E. PREISER 1933, S. 109.

beiden 'Abteilungen' Produktionsgütersektor und Konsumgütersektor. Der Konkurrenzdruck und antagonistische Distributionsverhältnisse führen, Marx zufolge, zur Überakkumulation und Überproduktion, der eine unzureichende Massenkauflkraft gegenüberstehe. In periodisch eintretenden Krisen werden die Kapitalbestände entwertet und eine neue 'Verhältnismäßigkeit' zwischen den beiden Abteilungen und zwischen Angebot und Nachfrage erzwungen.⁵⁶

Abb. 18: *Graphische Darstellung der Wechselstufen*
(Nach Spiethoff⁵⁷)



Bevor die Unterkonsumtionsthese von Keynes wieder aufgenommen wird, verlagert sich der Erklärungsansatz von der Überakkumulations-/Unterkonsumtionsthese auf den Aspekt der Verknappung der Produktionsfaktoren im Aufschwung als krisenauslösendem Moment. Dieser Ansatz wird insbesondere von Spiethoff vertreten, und er wird vorbereitet durch Tugan-Baranowsky, der die klassische und marxistische These von der Begrenztheit der Endverbrauchsfrage mit dem Hinweis ablehnt, die Investitionsgüterproduktion wachse im Zuge der Kapitalintensivierung ständig stärker als die

⁵⁶ Vgl. H. J. MÜCKL 1976, S. 38 ff.

⁵⁷ Vgl. A. SPIETHOFF 1955, S. 83.

Konsumgüterproduktion. Die Ursache der Krise, so Tugan-Baranowsky, liege nicht im Zurückbleiben der Konsumnachfrage, sondern in der disproportionalen Entwicklung der einzelnen Sektoren der Wirtschaft aufgrund einer inhärenten Unübersichtlichkeit der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Der Marktmechanismus versage bei der Aufgabe, die Produktionsfaktoren 'planmäßig' auf die einzelnen Sektoren zu verteilen.⁵⁸

Wichtig erscheint in diesem Zusammenhang die Spiethoffsche Unterscheidung zwischen den *Ursachen* der Stockung bzw. Krise (vgl. zu den Konjunkturphasen bei Spiethoff Abb. 18) und den die Krise und den Niedergang prägenden *Erscheinungen*. Die Disproportionen zwischen Produktionspotential und effektiver Nachfrage, zwischen Überakkumulation und Unterkonsumtion (und die damit verbundene Zunahme der Zahl der Arbeitslosen) gehören zu den Erscheinungen des Niedergangs:

« Das Ungleichgewicht bei der Übererzeugung sehen wir in dem Auseinanderfallen von Erzeugung und Verbrauch, und zwar in dem Zurückbleiben des letzteren. Dieser Zustand erfüllt am stärksten die Stockung. »⁵⁹

Die Ursachen für das Ende des Aufschwungs und das Umkippen in die Krise sieht Spiethoff in den Bedingungen des Aufschwungs selbst, d. h. in der überproportionalen und 'ruckweisen' Zunahme der Kapitalanlagen und des mittelbaren Verbrauchs:

« Das Kennzeichen und die tragende Ursachenerscheinung des Aufschwungs ist die Steigerung der festen Kapitalanlagen. Im Anfang des Aufschwungs herrscht, überkommen aus der Stockung, auf dem Kapital- und Geldmarkt eine überaus große Flüssigkeit... Alle diese Zeichen bekunden, wie das Kapital im Anfang des Aufschwungs sich staut und in Verwertungsverlegenheit befindet. Dies ist eine erste Stufe des Aufschwungs, die sich durch Kapitalüberfluß kennzeichnet (zweiter Anstieg). Es folgt eine zweite, auf der die Verwertungsverlegenheiten aufhören, aber auch die Kapitalbeschaffung keine Schwierigkeiten verursacht... Eine

⁵⁸ Vgl. dazu H. J. MÜCKL 1976, S. 42.

⁵⁹ A. SPIETHOFF 1955, S. 52.

dritte Stufe ist die des Kapitalmangels. Leise einsetzend, steigert er sich zu ausgesprochener Verlegenheit der Kapitalbeschaffung. »⁶⁰

Die vor der Krise eintretende « Verlegenheit der Kapitalbeschaffung » kommt darin zum Ausdruck, daß es an langfristigen Kapital zum Erwerb von Investitionsgütern mangelt. Indem also die Nachfrage nach Investitionsgütern ausfällt, kommt es in den Investitionsgüterbranchen zur Übererzeugung. Aus dieser Überlegung folgert Spiethoff:

« Deshalb wäre es unmöglich, den gegen Ende des Aufschwungs regelmäßig auf dem Kapital- und Geldmarkt auftretenden Mangel durch Geld zu beheben; ein Zustand, der zu unterscheiden ist von der möglichen späteren Krise, wo es auf Geld ankommt. »⁶¹

Schon aus den bislang verwendeten Zitaten ist zu erkennen, daß Spiethoffs Formulierungen leicht Anlaß zu Mißverständnissen geben können; es scheint an letzter Klarheit zu fehlen, und zwar insbesondere dort, wo Spiethoff einerseits von ' Kapitalmangel ', andererseits aber von der Unmöglichkeit spricht, diesen Mangel « durch Geld zu beheben ». In seiner Besprechung der englischen Ausgabe des Spiethoff-Artikels geht Ackley auf diesen Punkt ein und beklagt die « *confusions* », die Spiethoff mit einigen anderen Überinvestitionstheoretikern teile (Ackley erwähnt Tugan-Baranowsky und Cassel):

« These confusions involve, in one sense or another, the idea that during the depression saving exceeds investment, the excess accumulating to feed the boom, with the exhaustion of the excess bringing the boom to an end. »⁶²

Ackley zufolge kann diese Position nur so interpretiert werden, daß sich im Abschwung entweder bei den Wirtschaftssubjekten oder bei den Banken *idle balances* bilden, die später zur ' Finanzierung ' des Aufschwungs bzw. zur Geld- und Kreditexpansion verwendet werden könnten. Aber genau diese

⁶⁰ A. SPIETHOFF 1955, S. 49.

⁶¹ Ebd., S. 51.

⁶² G. ACKLEY 1954, S. 284.

Interpretation lehne Spiethoff ab, wenn er darauf hinweist, daß der 'Kapitalmangel durch Geld nicht zu beheben sei'.

In der Tat legen Spiethoffs Ausführungen die Ackleysche Interpretation nahe. Die Phase des 'Kapitalmangels' wird vor allem als Phase der Verknappung am Geld-, Kapital- und Kreditmarkt mit den bekannten Erscheinungen der Wertpapierspekulation und der Zinssteigerungen dargestellt:

« Wie sich im Anfang des Aufschwungs die anlagesuchenden Kapitalvorräte stauen, so herrscht am Ende Kapitalmangel. Sein Einsetzen bildet die letzte Stufe, die des ausklingenden Aufschwungs. »⁶³

Wichtig für das Verständnis erscheint jedoch der Nachsatz, in dem Spiethoff festhält, daß der Kapitalmangel « nicht notwendig zu einer Krise führen »⁶⁴ müsse, und besonders die im folgenden eingeführte Unterscheidung zwischen « sonderwirtschaftlichem » und « volkswirtschaftlichem » Kapitalbedarf⁶⁵. Der Unterschied liegt darin, daß ersterer in einem « Kapitalmangel », letzterer indessen als « Käufermangel » zum Ausdruck kommt: « Dies ist dann die Übererzeugung, die das Ende des Aufschwungs bildet. »⁶⁶

Dieser Aussage zufolge entwickeln sich also Kapitalmangel und Übererzeugung parallel, es sind nur verschiedene Seiten derselben Medaille. Weil es an Kapital fehlt, stockt der Absatz der « auf den Kauf durch Kapital angewiesenen Güter ».⁶⁷ Warum sollte der mangelnde Absatz von Kapitalgütern nicht durch zusätzliches Geld zu beheben sein? M. E. kann diese *confusion* nur dadurch überwunden werden, daß man die Kapitalverknappung *güterwirtschaftlich* interpretiert, und zwar derart, daß Verknappungen im Sinne von Ressourcen-Engpässen auftreten, die dadurch bedingt sind, daß die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien im Aufschwung — aufgrund der steigenden Nachfrage der Investitionsgüterindustrien — verstärkt Kapazitäten aufbauen, wodurch den beiden anderen

⁶³ A. SPIETHOFF 1955, S. 51.

⁶⁴ Vgl. ebd.

⁶⁵ Ebd.

⁶⁶ Ebd.

⁶⁷ Ebd.

Sektoren, nämlich den Investitions- und Konsumgüterindustrien, Ressourcen entzogen werden, was diese zu einem abgeschwächten Wachstum zwingt, wodurch sich die in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien ausreifenden Kapazitäten als Überkapazitäten erweisen.

Diese Interpretation scheint der Auffassung von Ackley zu entsprechen: Spiethoff zeige klar,

« that the investment boom is likely to lead to an over-expansion of capacity in the basic industries producing materials for investment goods ». ⁶⁸

Auch Mückl scheint dieser Auffassung zuzuneigen, wenn er ausführt, Spiethoff sehe « die eigentlich krisenauslösende Ursache in einer *Kapitalverknappung* (also quasi in einer 'Überkonsumtion') », ⁶⁹ d. h., so könnte man weiterfahren, in einer 'Überkonsumtion' von Ressourcen in den der Investitionsgüterindustrie vor- und nachgelagerten Industrien. Explizit führt Mückl die Verknappung der Arbeitskräfte und der für sie « erforderlichen Subsistenzmittel, also Konsumgüter » ⁷⁰ an; die von Spiethoff herausgestellte Krisenursache der Verknappung von Erwerbsskapital sei « das Ergebnis von schwerwiegenden *Disproportionalitäten* in der Güterproduktion, wie sie regelmäßig in Zeiten der Hochkonjunktur auftreten ». ⁷¹

Dem disproportionalitätstheoretischen Ansatz von Spiethoff kommt m. E. heute eine wachsende Bedeutung zu. Er ging davon ab, « die Güterwelt als ein unterschiedsloses Ganzes » anzusehen und betonte stattdessen die Notwendigkeit, « Gütergruppen zu bilden und diese gesondert zu behandeln ». ⁷² Er verortete die Wechsellagen in den « Veränderungen bei den Gütern des mittelbaren Verbrauches und bei den Ertragsgütern » ⁷³, d. h. im Kern in der verhältnislosen Entwicklung von Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien einerseits und Investitionsgüterindustrien andererseits. Genau diese Dispro-

⁶⁸ G. ACKLEY 1954, S. 284.

⁶⁹ W. J. MÜCKL 1976, S. 42 (kursiv und Klammer i. O.).

⁷⁰ Ebd., S. 43.

⁷¹ Ebd., S. 42 (kursiv i. O.).

⁷² A. SPIETHOFF 1955, S. 38.

⁷³ Ebd., S. 38.

portionen aber springen bei den Nachkriegszyklen und insbesondere im jüngsten depressiven Abschwung ins Auge. Spiethoffs Bezugspunkt ist eine « ideale gewinnhafte Gleichgewichtserzeugung » und die Realität, die er analysiert, ist die « Ungleichgewichtserzeugung » (diesen Begriff zieht er im übrigen dem Wort ' Übererzeugung ' vor⁷⁴):

« Das Ungleichgewicht beherrscht durchaus die wirtschaftlichen Wechsellagen, nicht nur die Stockung, sondern auch den Aufschwung. »⁷⁵

Von Relevanz scheinen auch die drei von Spiethoff unterschiedenen Ursachengruppen für ' Ungleichgewichtserzeugungen ' zu sein. Zur ersten Ursachengruppe zählt er « Modewechsel, Wechsel der Technik, Standortwechsel, Bedarfssättigung » und nennt dies « Ursachen der Verbrauchsseite, die die Bedürfnisse selbst abtöten ». ⁷⁶ Diese erste Gruppe von Ursachen führt zu einer ' unverbrauchbaren Erzeugung '. Eine zweite Gruppe von Übererzeugungsursachen führt zu einer ' unwirtschaftlichen Erzeugung '. Zu den Ursachen gehören « Kapitalmangel, Unterverbrauch, Überteuerung... Hier handelt es sich um Ursachen der Verbrauchsseite, die in den Einkommens- und Preisverhältnissen begründet sind. » ⁷⁷ Eine dritte Gruppe von Ursachen schließlich kann sowohl zu einer unverbrauchbaren wie zu einer unwirtschaftlichen Erzeugung führen. Dazu gehören « Natureinflüsse, technische Erfindungen, Vergrößerung der Erzeugungsanlagen ». ⁷⁸

Zwar betont Spiethoff in seiner Vorbemerkung zur Ausgabe von 1955 selbst, daß seine ' anschauliche Theorie ' eine historische in dem Sinne sei, daß sie nur « für bestimmte einmalige Zustände » gelte, nämlich für den Hochkapitalismus. ⁷⁹ Aber die entscheidende Frage, die er selbst stellt, nämlich « ob der Wirtschaftsstil sich endgültig und ausschlaggebend geändert hat » ⁸⁰, ist so eindeutig nicht zu beantworten. Darauf weisen

⁷⁴ Vgl. A. SPIETHOFF 1955, S. 52.

⁷⁵ Ebd., S. 53.

⁷⁶ Ebd., S. 55.

⁷⁷ Ebd.

⁷⁸ Ebd.

⁷⁹ Ebd., S. 13.

⁸⁰ Ebd.

auch einige Ergebnisse der Untersuchung von Borchardt⁸¹ hin, wonach die unterstellten fundamentalen Unterschiede zwischen den 'klassischen Zyklen' und den neueren 'Wachstumszyklen' eher fiktiv als real seien.

Einen weiteren disproportionalitätstheoretischen Ansatz stellt die Konjunkturtheorie von Preiser dar. Er greift die klassische These von der Überakkumulation aufgrund von Verschiebungen in den Einkommensverteilungsrelationen sowie die These vom partiellen Versagen des marktmäßigen Steuerungsmechanismus auf. Für Preiser ist der Zyklus ein Prozeß, der durch eine in Tempo und Ausmaß wechselnde Investitionstätigkeit gekennzeichnet (nicht notwendig verursacht) ist. Er setzt deswegen in seiner Analyse beim Akkumulationsprozeß an.

Die Investitionstätigkeit ist zunächst im Zusammenhang mit dem Sparen zu sehen. Im Preiserschen Ansatz gibt es zwei grundlegend unterschiedliche Formen des Sparens, 1. das 'heteronome' und 2. das 'autonome' Sparen.

Heteronomes Sparen bedeutet eine Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Sparquote aufgrund einer Veränderung der Einkommensverteilung zugunsten der Gewinneinkommen: die Profitquote steigt, die Lohnquote sinkt.

Autonomes Sparen dagegen bedeutet eine Erhöhung des Spargrades aufgrund einer veränderten Einkommensverwendung.⁸²

Zusätzliche Investitionen müssen hier aus Fremdmitteln, also über den Kapitalmarkt finanziert werden. Preiser nimmt an, daß die Investoren in diesem Fall vorsichtiger kalkulieren, « die Möglichkeiten des definitiven Absatzes berücksichtigen » und immer « gewissermaßen in Tuchfühlung mit dem Konsum bleiben ». ⁸³ Investitionen, die dagegen aus heteronomem Sparen, also aus erhöhten Gewinnen 'eigenfinanziert' werden, würden weniger durch den Zins reguliert; eine Auslese der rentabelsten Investitionsprojekte erfolge hier nicht:

« Ohne ihr Zutun fließen den Unternehmern Mittel zu, und gerade die Tatsache, daß das auf dem Wege einer

⁸¹ Vgl. K. BORCHARDT 1976.

⁸² Vgl. E. PREISER 1933, S. 76.

⁸³ Ebd., S. 81.

Gewinnsteigerung erfolgt, veranlaßt sie zu unmittelbarer Investition, d. h. zur Ausdehnung ihrer Produktion.»⁸⁴

Die Überakkumulation ist bei Preiser demnach auf einen spezifischen Steuerungsdefekt des Marktsystems zurückzuführen, der dann eintritt, wenn es neben zins- auch noch gewinnabhängige Investitionen gibt *und* wenn die Gewinnsteigerungen durch eine Senkung der Lohnkosten (bzw. durch verzögerte Lohnerhöhungen) verursacht sind: « Wie man sieht, versagt beim heteronomen Sparen die Steuerung, die beim autonomen die Akkumulation lenkt.»⁸⁵ Was bei Preiser wie ein *deus ex machina* erscheint, nämlich 'ein außerordentlicher Zustrom von Arbeitskräften'⁸⁶, die damit einhergehende Senkung der Löhne und eine « ruckartig starke Steigerung des Spargrades »⁸⁷, kann man gleichwohl so nicht abtun, denn diese Annahme ist als Hilfskonstruktion eingeführt, um « aus einer gleichmäßig fortschreitenden Wirtschaft » einen kumulativen Aufschwung ableiten zu können.⁸⁸ Im Falle einer ungleichgewichtig fortschreitenden Wirtschaft — also bei der Analyse der Konjunkturbewegung — wird der Zyklus selbst vorausgesetzt und angenommen, daß zu Beginn eines Aufschwunges Arbeitskraftreserven vorhanden sind, die in der vorausgehenden depressiven Phase gebildet worden sind.⁸⁹ Dieses Prinzip gehört heute zusammen mit der Annahme über die Verzögerung der Lohnentwicklung zum Bestand der Konjunkturtheorie. Preiser zufolge wird der Aufschwung zur Überakkumulation verstärkt, wenn es zum 'heteronomen Sparen' kommt, d. h. wenn die Lohnsattelastizität des Arbeitsangebots kleiner als — 1 ist

$$\left(\frac{dl}{dA} \cdot \frac{A}{l} < -1 \right)^{90}.$$

⁸⁴ Ebd., S. 82; vgl. dazu auch H. MANEVAL, A. E. OTT 1965, S. 32.

⁸⁵ E. PREISER 1933, S. 82.

⁸⁶ Vgl. ebd., S. 77.

⁸⁷ Ebd., S. 79.

⁸⁸ Ebd., S. 97.

⁸⁹ Ebd.

⁹⁰ Vgl. H. MANEVAL, A. E. OTT 1965, S. 31 u. 48. Dabei sind Preise und Produktion konstant gesetzt.

(Diese Bedingung scheint, wenn man den Untersuchungen von Knorring/Krol Glauben schenken darf, für die BRD i. d. R. zuzutreffen [vgl. S. 122].)

Das heteronome Sparen ist jedoch nur eine Bedingung für die Verstärkung eines bereits in Gang gekommenen Aufschwungs. Damit aus dem 'Quasigleichgewicht' der Depression die Investitionstätigkeit überhaupt wieder ansteigt, müssen « sozusagen externe Faktoren »⁹¹ wirksam werden. Zu Erweiterungsinvestitionen besteht nach Preiser kein Anlaß, weil in dieser Phase noch Überkapazitäten vorhanden sind; Verbesserungsinvestitionen unterbleiben, weil « das Verhältnis von Zins und Lohn keineswegs zu kapitalintensiveren Methoden » reizt.⁹² Es bleiben also nur « besondere Anreize » in Form besonderer Gewinnchancen, « wie sie sich nur bei einer völligen Umwälzung der Produktionstechnik, bei der Einführung neuer Güter, bei der Eroberung fremder Märkte und ähnlichem bieten ».⁹³

Ist es einmal zu dieser Initialzündung gekommen — deren von Preiser genannte Ursachen heute allerdings weniger dem konjunkturellen Prozeß als vielmehr strukturellen Veränderungen zugerechnet würden —, dann setzt eine Aufwärtsbewegung ein, « die, ausgehend von einigen führenden Industrien, allmählich die ganze Wirtschaft ergreift ».⁹⁴ Der Schwerpunkt des Aufschwungs liegt gleichwohl in den Produktionsmittelindustrien, weil der Konsumgüterindustrie durch das Zurückbleiben der Löhne zunächst noch Grenzen gesetzt sind, und weil die Investitionsgüterindustrien eine hohe Absatzelastizität « in sich » aufweisen. Anlageerweiterungen in einer Branche ziehen Aufträge, Kapazitätsauslastungen und schließlich Kapazitätserweiterungen in anderen Branchen des Investitionsmittelsektors nach sich und wirken auf weitere Branchen dieses Sektors zurück. Darüber hinaus führt Preiser zwei weitere Faktoren der Verstärkung eines Aufschwungs an: 1. « Kein Unternehmer kann und will sich dem allgemeinen Ausdehnungsdrang entziehen; selbst wenn er wollte, müßte er befürchten, daß ihn

⁹¹ E. PREISER 1933, S. 143.

⁹² Ebd., S. 144.

⁹³ Ebd., S. 145.

⁹⁴ Ebd., S. 98 f.

der Konkurrent überholt. » und 2. « Überdies spielt natürlich auch das Moment der technischen Herstellungsdauer eine Rolle. »⁹⁵ Im disproportionalitätstheoretischen Ansatz von Preiser lassen sich also für die Erklärung des Wiederaufschwungs fünf Faktoren unterscheiden. Zunächst gibt es zwei notwendige Bedingungen, die erste für die Überwindung des depressiven 'Quasigleichgewichts', die zweite für die Auslösung eines kumulativen Aufschwunges:

1. 'Erhöhung der zirkulierenden Kaufkraft' durch extern induzierte Investitionen (Prozeß- und Produktinnovationen, Erschließung neuer Märkte und Kapitalexport);

2. 'Heteronomes Sparen' im Aufschwung (Erhöhung der Gewinnquote und gewinninduzierte Investitionen).

Die beiden notwendigen Bedingungen für den Wiederaufschwung beziehen sich auf Parameterveränderungen im Zyklus, sie sind also durch die vorausgehende depressive Phase bestimmt; diese werden durch drei hinreichende Bedingungen ergänzt, die sich auf 'technische' Gegebenheiten marktwirtschaftlicher Industrieproduktion beziehen:

3. Das Konkurrenzsystem des Marktes, das sich im Aufschwung so auswirkt, daß die Unternehmer zur Wahrung ihrer Wettbewerbsfähigkeit und ihres Marktanteils beim Investieren 'mithalten müssen'.

4. Die hohe interne Absatzelastizität des Produktionsmittelsektors, die sich darin zeigt, daß die von den Branchen dieses Sektors wechselseitig induzierten Kapazitätsausweitungen relativ losgelöst von der Konsumententwicklung « lange Zeit ungehemmt weitergehen » können.⁹⁶

5. Der technische Faktor langer Ausreifungszeiten für große Investitionsobjekte mit entsprechender Verzögerung der damit verbundenen Kapazitätseffekte.

Der Erklärung des Aufschwungs wurde hier deswegen so viel Raum gegeben, weil die *seeds of depression* bereits im

⁹⁵ E. PREISEA 1933, S. 99.

⁹⁶ Ebd.

Aufschwung angelegt werden. Wie der Aufschwung die Depression voraussetzt, so auch die Depression die Disproportionalitäten, die sich im Aufschwung herausbilden. In seiner Erklärung des Abschwungs grenzt sich Preiser von den Unterkonsumtionstheoretikern ab. Im Gegensatz zu diesen will er dem empirisch feststellbaren Sachverhalt Rechnung tragen, daß die Löhne nicht zunehmend hinter der Gewinnentwicklung zurückbleiben, sondern gegen Ende des Aufschwungs nachziehen und die Gewinnquote reduzieren. Nach Preiser kommt der Rückschlag also « nicht, weil der Konsum zu klein, sondern weil die Produktion im Hinblick auf den definitiven Absatz zu groß geworden ist ».⁹⁷

Die Ursache des Rückschlages ist also eine Disproportion, die sich zwischen den beiden Produktionsabteilungen, nämlich den Produktionsmittelindustrien und dem Konsumgütersektor, während des Aufschwungs entwickelt. Diese Disproportion besteht in einer übermäßigen Ausdehnung der Kapazitäten der Produktionsmittelindustrien, gemessen am 'definitiven Konsum', « an dem sich alle Produktion bewähren muß ».⁹⁸ Es ist der 'definitive Absatz' der Konsumgüterindustrien, der eine Schranke für den Absatz der Produktionsmittelindustrien darstellt; die Stockung der Investitionen in diesem Sektor löst schließlich die Bewegungsumkehr aus und führt in der Folge zu Überkapazitäten im Konsumgüterbereich.⁹⁹

Was aber ist unter 'definitivem Konsum' zu verstehen? Soweit zu erkennen ist, wird dieser Terminus von Preiser nicht explizit erklärt; aus dem Kontext geht jedoch hervor, daß es sich um ein Konsumniveau handeln muß, das sich bei Vollbeschäftigung der vorhandenen Arbeitskräfte und bei 'gewinnhafter Gleichgewichtserzeugung' ergibt. Im Zuge des Aufschwunges wächst die Konsumgüternachfrage mit zunehmender Beschäftigung der in der Depression gebildeten Arbeitskraftreserve und dem Aufholen der Lohnentwicklung — also mit zunehmender Lohnquote — in das Niveau des 'definitiven Konsums' hinein. Während die Konsumgüternachfrage jedoch

⁹⁷ E. PREISER 1933, S. 99 f.

⁹⁸ Ebd., S. 102.

⁹⁹ Vgl. ebd., S. 102 und S. 102, Anm. 2.

auf diesem Niveau verharret, reifen zunehmend die früher — unter Konkurrenzdruck und in Erwartung steigender Nachfrage — getätigten Investitionsobjekte aus und erweisen sich an der Schranke des definitiven Absatzes als Überkapazitäten. Mit zunehmender Arbeitslosigkeit im Verlaufe des Abschwunges und der Depression sinkt die Konsumquote wieder und schafft damit eine Voraussetzung für den Wiederaufschwung.

Die hier gegebene 'nachfragetheoretische' Interpretation der Schranke, an welcher sich die Investitionstätigkeit im Boom als disproportionale Überakkumulation erweist, scheint zunächst in einem gewissen Gegensatz zu der von Maneval/Ott gegebenen eher 'produktionstheoretischen' Interpretation der Akkumulationstheorie von Preiser zu stehen. Ihrer Meinung nach unterstellt Preiser eine Produktionsfunktion mit « Limitationalität von Arbeit und Kapital », ¹⁰⁰ woraus sich für den Aufschwung ergibt, daß bei zusätzlichem Arbeitskräftezustrom das « vermehrte Arbeitsangebot... mit dem notwendigen Kapital ausgestattet werden » müsse ¹⁰¹ — und zwar durch Erweiterungsinvestitionen, die durch eine Erhöhung der Gewinnquote induziert werden. Diese kumulative Investitionstätigkeit treibt über den Gleichgewichtspunkt hinaus, und es kommt zu einer Disproportion, die sich nach dieser Interpretation als eine « Überakkumulation von Kapital im Verhältnis zum verfügbaren Arbeitskräfte-Reservoir » darstellt. ¹⁰²

Es verdient jedoch festgehalten zu werden, daß Preiser immer wieder vom 'definitiven Konsum' bzw. 'definitiven Absatz', nicht aber vom 'definitiven Arbeitskräfteangebot' spricht. Und die Überakkumulation wird bei ihm ausdrücklich so beschrieben, daß die durch heteronomes Sparen anfallenden Mittel nicht so eingesetzt würden, « wie es die Rücksicht auf den letzten Absatz verlangt, der der Prüfstein für alle Investitionen ist »; nicht etwa sagt Preiser: 'wie es die Rücksicht auf die letzte Arbeitskraft verlangt'.

Bei den beiden hier gegenübergestellten Interpretationen handelt es sich dann nicht um einen Gegensatz, wenn man

¹⁰⁰ H. MANEVAL, A. E. OTT 1965, S. 49.

¹⁰¹ Ebd., S. 48.

¹⁰² Ebd., S. 49 (i. O. gesperrt).

unterstellt, daß die Lohnbezieher nicht sparen und daß die Lohnsätze ein bestimmtes Niveau im Aufschwung nicht überschreiten, so daß mit Vollbeschäftigung zugleich eine feste Grenze des 'definitiven Absatzes' gegeben ist. Warum aber sollten die Lohnsätze nach unten flexibel, nach oben jedoch limitiert sein? Der Aufschwung und die disproportionale Akkumulation wird dadurch erklärt, daß mit dem Zustrom zusätzlicher Arbeitskräfte die Lohnsätze und die Lohnquote gesenkt werden, es also zu heteronomem Sparen kommt. Für die Spätphase des Booms wird nun angenommen, daß das Arbeitsangebot « im alten Tempo » weiterwächst, d. h. daß das Wachstum des Arbeitskräfteangebots sich auf die alte, niedrigere Rate normalisiert. Maneval/Ott folgern, daß sich die Gewinn- und Investitionsquoten dieser Veränderung nicht anpassen, sondern auf einem überhöhten Niveau verharren, weil « auf dem Arbeitsmarkt... kein Anlaß zu Lohnerhöhungen » bestehe.¹⁰³ Wenn jedoch durch eine Erhöhung der Wachstumsrate des Arbeitskräfteangebots im Aufschwung ein Lohndruck nach unten besteht, warum dann gegen Ende des Aufschwunges mit Verringerung dieser Wachstumsrate kein Lohndruck nach oben? Dies zu fragen bedeutet nichts anderes als die Frage, warum es bei Preiser zwar ein 'heteronomes Sparen' durch Senkung der Lohnquote *unter* ihr 'notwendiges' Niveau, nicht aber einen 'heteronomen Konsum' durch Erhöhung der Lohnquote *über* ihr 'notwendiges' Niveau gibt. Würde diese Flexibilität der Lohnsätze nach oben bei Verknappung des Arbeitskräfteangebots im Boom — also bei noch steigender Nachfrage — zugelassen, wäre die Schranke des 'definitiven Absatzes' nicht länger so definitiv; der Aufschwung bräche nicht aufgrund einer Stilllegung von Kaufkraft infolge nicht re-investierter Gewinne in einer Krise zusammen, sondern könnte durch Verschiebung von Kaufkraft zugunsten der Lohn- und Konsumquote in ein Plateau einmünden.

Die von Preiser herausgearbeitete Disproportion ist — etwa im Gegensatz zur 'demand-shift-Hypothese' — keine 'partiale' Disproportion in dem Sinne, daß einer Mindernachfrage

¹⁰³ Vgl. E. PREISER 1933, S. 129.

in einer Branche eine Übernachfrage in einer anderen gegenüberstünde bzw. daß Überkapazitäten hier neben Kapazitätsengpässen dort stünden. Solche partialen Disproportionen könnten nach Preiser durch Anpassungsprozesse ausgeglichen werden und schlügen nicht zu Buche. Die von ihm gemeinte Disproportion ist vielmehr eine 'totale' in dem Sinne, daß der Produktionsapparat 'als Ganzer' zu groß ist.¹⁰⁴

Bei einem Vergleich der beiden disproportionalitätstheoretischen Ansätze der Konjunkturerklärung von Spiethoff und Preiser ist zunächst bemerkenswert, daß Preiser selbst feststellt, es gäbe « eine weitgehende Übereinstimmung der Überakkumulationstheorie mit der Konjunkturlehre Spiethoffs ». ¹⁰⁵ Darauf erfolgt jedoch die Einschränkung, daß Spiethoff die theoretische Erklärung der Übererzeugung « im Grunde vermissen läßt ». ¹⁰⁶ Es läßt sich indessen nur sagen, daß Spiethoff Preisers Erklärung vermissen läßt, oder genauer: daß sich die jeweils gegebenen Erklärungen in einem wesentlichen Punkt widersprechen. Preiser vertritt die Auffassung, daß der Kapitalmangel zwar das Signal für die Umkehr des Aufschwunges bilde; er präzisiert jedoch: « Auf keinen Fall ist er die Ursache des Rückschlages. » ¹⁰⁷ Spiethoff dagegen stuft nach einer bewußten Trennung vor Erscheinungen und Ursachen der Stokkung (vgl. S. 130) den Kapitalmangel — im Sinne einer « Verlegenheit der Kapitalbeschaffung » — als eine « tragende Ursachenerscheinung » ein. ¹⁰⁸ In seinem Ablaufschema nennt er die Phase vor der Krise 'Kapitalmangel'.

Ein Widerspruch ist in den beiden Ansätzen insofern zu sehen, als die auslösende Ursache des Rückschlages bei Spiethoff eine zu geringe Erwerbsskapitalbildung, d. h. eine zu geringe Sparquote, also eine Beschränkung der Investitionsmöglichkeiten ist, während umgekehrt Preiser eine steigende Lohnquote für 'ungefährlich' hält, ¹⁰⁹ es vielmehr die durch den 'definitiven Konsum' gegebene Grenze ist, die den Umschwung herbei-

¹⁰⁴ E. PREISER 1933, S. 112.

¹⁰⁵ Ebd., S. 113.

¹⁰⁶ Ebd.

¹⁰⁷ Ebd., S. 117.

¹⁰⁸ A. SPIETHOFF 1955, S. 49.

¹⁰⁹ Vgl. E. PREISER 1933, S. 109.

führt: « Die auslösende Ursache des Rückschlages kann nur ein Nachlassen des Investitionswillens sein, d. h. die « Unrentabilität weiterer Anlagen ». ¹¹⁰ Investitionswillen hier, Investitionsmöglichkeiten dort, d. h. aber Unterkonsumtion in Relation zu den Produktionskapazitäten hier, Überkonsumtion und 'Verknappung der Subsistenzmittel' dort (vgl. S. 133).

Es läßt sich also feststellen, daß Spiethoff in der Endphase des Booms eine Senkung der Sparquote und eine Erhöhung der Konsumquote mit der Folge des 'Kapitalmangels' zuläßt, während dies bei Preiser durch die Annahme des 'definitiven Konsums' ausgeschlossen wird; im Gegensatz zu Spiethoff ergibt sich bei Preiser eine Situation des 'Kapitalüberflusses' — stillgelegte, nicht re-investierte Gewinne.

Indessen sind beide Positionen nicht so weit auseinander, wie es durch diese Gegenüberstellung scheinen mag. Die Phase der oberen Wende ist durch die von Woll so genannte « paradoxe, doch plausible Situation — Mangel und Überfluß zur gleichen Zeit » ¹¹¹ gekennzeichnet. Stilllegung von Gewinnen bei einem Unternehmen ist Nachfragemangel bei einem anderen. Zu dieser Situation gehört auch die von Spiethoff eingeführte Unterscheidung zwischen 'sonderwirtschaftlichem', sich in einem 'Kapitalmangel' und 'volkswirtschaftlichem', sich in einem 'Käufermangel' ausdrückenden Kapitalbedarf (vgl. S. 132).

Die Aussage von Woll bezieht sich auf v. Hayeks Erklärung der oberen Wende als einer Disproportionalität zwischen einer zinsspannenverursachten und kreditfinanzierten Investitionsgüter-Überproduktion und einer durch zu geringes freiwilliges Sparen verursachten Konsumgüter-Übernachfrage bzw. Konsumgüter-Unterproduktion.

Das Paradoxe besteht darin, daß der Akkumulationsprozeß im Aufschwung nur dann stetig weiterlaufen kann, wenn ein ausreichendes Investitionsniveau aufrechterhalten wird. Läßt die Investitionstätigkeit nach und wird $S > I$, dann müssen sich die bisher getätigten Investitionen als Überkapazitäten erweisen, weil neue Investitionen erforderlich wären, um die

¹¹⁰ E. PREISER 1933, S. 109 f.

¹¹¹ A. WOLL 1974, S. 400.

alten auszulasten. Bei zu geringer Investitionstätigkeit also entstehen Überkapazitäten, die nur dadurch beseitigt werden könnten, daß *mehr* investiert würde. Genau dies aber widerspricht dem einzelwirtschaftlichen Kalkül, wonach bei bestehenden oder drohenden Überkapazitäten eine forcierte Investitionstätigkeit jene noch erhöhen würde. Überkapazitäten sind nach diesem Ansatz also die Folge einer zu schwachen, nicht etwa einer zu starken Investitionstätigkeit, und eine Depression ist die notwendige Folge des Auseinanderfallens von einzel- und gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen.

3.1.4. Zusammenfassung

Versucht man nach dieser Übersicht über konjunkturtheoretische Erklärungsansätze sich ein Bild davon zu machen, welche gemeinsamen Faktoren sich herauschälen ließen und welches Erklärungsmuster eine Grundlage für die operative Stabilisierungspolitik abgeben könnte, dann ist zunächst festzustellen, daß kein Ansatz für sich in der Lage zu sein scheint, das komplexe und sich wandelnde Phänomen der Konjunktur zureichend zu erfassen. Nur mehrere Modelle und Erklärungsansätze zusammen scheinen eine Annäherung an die Realität des Zyklus und der ihn verursachenden, verstärkenden und begleitenden Faktoren zu erlauben.

Da jeder Ansatz nur einige bestimmte Züge des Untersuchungsobjektes herauspräpariert, sind — sofern es sie gibt — die über alle Modelle hinweg invariant dem Objekt zugeschriebenen Eigenschaften von besonderem Interesse. Unter diesem Gesichtspunkt läßt sich folgendes festhalten:

a) Ein globaler, mit gesamtwirtschaftlich aggregierten Größen operierender Ansatz erlaubt zwar ein hohes Maß an Generalisierung, wird jedoch der differenzierten Wirklichkeit der konjunkturellen Schwankungen nicht gerecht. Ein bestimmtes Maß an Disaggregation — minimal auf das Niveau der klassischen Zweiteilung zwischen Investitions- und Konsumgütersektor, maximal auf das Niveau einzelner Industriebranchen, optimal vielleicht auf das Niveau bestimmter Industrie-

gruppen — scheint sowohl für den theoretischen Erklärungsansatz wie für die Stabilisierungspolitik angezeigt zu sein.

b) In allen Ansätzen kommt der Entwicklung der Investitionen und ihren Bestimmungsfaktoren eine entscheidende Bedeutung zu. Die Nachfrage ist dabei entweder ein akzelerierendes bzw. dezelerierendes Element oder die 'definitive' Schranke, an der sich die Investitionen (als unternehmerische Entscheidungen) bewähren müssen. Zugleich zeigt sich in allen Ansätzen, daß die Steuerung der Investitionsentscheidungen über den Markt einem bestimmten — dem Marktmechanismus und den technischen Bedingungen industrieller Produktion inhärenten — *Defekt der Übersteuerung* (in positiver wie in negativer Richtung) unterliegt. Dieser Defekt wird durch den dritten Faktor noch verstärkt.

c) Alle Ansätze basieren auf bestimmten Vorstellungen über Verzögerungen (*time-lags*) bei der Anpassung von Marktprozessen an Veränderungen der Marktdaten. Diese offensichtliche — zumindest kurzfristige — Trägheit des Markt Anpassungsprozesses schlägt sich besonders in der Verzögerung der Lohnentwicklung und in der daraus entstehenden Disproportion zwischen Produktion und Konsum nieder. Die Verschiebungen in den Einkommensverteilungsrelationen — ob nun ausgedrückt im 'heteronomen Sparen', im 'Zinsspannentheorem' oder im Konzept des 'Lohn- und Preis-lags' — scheinen ein wesentliches Element der Fehlsteuerung der Investitionstätigkeit bis hin zur Überakkumulation im Boom und der daraus resultierenden Notwendigkeit der Wiederherstellung einer 'verhältnismäßigen Erzeugung' durch die Abschwungskrise zu sein.

Aus diesen Überlegungen wiederum ergibt sich folgendes Erklärungsmuster für konjunkturelle Disproportionen: Der Kern des Konjunkturphänomens besteht in der ungleichgewichtigen Entwicklung von Nachfrage und Produktionskapazität. In der Konjunkturtheorie ist dieses fluktuierende Ungleichgewicht i. d. R. für die Gesamtwirtschaft formuliert, wengleich es als Realphänomen auf der Ebene der mikroökonomischen Einheit in Erscheinung tritt und im Kapitalstockanpassungstheorem zunächst auch mikroökonomisch gefaßt wurde.

Makroökonomisch interpretiert, erklärt das Kapitalstockanpassungstheorem konjunkturelle Schwankungen unter der Voraussetzung, daß diese Schwankungen bereits existieren. Unter dem Akzelerationsaspekt erklärt es insbesondere die überproportionale Intensität der Schwankungen auf den vorgelagerten Produktionsstufen bei nur mäßigen Schwankungen der Endnachfrage. Was im makroökonomischen Ansatz nicht erklärt werden kann, ist das Entstehen der Schwankungen selbst.

Die konjunkturelle Disproportion zwischen effektiver Nachfrage und potentieller Produktion kann allerdings auch nicht auf mikroökonomischer Basis erklärt werden. In Reaktion auf eine tatsächliche und/oder erwartete Expansion der Nachfrage wird eine Einzelwirtschaft ihre Kapazitäten (außer im Fall von Unteilbarkeiten, der hier vernachlässigt werden soll) nur soweit ausdehnen, bis sich ein optimaler Auslastungsgrad der durch die Ausreifung der Investitionen entstehenden neuen Gesamtkapazität durch die erwartete Nachfrage ergibt.

Natürlich ist denkbar, daß sich eine Einzelwirtschaft in ihren Erwartungen täuscht. Ohne weitere Annahmen muß man jedoch annehmen, daß sich die Fehler vieler Einzelunternehmen im Durchschnitt saldieren. Wenn es zu einer 'systematischen' Fehlentwicklung — etwa in einer Branche — kommen soll, muß dies auf spezifische Interaktionsstörungen in einem Markt mit beschränkter Transparenz zurückgeführt werden können. Eine solche Störung ist nun tatsächlich durch die externen Effekte aus einzelwirtschaftlichen Handlungen im Rahmen marktmäßiger Interaktion gegeben. Indem nicht nur eine einzelne Unternehmung einer Branche, sondern viele Unternehmen auf eine (partielle) Nachfrageexpansion durch Kapazitätserweiterungen reagieren, werden dadurch die Parameter selbst verändert, die die Grundlage für die Erwartungen der Einzelwirtschaften bildeten.

Friedman hat dieses Argument bezüglich der Reaktion von Unternehmen auf die Verbilligung eines Produktionsfaktors ausgeführt. Indem alle Unternehmen einer Branche auf die ursprüngliche Datenänderung reagieren, verändert sich nicht nur der Preis des fraglichen Produktionsfaktors (durch die verstärkte Nachfrage), sondern auch der Preis des Produkts,

das jetzt in größerer Menge auf den Markt kommt. Durch ihr Handeln verändern die Unternehmen damit die Daten, welche die Grundlage ihrer ursprünglichen Erwartungen bildeten.

« In reacting to conditions on the product and factor markets as they see them, individual firms obviously change those conditions: they impose external effects on themselves and other firms in their own industry, and the combined reactions of all firms in a single industry impose external effects on other industries. »¹¹²

Wieder auf das Konjunkturphänomen bezogen bedeutet dies, daß die von den Einzelwirtschaften für sich je rational geplanten und durchgeführten Handlungen der Investition und Kapazitätserweiterung sich in der Aggregation, d. h. nach dem Interaktionsprozeß, als Fehlentscheidungen erweisen: als Überkapazitäten gemessen am definitiven Absatz.

Es ist insofern die Erweiterung der mikroökonomischen Analyse zu einem von Gäfgen so genannten « interaktionsökonomischen » Ansatz (eine « Analyse der gegenseitigen Abhängigkeit, der 'Interaktion' der Einzelattitüden im ökonomischen Prozeß, d. h. — soweit isolierbar — in sozialökonomischen Gruppen »¹¹³), wodurch das Phänomen der Konjunktur — zwar mikroökonomisch fundiert, aber nicht darauf beschränkt — erfaßt werden kann.

Kann man so den konjunkturellen Kernprozeß aus einzelwirtschaftlich rationalem Anpassungsverhalten, das durch die Interaktion im relevanten Kontext (der Branche) zu Fehlentwicklungen führt, erklären, dann ist damit zunächst nur eine Theorie der Branchenkonjunktur begründet. Die Ausweitung zu einem gesamtwirtschaftlichen Phänomen bedarf der Übertragungsmechanismen, die prinzipiell zwar durch die Interdependenz der Teilsysteme, entscheidend aber doch erst durch genuin gesamtwirtschaftliche Größen wie Zinsniveau, Geldmengenentwicklung, Lohnniveau, Wechselkursrelationen etc. — also im wesentlichen auch wirtschaftspolitische Steuerungsgrößen — begründet werden.

¹¹² M. FRIEDMAN 1976, S. 183.

¹¹³ G. GÄFGEN 1963, S. 77.

Gesamtwirtschaftliche Einflußgrößen sowie die Jöhrschen 'sozialpsychologischen Ansteckungsprozesse' könnte man als Bedingungen für die Ausbreitung von Branchenschwankungen zu gesamtwirtschaftlichen Konjunkturen ansehen. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint die branchenmäßige Differenzierung der Konjunktur als der Normalfall. Gesamtwirtschaftlich gleichförmig verlaufende Einflußgrößen wirken dann in Richtung auf ein gesamtwirtschaftliches Konjunkturbild, während branchenspezifische Variablen wie ungleiche Außenhandelsverflechtung, ungleiche Inzidenz staatlicher Maßnahmen, ungleiches Wachstumsverhalten und struktureller Wandel etc. in Richtung auf eine Verstärkung der branchenmäßigen Differenzierung wirken.

Dem aus dieser knappen Zusammenfassung entspringenden Muster 'konjunktureller Disproportionen' ist nun das Muster der diese überlagernden, mittelfristig angelegten 'strukturellen Disproportionen' gegenüberzustellen. Von der zureichenden Erfassung beider Aspekte wird es abhängen, ob die sektoral differenzierte Konjunktur theoretisch und stabilisierungspolitisch in den Griff zu bekommen ist.

3.2. Ansätze zur Erklärung struktureller Veränderungen

3.2.1. Die Drei-Sektoren-Hypothese

Wie oben bereits ausgeführt (vgl. S. 24 f.), postuliert die Drei-Sektoren-Hypothese in grober Form eine bestimmte Regelmäßigkeit zwischen den Entwicklungen des Einkommensniveaus einer Volkswirtschaft und der Produktionsstruktur derart, daß mit zunehmendem Einkommensniveau der primäre Sektor rapide, der sekundäre langsam zurückgehen und der tertiäre und quartäre Sektor stetig zunehmen. Diese Stadien 'abwechselnder Dominanz einzelner Sektoren' lassen sich — mit länderspezifischen Unterschieden — empirisch nachweisen, und die Drei-Sektoren-Hypothese ist geeignet, die Grundrichtung des strukturellen Wandels anzuzeigen. Darüber hinaus ließe sich diesem Ansatz allenfalls noch entnehmen, daß die zunehmende Bedeutung von Dienstleistungen und technisch-wissenschaftlichem

know-how auch auf den sekundären Sektor selbst durchschlägt; industrielle Produkte und Produktionsverfahren mit einem hohen Anteil an *human capital* gewinnen infolgedessen gegenüber einfachen Produkten und traditionellen Produktionstechnologien an Bedeutung. Beispielhaft kommt diese Tendenz in einem Gespräch zum Ausdruck, das Strümpel mit dem Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung der Siemens AG, Delfs, geführt hat:

« Wir haben einen Strukturwandel hin zum Dienstleistungsbereich. Siemens produziert auch in wachsendem Maße Dienstleistung, Ingenieurleistung, Projektierungsleistung. Wir verkaufen in zunehmendem Maße Systeme und nicht mehr nur Produkte. Das ist also gewissermaßen firmenintern eine Veränderung vom sekundären zum Tertiärsektor. »¹¹⁴

Für unsere thematische Problemstellung wäre nicht so sehr eine Hypothese über den Wandel der Makrosektoren, sondern vielmehr eine Hypothese über den strukturellen Wandel *innerhalb* des industriellen Sektors relevant. Es sind die strukturellen Anpassungsprozesse innerhalb dieses Sektors, die den industriekonjunkturellen Prozeß überlagern und eine differenzierte Entwicklung der Industrie-Branchenkonjunkturen mit sich bringen. Aber nicht nur das: Man könnte ebenso davon sprechen, daß die strukturellen Veränderungsprozesse die konjunkturellen Schwankungen auf den Status bloßer Vorkommnisse auf der Oberfläche eines größeren und tiefergreifenden Entwicklungsmusters reduzieren, das sich stärker und nachhaltiger auf die Situation der arbeitenden Menschen, auf ihr Wohlbefinden und ihre Wohlfahrt auswirkt.

3.2.2. Ansätze zur Erklärung des strukturellen Wandels im sekundären Sektor

Im Gegensatz zu den konjunkturtheoretischen Erklärungsansätzen — es gibt hier immerhin eine Reihe von relativ umfassenden und kohärenten 'Konjunkturtheorien' — sind die

¹¹⁴ In: B. STRÜMPEL 1977², S. 288.

Ansätze zur Erklärung des strukturellen Wandels noch unterentwickelt. Im wesentlichen handelt es sich um Listen von Faktoren, die sich auf die Angebotsseite auswirken und mit dem analytischen Konzept der Einkommenselastizität zur Nachfrageseite hin verbunden sind.

Bei der Darstellung dieser Einflußfaktoren können wir an der Deskription des Strukturwandels in Abschnitt 2.2.4. (vgl. S. 34 f.) ansetzen. Wir hatten dort mit der Mertensschen Unterscheidung der Industriebranchen in Wachstums-, zyklische und stagnierende Industrien geendet. In seinem Erklärungsansatz für die Strukturentwicklung hebt Mertens auf der Angebotsseite die Unterschiede in der Entwicklung der Produktivität und der Kostenstruktur¹¹⁵ hervor und auf der Nachfrageseite die « Entwicklung der Struktur der kaufkräftigen und auf dem Markt deswegen zur Wirkung kommenden Nachfrage »¹¹⁶ — die ihrerseits von den Einkommenselastizitäten der Nachfrage nach verschiedenen Gütergruppen abhängt.

Die Produktivitätsentwicklung (als Relation von Output zu Input) ist stark konjunkturabhängig, weil die (konjunkturrell schwankende) Kapazitätsauslastung (Faktorausnutzung) wichtige Komponente der Produktivität ist.¹¹⁷ In der konjunkturabhängigen Produktivitätsentwicklung drückt sich die Tatsache aus, daß die Unternehmen — bisher — i. d. R. eher die Arbeitsdauer und -intensität variierten (Überstunden und Kurzarbeit), statt Arbeitskräfte zu entlassen.

In den Jahren 1950-60 war nach Mertens die nachfrage-seitige Beeinflussung der Entwicklung der Produktionsstruktur dominierend. Die Unternehmen versuchten vor allem, mit ihrem Angebot der Entwicklung der Nachfrage nachzukommen. Mit der 'Normalisierung' des Wachstums allerdings schwächte sich auch der 'lead' der Nachfrage ab. In dem Maße, wie 'es mehr um die Schaffung von Absatz als von Produktion ging', bestimmten zunehmend « die induzierten Produktionsentscheidungen die Branchenstruktur »;¹¹⁸ die Entwicklung der Pro-

¹¹⁵ Vgl. D. MERTENS 1964, S. 66 f.

¹¹⁶ Ebd., S. 57 f.

¹¹⁷ Vgl. E.-J. HORN 1976², S. 102 ff.

¹¹⁸ D. MERTENS 1964, S. 66 f.

duktivität und der Kostenstruktur trat stärker in den Vordergrund.

In anderen Untersuchungen zum strukturellen Wandel ist die — analytische — Trennung der verursachenden Faktoren nach Angebots- bzw. Produktionsseite und nach Konsumtions- bzw. Nachfrageseite beibehalten worden.¹¹⁹

Auf der Nachfrageseite bewirken Veränderungen in der Verwendungsstruktur des steigenden Einkommens laufende Veränderungen zwischen den Makrosektoren (Landwirtschaft, produzierendes Gewerbe, Dienstleistungen und Staat) und innerhalb dieser Sektoren (z. B. Veränderungen des Anteils der Industriegruppen und -zweige am Gesamtoutput oder an der Gesamtbeschäftigung).

Als Ursachen dieser Veränderungen werden folgende Faktoren genannt:¹²⁰

- steigendes Einkommensniveau und differenzierte Nachfrageelastizitäten;
- Auftauchen neuer Werte, Bedürfnisse und Moden;
- Marktsättigung bei alten Produkten und Auftauchen veränderter und neuer Produkte (Produktzyklen);
- Verschiebungen der relativen Preise des Güterangebots;
- wirtschafts- und steuerpolitische Einwirkungen auf die Nachfragestruktur und Erhöhung des Staatsanteils an der Gesamtnachfrage;
- Veränderung des Anteils der Investitionsnachfrage an der Gesamtnachfrage.

Auf der Angebotsseite ergeben sich Strukturverschiebungen, die durch folgende Faktoren induziert werden:

- sektorale Unterschiede in den Investitionsraten, in den Raten des technischen Fortschritts und bei Produktinnovationen;

¹¹⁹ Vgl. J. NIEHANS 1964; A. CHRISTMANN, J. KROMPHARDT 1972 (Kromphardt unterscheidet nach Output- und Inputseite).

¹²⁰ Vgl. zusätzlich zur bereits genannten Literatur: JG 65, Zf. 215; zu den Wandlungen der Nachfrage- und Verbrauchsstruktur: H. SCHMUCKER 1964, S. 127 f.

- differenzierte Entwicklung der Berufsqualifikationen;
- Datenänderungen der Wirtschaftspolitik, die in der Regel nicht strukturneutral sind;
- Verschiebungen in den relativen Kosten der Produktionsfaktoren und damit verbunden: Veränderungen der Faktorproportionen;
- Veränderungen der relativen Kosten für Inputgüter;
- zunehmende Differenzierung auf der Produktionsseite und Ausbildung weiterer 'tertiärer Funktionen';
- Veränderungen der Wettbewerbsverhältnisse, z. B. im Zuge der wirtschaftlichen Integration und der Veränderungen der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung etc.

Ein Beispiel für differenziertes Wachstum aufgrund der genannten Ursachen (und aufgrund der sektoral differenzierten Konjunkturbewegung):

Im Jahre 1971 betrug das gesamtwirtschaftliche Wachstum gegenüber dem Vorjahr (BSP, real): 2,7%; das Wachstum der industriellen Nettoproduktion: 2,2%; bei gesamtwirtschaftlichem Wachstum ging jedoch die Nettoproduktion im Bereich der Investitionsgüterindustrien um 1,1% zurück. Innerhalb dieser Industriegruppe hatten die feinmechanische und optische Industrie (einschließlich Uhrenindustrie) allerdings eine Produktionseinbuße von 15% zu verzeichnen. Dies wird u. a. auf steigende Importe von Fertigerzeugnissen und -teilen, insbesondere Betriebsmeß- und Kontrollgeräten, Fotoapparaten und Handferngläsern zurückgeführt.¹²¹

Auf das für unseren Zusammenhang Wesentliche reduziert, verbleiben drei Ursachengruppen für die differenzierte Entwicklung der verschiedenen Sektoren, die zum Strukturwandel im Wachstum führen:

- a) steigendes Pro-Kopf-Einkommen und sektoral unterschiedliche Einkommenselastizitäten der Nachfrage,¹²²
- b) sektoral unterschiedliche Produktivitätsentwicklung und
- c) Veränderungen der Wettbewerbsbedingungen.

¹²¹ Vgl. WuSt, I 1972, S. 111.

¹²² Vgl. dazu auch E. GÖRGENS 1975², S. 125-128 und K.-W. SCHATZ 1974, S. 34 f.; ders. 1976², S. 76 f.

Mit den (sektoralen) Einkommenselastizitäten der Nachfrage werden die Relationen zwischen dem relativen Anstieg des Einkommens und dem dazugehörigen relativen Anstieg (bzw. Zurückgehen) der Nachfrage nach einer bestimmten Gütergruppe gekennzeichnet. Zwar handelt es sich hier um einen analytisch nützlichen Begriff; aber selbst in solchen Fällen, wo eine Quantifizierung von Einkommenselastizitäten gelänge, reichte dies als Basis für Projektionen der Entwicklung der Nachfragestruktur nicht aus.

Zudem werden die Wirkungen unterschiedlicher Einkommenselastizitäten der Nachfrage nach verschiedenen Güterarten modifiziert durch die Wirkungen der Preiselastizitäten der Nachfrage.¹²³ Die Preiselastizitäten müssen vor allem deswegen ins Bild, weil sich die Preisstruktur der Güter bei relativ einheitlicher Lohnentwicklung in allen Branchen im Maße der sektoral relativ unterschiedlichen Produktivitätsfortschritte verändert. Preise von Gütern aus Branchen mit ungünstiger Produktivitätsentwicklung müssen *cet. par.* relativ steigen, Preise von Gütern aus Branchen mit günstiger Produktivitätsentwicklung können relativ zurückgehen.

Bei steigendem Einkommensniveau nimmt der Anteil von Gütern ab, deren Einkommenselastizität kleiner als 1 ist, bei welchen also eine (marginale) Veränderung des Einkommens zu einer unterproportionalen (marginalen) Veränderung der Nachfrage führt. Steigen die relativen Preise dieser Güter, dann wird der Rückgang ihres Anteils noch verstärkt, und zwar um so mehr, je höher die Preiselastizität der Nachfrage¹²⁴ nach diesen Gütern ist. Handelt es sich um Güter des elementaren Bedarfs,¹²⁵ ist deren Preiselastizität also gering, dann führt ein relativer Anstieg der Preise zwar nur zu einem

¹²³ Vgl. F. REDL 1964, S. 339, und U. Koester 1974, S. 100.

¹²⁴ Die nähere Bestimmung von Preiselastizitäten bezieht sich immer auf deren absolute Größe. Eine 'hohe' Preiselastizität heißt also, daß sie zwischen -1 und 0 liegt. Eine 'geringe' Preiselastizität der Nachfrage würde (absolut) kleiner als -1 sein.

¹²⁵ Dazu gehören die Gütergruppen Nahrungs- und Genußmittel, Kleidung, Schuhe, Wohnungsnutzung, Elektrizität, Gas und Brennstoffe. Der Anteil der Ausgaben für diese Güter am verfügbaren Einkommen sank von 66% (1950) auf 47% (1976). Vgl. JG 77, Zf. 250.

unterproportionalen — aber doch immerhin — Rückgang der Nachfrage. Ist die Preiselastizität größer, dann führt dies zu einem entsprechend stärkeren Rückgang der Nachfrage.

Bei Gütern mit einer Einkommenselastizität größer als 1 erhöht sich der Anteil im Zuge eines Realeinkommenswachstums. Aber auch diese Entwicklung wird modifiziert durch die jeweiligen Preiselastizitäten. Steigen nämlich die relativen Preise dieser Güter — etwa infolge mangelnder Anwendungsmöglichkeiten des technischen Fortschritts, dann kann die Expansion des Anteils dieser Güter bei einer relativ hohen Preiselastizität der Nachfrage abgebremst werden.

Indessen ist die Verwendung des Elastizitätskonzepts bei der Untersuchung der Nachfrageentwicklung logisch und sachlich problematisch: « Die Elastizität läßt sich... nur in einem Punkt und damit zeitlos messen, während sich die Nachfrageentwicklung in der Zeit vollzieht. »¹²⁶

Die Bedürfnisstruktur müßte bei der Verwendung des Elastizitätskonzeptes konstant bleiben. Gerade diese aber verändert sich im Wachstum. Die Nachfrage-Intensitäten verändern sich, alte Güter werden von neu auf den Markt kommenden Gütern verdrängt. Durch solche Entwicklungen verschieben sich die Nachfragekurven selbst. Die Auswirkungen des Wachstums auf die Nachfragestruktur müßten demnach in einem zumindest dreidimensionalen System erfaßt werden, in dem die nachgefragten Mengen eines Gutes von Einkommensänderungen und von Preisänderungen abhängig gemacht und in dem die Verschiebungen der Nachfragekurven selbst auch erfaßt werden.¹²⁷

Aber auch dabei handelt es sich noch um 'heroische' Vereinfachungen, wenn es um den strukturellen Wandel und damit um einen mittel- bis längerfristigen Untersuchungszeitraum geht. Erwartungsänderungen, etwa infolge eines ansteigenden Inflationstrends, können zu strukturell bedeutsamen Verschiebungen in der Einkommensverwendung führen, wie der Anstieg der Immobiliennachfrage (« Flucht ins Btongold ») Anfang der 70er Jahre gezeigt hat.

¹²⁶ H. ARNDT 1973, S. 51.

¹²⁷ Vgl. ebd., S. 49.

Die empirische Verbrauchs- und Nachfrageforschung geht davon aus, daß die Erhöhung des Realeinkommens die maßgebende Ursache für längerfristige Veränderungen in der Verbrauchsstruktur ist.¹²⁸ Mit steigendem Einkommen erfolgt eine zunehmende Sättigung im Bereich der elementaren Güter und eine Verschiebung zugunsten des 'gehobenen Wahlbedarfs', (dauerhafte Konsumgüter, Dienstleistungen). Auch innerhalb der einzelnen Bedarfsgruppen vollziehen sich Wandlungen in Richtung auf preisgünstigere und qualitativ bessere neue Angebote.¹²⁹

Heute sind Sättigungserscheinungen gerade in Bereichen zu beobachten, in denen früher ein Nachholbedarf bestand, nämlich bei Wohnungen, Personenkraftwagen und elektrotechnischen Haushaltsgütern.¹³⁰

Es ist nicht zu übersehen, daß die Nachfrageanalyse über eine gewisse Verfeinerung der Engelschen Gesetze kaum hinausgekommen ist; dies dürfte auf die Schwierigkeiten zurückzuführen sein, einzelne Einflußgrößen zu isolieren, denn es ist nicht nur das Einkommen bzw. sein Wachstum, es kommen bei der Veränderung der Verbrauchsstruktur auch noch demographische und soziale Faktoren ins Spiel, aber auch preis- und einkommensunabhängige autonome Veränderungen des Geschmacks und der Bewertungen von Gütern.¹³¹

Insgesamt sind über diesen Weg wenig Informationen über mögliche strukturelle Veränderungen der Nachfrage und — dadurch induziert, aber wiederum auf diese zurückwirkend — beim Angebot zu erwarten.

Ergiebiger scheinen Untersuchungen zu sein, in denen auf die sektoralen Unterschiede in der Produktivitätsentwicklung abgestellt wird.

Die Produktivitätsentwicklung wirkt sich auf die Produk-

¹²⁸ Vgl. H. SCHMUCKER 1966, S. 373.

¹²⁹ Vgl. ebd., S. 152.

¹³⁰ Vgl. D. SCHRÖDER 1976, S. 342. Der beträchtliche Anstieg der Sparquote von 8,5% (1960) auf 15,7% (1975) wird vom SR nicht als ein Indiz für eine generelle Bedarfssättigung, sondern als Zeichen der Umschichtung in der Verwendung des verfügbaren Einkommens auf Zwecksparen (eigenes Haus) und Vermögensbildung gesehen. Vgl. JG 77, Zf. 252 u. Tab. 20*, S. 253.

¹³¹ Vgl. H. SCHMUCKER 1966, S. 373 f. und F. REDL 1964, S. 333 ff.

tionskosten aus; über Veränderungen der relativen Preise können die kostengünstigeren Anbieter ihre Marktanteile erhalten oder ausdehnen.

Unterschiede in der Produktivitätsentwicklung spiegeln 'die unterschiedliche Fähigkeit der einzelnen Sektoren, sich den technischen Fortschritt zunutze zu machen'.¹³² Technischer Fortschritt im weiten Sinne umfaßt dabei u. a.

- Rationalisierung (Mechanisierung, Automation);
- qualitative Verbesserungen der eingesetzten Produktionsfaktoren;
- Ausnutzung von *economies of scale*;
- organisatorische Verbesserungen, Typisierung und Standardisierung;
- Kapitalintensivierung.¹³³

Wie Horn herausgestellt hat, korreliert i. d. R. die branchenmäßige Produktionsentwicklung eng mit der Rate der Produktivitätsfortschritte, d. h.: « Je stärker die Produktion in einer Branche expandierte, um so größer waren in der Regel auch die partiellen und totalen Produktivitätsfortschritte, die eine Branche zu realisieren vermochte. »¹³⁴ Diese Regelmäßigkeit wird nur bei den Branchen durchbrochen, deren (relativer) Schrumpfungsprozeß mit einer Auslese von Grenzbetrieben verbunden war. Bei diesem intra-industriellen Strukturwandel blieben dann nur die effizientesten Betriebe im Markt, was rein rechnerisch zu einer Erhöhung der Produktivität führte, ohne daß in diesen Bereichen in stärkerem Umfange technische Fortschritte realisiert worden wären. Schatz zählt zu den Branchen, deren « Totalproduktivität stärker als die Produktion oder mit annähernd gleicher Rate » anstieg, die Eisen-, Stahl- und Tempergießereien, Stahl- und Leichtmetallbau, Schiffbau, Feinkeramik, Ledererzeugung, Schuhindustrie und Textilindustrie.¹³⁵

¹³² Vgl. H. ST. SEIDENFUS 1972, S. 289; vgl. auch E.-J. HORN, 1976², S. 88 ff.

¹³³ Vgl. K. HÖPFNER 1975, S. 15.

¹³⁴ E.-J. HORN 1976², S. 102.

¹³⁵ Vgl. ebd., S. 109 ff.

Tab. 29: *Veränderung der Sektorenteile an der Gesamtwertschöpfung in der Bundesrepublik Deutschland*

(Projektion des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, bis 1980)

	1970 in vH	1980 in vH
I. a) <i>Abnehmend:</i>		
Agrarwirtschaft	3,6	2,2
Bergbau	—	—
b) <i>Leicht zunehmend:</i>		
Bauwirtschaft	—	—
Energiewirtschaft	—	—
II. Verarbeitende Industrie		
a) <i>Sinkender Anteil:</i>		
Nahrungs- u. Genußmittel	10,0	7,7
Textilindustrie	4,0	2,6
Schuh- u. Bekleidungsindustrie	3,5	2,9
Lederindustrie	0,9	0,2
Steine, Erden	6,2	5,6
Eisen- u. NE-Metallerzeugung	7,2	5,8
Sonstige verarb. Industrie	3,8	3,3
b) <i>Zunehmender Anteil:</i>		
Holz- u. Möbelerzeugung	4,9	5,5
Papiererzeugung	2,0	2,3
Buch- u. Verlagserzeugnisse	2,8	3,0
Chemie u. Mineralölverarbeitung	14,8	19,0
Metallwaren-, Maschinen- u. Fahrzeugind.	39,0	41,0
III. <i>Zunehmend:</i> gesamter moderner Dienstleistungssektor Banken, Versicherungen, Wohnungsvermietung, Staat.		
Quelle: H. Giersch 1973, S. 18 f.		

Untersuchungen des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel haben gezeigt, daß unter Berücksichtigung des säkularen Strukturwandels, der Verschiebungen in der Nachfragestruktur, der sektoral unterschiedlichen Produktivitätsentwicklung und der weltwirtschaftlichen Strukturveränderungen, neben dem modernen Dienstleistungssektor vor allem solche Branchen Entwicklungschancen haben, die sich auf « Güter von Morgen

statt von Gestern konzentrieren, also auf Erzeugnisse und Leistungen, die sehr viel Ausbildungskapital und sehr viel Forschungs- und Entwicklungsarbeit beanspruchen. Hierin wird das Schwergewicht des Wachstums in den reichen Ländern liegen. »¹³⁶

Eine Projektion der Veränderungen der Sektorenteile verschiedener Branchen an der gesamten Wertschöpfung von 1970 bis 1980 zeigt Tab. 29.

Diese Projektion stimmt — was die Entwicklungsrichtung betrifft — gut überein mit einer Projektion von Schröder über die Entwicklung der Beschäftigung in verschiedenen Branchen bis zum Jahre 1985 (vgl. Tab. 30).

Tab. 30: *Entwicklung der Beschäftigtenzahl in verschiedenen Branchen*
(Projektion der Veränderungen von 1973-1985 in vH)

1. Branchen mit sinkender Beschäftigtenzahl:	
Baugewerbe, Steine und Erden	—20
Leder, Textil, Bekleidung und Feinkeramik	—30-35
Eisen und Stahl, NE-Metalle, Papier und Zellstoff	—20
Straßenfahrzeugbau	—30
2. Branchen mit zunehmender Beschäftigtenzahl:	
Chemie	+10
Kunststoffverarbeitung	+30
Maschinenbau und Elektrotechnik	+12
Quelle: D. Schröder 1976, S. 343 f.	

Ein wesentlicher Gesichtspunkt solcher Projektionen ist die Frage, wie sich die weltwirtschaftlichen Bedingungen, also die Wettbewerbssituation auf den Weltmärkten, im Zuge des Wandels der internationalen Arbeitsteilung verändern. Dabei sind drei Entwicklungen bedeutsam: *a)* die zunehmende Integration der westdeutschen Wirtschaft in das System der Industriestaaten, insbesondere im Rahmen der EG; *b)* der Wandel in den Beziehungen zu den heutigen Entwicklungs-

¹³⁶ H. GIERSCH 1973, S. 31.

ländern, der darauf hinausläuft, daß die Industrieländer sich an ein größeres Exportpotential der Entwicklungsländer (bei substitutiven Gütern) strukturell anpassen werden müssen;¹³⁷ und schließlich c) der Rückwirkungseffekt der forcierten Industrialisierung der Rohstoffländer und einiger fortgeschrittener Entwicklungsländer, der sich in einer zunehmenden Nachfrage nach Investitionsgütern, Anlagen, *know how* und forschungsintensiven technologischen Spitzenproduktionen niederschlägt.¹³⁸

Die Auswirkungen der zunehmenden Integration der Industrieländer werden weniger problematisch eingeschätzt als die Friktionen, die durch die stärkere Einbeziehung der Entwicklungsländer zu erwarten sind, weil die Integration weniger die Branchenstruktur als vielmehr die Arbeitsteilung und Spezialisierung *innerhalb* der Branchen berührt hat und berühren wird.¹³⁹ Der Wandel vom System der komplementären Arbeitsteilung zum System der zunehmend substitutiven Arbeitsteilung mit den Entwicklungsländern wird dagegen größere strukturelle Probleme mit sich bringen, weil die Anpassungen nicht relativ gleichmäßig von allen Sektoren, sondern schwerpunktmäßig von einigen wenigen Sektoren zu tragen sein werden. Vor allem sind dies arbeitsintensive Branchen wie Bekleidung, Leder, Spielwaren, Textilien sowie stark rohstofforientierte Branchen wie Nahrungs- und Genußmittel, Holzverarbeitung, Ledererzeugung und NE-Metallindustrie.¹⁴⁰

Hier sind bemerkenswerte Übereinstimmungen festzustellen mit den von Mertens diagnostizierten 'Stagnationsindustrien'. Daraus ist zu schließen, daß solche Branchen wie Leder-, Textil- und Bekleidungsindustrien, Holzverarbeitung sowie Nahrungs- und Genußmittelindustrien sich schon seit längerer Zeit in einem Stagnations- bzw. Schrumpfungsprozeß befinden, der durch Exportanstrengungen der Entwicklungsländer nur noch verstärkt wird. Neu hinzu kommt bei Fels allerdings der wichtige Bereich der NE-Metallindustrie.

¹³⁷ Vgl. G. FELS 1973, S. 6.

¹³⁸ Vgl. D. SCHRÖDER 1976, S. 342 f.

¹³⁹ Vgl. G. FELS 1973, S. 7.

¹⁴⁰ Vgl. ebd., S. 14.

Neben den bekannten Ursachen für die Stagnation von Branchen — wie Arbeitsintensität und Rohstofforientiertheit — fällt zunehmend der Faktor der relativ 'veralteten Produktionstechnologien' ins Gewicht (deswegen auch die Einbeziehung der NE-Metallbranche). Moderne Produktionstechnologien sind dadurch gekennzeichnet, daß sie einen hohen Anteil an Forschungs- und Entwicklungsaufwand enthalten und entsprechend einen hohen Aufwand an Ausbildungskapital erfordern.

Der sektorale Strukturwandel — dies sollte über allen Fakten nicht außer Sicht geraten — ist stabilisierungspolitisch nur insofern ein Problem, als er nicht reibungslos funktioniert; er vollzieht sich in unvollkommenen Märkten über die Ausbildung von Engpässen und Überkapazitäten mit stabilisierungspolitisch negativen Effekten. Weil die Anpassungsreaktionen der Angebotsseite an die Kostenentwicklung, an die Veränderungen der Wettbewerbslage und an die Nachfrageentwicklung nicht perfekt sind, vollzieht sich die wirtschaftliche Entwicklung in Form einer 'Kette von Ungleichgewichten' (A. O. Hirschman).

Neben den Unvollkommenheiten der Märkte spielen auch politisch gesetzte Anpassungshindernisse eine wichtige Rolle für die Ausbildung oder Perpetuierung sektoraler Ungleichgewichte: so z. B. die außerökonomisch motivierte Protektion verschiedener Branchen, wie Agrarwirtschaft, Energieversorgung, Schiffbau etc.¹⁴¹

Zusammenfassend muß zum Aspekt des strukturellen Wandels gesagt werden, daß es sich hier um ein noch relativ junges Gebiet der empirischen Wirtschaftsforschung handelt und daß der Satz von Lamberts wohl noch gilt, daß die Forschung über den strukturellen Wandel noch nicht so weit fortgeschritten ist, daß sie die Ursachen offenlegen könnte.¹⁴² Neuerdings aber werden die Forschungsanstrengungen im Bereich Strukturwandel und Wachstum erheblich intensiviert.

Wie die (hier referierten) Ergebnisse von Mertens und die umfangreichen Untersuchungen des Instituts für Weltwirt-

¹⁴¹ Vgl. G. FELS 1973, S. 8 f.

¹⁴² W. LAMBERTS 1969, S. 43.

schaft Kiel, sowie auch die (den Schwerpunkt auf Entwicklungsländer legende) Arbeit von Görgens zeigen, lassen sich immerhin einige grobe Tendenzen des interindustriellen Strukturwandels aufzeigen, die zumindest eine Unterteilung in relativ rezessive, stagnierende und expansive Branchengruppen erlauben. Die Liste der von Mertens diagnostizierten 'Stagnationsindustrien' (vgl. S. 50) deckt sich fast vollständig mit den von Fels genannten 'anfälligen' Sektoren (vgl. S. 159) — wie auch mit der Gruppe von Industriezweigen mit relativ niedriger 'Einkommenselastizität', die Görgens in seiner Rangliste von Industriezweigen « nach ihren langfristigen Wachstumsmöglichkeiten » aufführt.¹⁴³

Die Basis dieser Übereinstimmung scheint in der Bedeutung des Pro-Kopf-Einkommenswachstums zu liegen, das sich als die « ... wichtigste Erklärungsvariable für systematische Änderungen der Produktionsstruktur » erwiesen hat.¹⁴⁴ Das bedeutet natürlich nicht, daß angebotsseitige Faktoren zu vernachlässigen wären. Es scheint vielmehr so zu sein, wie Görgens andeutet, daß die Determinanten auf der Nachfrageseite durch angebotsseitige Faktoren ergänzt werden, « ... so daß typische Industriestrukturen das Ergebnis simultaner Entwicklungen auf der Angebots- und Nachfrageseite wären ».¹⁴⁵

Die intensivierete Forschung im Bereich des strukturellen Wandels im Wachstum scheint die Möglichkeiten brauchbarer Branchenstrukturanalysen und -prognosen schrittweise zu verbessern. Dies wäre eine entscheidende Voraussetzung sowohl für eine rationale Strukturpolitik wie auch für die strukturpolitisch orientierte — und damit konzeptionell abgesicherte — Ergänzung globaler konjunkturpolitischer Maßnahmen durch gezielte selektive Maßnahmen, falls ein differenziertes Konjunkturmuster dies erforderlich erscheinen lassen sollte.

¹⁴³ Vgl. E. GÖRGENS 1975², Tab. 25, S. 127.

¹⁴⁴ K.-W. SCHATZ 1974, S. 34.

¹⁴⁵ E. GÖRGENS 1975², S. 129 (i. O. gesp.).

3.2.3. Anstieg des Lohnkostenniveaus und Veränderungen der internationalen Arbeitsteilung

Im zurückliegenden Abschnitt ist bereits mehrfach auf Veränderungen der relativen Kosten für Inputgüter hingewiesen worden. Herausragende Bedeutung kommt dabei der stetigen Verteuerung des Faktors Arbeit und der daraus resultierenden Veränderungen der Arbeitsintensität von Produktionsprozessen zu. Dieser Faktor ist eng verknüpft mit strukturellen Veränderungen in der internationalen Arbeitsteilung.¹⁴⁶ Die Auswirkungen des Lohnkostenvorteils junger Industrie- und fortgeschrittener Entwicklungsländer ist für eine ganze Reihe von Branchen deutlich spürbar geworden.

Im Zuge der ersten Hälfte der 70er Jahre ist das Lohnkostenniveau in der Bundesrepublik beschleunigt angestiegen und hat — verbunden mit Anpassungen der Wechselkursrelationen — eine Position in der Spitzengruppe der Industrieländer eingenommen.¹⁴⁷ Im Zeitraum von 1970 bis 1973 erhöhte sich der Anstieg der Lohnkosten auf 13,5% jährlich.¹⁴⁸ Das Wachstum der Lohnstückkosten, das in der vorausgegangenen Periode jahresdurchschnittlich 3,1% betragen hatte, erhöhte sich dadurch auf eine jährliche Zuwachsrate von 8,4%.¹⁴⁹ Der SR faßte in seinem Jahresgutachten 1976-77 die Situation folgendermaßen zusammen:

« Vom Rezessionsjahr 1967 bis zum Rezessionsjahr 1975 sind die Lohnstückkosten in der Bundesrepublik unter Berücksichtigung der Wechselkursveränderung der D-Mark um rund 16 vH stärker gestiegen als im Durchschnitt ihrer wichtigsten Konkurrenzländer. »¹⁵⁰

Vor diesem Hintergrund ist auch die anhaltende Verringerung der Gewinnmargen und Unternehmenserträge in den 70er Jahren zu sehen,¹⁵¹ die sich besonders stark auf solche

¹⁴⁶ Vgl. E.-J. HORN 1976², S. 6 f. u. 121 ff.

¹⁴⁷ Vgl. ebd., S. 13.

¹⁴⁸ Vgl. P. ROGGE, in: Wirtschaftswoche Nr. 22, 23.5.1975, S. 46.

¹⁴⁹ Vgl. ebd.

¹⁵⁰ JG 76, Zf. 291.

¹⁵¹ Vgl. JG 74, Zf. 109; JG 76, Zf. 292; B. STRÜMPPEL 1977², S. 287.

Branchen auswirken mußte, die überdurchschnittlich arbeitsintensiv sind und/oder den Anstieg der Lohnkosten nicht ausreichend auf die Preise überwälzen konnten.

Offensichtlich wirkt sich ein Anstieg der Lohnstückkosten nicht strukturneutral aus. In einem Vergleich der beiden Rezessionsjahre 1967 und 1974 zeigt der SR, daß in der ersten Rezession « nahezu alle Wirtschaftszweige... Absatzrückgänge (hatten) hinnehmen müssen ». ¹⁵² 1974 aber verschlechterte sich die Beschäftigungslage rascher, und sie zeigte sich am deutlichsten « in jenen Branchen, deren Produktionstechnik einen hohen Arbeitseinsatz erforderte ». ¹⁵³ Hierin sieht der SR « strukturell bedingte Anpassungsschwierigkeiten einzelner Branchen », ¹⁵⁴ z. B. der Textil- und Bekleidungsindustrien.

Es ist aufschlußreich, die 'strukturellen' Probleme dieser arbeitsintensiven Branchen zurückzubeziehen auf den starken Aufschwung Ende der 60er Jahre und die damals forcierte Politik der Anwerbung von Gastarbeitern. Bis zum Jahre 1968 gab es etwa 1 Mio. Gastarbeiter in der BRD; im Zuge der sukzessiven Aufwertungen der DM seit 1969 stieg diese Zahl « bis 1973 sprunghaft von 1.0 Mio. auf 2,6 Mio. an, und zwar insbesondere in jenen Branchen, die von den Wechselkurskorrekturen betroffen wurden. » ¹⁵⁵ Diese Aussage deckt sich mit der Feststellung von Horn, daß es vor allem die « wenig forschungsintensiven — oder wenig ausbildungskapitalintensiven — Branchen » ¹⁵⁶ waren, die Gastarbeiter einstellten, um damit den Anpassungsdruck zu verringern.

« Das deutet darauf hin, daß der Zustrom von Gastarbeitern in der Vergangenheit tendenziell zu einer Fehlspezialisierung der westdeutschen Wirtschaft geführt hat, indem dadurch die Entwicklung der Spezialisierungsstruktur der Bundesrepublik hin zu stärker forschungs- oder technologieintensiven Produkten zumindest vorübergehend gehemmt worden ist. » ¹⁵⁷

¹⁵² JG 74, Zf. 109.

¹⁵³ Ebd.

¹⁵⁴ JG 74, Zf. 108.

¹⁵⁵ D. SCHRÖDER 1976, S. 342.

¹⁵⁶ E.-J. HORN 1976², S. 214.

¹⁵⁷ Ebd.

Fehlspezialisierung führt zu aufgestautem strukturellen Anpassungsbedarf. Mit fortschreitender Aufwertung der DM, sich beschleunigender Verteuerung des Produktionsfaktors Arbeit und zunehmenden privat- und gesamtwirtschaftlichen Kosten für importierte Arbeitskräfte wurde die zuvor hinausgeschobene Substitution von Arbeit durch Kapital (bzw. ein entsprechender Kapitalexport) überfällig. Substitutionsprozesse, die zuvor aufgestaut wurden, mußten sich nun beschleunigt durchsetzen und zu Überreaktionen führen. Ein solcher Anpassungsprozeß neigt dazu, « eine Eigendynamik zu entfalten, und über die ökonomisch vernünftige Relation (das Kostenminimum, und in der neoklassischen Lehre auch die Vollbeschäftigung beider Faktoren) hinauszuschießen. »¹⁵⁸ Diese Tendenz ist im Marktmechanismus selbst angelegt (vgl. S. 160), sie wird aber durch Institutionen mit Marktmacht und gegen die Marktkräfte gerichtetes wirtschaftspolitisches Handeln noch verstärkt, aber auch dadurch, daß z. B. der öffentliche Sektor in der Lohnentwicklung « streckenweise zum Schrittmacher geworden (ist). Damit können Marktkräfte die Steuerung nicht mehr bewerkstelligen ». ¹⁵⁹ Bombach geht davon aus, daß die unter dem Druck der Lohnkosten forcierten Rationalisierungsanstrengungen « auch unter veränderten Arbeitsmarktkonstellationen », also auch bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit, noch andauern werden.¹⁶⁰

Eine ganze Reihe von Untersuchungen des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, in denen der Einfluß des Lohnkostenanstiegs in der BRD, der Wechselkursanpassungen seit 1969 und verstärkt seit dem *floating* sowie der damit einhergehenden Veränderungen in der internationalen Arbeitsteilung analysiert worden sind, weisen darauf hin, daß die BRD einem verstärkten strukturellen Anpassungsdruck ausgesetzt sein wird, der zunächst in Richtung auf eine 'Normalisierung' der Wirtschaftsstruktur, d. h. auf einen Abbau der 'Überindustrialisierung' wirken wird und dann zunehmend die Substitution von relativ arbeits- und rohstoffintensiven Produkten und tra-

¹⁵⁸ G. BOMBACH 1976², S. 23.

¹⁵⁹ Ebd., S. 24.

¹⁶⁰ Vgl. ebd. Diese Ansicht hat sich als nur zu richtig erwiesen.

ditionellen Produktionsverfahren durch stärker forschungs- und entwicklungsintensive, also 'intelligentere' Produkte und Verfahren erzwingen wird.¹⁶¹ Bei steigendem Rationalisierungsdruck werden die im sekundären Sektor freigesetzten Arbeitskräfte zunehmend vom tertiären und quartären aufgenommen werden müssen, wenn persistente Arbeitslosigkeit verringert und minimiert werden soll.

Neben den genannten Veränderungen wirkt sich zusätzlich ein nachhaltiger Wandel in den Kosten der Input-Güter Energie und Rohstoffe in Richtung erhöhter struktureller Anpassungserfordernisse aus. Eine wichtige Wende in den globalen Wachstumsbedingungen, die mit der Öl-Preis-Krise von 1973-74 nur akzentuiert worden ist, besteht in der Umkehrung des Kostentrends für Energie. Im zweiten Drittel dieses Jahrhunderts wies der Trend der realen Kosten für elektrische Energie eine kontinuierliche Abnahme auf, wohingegen das letzte Drittel durch eine Zunahme der realen Kosten für alle Formen der Energie geprägt sein wird.¹⁶²

Die hier genannten Faktoren, die Richtung und Ausmaß des mittelfristigen strukturellen Anpassungsbedarfs mitbestimmen, können hier nicht ausführlich behandelt werden. Es kann nur darum gehen, sie als besonders wichtige Aspekte angemerkt zu haben — zum Zwecke ihrer späteren Berücksichtigung bei der Formulierung mittelfristiger, strukturpolitisch orientierter Verstetigungsstrategien.

3.2.4. *Zum Problem der Unterscheidung zwischen konjunkturellen und strukturellen Fehlentwicklungen*

Das Problem der Differentialdiagnose, d. h. der analytischen Trennung von konjunkturellen und strukturellen Einflußfaktoren in einer bestimmten gesamtwirtschaftlichen Situation, ergibt sich daraus, daß je nach den diagnostizierten Ursachen unterschiedliche *wirtschaftspolitische* Maßnahmen erforderlich bzw. von der herrschenden Konzeption her angezeigt wären.

¹⁶¹ Vgl. E.-J. HORN 1976², S. 6 f. und 297 ff.

¹⁶² Vgl. Financial Times vom 21. Juni 1977, S. 15.

Sind beispielsweise die in einer konjunkturellen Abschwächung zu beobachtenden sektoralen Überkapazitäten nur auf konjunkturelle Faktoren zurückzuführen, sind also die Kapazitäten mittelfristig nicht zu groß, sondern richtig proportioniert, dann ist eine konjunkturpolitisch orientierte Stützung der Nachfrage angezeigt, weil angenommen werden kann, daß die normalisierte Nachfrage bei verstetigter Konjunktur in die vorhandenen Kapazitäten hineinwachsen und diese befriedigend auslasten würde.

Sind die Schwächen jedoch auf rein strukturelle Faktoren zurückzuführen, sind die Kapazitäten also nachhaltig, d. h. auf mittlere Frist zu groß, dann dürften diese nicht erhalten, sondern müßten abgebaut werden. Eine Stützung der vorhandenen Kapazitäten durch eine Expansion der Nachfrage würde die Fehlallokation von Ressourcen und bestehende Ungleichgewichte noch verschärfen. Stabilisierungspolitisch gesehen dürften also keine stützenden Maßnahmen erfolgen. Nur unter sozialpolitischen Gesichtspunkten oder etwa zur Vermeidung gesamtwirtschaftlich negativer Auswirkungen wäre eine Abfederung der Beschäftigungswirkungen, ein 'geordneter Rückzug' aus den Kapazitäten, angezeigt.

Da in der Realität i. d. R. eine Mischung aus beiden Einflußfaktoren wirksam ist, käme es für eine rationale Wirtschaftspolitik darauf an, möglichst genau bestimmen zu können, welche Kapazitäten mittel- bis längerfristig erforderlich und erwünscht, d. h. konkurrenzfähig sind. Es müßte entschieden werden können, bis zu welchem Maße *die Kapazitäten selbst anzupassen* wären und bis zu welchem Maße die Nachfrage durch konjunkturelle Stützungsmaßnahmen *an die Kapazitäten angepaßt* werden sollte.

Die Fehlentwicklungen, die beispielsweise während des jüngsten Abschwungs in der Bauindustrie zu beobachten waren (und noch zu beobachten sind), werden vom SR nicht nur auf den konjunkturellen Nachfragemangel zurückgeführt, sondern mit strukturellen Faktoren in Zusammenhang gebracht, vor allem mit der inflationsbedingten 'Flucht in die Sachwerte' und der damit verursachten « Übernachfrage ». ¹⁶³ Um von

¹⁶³ JG 74, Zf. 22*.

einer 'Übernachfrage' sprechen zu können, bedarf es einer Vorstellung von einer 'Normalnachfrage'. Dies weist auf ein zentrales Erfordernis für die Möglichkeit der Differentialdiagnose hin: Man benötigt Maßstäbe, mit denen konjunkturelle von strukturellen Ursachen getrennt werden können.

Eine analytische Trennung zwischen strukturellen und konjunkturellen Ursachen müßte zunächst an der Fristigkeit ansetzen, in der die Ursachen wirken. Liegen z. B. sektorale Überkapazitäten vor — und auch eine gesamtwirtschaftliche Unterauslastung des Produktionspotentials setzt sich aus sektoralen Überkapazitäten zusammen —, dann sind diese nur dann von struktureller Art, wenn die Überkapazitäten zur Dauererscheinung geworden sind oder zu werden drohen.¹⁶⁴ Als weitere Kriterien zur Diagnose struktureller Überkapazitäten führt Giersch an:

— die Kapitalverzinsung muß den landesüblichen Durchschnitt mittelfristig unterschritten haben oder zu unterschreiten drohen;

— der Ausnutzungsgrad muß — selbst bei guter Gesamtkonjunktur — unter dem Punkt liegen, bei dem die *totalen* Durchschnittskosten ein Minimum sind.¹⁶⁵

Parallel dazu definiert Giersch Engpässe dann als strukturelle Erscheinungen, wenn in einzelnen Branchen

— der Ausnutzungsgrad über dem Punkt des totalen Durchschnittskostenminimums liegt,

— ungewöhnlich lange Lieferfristen vorherrschen oder

— Differential- bzw. Knappheitsrenten erzielt werden.¹⁶⁶

Unproblematisch ist der Fall, wenn Überkapazitäten bzw. Engpässe bereits zur Dauererscheinung geworden sind, wenn die Kapitalverzinsung mittelfristig unter bzw. überdurchschnittlich gewesen ist. Für die Politik relevanter, für die Diagnose aber erheblich problematischer ist der Fall, wenn entschieden werden muß, ob ein vorliegendes Ungleichgewicht zur

¹⁶⁴ Vgl. H. GIERSCH 1964, S. 78 f.

¹⁶⁵ Ebd.

¹⁶⁶ Vgl. ebd., S. 79.

Dauererscheinung zu werden droht, d. h. wenn Prognosen über die künftige Entwicklung erforderlich werden. Eine Differentialdiagnose, die zwischen einem konjunkturellen und einem strukturellen Ungleichgewicht unterscheiden will, setzt voraus, daß zumindest eine der beiden Disproportionen genau bestimmbar ist. Die verbleibende könnte dann als Differenz bestimmt werden. Eine Lösungsmöglichkeit bestünde darin, Normkonzepte des strukturellen Wandels, z. B. eine elaborierte Form der Drei-Sektoren-Hypothese, an die gesamtwirtschaftliche Entwicklung anzulegen und die Daten auf diese Weise einer 'Strukturbereinigung' zu unterziehen, um die Differenz als konjunkturelle Bewegung, d. h. als den konjunkturellen Teil eines gegebenen Nachfragerückgangs bzw. -überhangs zu bestimmen.¹⁶⁷ Umgekehrt könnte man auch ein Normkonzept des konjunkturellen Zyklus, z. B. eine elaborierte Form des Musterzyklus, an die gesamtwirtschaftliche Entwicklung anlegen, um die 'konjunkturbereinigten' Daten als strukturelle Bewegung, d. h. als den strukturellen Teil einer vorliegenden Abschwächungsphase zu bestimmen.

Es ist indessen so, daß die erforderlichen Normkonzepte nicht vorliegen, ja es ist ungewiß, ob sie überhaupt 'theoretisch' abgeleitet werden könnten. Deswegen müssen weitere Lösungsmöglichkeiten in Betracht gezogen werden.

Hier könnte man auf die Kriterien zurückgreifen, die Giersch für die Bestimmung struktureller Ungleichgewichte angegeben hat. Im Kern erfordert dieser Weg « ein Urteil über die voraussichtliche Höhe der effektiven Nachfrage zumindest in der mittelfristigen Zukunft », ¹⁶⁸ also die Ausarbeitung von Strukturprojektionen. ¹⁶⁹ Für die Sektoren, in denen ein Ungleichgewicht vorliegt, müßten auf mittlere Sicht die wahrscheinlichsten Angebots- (also Potential-) und Nachfrageentwicklungen projiziert werden. Wenn damit gerechnet werden könnte, daß die konjunkturell normalisierte (sektorale) Nachfrage die (sektoralen) Kapazitäten absorbiert, wäre auf

¹⁶⁷ Vgl. E. GÖRGENS 1975, S. 287 ff.

¹⁶⁸ H. GIERSCH 1964, S. 79.

¹⁶⁹ Giersch übersieht nicht, daß sich aus fehlerhaften Projektionen Haftungsansprüche gegenüber dem Staat ergeben könnten. Ebd., S. 80, Anm. 7.

das Vorliegen einer kurzfristigen, d. h. konjunkturellen Disproportion zu erkennen. Wenn damit gerechnet werden müßte, daß auch nach einer konjunkturellen Normalisierung die vorhandenen Kapazitäten von der effektiven Nachfrage nicht absorbiert würden, wäre auf das Vorliegen einer strukturellen Disproportion zu erkennen.

Branchenstrukturprognosen wären nicht nur für den hier genannten Zweck sinnvoll, sie könnten auch in einer ganzen Reihe anderer Politikbereiche Verwendung finden. Zumindest ist nicht ersichtlich, wie eine Regional-, Arbeitsmarkt-, Industrie- oder Strukturpolitik ohne solche Strukturprojektionen rational betrieben werden könnte.

Bereits im Jahreswirtschaftsbericht 1968 hat die BReg angekündigt, sie wolle die konjunkturpolitische Globalsteuerung aus wachstumspolitischen Gründen « in verstärktem Umfang durch eine angebotsfördernde Strukturpolitik ergänzen » (Zf. 57). Auch diese Absicht würde Strukturprojektionen erforderlich machen.

Es ist, um hier ordnungspolitischen Bedenken Rechnung zu tragen, von der Projektion der Strukturentwicklung zur Feststellung einer erwünschten bzw. erstrebenswerten Programmstruktur noch ein gewisser Schritt; ob der vollzogen werden soll, bleibt eine politische Entscheidung. Gleichwohl ist Giersch grundsätzlich zuzustimmen, wenn er schreibt:

« Damit die verantwortlichen Instanzen rational entscheiden können, ob, wann, wie und wie stark sie in das Branchengefüge eingreifen sollen, brauchen sie eine klare Vorstellung von der erstrebenswerten Struktur und ein System von Kriterien, mit deren Hilfe sie ermessen können, wo und wieweit die tatsächliche Situation zu einem gegebenen Zeitpunkt von dieser Programmsituation abweicht. »¹⁷⁰

Das 'System von Kriterien', das Giersch im Auge hat, beruht auf zwei Elementen: Zum einen auf der Definition einer « ausgewogenen Branchenstruktur » als einer Situation, « in der es nicht gleichzeitig Überkapazitäten und Engpässe, Arbeitslosigkeit in der einen und Überbeschäftigung in einer

¹⁷⁰ H. GIERSCH 1964, S. 77.

anderen Branche gibt ». ¹⁷¹ Zum anderen auf den bereits genannten Kriterien, mit denen konjunkturelle von strukturellen Disproportionen getrennt werden könnten. Auf den Kern reduziert lautet das Diagnoseproblem somit, Maßstäbe für die operable Definition von strukturellen Disproportionen zu entwickeln.

Tuchtfeldt behandelt in einem zur gleichen Zeit (1964) veröffentlichten Aufsatz das Problem struktureller Disproportionen und geht dabei auf die Frage der Bestimmung struktureller Engpässe und Überkapazitäten und ihrer Abgrenzung von konjunkturellen Disproportionen ein. Nach Tuchtfeldt ist die Trennung von konjunkturellen und strukturellen Kapazitätsproblemen « nicht immer leicht », ¹⁷² gleichwohl aber erforderlich, weil es unter konjunkturpolitischem Gesichtspunkt nur um die Anpassung der Nachfrage an die gegebenen Kapazitäten, unter strukturpolitischem Gesichtspunkt aber um die Anpassung der Kapazitäten selbst geht. ¹⁷³

Kapazitive Disproportionen können in einzelnen Unternehmen und in ganzen Branchen auftreten. Bei mikroökonomischer Betrachtung liegt dann ein Engpaß vor, wenn das Angebot unelastisch wird, die Grenzkostenkurve steil ansteigt und es zu Preissteigerungen kommt. ¹⁷⁴ Entsprechend sind Überkapazitäten in einem Unternehmen durch Preissenkungen gekennzeichnet. ¹⁷⁵ Die makroökonomische Bedeutung von Engpässen liegt darin, daß der gesamtwirtschaftliche Expansionsprozeß, bevor er das Vollbeschäftigungsniveau erreicht, an das Engpaßniveau stößt, « weil in der Regel die Konjunkturlage branchendifferenziert ist ». ¹⁷⁶

Während die Kriterien der Differentialdiagnose bei Giersch an empirischen Erscheinungen wie Zeitdauer der Disproportionen, Höhe der Kapitalverzinsung oder des Ausnutzungsgrades etc. festgemacht sind, stellt Tuchtfeldt stärker auf die Ursachen

¹⁷¹ H. GIERSCH 1964, S. 77.

¹⁷² E. TUCHTFELDT 1964, S. 105.

¹⁷³ Vgl. ebd.

¹⁷⁴ Vgl. ebd., S. 106.

¹⁷⁵ Vgl. ebd., S. 110.

¹⁷⁶ Ebd., S. 107.

der Disproportionen ab: « ... für die Beantwortung der Frage, ob bestimmte Engpässe lediglich konjunktureller oder aber struktureller Natur sind, kommt es wesentlich auf die Ursachen an... ». ¹⁷⁷

Von den drei Ursachengruppen, die Tuchtfeldt nennt, ¹⁷⁸ nämlich *a*) Disproportionen infolge militärisch-politischer Einwirkungen, *b*) als Folge unerwünschter Nebenwirkungen der Wirtschaftspolitik und *c*) wachstumsbedingte Disproportionen, ist vor allem letztere von Interesse, « weil hier die Berechtigung staatlicher Anpassungsinterventionen zweifelhaft ist ». ¹⁷⁹ Was bedeutet nun 'wachstumsbedingt'? « Wachstumsbedingte Engpässe entstehen normalerweise aufgrund von Prognosefehlern. » ¹⁸⁰ Nach Tuchtfeldt sind es die Unternehmen, die bei der Prognose künftiger Marktentwicklungen und bei ihrer Investitionsplanung Fehler machen, und zwar vor allem dort, wo die Ausreifungszeit von Investitionen sehr lang ist und wo die Überbrückung z. B. von Engpässen durch Importe nicht möglich ist.

Diese Charakterisierung der Ursachen von strukturellen Disproportionen erscheint ausreichend — und hier findet sich die Intention von Tuchtfeldt wieder, denn « the world is analyzed differently depending on what you plan to do with it » ¹⁸¹ — um den Grundsatz vom « Primat der marktwirtschaftlichen Selbstbereinigung » ¹⁸² dieser nicht kriegs- und wirtschaftspolitisch bedingten Engpässe und Überkapazitäten zu begründen.

Es scheint auch mit den Tuchtfeldtschen Überlegungen vereinbar, was Giersch eine « prophylaktische Strukturpolitik » ¹⁸³ nennt, die im wesentlichen in einer Verbesserung der Markttransparenz und damit in einer Verbesserung der längerfristigen Investitionsentscheidungen liegt, für die der Markt nur unzureichende Informationen bereitstellt. Die Markttrans-

¹⁷⁷ E. TUCHTFELDT 1964, S. 108.

¹⁷⁸ Vgl. ebd., S. 108 und 111.

¹⁷⁹ Ebd., S. 108.

¹⁸⁰ Ebd., S. 109.

¹⁸¹ B. WARD 1972, S. 67.

¹⁸² H. TUCHTFELDT 1964, S. 114.

¹⁸³ H. GIERSCH 1964, S. 63.

parenz könnte durch Branchenstrukturanalysen und -projektionen verbessert werden.

In diesem Zusammenhang verdient eine Arbeit von Koester¹⁸⁴ Beachtung, in welcher er — als Nebenergebnis — ein Verfahren zur Bestimmung von Engpässen und Überkapazitäten aus sektoralen Preisniveaudivergenzen entwickelt. Koester geht es vorrangig um das Ziel der Geldwertstabilität. Als Unterziel einer darauf gerichteten Stabilitätspolitik solle eine geldwertneutrale sektorale Preisniveaumentwicklung angestrebt werden. Nicht-geldwertneutrale sektorale Preisniveaumentwicklungen seien gleichbedeutend mit der Entstehung von Einkommensdisparitäten, die einerseits überhöhte Lohnforderungen, andererseits Forderungen nach Erhaltungssubventionen auslösen könnten; beides wäre geeignet, die Inflation noch zu beschleunigen.¹⁸⁵

Eine nicht-geldwertneutrale Entwicklung sektoraler Preisniveaus liegt nach Koester dann vor, wenn eine sektorale Inflationsrate über oder unter der gesamtwirtschaftlichen liegt:

$$\frac{dP_i}{P_i} \gtrless \frac{dP}{P} \cdot 186$$

Wenn eine sektorale Inflationsrate $\left(\frac{dP_i}{P_i}\right)$ über der gesamtwirtschaftlichen $\left(\frac{dP}{P}\right)$ liegt, dann deutet dies auf einen Engpaßsektor hin, in dem die Faktoreinkommen (und bei tariflich fixierten Löhnen heißt dies: bei dem die Kapitaleinkommen) überdurchschnittlich gestiegen sind. Umgekehrt bei einer sektoralen Inflationsrate, die unter der gesamtwirtschaftlichen liegt. Bei diesen Sektoren müsse auf Überkapazitäten erkannt werden. Divergenzen zwischen sektoralen Inflationsraten und der Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus sind also ein Hinweis auf sektorale Engpässe bzw. Überkapazitäten, d. h. auf eine suboptimale Produktionsstruktur.

Die Struktur der sektoralen Stückkosten und damit die

¹⁸⁴ U. KOESTER 1974.

¹⁸⁵ Vgl. ebd., S. 121.

¹⁸⁶ Vgl. ebd., S. 4 f.

sektorale Preisstruktur ändert sich im Wachstum bei vollkommener Faktormobilität und gesamtwirtschaftlicher Preisniveaustabilität dann, wenn bei gleicher Faktorentlohnung in allen Sektoren die Produktivitätsfortschritte in den einzelnen Sektoren differieren. Bei sektoral unterdurchschnittlichen Produktivitätsfortschritten müssen die sektoralen Stückkosten steigen, die Angebotskurve verschiebt sich nach links (oder weniger nach rechts), die Preise müssen steigen. Mit gesamtwirtschaftlicher Preisniveaustabilität wäre es vereinbar, wenn in Sektoren mit unterdurchschnittlicher Produktivitätsentwicklung die Preise relativ steigen und in den Sektoren mit überdurchschnittlicher Produktivitätsentwicklung die Preise relativ fallen würden. (Letzteres wird indessen wegen der Preisrigiditäten nach unten kaum der Fall sein).¹⁸⁷

Nach dieser Überlegung sind es somit die um die differenzierten Produktivitätsfortschritte korrigierten sektoralen Divergenzen der Preisniveausteigerungsraten, die zu sektoralen Disparitäten in der Faktorentlohnung führen. Bei gleicher Entlohnung des Faktors Arbeit sind es die Gewinndivergenzen, die sektorale Disproportionen anzeigen. Diese sind Gegenstand der von Koester « durch den differenzierten Mitteleinsatz der Struktur- und Wettbewerbspolitik »¹⁸⁸ angestrebten Verstärkung der Globalsteuerung.

Auf die Frage, wie eine solche differenzierte Politik konzeptionell und instrumentell aussehen könnte, geht Koester nicht ein. Sein Ziel ist darauf beschränkt, einen Beitrag zur « wirtschaftspolitischen Diagnose »¹⁸⁹ zu leisten. Eine « ursachenadäquate Therapie »¹⁹⁰ setze Kenntnisse der sektoralen Preisbewegungen bei Inflation und insbesondere Kenntnisse der « inflationären Komponente in den sektoralen Preisen »¹⁹¹ voraus.

Auch hier geht es noch um die Frage der (Verbesserung der) wirtschaftspolitischen Diagnose. Am Beispiel der Koester-

¹⁸⁷ Vgl. U. KOESTER 1974, S. 119.

¹⁸⁸ Ebd., S. 7.

¹⁸⁹ Ebd.

¹⁹⁰ Ebd., S. 4.

¹⁹¹ Ebd.

schen Arbeit sind indessen zwei grundsätzliche Überlegungen zum Verhältnis von Diagnose und operativer Politik einzubringen.

1. Eine Verbesserung der wirtschaftspolitischen Diagnose erscheint nur in dem Maße nützlich, wie Aussicht besteht, daß die verbesserten Erkenntnisse auch beim wirtschaftspolitischen Handeln zum Tragen kommen. Dies setzt zumindest voraus, daß eine differenzierende sektorale Stabilitätspolitik via Struktur- und Wettbewerbspolitik möglich und wünschbar ist. Diese Voraussetzung müßte expliziert werden. 2. Abweichungen in der Entwicklung von sektoralen Preisen und gesamtwirtschaftlichem Preisniveau weisen auf Engpässe bzw. Überkapazitäten hin, bedeuten also « ein unausgewogenes Branchenwachstum ». ¹⁹² Koester führt selbst aus, daß in der disparitären Entwicklung der Faktorentgelte « die Notwendigkeit des Strukturwandels » ¹⁹³ zum Ausdruck komme. Anders gesagt: Sektorale Preisniveaudivergenzen signalisieren Profitdivergenzen, die ihrerseits sowohl die Notwendigkeit des Strukturwandels signalisieren wie auch die dazu erforderlichen privatwirtschaftlichen Anreize abgeben.

Koester weist darauf hin, daß die Aufgabe der Preise in der Wettbewerbswirtschaft in der Abstimmung von Angebot und Nachfrage bestehe, und daß diejenige Preisentwicklung als wünschenswert angesehen werden müsse, welche die genannte Aufgabe erfüllt. ¹⁹⁴ In einer realen Wettbewerbswirtschaft erfüllt jedoch nur eine *solche* Preisentwicklung die Aufgabe der Neuabstimmung von Angebot und Nachfrage, etwa im Falle eines Engpasses, gegen die Koester mit sektoral differenzierten Interventionen vorgehen will: Also solche Divergenzen in der Entwicklung der Preise, die mit Profitdivergenzen verbunden sind. Eine « ursachenadäquate », rationale Wirtschaftspolitik, die vermeiden wollte, « daß die sektorale Inflationsrate über der gesamtwirtschaftlichen (wie) auch un-

¹⁹² U. KOESTER 1974, S. 5.

¹⁹³ Ebd., S. 7.

¹⁹⁴ Vgl. ebd., S. 49.

terhalb derselben liegt », ¹⁹⁵ würde genau die für den Strukturwandel erforderlichen *incentives* wegstabilisieren. Der strukturelle Wandel würde damit gehemmt, das Wachstumsziel abträglich beeinflussen.

Wenden wir das Ergebnis dieser zweiten Überlegung auf die erste an, dann ist zumindest die Wünschbarkeit einer an Gewinndifferenzen orientierten sektoral differenzierenden Stabilitätspolitik in Zweifel zu ziehen. Gleichwohl sind sektorale Engpässe und Überkapazitäten — in denen sich i. d. R. immer auch Gewinndifferenzen ausdrücken — dann Gegenstand der Wirtschaftspolitik, wenn sich diese Ungleichgewichtszustände über einen längeren Zeitraum halten und damit die stabilisierungspolitischen Ziele belasten. Auch wenn man statt der Gewinndivergenzen die Abweichungen der sektoralen Auslastungsgrade vom gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt als Kriterium einer differenzierenden Stabilisierungspolitik nähme, würden die Bedenken, die oben gegen das Kriterium der Gewinndivergenzen vorgebracht wurden, nur zum Teil ausgeräumt. Auch die Unterschiede in den Auslastungsgraden sind *incentives* (vgl. das Kapitalstockanpassungstheorem) für den strukturellen Wandel und damit für Wachstum. Mithin zeigt sich, daß diese Kriterien nicht hinreichend für die Orientierung einer selektiven Politik sind. Es scheint kein Weg an der Einbeziehung der jeweils mittelfristig zu erwartenden sektoralen Entwicklung von Nachfrage und Produktionspotential vorbeizuführen. Nur daran können mittelfristig abgesicherte, strukturelle Maßnahmen ausgerichtet werden.

Welche Diagnose-Methoden eignen sich nun zur Unterscheidung von konjunkturellen und strukturellen Ursachen bzw. Einflußfaktoren in einer bestimmten Phase der Wirtschaftsentwicklung, die sich von den empirischen Daten her als sektoral differenziertes Konjunkturmuster darstellt? Und welches wirtschaftspolitische Handeln ließe sich auf einer erfolgreichen Differentialdiagnose begründen?

Wenn wir davon ausgehen, daß die sektorale Differenzierung des Konjunkturmusters — bis hin zu einem Grad, von

¹⁹⁵ U. KOESTER 1974, S. 4.

dem an man von einer gespaltenen Konjunktur sprechen muß — damit zusammenhängt, daß neben konjunkturellen Einflußfaktoren (etwa Abschwächung verschiedener Nachfragekomponenten) auch strukturelle Ursachen (z. B. Anpassungsbedarf an Veränderungen der Nachfragestruktur oder der Struktur der internationalen Arbeitsteilung etc.) wirksam sind, dann muß für die Wirtschaftspolitik daraus abgeleitet werden, daß in Ergänzung der konjunkturpolitischen Maßnahmen gezielte strukturpolitisch orientierte Maßnahmen erforderlich werden, wenn innerhalb einer angemessenen Frist unzumutbare Belastungen des Beschäftigungs- und Stabilitätszieles abgewendet werden sollen.

Die in einer sektoral differenzierten Abschwungsphase konkret zu ergreifenden selektiven Maßnahmen können nicht darin bestehen, daß überall dort 'Strukturhilfen' gewährt werden, wo Beschäftigungs- und Auslastungseinbrüche besonders stark sind.¹⁹⁶ Vielmehr müssen die selektiven Eingriffe konzeptionell abgesichert sein, und das heißt in diesem Zusammenhang: Es müssen Anhaltspunkte dafür gewonnen werden, ob die in Frage stehenden Beschäftigungs- und Auslastungseinbrüche nur ein konjunkturelles, also Nachfrageproblem sind, oder ob die Kapazitäten selbst überdimensioniert sind.

Diese Überlegungen verweisen darauf, daß die Anstrengungen in Richtung auf eine Verbesserung von Branchenstrukturanalysen und -projektionen vorangetrieben werden müssen, um auf dieser Grundlage eine Verbesserung der wirtschaftspolitischen Vorstellungen von der erstrebenswerten Struktur zu erreichen.¹⁹⁷ *Dies ist nicht die Forderung nach einer Struktursteuerung, sondern die nach einer Verbesserung der Grundlagen der immer schon betriebenen Strukturpolitik.*

Es erscheint nützlich, sich daran zu erinnern, daß die « sektorale Wirtschaftspolitik... als Strukturpolitik einer mittel- und langfristigen Planung (bedarf), die auf die künftige Verwirklichung des angestrebten neuen Strukturbildes abstellt, wenn sie den Rationalitätsanforderungen, die an die Wirtschaftspolitik zu stellen sind, genügen will ».¹⁹⁸

¹⁹⁶ Vgl. dazu JG 73, Zf. 321.

¹⁹⁷ Vgl. H. GIERSCH 1964, S. 77.

¹⁹⁸ H. ST. SEIDENFUS 1972, S. 209.

IV. POLITIK

4. STABILISIERUNGSPOLITIK BEI SEKTORAL DIFFERENZIIERTER KONJUNKTUR

4.1. *Zur Bestimmung des stabilisierungspolitischen Bedarfs*

Die Bestimmung des stabilisierungspolitischen Bedarfs in einer bestimmten konjunkturell-strukturellen Situation setzt zweierlei voraus: 1. Die Diagnose von Fehlentwicklungen durch den Vergleich des tatsächlichen Wirtschaftsprozesses mit einem optimalen bzw. zielgemäßen.¹ 2. Eine Entscheidung darüber, welcher Teil der Fehlentwicklungen zur Korrektur dem Markt (d. h. den sog. Selbstheilungskräften) und welcher Teil der Wirtschaftspolitik zugewiesen werden soll. Kriterium für das letztere Entscheidungsproblem könnten die Ursachen der jeweiligen Fehlentwicklungen sein, weswegen bei der Diagnose auf die Ursachenanalyse besonderes Gewicht zu legen wäre.

Die Diagnose der Fehlentwicklungen des Abschwungs 1973-75 hat gezeigt, daß das Konjunkturmuster erhebliche Differenzierungen nach Branchen aufgewiesen hat (S. 85 ff.). Das empirische Erscheinungsbild der Konjunktur rechtfertigt es nicht, von 'der' globalen oder gesamtwirtschaftlichen Konjunktur zu sprechen. Globale Konjunkturindikatoren weisen einen unechten Durchschnitt aus, wenn — bei einer Unterteilung

¹ Vgl. «... the path of reference for judging economic performance». J. TOBIN 1974, S. 9.

der Industriebranchen in drei Wachstumsgruppen — die beiden Randgruppen 50% bzw. 35%, die mittlere Gruppe aber nur ca. 15% Strukturanteil haben (vgl. S. 86). Die Randgruppen saldieren sich bei der Aggregation, die globale Diagnose gibt deswegen nur das Bild der relativ unbedeutenden mittleren Gruppe zutreffend wieder.

Die Globalsteuerung wäre (u. a.) dann eine angemessene stabilisierungspolitische Konzeption, wenn die Konjunktur tatsächlich globaler Natur wäre, d. h. wenn die Differenzierungen in den Bewegungen der Einzelkomponenten relativ gering und das Muster der Bewegungsabläufe relativ stabil wären. Sind diese Voraussetzungen von der empirischen Ausprägung der Konjunktur her nicht erfüllt, dann müssen globalsteuernde Eingriffe im Hinblick auf die Effizienz der Zielerreichung suboptimal bleiben (abgesehen von angebotsseitig bedingten Störungen, die mit dem *demand management* nicht behoben werden können). Wenn die Stabilisierungspolitik in gespalteener Konjunktur an unechten globalen Indikatoren ausgerichtet wird, dann besteht die Gefahr, daß sie in der Frühphase des Abschwungs, trotz steigendem Auslastungsgrad in der einen und fallendem Auslastungsgrad in der anderen Branchengruppe, d. h. trotz tendenziell stagflationärer gesamtwirtschaftlicher Entwicklung, in Untätigkeit verharret, weil der globale Konjunkturverlauf als relativ stabil ausgewiesen wird. Weisen bei fortschreitendem Abschwung auch die globalen Indikatoren eine sinkende Kapazitätsauslastung aus, dann muß die sektorale Inzidenz der globalen Gegenmaßnahmen zufällig, jedenfalls suboptimal bleiben. Für die relativ depressiven Branchen sind die globalen Gegenmaßnahmen zu schwach, für die relativ expandierenden Branchen können sie bereits zu stark sein.

Die Diagnose des Abschwungs 1973-75 hat gezeigt, daß sich die Situation einer sektoral erheblich differenzierten Konjunktur fast zwei Jahre lang hinziehen kann. Der Grad der Differenzierung ging erst mit einer allgemeinen Verschärfung der rezessiven Entwicklung in 1975 geringfügig zurück. Die zentrale Frage ist also, ob die Konjunkturpolitik es sich leisten kann, über einen Zeitraum von ca. zwei Jahren, trotz sektoral (und regional) stark differenzierter Konjunktur, am Konzept globaler Stabilisierungsmaßnahmen festzuhalten.

Dies ist insofern eine 'theoretische' Frage, als die operative Wirtschaftspolitik tatsächlich von ihrer Konzeption abgewichen ist. Aber unbeschadet der Praxis sollte die Frage auch prinzipiell geklärt werden.

Man kann diesen Ausführungen entgegenhalten, daß in der Konjunkturdiagnose heute durchaus die branchenmäßigen Sonderentwicklungen erkannt und konstatiert würden, ja es seien die Konjunkturforschungsinstitute und der Sachverständigenrat gewesen, die von der branchenmäßig stark differenzierten, von der 'gespaltenen' Konjunktur gesprochen hätten. In der Diagnose werden die sektoralen Differenzierungen erfaßt, es werden sogar einige der verursachenden strukturellen Faktoren genannt. Aber welche Konsequenzen werden daraus gezogen *a)* hinsichtlich der Bestimmung des Stabilisierungsbedarfs und *b)* hinsichtlich der konzeptionellen Ausrichtung der Stabilisierungspolitik? Prinzipiell ist der Stabilisierungsbedarf von der Diagnose her schon bestimmt: Um das Ziel der gesamtwirtschaftlichen Stabilisierung zu erreichen, müßte die Wirtschaftspolitik auf eine Gruppe von Branchen expansiv, auf eine andere aber restriktiv wirken; sie müßte inflationäre und rezessive Entwicklungen gleichzeitig, aber differenziert bekämpfen. Eine global orientierte Wirtschaftspolitik kann dies nicht leisten.

Dieses Dilemma und die grundsätzliche Strukturproblematik der Globalsteuerung sind erkannt: « Die Globalsteuerung kann strukturelle Unterschiede zwischen einzelnen Branchen noch verstärken. »² Dennoch wird Bestrebungen in Richtung einer selektiven Konjunkturpolitik eine Absage erteilt: Globalsteuerung und Strukturpolitik « leben in Arbeitsteilung; beide dürfen nicht miteinander vermischt werden, soll die Wirksamkeit der einen wie der anderen nicht leiden ». ³ Es kann indessen nicht übersehen werden, daß Arbeitsteilung, soll sie zu erhöhter Effizienz führen, den gegenläufigen Prozeß der Koordination und Integration erfordert. In diesem Kontext sind wohl auch frühere Äußerungen der BReg zu sehen, die es zur Förderung eines angemessenen wirtschaftlichen Wachstums für

² H. FRIDERICHS 1974, S. 20.

³ Ebd., S. 13.

angezeigt hielt, « die konjunkturpolitische Globalsteuerung in verstärktem Umfange durch eine angebotsfördernde Strukturpolitik zu ergänzen ». ⁴ In diesem Sinne äußert sich auch der SR: « Dazu muß die nachfrageorientierte Globalsteuerung durch eine mittelfristig angelegte, angebotsorientierte Therapie ergänzt werden. » ⁵

Äußerungen maßgebender Wirtschaftspolitiker lassen darauf schließen, daß angesichts einer differenzierten Konjunktur ein Steuerungsbedarf wahrgenommen wird, der über das Instrumentarium der Globalsteuerung hinausweist. So bedauerte Stoltenberg (dabei stärker auf regionale Differenzierungen abzielend): « Es erwies sich als großer Nachteil, daß wir kein Instrumentarium für eine differenzierte Konjunkturpolitik haben. » ⁶ Und der damalige Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag, Ehrenberg, harmonierte mit Stoltenberg: Es sei Zeit, statt eines massiven Einsatzes des Instrumentariums der Globalsteuerung « zu einer differenzierenden Anwendung der Möglichkeiten überzugehen ». ⁷ Die operative Wirtschaftspolitik folgte dieser Linie, entgegen den prinzipiellen Bedenken des liberalen Wirtschaftsministers und bestätigte damit eine frühe These von Bombach: « Je mehr sich ausgesprochene Branchenkonjunkturen durchsetzen, je weiter also die sektoralen Wachstumsraten divergieren, desto fragwürdiger werden ganz allgemein globalwirtschaftliche Eingriffe ». ⁸

Auf der Seite der theoretischen Wirtschaftspolitik liegt die Bestimmung eines selektiven Steuerungsbedarfs zur Stabilisierung der Konjunktur für solche Theoretiker nahe, die disproportionalitätstheoretische Erklärungsansätze vertreten. Dürr z. B. konstatiert, daß konjunkturelle Schwankungen durch eine disproportionale Entwicklung von Investitions- und Konsumgüternachfrage gekennzeichnet seien. Wenn nun die Kapazitätsauslastung vor allem im Investitionsgüterbereich unbefriedigend ist, dann sei es unnötig, die Nachfrage global anzuhe-

⁴ Jahreswirtschaftsbericht 1968, Zf. 57.

⁵ JG 76, Zf. 284.

⁶ G. STOLTENBERG, in: Die Zeit Nr. 19/1974, S. 26.

⁷ H. EHRENBURG, in: Die Zeit Nr. 46/1973, S. 40.

⁸ G. BOMBACH 1967, S. 110, Anm. 6.

ben; vielmehr sei es effizienter, selektiv die Investitionsgüternachfrage durch öffentliche Investitionsausgaben zu erhöhen. Vor einem globalen Instrumenteneinsatz sollten zunächst einmal die Disproportionen durch Maßnahmen mit selektiver Wirkung beseitigt werden.⁹

Prinzipiell stellt Boettcher die Sinnhaftigkeit globaler Konjunkturmaßnahmen in Frage, nachdem es keine einheitliche Konjunktur, sondern allenfalls noch ein System unkoordinierter Branchenkonjunkturen gäbe.^{9a}

Es ist hier beispielhaft zu erkennen, daß in der Wissenschaft alle nur möglichen Positionen vertreten werden, von Boettcher, der in der wirtschaftlichen Wirklichkeit nur noch ein System nicht-synchroner, ja häufig gegenläufiger Branchenkonjunkturen sieht, über Dürr, der die entscheidende Disproportionalität zwischen Investitionsgüter- und Konsumgütersektor sieht, bis hin zu den Vertretern der Globalsteuerung und den Lehrbüchern, in denen nur noch von *der* Konjunktur die Rede ist.

Indessen sind die Branchen der verarbeitenden Industrie, in denen sich der konjunkturelle Kernprozeß abspielt, weder völlig unverbunden, noch durch ein sozusagen festes Gestänge mechanisch aneinander gebunden. Was die Branchen — und damit die Branchenkonjunkturen — zusammenhält, sind die monetären und Güterströme zwischen den Branchen, also die Input-Output-Verflechtungen zwischen den Branchen und von den Branchen zur Gesamtwirtschaft. Disparate Entwicklungen einzelner Branchen oder Branchengruppen im konjunkturell-strukturellen Prozeß müssen dann immer einhergehen mit Veränderungen im 'Normalmuster' der Verflechtungen zwischen den Branchen.

Solche Veränderungen können nachfrage- und angebotsseitig bedingt sein. Auf der Nachfrageseite kommt es zu Verschiebungen in der Verwendungsstruktur des privaten Verbrauchs, in der Struktur des Staatsverbrauchs und schließlich — dies scheint der bedeutsamste Faktor zu sein — in Volumen und Struktur der Auslandsnachfrage. Auf der Ange-

⁹ Vgl. E. DÜRR 1972.

^{9a} Vgl. E. BOETTCHER 1974, S. 22.

botsseite sind branchenspezifische strukturelle Veränderungen vor allem in der Produktivitäts- und Kostenstruktur zu beobachten.

Eine strukturell bedeutsame Verschiebung in der privaten Verbrauchsnachfrage war als Folge des ansteigenden Inflationstrends Anfang der 70er Jahre zu beobachten. Die Inflation entwickelte sich von einem zyklischen zu einem Trendphänomen. Die dadurch induzierte Flucht in Sachwerte, vor allem in Immobilien, hatte eine strukturelle Übernachfrage auf dem Bausektor zur Folge, die in der darauffolgenden Rezession sich in Überkapazitäten und entsprechenden Beschäftigungseinbrüchen auswirkte.

Im Bereich der Staatsausgaben kam es, ebenfalls inflationsbedingt, nicht zu einer Ausweitung des Staatsanteils, sondern nur zu einer Veränderung in der Struktur der Staatsausgaben. Wie der SR im JG 74 ausführt, können sich aber auch dann stabilisierungspolitische Probleme ergeben, wenn sich die staatlichen Ansprüche an das Produktionspotential nicht im Niveau, sondern allein in ihrer Struktur erheblich verändern.¹⁰ Verschiebungen in der Struktur staatlicher Ansprüche erfordern entsprechende Veränderungen in der Angebotsstruktur der Wirtschaft. Dies bedeutet eine Abweichung von dem, « an was die Wirtschaft gewöhnt ist, an was sie sich angepaßt hat ». ¹¹ Da der erforderliche Anpassungsprozeß mit Friktionen und mit Zeitbedarf verbunden ist, kommt es zu Belastungen der stabilisierungspolitischen Ziele.

Veränderungen in der Auslandsnachfrage verschärfen noch die stabilisierungspolitischen Probleme. In der jüngsten Weltrezession war und ist die Industrie der Bundesrepublik « stärker herausgefordert als die Industrien anderer Länder. Unsere Exportrezession signalisiert eben einen Prozeß der verzögerten Strukturanpassung im Bereich der Industrie ». ¹² Die zweite Ursache, das relativ niedrige Lohnkostenniveau, ist seit Anfang der 70er Jahre sukzessive weggefallen, die erste Ursache (Un-

¹⁰ Vgl. JG 74, Zf. 409 ff.

¹¹ Ebd., Zf. 410.

¹² H. GIERSCH, K.-W. SCHATZ, in: Blick durch die Wirtschaft Nr. 168 vom 24. Juli 1975, S. 3.

terbewertung der D-Mark) wurde mit der Einführung des Floatens korrigiert. Das Ergebnis sind nachhaltige Strukturanpassungsvorgänge. Nach Untersuchungen des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel schrumpft der Anteil der Industrie an der inländischen Wertschöpfung seit fünf Jahren, und die Zahl der industriellen Arbeitsplätze geht absolut zurück. « Dies ist eine Art Strukturbruch zu der Zeit bis 1970, als die Industrie noch stärker wuchs als die Gesamtwirtschaft und fast jedes Jahr zusätzliche Arbeitskräfte brauchte. »¹³ Die durch die notwendigen Strukturanpassungsprozesse besonders geforderten Branchen sind solche mit besonders hoher Arbeitsintensität und/oder Rohstoffintensität und auch schon Industrien mit hohem Standardisierungsgrad der Produktionsverfahren.

Im Kern sind es diese strukturellen, mittelfristig wirksamen Kräfte, welche die Input-Output-Verflechtungen, an die sich die Wirtschaft gewöhnt hatte, aufbrachen, welche die strukturelle und konjunkturelle Kohäsion innerhalb des industriellen Sektors verminderten und damit die starke branchenmäßige Differenzierung des Konjunkturmusters verursachten.

Wenn diese These richtig ist, dann bleibt die Differenzierung der Konjunktur so lange ein relevantes stabilisierungspolitisches Problem, wie die genannten Ursachen wirksam bleiben und wie bei vermindertem gesamtwirtschaftlichen Wachstum strukturelle Anpassungsprozesse stärker auf das Konjunkturmuster durchschlagen.

« ... daß bei verringertem Wachstumsspielraum ein größerer Stabilisierungsbedarf entsteht », ¹⁴ folgerte der SR bereits aus den Erfahrungen der Rezession von 1966-67. « Dieser muß mit konkreten Mitteln gedeckt werden », fuhr der SR fort und begründete damit die Einführung von mittelfristigen Zielprojektionen zur mittelfristig ausgerichteten Verhaltensabstimmung der Tarifvertragsparteien und des Staates. Wenn heute der erhöhte Stabilisierungsbedarf wenigstens zum Teil auf strukturelle Einflußfaktoren zurückgeführt werden muß, dann liegt es nahe, die « konkreten Mittel », mit denen er gedeckt werden könnte, in der verbesserten Verzahnung und konzeptionellen

¹³ H. GIERSCH, K.-W. SCHATZ, ebd.

¹⁴ JG 67, Zf. 281.

Abstimmung von Konjunktur- und Strukturpolitik zu sehen.

Damit sind wir allerdings schon bei der zweiten Voraussetzung, die eingangs zu diesem Teil genannt wurde, nämlich dem Erfordernis, zu entscheiden, ob bzw. welcher Teil der diagnostizierten Fehlentwicklungen zur Korrektur den Selbstheilungskräften des Marktes und welcher Teil der Stabilisierungspolitik zugewiesen werden sollte. Um diese Frage entscheiden zu können, scheint ein Blick auf die Leistungsfähigkeit der geltenden Konzeption der Globalsteuerung angezeigt, um von dieser Basis aus zu beurteilen, ob und ggf. wo eine Verbesserung des wirtschaftspolitischen Steuerungspotentials vorzunehmen wäre.

Wenn immer die 'Selbstheilungskräfte' ins theoretische Kalkül mit eingehen, ist allerdings im Auge zu behalten, daß ein Teil der zu korrigierenden Fehlentwicklungen kurzfristiger Natur ist, und daß Steuerungserfolge kurzfristig erzielt werden müssen. v. Weizsäcker führt richtig aus, daß die marktmäßigen Wirkungsverzögerungen, die allenthalben, vor allem aber von den Monetaristen bezüglich der Maßnahmen der Konjunkturpolitik diagnostiziert werden, « dann aber auch für die Selbstheilungskräfte der Konjunktur » zu gelten hätten. « Das lange Warten auf den Erfolg ist aber in einer parlamentarischen Demokratie unrealistisch. »¹⁵

4.2. Zur Problematik der globalen Nachfragesteuerung

Das Prinzip der Globalsteuerung beruht auf der ordnungspolitischen Grundentscheidung für die 'Selbststeuerung der Mikrorelationen und die Globalsteuerung der Makrorelationen' (Schiller). Auch bezüglich des Begriffs der Globalsteuerung gilt, was F. K. Mann über den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft gesagt hat, daß nämlich eine politische Lösung, um erfolgreich und zündend zu sein, kein 'Muster der Logik' darzustellen brauche. Zwar ist zugute zu halten, daß die Einführung einer *New Economics* in ordo-liberaler Umwelt bestimmter rückversichernder Formeln bedurfte, und daß die

¹⁵ C. C. v. WEIZÄCKER 1975, S. 2.

Formel von der kombinierten Anwendung der Prinzipien 'Selbststeuerung' und 'Globalsteuerung' unter Ausgrenzung der Kategorie Planung eine durchaus gelungene Synthese von 'keynesianischer Botschaft' und 'Freiburger Imperativ'¹⁶ insinuierte; dennoch ist es möglicherweise erforderlich — und die gegenwärtige Epoche der Ernüchterung möglicherweise geeignet — diese Formeln kritisch anzugehen.

Globalsteuerung setzt voraus, daß sich die Makrorelationen a) überhaupt und b) global steuern lassen. Auf die Frage, ob Makrorelationen Gegenstand der Wirtschaftspolitik sein können, gibt z. B. Tuchtfeldt eine negative Antwort.¹⁷ Hier geht es zunächst um den zweiten Aspekt, also darum, ob die Globalsteuerung wirklich global wirken kann bzw. wirkt.

Die Suggestion des Globalen entspringt in erster Linie einem gewissen Wortzauber. Dieser hat seine reelle Stütze darin, daß die Globalsteuerung zweifellos auf globale, nämlich gesamtwirtschaftliche *Ziele* ausgerichtet ist. Preisniveau, Beschäftigungsstand, Zahlungsbilanzgleichgewicht, Wachstum, das sind globale Größen des Wirtschaftskreislaufes. Die Frage ist nur: Wenn das *Ziel* in der Steuerung makroökonomischer Größen besteht, ist die dazu erforderliche operative *Wirtschaftspolitik* dann notwendigerweise auch 'global'? Oder anders ausgedrückt: Ist, wie Schiller formulierte, Globalsteuerung eine « ... planvolle makroökonomische Beeinflussung der Kreislaufgrößen »¹⁸ oder ist sie nur eine 'planvolle Beeinflussung makroökonomischer Kreislaufgrößen'? Ist, wenn man Makro-Ziele über « Makro-Dezisionen » (Schiller) anstrebt, auch schon eine 'Makro-Politik', d. h. ein globaler Charakter der Implementation gewährleistet?

Hier wird die Unterscheidung zwischen Zielvariablen und Ansatzpunkten der Wirtschaftspolitik wichtig.

Die Makrorelationen bezeichnen ausschließlich das Aggregationsniveau der Zielvariablen. Sie kennzeichnen nicht die Ansatzpunkte der 'makroökonomischen Prozeßsteuerung', die im mikroökonomischen Bereich liegen, und sie kennzeichnen

¹⁶ Vgl. E. TUCHTFELDT 1973¹, S. 185 f.

¹⁷ Vgl. ebd.

¹⁸ K. SCHILLER, zit. bei H.-J. SCHMAHL 1973, S. 216.

nicht die Ebene, auf der die getroffenen Maßnahmen ihre Hauptwirkung entfalten; dies ist allem Anschein nach die *mesoökonomische* Ebene.

Im folgenden sollen die beiden wichtigsten Politikbereiche der Globalsteuerung, die monetäre und die Finanzpolitik, daraufhin untersucht werden, ob und welche strukturell differenzierenden Wirkungen sich aus ihrem Einsatz ergeben.

Gemeinhin geht man davon aus, daß *geld- und kreditpolitische Maßnahmen* globaler Natur sind, weil sie vor allem die Liquiditätsverfassung der Geschäftsbanken betreffen und damit allgemein die Kreditkosten und -möglichkeiten für alle Wirtschaftssubjekte beeinflussen. Aber je nach eingesetztem Instrumentarium ergeben sich unterschiedliche Wirkungen. So weist Meinhold darauf hin, daß die Zentralbank, um den Geldschöpfungsspielraum der Geschäftsbanken einzuengen, z. B. den Diskontsatz heraufsetzen oder den Liquiditätszustrom aus dem Ausland vermindern kann. Ersteres betrifft vor allem Unternehmen und Branchen, die ihren Kreditbedarf vorwiegend über Wechselkredite decken. Letzteres vor allem diejenigen Unternehmen, welche sich über Banken im Ausland refinanzieren.¹⁹ Realisiert die BBk ihre restriktive Politik über eine Erhöhung des Diskontsatzes, dann ist dies zwar eine globale Maßnahme in dem Sinne, daß damit das *Zinsniveau* — und dieses für alle Marktteilnehmer gleichartig — gesteuert wird. Eine Erhöhung des Zinses hat indessen für verschiedene ökonomische Entscheidungen und für verschiedene Wirtschaftszweige durchaus unterschiedliche Wirkungen. « Sehr hohe Zinsen in Kauf nehmen heißt..., einzelne Sektoren der Volkswirtschaft besonders hart unter Druck setzen, nämlich solche, ... (die) verhältnismäßig zinsreagibel sind. Das trifft auf die Bauwirtschaft zu, vor allem auf den Wohnungsbau. »²⁰

Auf den « *uneven impact* » der monetären Politik weist auch Tobin hin. Als in den USA 1965-66 die Geldpolitik einen « *credit crunch* » herbeiführte, ging das Wohnungsbauvolumen um 25% zurück.²¹

¹⁹ H. MEINHOLD 1964, S. 1069.

²⁰ JG 73, Zf. 294.

²¹ Vgl. J. TOBIN 1974, S. 35 und 84.

Aber nicht nur von den Zinsen her wird die Bauwirtschaft unter Druck gesetzt. Schröder sieht sie als bevorzugtes Objekt der antizyklischen Politik überhaupt, wodurch sie in ihren Entwicklungschancen tangiert werde: « Da unter den öffentlichen Ausgaben lediglich die Investitionen als Manövriermasse verfügbar sind, trifft eine auf globale Nachfragedrosselung bedachte antizyklische Haushaltspolitik eine einzelne Branche, die *Bauwirtschaft*, der damit eine wichtige Rahmenbedingung für eine optimale Produktivitätsentwicklung vorenthalten wird, nämlich eine einigermaßen stetige, das Innovationsrisiko kalkulierbar machende Nachfrageentwicklung. »²²

In diesen Ausführungen kann man eine gewisse Gegenposition zu Binder sehen, der moniert, daß immer die gleichen « ... privileged sectors of the economy »²³ in den Genuß der konjunkturpolitischen Maßnahmen kämen, — und dann auch meist noch solche Sektoren, die gar keiner Unterstützung bedürftig seien.

Wie Cornwall zeigt, ist innerhalb der Bauwirtschaft der Wohnungsbau benachteiligt, weil er allein schon durch den Zyklus negativ betroffen ist: Der Boom führe zu einer Zurückdrängung des Wohnungsbaus, weil er zins- und kostenempfindlicher ist als der Industrie- und Anlagenbau oder der Tiefbau. « During the boom with demand for all types of construction rising, real resources shift out of residential construction and into commercial and industrial. »²⁴ Dieser Effekt in der Spätphase des Booms wird durch eine restriktive monetäre Politik noch verschärft.

Krelle stellt heraus, daß eine restriktive Geld- und Kreditpolitik, die zu einer wirksamen Einschränkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage führen soll, vor allem die Investitionen treffe. Dadurch werde die Entwicklung der Kapazitäten negativ beeinflußt und « das wirtschaftliche Wachstum ganz erheblich reduziert ». ²⁵ Stirnberg führt diese Überlegungen weiter: Eine Drosselung der Investitionen und ein verlangsamter Ausbau

²² D. SCHRÖDER 1975, S. 29.

²³ P. BINDER 1973, S. 16.

²⁴ J. CORNWALL 1974, S. 104.

²⁵ W. KRELLE: Lohnpolitik, in: Wirtschaftswoche Nr. 49/1972, S. 22.

der Kapazitäten führe dazu, daß die Nachfrage im folgenden Aufschwung zu schnell in die (nur relativ gering gewachsenen) Kapazitäten hineinwachse; eine auf die Investitionen gerichtete Politik programmiere die Engpässe und inflationären Impulse des Booms. « In der einen Zyklusphase ist schon der Kern für die andere angelegt. »²⁶ Ebenso betont Keinath, daß die Geld- und Kreditpolitik schwerpunktmäßig auf den Investitionsgütersektor gewirkt habe, der im übrigen zusammen mit dem Ausrüstungsgütersektor auch von der Finanzpolitik vorrangig betroffen werde.²⁷

Darüber hinaus wirkt die global intendierte Geld- und Kreditpolitik unterschiedlich auf verschiedene Branchen, Unternehmensgrößenklassen und Unternehmensarten.

Für stark exportorientierte Branchen besteht — wie für Großunternehmen und multinationale Unternehmen — die Möglichkeit, der inländischen monetären Politik durch Rückgriff auf ausländische Finanzierungsquellen auszuweichen. Diese Möglichkeit besteht in der Regel für Unternehmen des Mittelstandes, des Handwerks etc. nicht. Darauf deutet Zeitel mit der Bemerkung hin, daß ' der Mittelstand bisher einseitig die Lasten der Stabilitätspolitik tragen mußte '.²⁸

Socher bestätigt die These, daß kreditpolitische Maßnahmen selektiv wirken: « Empirische Untersuchungen sprechen dafür, daß vor allem kleine und mittlere Unternehmen von den Veränderungen des Kreditangebotes betroffen werden. »²⁹

Wie die besonderen Mittelstandsprogramme zeigen, mit denen für kleine und mittlere Unternehmen Sonderkredite und sonstige Hilfsmaßnahmen eingeräumt werden,³⁰ wird der genannte Sachverhalt seitens der Wirtschaftspolitik durchaus zur Kenntnis genommen.

Bei der relativen Benachteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen liegt genau der Fall vor, daß globalsteuernde Maß-

²⁶ L. STIRNBERG 1974, S. 62.

²⁷ Vgl. K. KEINATH 1978, S. 82.

²⁸ Vgl. G. ZEITEL, in: Die Zeit Nr. 51/1974, S. 32.

²⁹ K. SOCHER 1971, S. 69.

³⁰ Vgl. z. B. Jahreswirtschaftsbericht 74, Zf. 13 c) und Jahreswirtschaftsbericht 75, Zf. 14 c).

nahmen nicht nur nicht gleich, sondern ungleichheitsverstärkend wirken. Desweiteren liegt genau die Kompensation vor, die Wilhelm für den Fall ungleichmäßiger Auswirkungen gefordert hat.³¹

Ein besonderer Aspekt kommt durch den Zusammenhang zwischen Unternehmensgrößenstruktur und Regionalstruktur herein, auf den Keinath hinweist. In den Ballungsgebieten sind die oberen Unternehmensgrößenklassen stärker vertreten als in peripheren Gebieten. Eine globale (restriktive) monetäre Politik trifft nun nicht nur kleinere und mittlere Unternehmen relativ stärker als die größeren in oligopolistischen Märkten, sondern auch die peripheren und strukturschwachen Gebiete relativ stärker, so daß die ungleichen Wirkungen sich teilweise kumulieren.³² Hinzu kommt die Sonderstellung der exportorientierten Industrie. Exportintensive Industrien, die meist auch in Ballungsgebieten stehen, zeigen geringere Abschwungstendenzen als andere Industrien und Regionen, weil sie im Export ein Ventil haben. Da die Globalsteuerung die Wechselkurse nicht manipuliert und daher nicht direkt die Exportnachfrage steuert, wirkt diese in Ballungsgebieten und in exportintensiven Industrien weniger stark. Von expansiven Maßnahmen im Abschwung bzw. in der unteren Wende sind diese Industrien (und Räume) doppelt positiv betroffen: meist ist durch die expandierende Exportnachfrage bereits die Grundlage für den Aufschwung gelegt, nun kommen noch expansive Impulse aus der Inlands- bzw. Staatsnachfrage hinzu. Darüber hinaus war schon der Abschwung für diese Bereiche weniger stark als für andere.³³

Es zeigt sich also, daß eine Reihe von Faktoren, z. B. Regionalstruktur, Unternehmensgrößenklasse, Exportquote, Produktionsstufe etc. die selektiven Wirkungen global intendierter Steuerungsmaßnahmen kumulativ verstärken kann.

Auch monetäre Maßnahmen, die man noch am ehesten als globale einzuschätzen bereit ist, haben ins Gewicht fallende

³¹ Vgl. H. WILHELM 1975, S.

³² Vgl. K. KEINATH 1978, S. 89.

³³ Vgl. ebd., S. 91 f.

— Schmahl meint sogar: « primär » — selektive Wirkungen: im Rahmen des *demand management* wirkt, « ... weil ' die Nachfrage ' ein Konglomerat aus recht heterogenen Bestandteilen ist... selbst eine so ' globale ' Kategorie von Instrumenten wie die der Notenbank primär selektiv. Sie trifft zunächst einmal diejenigen Nachfragebereiche, die überhaupt kreditabhängig sind... ». ³⁴

Das ist, wenn auch in sehr unterschiedlichem Ausmaß, der Gesamtbereich der Investitionsnachfrage. Die Instabilitäten dieses Aggregates, die aufgrund von Ungewißheit und Risiko, von Nachfrageschwankungen und technischem Fortschritt etc. ohnehin gegeben sind, werden durch eine *stop-and-go*-Politik noch verstärkt. Innerhalb dieses Aggregates sind es vor allem die Bau-, und hierin wiederum die Wohnungsbauinvestitionen, die geldpolitischen Datenänderungen besonders stark ausgesetzt sind. Die zurückliegende Erfahrung deutet darauf hin, daß die monetären Maßnahmen um so differenzierter wirken, je schärfer der jeweilige Kurs gefahren wird.

Die selektiven Wirkungen ergeben sich nicht nur bei restriktiven, sondern auch bei expansiven Maßnahmen. In bezug auf das expansive Konjunkturprogramm der BReg vom Dezember 1974 merkt Zeitel an: « Es scheint in der Tat, daß die Wirkung des Programms in erster Linie größeren Unternehmen zugute kommen wird, deren Geschäftslage zum überwiegenden Teil ohnehin günstiger ist als die kleinerer und mittlerer Unternehmen. » ³⁵ Dieser Feststellung folgt die Forderung nach einer besseren Abstimmung von Konjunktur-, Struktur- und Ordnungspolitik und insbesondere die Forderung nach strukturpolitischen Maßnahmen zum Schutze der mittelständischen Wirtschaft.

Der SR selbst weist darauf hin, daß « eine Politik der restriktiven Globalsteuerung mit sektoralen Wirkungen verbunden (ist), welche ihr Grenzen der Zumutbarkeit auferlegen. Diese sind möglicherweise (Ende 1973) schon erreicht. » ³⁶

³⁴ H.-J. SCHMAHL 1973, S. 37.

³⁵ G. ZEITEL, in: Die Zeit Nr. 51/1974, S. 32.

³⁶ JG 73, Zf. 316.

Mit den Grenzen der Zumutbarkeit sind auch die Grenzen der Globalsteuerung selbst erreicht. Es wird jenseits dieser Grenze erforderlich — und in der Praxis ist die Wirtschaftspolitik diesem Erfordernis nachgekommen —, das Instrumentarium differenzierend einzusetzen und auf die strukturell differenzierten Wirkungen global intendierter Maßnahmen wie auf die je unterschiedliche Lage einzelner Sektoren bestimmte Rücksichten zu nehmen. Mit diesem Erfordernis aber ist ein weiteres unmittelbar verbunden: *Rationale* Wirtschaftspolitik ist nicht über eine Art ad-hoc-Differenzierung möglich, sondern nur über konzeptionelle Vorstellungen, mit denen zugleich mittelfristigen strukturpolitischen Gesichtspunkten Rechnung getragen wird.

Was nun die *finanzpolitischen Maßnahmen* im Rahmen der globalen Nachfragesteuerung betrifft, so geht es m. E. hier nicht so sehr darum, nachzuweisen, daß sie primär selektiv wirken. Nachweisbedürftig wäre vielmehr die gängige Aussage, daß die Finanzpolitik als Teil des makroökonomischen Instrumentariums global wirke. Wie bei der Geldpolitik reicht es auch hier nicht aus, daß sich die jeweiligen Maßnahmen letztendlich auch in Veränderungen makroökonomischer Größen niederschlagen, oder daß sie auf die Beeinflussung makroökonomischer Kreislaufaggregate *abzielen*. Relevant ist, wo sie in dem für die Konjunkturpolitik relevanten Zeitraum ihre Hauptwirkungen entfalten.

Peters unterscheidet zwischen den Zielvariablen und den Ansatzpunkten der Konjunkturpolitik, er unterliegt aber wohl der Suggestion der Worte — « makroablaufpolitische Mittel der Geld- und Konjunkturpolitik »³⁷ — bei seiner Interpretation dessen, was die Globalität der globalen Wirtschaftspolitik ausmache:

« Da eine direkte Steuerung makroökonomischer Größen, wie z. B. der Gesamtnachfrage, nicht möglich ist, erfolgt deren Beeinflussung global (Globalsteuerung!) [i. O.] über eine vorher unbestimmte Zahl bestimmter Mikrogrößen, wie z. B. das Konsumverhalten oder die Investitionsneigung der Einzelwirtschaften. »³⁸

³⁷ H.-R. PETERS 1971, S. 18.

³⁸ Ebd., Anm. 5.

Wie auch immer das richtige Kriterium lauten mag, es bleibt im folgenden zu untersuchen, wie die 'Beeinflussung der Investitionsneigung der Einzelwirtschaften' über finanzpolitische Maßnahmen tatsächlich aussieht.

Mit ihrem Konjunkturprogramm vom 19. Dez. 1973 setzte sich die Bundesregierung das Ziel: « Diese Maßnahmen werden das Investitionsklima 1974 positiv beeinflussen... ». ³⁹ Konkret war dabei vorgesehen:

- die Investitionsteuer rückwirkend zum 1.12.1973 aufzuheben,
- die degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens ab 1.12.1973 und
- § 7 b EStG zum 1.1.1974 wieder zuzulassen. ⁴⁰

Diese Maßnahmen mögen als global angehen, wenn auch die Investitionsteuer nur für Investoren und für den Investitionsgütersektor, der § 7 b EStG nur für den Erwerb von Wohnungseigentum relevant ist und dadurch die 'Gesamtnachfrage' nicht als ganze, sondern über partielle Komponenten stimuliert wird.

Darüber hinaus werden mit dem genannten Konjunkturprogramm Mittel für Gemeinschaftsaufgaben disloziert und Sperren im ERP-Haushalt aufgehoben. ⁴¹ Konkret hieß das im Winter 1973-74, daß 'eine staatliche Auftragsflut in Höhe von vier Milliarden Mark sich über die deutsche Wirtschaft ergoß: ⁴²

- « Aufträge über drei Milliarden Mark an den Tief- und Hochbau, die noch 1973 erteilt, aber erst 1974 abgerechnet werden (Verpflichtungsermächtigungen).
- 360 Millionen Mark für den Wohnungsbau.
- Kredite und Darlehen an Mittelstand und für Umweltschutz in Höhe von einer Milliarde Mark (Neues ERP-Programm). » ⁴³

³⁹ Jahreswirtschaftsbericht 1974, Zf. 3.

⁴⁰ Vgl. Jahreswirtschaftsbericht 1974, Zf. 3.

⁴¹ Vgl. ebd.

⁴² Vgl. Wirtschaftswoche Nr. 45/1973, S. 23.

⁴³ Ebd.

Für die zweite Phase der Konjunkturbelebung war vorgesehen:

- « Aufträge für zwei Milliarden Mark aus der zweiten in die erste Hälfte von 1974 vorziehen und
- Projekte im Wert von 1,7 Milliarden Mark aus dem ersten Halbjahr 1975 vorzuverlegen. »⁴⁴

Die staatliche Nachfrage kann sich natürlich nicht irgendwie global entfalten; sie kann immer nur über konkrete Vorhaben und Projekte partielle Impulse auslösen. Diese treffen vor allem Teile der Investitionsgüterindustrie und Teile der Bauindustrie. Konkrete Vorhaben der Bundesregierung im Winter 1973-74 waren:

- « Kauf von Lastkraftwagen für die Bundeswehr, Bau von Kasernen und Kernkraftwerken, Bahnhöfen und Hauptpostämtern, Autobahnen und Straßen sowie Modernisierung des Bonner Regierungsviertels. »⁴⁵

Auch das Konjunkturprogramm der Bundesregierung vom August 1975 war im wesentlichen ein 'Strukturprogramm' zugunsten der Bauwirtschaft. Bei einem Gesamtvolumen von 5,5 Mrd. DM sollten folgende Einzelprogramme durchgeführt werden:

- « 700 bis 750 Millionen Mark für die Sanierung von Altbauwohnungen.
- 500 Millionen Mark für die Stadtsanierung.
- 1,45 Milliarden Mark für ein Infrastrukturprogramm, das über das Wirtschaftsministerium abgewickelt wird (Kindergärten, Kläranlagen, Sportplätze usw.).
- 300 Millionen Mark als Zinssubventionen für die Verbilligung von Krediten für die Zwischenfinanzierung beim Bau von Eigenheimen und Eigentumswohnungen.
- 1,2 Milliarden Mark allgemeine Hochbaumaßnahmen des Bundes.
- 400 Millionen Mark für Arbeitsbeschaffung.
- Eine Milliarde Mark als Darlehen für kommunale Bauvorhaben. »⁴⁶

⁴⁴ Wirtschaftswoche Nr. 45/1973, S. 23.

⁴⁵ Vgl. ebd.

⁴⁶ Die Zeit Nr. 36 vom 29. Aug. 1975, S. 24.

Die mögliche 'Ausstrahlung' dieses Programms ergibt sich aus dem relativen Gewicht der Bauindustrie an der Gesamtwirtschaft. Der Beitrag des Baugewerbes zum Bruttoinlandsprodukt beträgt ca. 9%, der Anteil der Erwerbstätigen, die direkt oder indirekt von der Bauwirtschaft abhängig sind, beträgt ca. 11%. Die Bedeutung der Bauwirtschaft für einzelne Sektoren ist folgender Tabelle zu entnehmen, die den Anteil der gesamten inländischen Produktion der jeweiligen Branche ausweist, der für die Bauindustrie bestimmt ist.

Zement, Kalk, Gips	61%
Stahl- und Leichtmetallbau	57%
Steine und Erden	56%
Holz, Holzwaren	24%
Feinkeramik, Glas	17%
Kunststoff, Gummi, Asbest	8%
Eisen und Stahl	7%

Quelle: Zeit/Globus Nr. 37 vom 29.8.1975, S. 24.

Generell liegen die Möglichkeiten öffentlicher Investitionen vor allem im Baubereich. Der Bund tätigt allerdings nur 16% der öffentlichen Bauausgaben, Länder und Gemeinden 84%. Der Bund investiert 90% seiner Bauausgaben in den Verkehrsbereich: Straßen, Häfen, Wasserstraßen, Einrichtungen des öffentlichen Nahverkehrs. Daneben stehen die Investitionen, die vor allem von den Ländern und Gemeinden getragen werden: Einrichtungen kommunaler Ver- und Entsorgungssysteme, Einrichtungen des Bildungs- und Ausbildungswesens und des Gesundheitswesens.⁴⁷

Dies ist der Bereich der direkten staatlichen Investitionsnachfrage. Bezogen auf das Haushaltsvolumen des Bundes machen seine Bauausgaben 4% aus. Von der Gesamthöhe wie von der Struktur der Ausgaben her wird aus diesen Angaben deutlich, wie eng begrenzt der Bereich der 'Staatsausgaben' ist, der direkt zur konjunkturellen Beeinflussung verwendbar ist.

⁴⁷ Alle Angaben aus K. PORZNER 1975, S. 12 ff.

Dabei sind natürlich nicht die ganzen 4% disponibel; allenfalls ein Teil der Zuwächse.

Dieser etwas genauere Blick auf das Aggregat 'staatliche Ausgabenerhöhung' unterstreicht die Feststellung von Kromphardt, daß « die größenmäßigen Ankurbelungswirkungen z. B. eines sog. Eventualhaushaltes doch entscheidend nicht nur von seiner Gesamtsumme, sondern auch von seiner inneren Zusammensetzung ab(hängen). Die Frage, ob eine Erhöhung oder Verminderung eines solchen Investitionsstoßes zu empfehlen ist, kann fundiert nur zugleich mit der Frage diskutiert werden, welche Wirtschaftszweige davon zuerst und bevorzugt getroffen werden sollen ». ⁴⁸

Die bisherigen Überlegungen sind m. E. geeignet, die allzu pauschale Aussage zurechtzurücken, daß die antizyklische Finanzpolitik die Schwankungen der privaten Investitionsnachfrage kompensieren und damit die Entwicklung von gesamtwirtschaftlicher Nachfrage und gesamtwirtschaftlichem Angebot in Übereinstimmung bringen könne. Die Ansatzmöglichkeiten der Finanzpolitik — wie sie bislang betrieben wurde — sind beschränkt und die Primär-Wirkungen selektiv. Insofern ist es falsch, pauschal von der Möglichkeit einer globalen Steuerung zu sprechen. Die jüngste Depression hat diesen Aspekt deutlich hervortreten lassen, wie eine Anmerkung des SR zeigt:

« Der Staat entfaltet oder bewirkt zusätzliche Nachfrage nicht vorwiegend dort, wo sie ausgefallen ist. Obwohl dies die angestrebte expansive Globalwirkung auf den Einkommenskreislauf nicht behindern muß, darf die Gefahr nicht übersehen werden..., daß falsche Signale gesetzt werden. » ⁴⁹

Sicherlich ist es richtig, daß die selektiven Primärwirkungen der staatlich entfalteten Nachfrage die angestrebte Globalwirkung nicht behindern *müssen*. Indessen ist auch nicht ausgemacht, daß die angestrebte Globalwirkung sich kurzfristig — und darauf kommt es bei der antizyklischen Konjunktur-

⁴⁸ W. KROMPHARDT 1972, S. 219.

⁴⁹ JG 74, Zf. 416.

politik an — einstellt. Über die 'falsch gesetzten Signale' hinaus können sich, wie der SR selbst ausführt, aus der Struktur der staatlichen Ausgabentätigkeit negative Nebenwirkungen derart ergeben, daß inflationäre Impulse dort entstehen, wo zusätzliche staatliche Nachfrage entfaltet wird, ohne daß private ausgefallen wäre, und daß Beschäftigungswirkungen ausbleiben, weil zusätzliche staatliche Nachfrage dort nicht entfaltet wird, wo private ausgefallen ist.⁵⁰

Die Analyse der differenzierten Wirkungen der Globalsteuerung bestätigt insgesamt das Urteil von Wilhelm, das dieser aus einer regionalpolitisch orientierten Analyse abgeleitet hat:

« ... Die Globalsteuerung verursacht weit mehr ökonomische und politische Probleme als bei einer oberflächlichen Betrachtung vermutet wird; zumindest dürfte kaum weiterhin davon ausgegangen werden, daß die durch globale Mittel ausgelösten Folgen schon deswegen systemkonform und daher ordnungspolitisch unschädlich seien, weil sie den gesamten Wirtschaftskörper und Wirtschaftsraum gleichmäßig treffen würden. Die Globalsteuerung kann die Erwartungen hinsichtlich Gleichmäßigkeit oder gar Gerechtigkeit keineswegs in einem Ausmaß erfüllen, das ihr generell einen bevorzugten Platz in der Reihe aller möglichen wirtschaftspolitischen Konzeptionen geben würde. »⁵¹

Die Analyse der strukturell differenzierten Inzidenz eines Konjunkturprogramms soll im folgenden durch eine ordnungspolitische Analyse ergänzt werden, bei der es um die Frage geht, ob und inwieweit die operative Wirtschaftspolitik in konjunkturell schwierigen Situationen bei der Auswahl und Ausrichtung ihrer Maßnahmen vom Pfad der Globalsteuerung abweicht. Zur Einordnung der im Jahreswirtschaftsbericht 1974 unter der Rubrik 'Wirtschafts- und Finanzpolitik' aufgeführten Maßnahmen bedienen wir uns einer Systematik (vgl. Übersicht 4), die aus den traditionellen Systematiken des wirtschaftspolitischen Instrumentariums entwickelt worden ist (vgl. Übersicht 3).

⁵⁰ Vgl. JG 74, Zf. 400 ff.

⁵¹ H. WILHELM 1975, S. 521.

Übersicht 3: *Verschiedene Ansätze der Systematisierung des Instrumentariums und der Bereiche der Wirtschaftspolitik*

a) *W. Eucken*

Ordnungspolitik	Ablaufpolitik
-----------------	---------------

b) *E. Tuchtfeldt*

	Ordnungspolitik	Ablaufpolitik
mikro		
makro		Geld- und Finanzpolitik

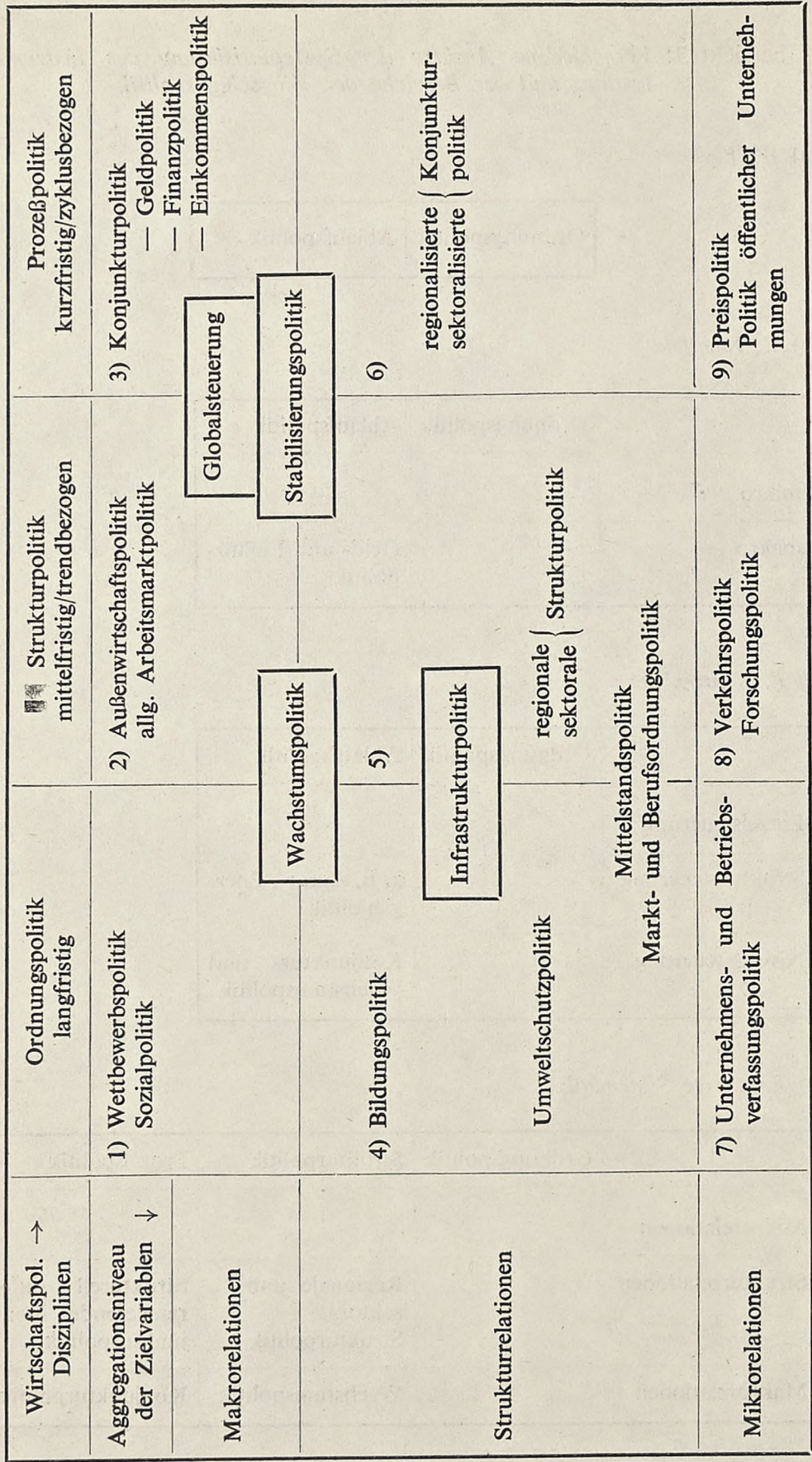
c) *E. Kantzenbach*

	Ordnungspolitik	Ablaufpolitik
Einzelsteuerung		
Struktursteuerung		z. B. Agrar-, Energiepolitik
Niveausteuerung		Konjunktur- und Wachstumspolitik

d) *Erweiterte Systematik*

	Ordnungspolitik	Strukturpolitik	Prozeßpolitik
Mikrorelationen			
Strukturrelationen		Regionale und sektorale Strukturpolitik	Strukturell differenzierende Konjunkturpolitik
Makrorelationen		Wachstumspolitik	Konjunkturpolitik

Übersicht 4: Erweiterte Systematik des Instrumentariums der Wirtschaftspolitik



Zunächst läßt sich feststellen, daß für den Bereich der inländischen Wirtschaftspolitik (also unter Ausschluß der europäischen und Außenwirtschaftspolitik) auch im Jahreswirtschaftsbericht die drei 'Disziplinen' globale Prozeßpolitik, Ordnungspolitik und Strukturpolitik unterschieden werden. Rein äußerlich fällt auf, daß der globalen Prozeßpolitik 2 Ziffern, der Ordnungs- und Strukturpolitik zusammen 20 Ziffern gewidmet sind. Aber auch innerhalb der Prozeßpolitik ist meist von der Berücksichtigung struktureller Besonderheiten, weniger von wirklich globalen Maßnahmen die Rede.

In Zf. 13 a) wird die monetäre Politik auf eine « stabilitätsorientierte Grundlinie » festgelegt; einer Zinsentspannung soll dabei aber genügend Raum gelassen werden. In Zf. 13 b) wird ausgeführt, daß von der Währungspolitik her eine Höherbewertung der DM zugelassen würde, weil sie stabilitätspolitisch erwünscht sei. In Zf. 13 c) nun geht die globale Perspektive verloren. Hier ist von der Wiedereröffnung des Mittelstandsprogramms der Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Erleichterung der Kreditaufnahme durch mittlere und kleine Unternehmen und von Sonderkrediten für diese Unternehmen die Rede; explizit sollen « mittelständische Unternehmen der Textil- und Bekleidungsindustrie, der Leder- und Schuhindustrie, der Bauwirtschaft sowie des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes mit zinsgünstigen Krediten bedient werden ».

Wenn wir nun die im Jahreswirtschaftsbericht unter der Überschrift « Politik zur globalen Beeinflussung des Wirtschaftsprozesses » aufgeführten Maßnahmen unserer Systematik zuordnen wollen, dann ergeben sich bezüglich der Maßnahmen der Zf. 13 a) und b) keine Probleme: Wir haben es hier mit Maßnahmen der Prozeßpolitik zu tun, die auf die Beeinflussung von Makrorelationen abzielen. Sie fallen in die Kategorie 3.

Wie aber sind die Maßnahmen der Zf. 13 c) einzuordnen? Da sie kurzfristig orientiert sind, d. h. kurzfristig wirksam werden sollen, können sie nicht der sektoralen Strukturpolitik (Kategorie 5), auch nicht der Wachstumspolitik (Kategorie 2) zugeordnet werden. Es erweist sich hier als nützlich, daß die Systematik eine Kategorie 6 für eine auf Strukturrelationen zielende Prozeßpolitik vorsieht; nichts anderes nämlich sind

die auf einzelne Branchen und Unternehmensgrößenklassen zielenden Maßnahmen der Kreditbegünstigung: *eine differenzierende monetäre Konjunkturpolitik*.

Was die Finanzpolitik betrifft, so haben wir auch hier eine Mischung aus globalen und differenzierenden Maßnahmen zu verzeichnen. Auf der Ausgabenseite wird eine allgemeine Expansion der öffentlichen Haushalte abgelehnt, investive Maßnahmen sollen jedoch « ohne Verzögerung durchgeführt werden » (Zf. 13 d). Auf der Einnahmeseite wird für Jahresmitte die Einstellung des Stabilitätzuschlages angekündigt (Zf. 13 j). Damit ist die globale Linie erschöpft; es folgt eine Liste von gezielten Sondermaßnahmen im Rahmen eines 'Sonderprogramms für Gebiete mit speziellen Strukturproblemen' und im Rahmen des ERP-Wirtschaftsplanes.⁵² Auch die Wiedereinführung von Sonderabschreibungen für Tagebaubetriebe des Braunkohlenbergbaus wird (in Zf. 13 k) unter der Überschrift « globale Beeinflussung des Wirtschaftsprozesses » angekündigt. Wiederum erleichtert unsere Systematik eine Unterscheidung in globale und strukturell differenzierende Maßnahmen.

Insgesamt zeigt sich im Jahreswirtschaftsbericht 1974 eine Tendenz, prozeßpolitische Maßnahmen nicht nur mit der Zielrichtung auf Makrorelationen, also in der Form einer globalen Steuerung, einzusetzen, sondern *zusätzlich* auch mit der Zielrichtung auf Strukturrelationen, also in der Form einer differenzierenden Konjunkturpolitik. Dies mag mit der besonderen Ausprägung des Abschwungs von 1974 zusammenhängen; strukturelle Probleme und eine starke Differenzierung der Konjunktur nach Branchen standen in dieser Phase im Vordergrund.

Die Maßnahmen, die im Jahreswirtschaftsbericht 1974 unter der Rubrik 'Ordnungspolitik und Strukturpolitik' aufgeführt sind, werfen hinsichtlich der Einordnung in die Neue Systematik nicht solche Probleme auf, wie die Maßnahmen der 'globalen Prozeßpolitik'. Als Kern der Ordnungspolitik gilt die Wettbewerbspolitik (Zf. 26); diese konkretisiert sich in der Mißbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen

⁵² Vgl. dazu H. WILHELM 1974, S. 517 f., der diese 'Sonderprogramme' ganz einfach zur Regionalpolitik zählt, und zwar zu ihrer Funktion, regionale Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung auszugleichen.

und in der Fusionskontrolle einerseits, in Kooperationserleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen und in der Regelung der Ausnahmereiche des GWB andererseits (Zf. 27-28). Die Palette der wettbewerbspolitischen Maßnahmen wird ergänzt durch Maßnahmen der Preispolitik, Verbraucherpolitik und der Bildungspolitik, insbesondere der Berufsausbildung (Zf. 29-32). Diese Maßnahmen sind in der Tat längerfristig und auf den Ordnungsrahmen orientiert, wobei man differenzieren kann nach solchen, welche allgemein den Wettbewerb, die Mobilität und die Markttransparenz fördern (Kategorie 1), solche, welche auf bestimmte Teilmärkte ausgerichtet sind, wie Neuordnung des Arzneimittelmarktes, Honorarordnungen für Architekten, Marktinformationsverfahren für die Bauwirtschaft etc. (Kategorie 4), und schließlich solche Maßnahmen, die sich auf einzelne Wirtschaftssubjekte beziehen (Kategorie 7): Mißbrauchsaufsicht, Fusionskontrolle etc.

Insgesamt läßt sich feststellen, daß die Problematik der ordnungspolitischen Maßnahmen nicht so sehr in ihrer systematischen Zuordnung als vielmehr in ihrer Bewertung liegt, weil hier wettbewerbsfördernde und partiell wettbewerbshemmende Maßnahmen (Ausnahmereiche, Kooperationserleichterungen, Markt- und Honorarordnungen) zusammengefaßt sind.

Was die im Jahreswirtschaftsbericht angeführten Maßnahmen der sektoralen und regionalen Strukturpolitik betrifft, so erweist sich der Nutzen der neuen Systematik insofern, als sie dafür eine eigene Kategorie (5) ausdifferenziert, welcher diese mittelfristig und auf Strukturrelationen orientierten Maßnahmen zugeordnet werden können. Nach der Kantzenbachschen Systematik müßte man diesen Politikbereich zerlegen in ordnungs- und prozeßpolitische Elemente. Ferner entfiere die Möglichkeit einer Differenzierung zwischen Strukturpolitik i. e. S., strukturell differenzierender Konjunkturpolitik zur kurzfristigen und Marktpolitik zur längerfristigen Seite hin (vgl. Übersicht 4, S. 198).

Es erscheint nützlich, sich daran zu erinnern, daß auch die Globalsteuerung einmal konzipiert wurde, um Probleme zu lösen, mit denen die Wirtschaftspolitik der voraufgehenden Epoche der Sozialen Marktwirtschaft überfordert gewesen zu sein schien. Ist es die kontinuierliche Erhöhung des Anspruchsniveaus

an die Performanz sowohl des Wirtschaftssystems als auch der Wirtschaftspolitik, welche immer erneut Unzulänglichkeiten des Bestehenden zutage fördert und nach 'Verbesserungen' suchen läßt? Oder sind es eher die unbeabsichtigten Nebenwirkungen, die zuvor nicht klar genug gesehen wurden und im Nachhinein Korrekturen erforderlich machen? Oder kommt hier ein generelles Problem menschlichen Handelns zum Vorschein, wie es C. F. v. Weizsäcker einmal für das politische bzw. 'sozialtechnologische' Handeln allgemein auf den Begriff brachte: « Alle diese Übel sind durch die Verbesserung unserer Mittel erzeugt, und unsere Reaktion auf sie ist, noch bessere Mittel zu entwerfen, die den neuen Übeln gewachsen wären. »⁵³

Kritik an der Globalsteuerung und eine 'Enttäuschung über ihre Einsatzmöglichkeit und Effektivität' sind heute weitverbreitet. Aus dieser Kritik werden die unterschiedlichsten Konsequenzen gezogen. Im Extrem stehen sich dabei zwei Positionen gegenüber, deren eine auf eine 'Verbesserung unserer Mittel' verzichtet, ja Umfang und Intensität des Handelns zurückschrauben will, und deren andere 'noch bessere Mittel' entwerfen will, um die 'neuen Übel' zu kurieren. Im Bereich dieser Alternativen stehen Entscheidungen an.

4.3. Die stabilisierungspolitischen Handlungsalternativen

4.3.1. Der Entscheidungsrahmen

Wirtschaftspolitik in marktwirtschaftlichen Ordnungen hat die Funktion, politisch erwünschte Zustände und Entwicklungen herbeizuführen und/oder — dieser Aspekt ist relevanter — politisch unerwünschte Entwicklungen und Zustände zu korrigieren. Fehlentwicklungen werden dabei als Datenänderungen interpretiert, die den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen zuwiderlaufen. In einem marktorientierten, gemischtwirtschaftlichen System sind wirtschaftspolitische Eingriffe dann legitimiert, wenn Zielverletzungen vorliegen und wenn diese durch ein Ver-

⁵³ C. F. v. WEIZÄCKER 1974, S. 615.

sagen des Marktsystems verursacht sind. Es ist anerkannt, daß pareto-optimale Marktergebnisse sich nur dann einstellen, wenn die paretianischen Bedingungen gegeben sind. Fehlentwicklungen müssen freilich unterschieden werden in solche, die durch das Fehlen dieser Bedingungen verursacht sind, und in solche, die sich durch eine Außerkraftsetzung dieser Bedingungen, d. h. als Folgen bzw. unerwünschte Nebenwirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen ergeben haben.

Je nach Art der Fehlentwicklungen wären unterschiedliche wirtschaftspolitische Konsequenzen angezeigt. Die generalisierende Aussage, « ... staatliche Allokationsmechanismen (sind) auf jenen Gebieten, die durch Marktversagen gezeichnet sind, mit dem Ziel einzusetzen, das Pareto-Optimum zu verwirklichen », ⁵⁴ wäre deswegen dahingehend zu qualifizieren, daß zunächst überprüft werden müßte, ob die unbefriedigenden Marktergebnisse tatsächlich eine Folge von Marktversagen sind. Wären sie eine Folge vorgängiger wirtschaftspolitischer Interventionen, die das Funktionieren der Marktmechanismen behinderten, dann könnte statt weiterer wirtschaftspolitischer Maßnahmen auch eine Aufhebung bzw. Reduktion der vorgängigen Interventionen hinreichen.

Indessen ist ein Wirtschaftssystem nach einer gewissen Periode der Einwirkung von Interventionen nicht mehr das gleiche wie zuvor. Das System lernt bzw. die Akteure des Systems passen ihre Erwartungen und Handlungen neuen Rahmenbedingungen an. Grundsätzlich steht die Wirtschaftspolitik — wie jede Politik — vor dem Dilemma, daß sie mit bestimmten Maßnahmen auf Folgen zu reagieren versucht, die teilweise auf frühere Maßnahmen zurückzuführen sind, die gegen frühere Folgen gerichtet waren. ⁵⁵

Im Einzelfall ist oft schwer zu unterscheiden, ob eine bestimmte Fehlentwicklung nun auf Friktionen im Markt-Preis-Mechanismus oder auf falsch gesetzte wirtschaftspolitische Daten zurückzuführen ist.

Die Erfahrung zeigt, daß der Staat, z. B. mit Zöllen und nichttarifären Handelshemmnissen, von bestimmten Branchen

⁵⁴ K. LITTMANN 1975, S. 103.

⁵⁵ Vgl. C.F. v. WEIZSÄCKER 1974, S. 615.

Wettbewerbsdruck abfängt und den Strukturwandel aufhält, weil andere Ziele, z. B. soziale und Beschäftigungsziele, Standort- und regionalpolitische Ziele, vorrangig eingestuft werden. Wie Donges u. a. nachweisen,⁵⁶ werden in der BRD Bergbau und Stahlindustrie, Schiffbau, Holz, Zellulose- und Papierindustrie, Feinkeramische Industrie, Textil- und Bekleidungsindustrie sowie zu einem geringeren Teil auch die Chemische Industrie aus den verschiedensten Gründen protektioniert, sowohl über Zölle wie auch über Beimischungsauflagen und andere nichttarifäre Hemmnisse. Strukturmängel werden damit konserviert und Arbeitskräfte in relativ unproduktiven Beschäftigungen festgehalten.

Die genannten wirtschaftspolitischen Interventionen sind weder durch ein Versagen des Marktsystems verursacht noch mit dem Zweck eingesetzt worden, 'das Pareto-Optimum zu verwirklichen'. Vielmehr werden diejenigen Ergebnisse als *politisch unerwünscht* angesehen, die ein unbehinderter Marktprozeß erbringen würde. Dies deutet darauf hin, daß die Beseitigung von Friktionen im Marktmechanismus und die Herstellung pareto-optimaler Verhältnisse keineswegs die einzige oder auch nur vorrangige Zielvorstellung der operativen Wirtschaftspolitik sein muß.

Man kann also weder eindeutig davon ausgehen, daß 'staatliche Allokationsmechanismen mit dem Ziel eingesetzt sind, das Pareto-Optimum zu verwirklichen', noch ist eindeutig entscheidbar, ob bestimmte Fehlentwicklungen auf endogene Friktionen im und Deformationen des Marktmechanismus, oder aber auf wirtschaftspolitische Eingriffe zurückzuführen sind, welche den Markt-Preis-Mechanismus behindern.

Ist der aufgestaute strukturelle Anpassungsbedarf, wie er im jüngsten Abschwung und verstärkt durch den Öl-Preisschock erkennbar geworden ist, auf Rigiditäten im Marktmechanismus oder auf nicht-markt-adäquate wirtschaftspolitische Maßnahmen zurückzuführen? Und welche Konsequenzen wären jeweils daraus für die Wirtschaftspolitik zu ziehen? Soll der Interventionsgrad reduziert und der marktmäßigen Anpassung

⁵⁶ Vgl. J. B. DONGES, G. FELS, A. D. NEU, u. a. 1973.

mehr Raum gegeben werden, oder bedürfen die vermachteten und oligopolisierten Märkte von heute einer höheren Steuerungsintensität?

Das Problem wird dadurch komplex, daß die Anwendung der wirtschaftspolitischen Prozeßsteuerung die wirtschaftliche Wirklichkeit und das je bestehende Marktsystem selbst verändert. Die Wirkungen von Interventionen verändern die Verhaltensweisen von Individuen und Gruppen — und damit die Funktionsweise des Systems. Wenn z. B. Depressionen und weitreichende Arbeitslosigkeit gedämpft oder gar verhindert werden, sind marktmäßige Sanktionen gegen Fehlverhalten aufgehoben bzw. abgeschwächt, Risiken neu verteilt. Die Konjunkturpolitik mit ihrer Krisenverhütung — so Borner — habe das Inflationsproblem zu dem gemacht, was es heute ist, weil Hemmungen vor arbeitsplatzgefährdenden Lohnforderungen abgebaut wurden.⁵⁷

« Das Wissen um die Funktionsweise des Wirtschaftssystems ermöglicht wohl einerseits dessen Steuerung, ist aber andererseits die Hauptursache für dessen veränderte Funktionsweise — und damit das teilweise Versagen der ursprünglich erfolgreichen Steuerung. »⁵⁸

Hier kommt der von Tuchtfeldt so genannte 'Summationseffekt' zum Tragen, also die Erscheinung, daß eine Volkswirtschaft ihre Reaktionsweise als Folge aller früheren Eingriffe und Maßnahmen verändert und die Wirkungen neuer Interventionen vor dem Hintergrund der 'toxischen Gesamtsituation' beurteilt werden müssen.⁵⁹

Angesichts dieser Überlegungen läßt sich m. E. die These vertreten, die Diskussion in der Theorie der Wirtschaftspolitik spiele sich heute zu sehr im Bereich zweier einander entgegengesetzter Alternativen ab: auf der einen Seite die Position 'Zurück zu Stilelementen der Sozialen Marktwirtschaft', also Reduktion des Interventionsgrades und Verschärfung der Sanktionen des Marktmechanismus, auf der anderen Seite die Po-

⁵⁷ Vgl. S. BORNER 1975, S. 16.

⁵⁸ Ebd.

⁵⁹ Vgl. E. TUCHTFELDT 1970, S. 732.

sition 'Erhöhung des Interventionsgrades', eine Position, die von der Einkommenspolitik bis hin zur Investitionslenkung reicht.⁶⁰

Zu wenig wird m. E. der Handlungsspielraum beachtet, der unter gegebenen Bedingungen gegeben wäre durch eine Ausschöpfung der Möglichkeiten zur Verbesserung der Koordination von Konjunktur- und Strukturpolitik und durch eine *ernsthafte* mittelfristige Orientierung aller stabilisierungspolitischen Maßnahmen.

Das Dilemma, das durch die Vermutung bedingt ist, die Vertrauensseligkeit der Investitionslenker gegenüber den Ämtern sei so wenig begründet wie diejenige der Monetaristen und Sozialen Marktwirtschaftler gegenüber den Selbstregulierungskräften des Marktes, dieses Dilemma könnte man — bis bessere Kenntnisse vorliegen — dadurch umgehen, daß der gegebene Handlungsspielraum ausgenützt und die Stabilisierungspolitik verbessert wird durch eine Verzahnung von konjunkturpolitischen und strukturpolitischen Maßnahmen nach Maßgabe mittelfristiger globaler und struktureller Verstetigungskonzepte.

Die Auswahl gerade dieses Handlungsspielraumes erscheint von der Sache her geboten: Zum einen handelt es sich bei der gespaltenen Konjunktur um das Problem von Ungleichgewichten in der sektoralen Produktionsstruktur, zum anderen hat die operative Wirtschaftspolitik gegenüber der gespaltenen Konjunktur faktisch sektoral differenzierend reagiert. Aus diesen beiden Gründen liegt es nahe zu untersuchen, wie der durch eine bessere Abstimmung zwischen Konjunktur- und Strukturpolitik gegebene Handlungsspielraum für das thematische Problem nutzbar gemacht werden kann.

Bei der Abwägung von Handlungsalternativen ist nochmals vom keynesianischen Ansatz der Konjunkturalanalyse auszugehen, auf dem die Konzeption der Globalsteuerung beruht. Konjunkturelle Ungleichgewichte werden dort als gesamtwirt-

⁶⁰ Vgl. hierzu B. GAHLEN 1978, S. 22, der bezüglich der Strukturpolitik zwei Extrempositionen gegenüberstellt, von denen die eine Strukturpolitik für ein « Allheilmittel » hält, während die andere für die Strukturpolitik « in der Marktwirtschaft keinen Platz » sieht.

schaftliche Disproportionen zwischen Produktionspotential und effektiver Nachfrage gesehen. Da Keynes in seiner Analyse im wesentlichen von einem « intakten und in bezug auf seine Teile harmonisch aufeinander abgestimmten Produktionsapparat »⁶¹ ausging, konnte er sich auch darauf beschränken, der Konjunkturpolitik das Ziel der Wiederherstellung eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts vorzugeben. Heute ist offensichtlich geworden, daß ein globales Gleichgewicht zwar eine notwendige, nicht aber auch schon hinreichende Bedingung zur Erfüllung der stabilisierungspolitischen Zielsetzungen ist. Ein globales Gleichgewicht kann mit strukturellen, sektoralen wie regionalen Disproportionen verbunden sein, die als Mit-Ursache für stagflationäre Zielgefährdungen angesehen werden müssen.

In einer gespaltenen Konjunktur ist die Prämisse für Globalsteuerung und für die gleichzeitige Realisierung von Preisniveaustabilität und hohem Beschäftigungsstand, nämlich « eine in sich harmonische Produktionsstruktur »⁶² nicht mehr erfüllt. Als Folge daraus ist die Stabilisierungspolitik im Prinzip vor folgende Alternative gestellt: 1. Gespaltene Konjunktur und Stagflation werden dem wirtschaftlichen Interventionismus selbst angelastet, mit der Konsequenz, daß die staatlichen Eingriffe in den Wirtschaftsablauf auf ein Minimum, etwa Geldmengensteuerung und 'Stabilisierung der Erwartungen', reduziert werden. 2. Sektorale Differenzierungen des Konjunkturmusters und strukturelle Verwerfungen werden auf zunehmende Vermachtung und abnehmende Steuerungskapazität des Marktes zurückgeführt, mit der Konsequenz, daß Umfang und Intensität der steuerungspolitischen Eingriffe verstärkt werden.

Im folgenden sollen diese beiden Alternativen kurz noch einmal einander gegenübergestellt werden, um die oben bereits vorläufig bezogene Position zu erhärten, daß die optimale Strategie weder in einem *roll-back* des Interventionismus noch in seiner Intensivierung bis hin zur staatlichen Investitionssteuerung besteht, sondern in der Verbesserung der immer schon betriebenen Konjunktur- und Strukturpolitik sowie in deren besseren Verzahnung.

⁶¹ E. SCHNEIDER 1967, S. 105.

⁶² G. GÄFGEN 1972, S. 30.

4.3.2. *Einschränkung staatlicher Interventionen*

Die Ernüchterung über die Möglichkeiten der keynesianischen Stabilisierungspolitik, Preisniveaustabilität und Vollbeschäftigung zu sichern, hat — verstärkt durch die monetaristische Gegenrevolution — einer Denkschule Auftrieb gegeben, die den zunehmenden stabilisierungspolitischen Interventionismus ablehnt und wieder stärker auf das Steuerungs- und Sanktionierungspotential der Marktkräfte bauen will.

Diese *roll-back*-Bewegung umfaßt eine ganze Skala unterschiedlicher Positionen, von gemäßigten Stimmen, die lediglich die Antizyklus abgestellt sehen wollen und für eine mittelfristig orientierte Verstetigung der staatlichen Geld- und Finanzpolitik plädieren,⁶³ über Vertreter einer prinzipiellen Kritik an der Globalsteuerung und ihren 'sozialtechnologischen Machern', die sich an « Reißbrettkonstruktionen » und an einem « rationalistischen Konstruktivismus » berauschen,⁶⁴ bis hin zu den Vertretern des reinen Monetarismus und der Theorie der rationalen Erwartungen, für die jede staatliche Intervention in den Wirtschaftsprozess eine Störung darstellt, mit der alleinigen Ausnahme der Verstetigung der Geldmengenentwicklung.⁶⁵

In unterschiedlichem Ausmaß gehen die Vertreter dieser Denkschule von der Prämisse aus, daß eine im wesentlichen sich selbst überlassene private Marktwirtschaft zur Stabilität und Vollbeschäftigung tendiere, also immanent stabil sei. Auf der anderen Seite gibt es Theoretiker, die dies als eine « nach wie vor wohl kaum haltbare Hypothese »⁶⁶ ansehen. Es kann darüber allerdings nicht mehr als einen Glaubensstreit geben, weil empirisches Material zur Falsifizierung von These oder Antithese nicht vorliegt — und wohl auch nie vorliegen wird.⁶⁷ Gleichwohl bleibt bemerkenswert, daß einige Anhänger dieser

⁶³ Vgl. z. B. H. BESTERS 1976, S. 337 ff.

⁶⁴ Vgl. E. TUCHTFELDT 1973.

⁶⁵ Vgl. z. B. das Zeitgespräch über 'Rationale Erwartungen und Stabilitätspolitik'. In: Wirtschaftsdienst 1977/II.

⁶⁶ K. W. ROTHSCHILD 1977, S. 64.

⁶⁷ Vgl. dazu allerdings den Versuch der Eingrenzung dieser 'Glaubensfrage' bei A. LEIJONHUFVUD 1973.

Denkschule Sicherheiten zu bieten haben: « Die Einhaltung einer Geldmengenregel und die Einführung kontinuierlich wachsender Staatsausgaben dürften mit Sicherheit zu einer Stabilisierung des ökonomischen Ablaufs und nicht zuletzt zu einer Stabilisierung der Erwartungen der Wirtschaftseinheiten führen. »⁶⁸ Dabei bleibt in der Regel unberücksichtigt, daß im Keynesianismus allgemein und auch in der praktizierten keynesianischen Stabilisierungspolitik « Verteilungs- und Strukturfragen weitgehend ausgeklammert » sind.⁶⁹ Gerade in diesen beiden Bereichen aber sind heute wesentliche Faktoren der Instabilität festzumachen.

In jedem Falle kann man es als ein bleibendes Verdienst der 'Reduktionisten' ansehen, daß sie das Augenmerk auf die Notwendigkeit einer Abkehr von der hektischen, Unsicherheiten schaffenden antizyklischen *stop-and-go*-Politik gerichtet haben, und die große Bedeutung einer 'Stabilisierung der Erwartungen' heute von kaum jemandem mehr bestritten wird. Wenn man sich darauf einigen kann, daß es heute, nach einer langen Periode der Erfahrung mit und Gewöhnung an keynesianische Stabilisierungspolitik, darauf ankommt, alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Verstetigung so weit wie möglich an mittelfristigen Konzepten auszurichten, dann wird der Glaubensstreit über die immanente Stabilität des Marktsystems irrelevant. Der Bezugspunkt bleibt in jedem Fall die Verstetigung der Erwartungen und Handlungen der privaten und öffentlichen Wirtschaftsakteure.

4.3.3. *Ausweitung staatlicher Interventionen*

Ganz im Gegensatz zu der gerade angeführten Denkrichtung stehen die Vertreter der Investitionslenkung. Zwar gehen auch sie davon aus, daß die Globalsteuerung im wesentlichen versagt habe, sie ziehen aus dieser Diagnose jedoch den Schluß, daß die globale Stabilisierungspolitik durch eine Art Struktursteue-

⁶⁸ M. WILLMS 1976, S. 67.

⁶⁹ B. GAHLEN 1976, S. 69.

zung zu ersetzen sei. Der Inflations- und Arbeitslosensockel, den das *demand-management* hinterlassen habe — und der bei den Monetaristen nur durch die Marktkräfte selbst wieder korrigiert werden kann — soll bei den Anhängern der Struktursteuerung durch Gesamt- und Sektorprogrammierungen sowie durch « eine an solchen Projektionen orientierte Industrie- und Investitionspolitik » beseitigt werden.⁷⁰

Die strukturellen Probleme werden nicht so sehr auf Mängel der bisherigen Wirtschaftspolitik als vielmehr auf inhärente Schwächen des marktmäßigen Koordinationsmechanismus zurückgeführt, den es entsprechend durch bewußte Lenkungs- und Steuerungseingriffe funktionsfähig zu machen gilt. In abgeschwächter Form wird diese Hypothese auch von der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel vertreten, die in ihrem Gutachten die Auffassung vertritt, daß Vollbeschäftigung eine über die Globalsteuerung hinausgehende 'aktive Wachstumspolitik' erfordere. Zur bewußten Gestaltung der Rahmenbedingungen des Wachstums sollten die Bereiche der Technologie-, Infrastruktur-, Regional- und Verteilungspolitik stärker betont werden.⁷¹ In einem Gutachten für die Kommission vertreten Kock et al. die Auffassung, daß eine der Ursachen für das Versagen der Globalsteuerung das Fehlen eines funktionierenden Marktmechanismus sei. Die Forderung nach einer selektiven Nachfragesteuerung und einer Verbindung zur Angebotssteuerung sei « nur konsequent ». ⁷² Auch wenn sie davon ausgehen, daß die Voraussetzungen für die praktische Anwendung einer selektiven Nachfrage- und Angebotssteuerung noch nicht gegeben seien, halten sie diesen Ansatz theoretisch doch für den richtigen: « Da die Ursachen der instabilen Entwicklung nicht so sehr im prozeßpolitischen, als vielmehr im struktur- und damit im ordnungspolitischen Bereich liegen, wird mit den kurzfristigen Maßnahmen nur an Symptomen kuriert, die Ursachen dagegen werden nicht beseitigt. » ⁷³

⁷⁰ Vgl. K. G. ZINN 1976, S. 395 ff.

⁷¹ Vgl. R. HERLT, in: Die Zeit Nr. 5, 21. Jan. 1977, S. 18.

⁷² H. KOCK, E. LEIFERT, A. SCHMID, L. STIRNBERG 1976, S. 55 f.

⁷³ Ebd., S. 99.

4.3.4. *Strukturpolitische Absicherung der Konjunkturpolitik*

Die zuletzt angeführte Position leitet bereits über zu einer Strategie der Stabilisierungspolitik, die sich zunehmend als 'herrschende Meinung' durchzusetzen scheint. Dabei werden die gegenwärtigen, schwerwiegenden wirtschaftspolitischen Probleme auf dem Hintergrund einer empirisch nur schwer trennbaren Überlagerung von konjunkturellen und strukturellen Fehlentwicklungen gesehen, auf welche die Wirtschaftspolitik durch eine Verstärkung ihrer strukturpolitischen Komponente reagieren soll. Der Rückzug der Wirtschaftspolitik aus dem Stabilisierungsgeschäft wird weder für möglich noch für wünschbar gehalten, gleichzeitig aber wird der Übergang zu einer umfassenden Struktursteuerung und -programmierung als unnötig und nicht praktikabel abgelehnt.

Worum es geht, hat Schlecht für die BReg deutlich ausgedrückt:

« Soweit Ordnungspolitik und Globalsteuerung zu keiner optimalen Zielverwirklichung führen, muß der Staat flankierend eine wirksame, angebotsorientierte regionale und sektorale Strukturpolitik entwickeln; inklusive Forschungspolitik. Damit lassen sich Zielkonflikte zwischen kurzfristigen Erfordernissen der Konjunkturpolitik und langfristigen Sachzwängen der Beschäftigungs- und Wachstumssicherung bereits im Ansatz geringer halten. »⁷⁴

Ob die Strukturpolitik 'flankierend' neben die Globalsteuerung treten oder ob eine 'Kombination' von beiden Politikbereichen angestrebt werden soll, kann zwar prinzipiell problematisiert werden; in dieser Arbeit wird davon jedoch abgesehen. Vor allen weiterreichenden konzeptionellen Veränderungen geht es in einem ersten Schritt zunächst um einen koordinierten, gestaltenden und konzeptionell abgesicherten Einsatz der bereits bisher verwendeten Lenkungsinstrumente.⁷⁵ Ist dieser Schritt realisiert, kann man weitersehen. Strukturpolitische Absicherung der Konjunkturpolitik wird hier so verstanden, daß neben global ausgerichteten Stabilisierungsmaß-

⁷⁴ O. SCHLECHT 1976, S. 109.

⁷⁵ Vgl. H. KOCK, E. LEIFERT, A. SCHMID, L. STIRNBERG 1976, S. 101.

nahmen (z. B. der monetären Politik) auch sektoral differenzierende Maßnahmen (vorwiegend finanzpolitischer Art) treten, wobei die Differenzierung an mittelfristigen strukturpolitischen Konzepten auszurichten wäre.

Es erscheint wesentlich, im Auge zu behalten, daß damit keine Forderung nach einer Erweiterung des stabilisierungspolitischen Interventionismus aufgestellt ist. Vielmehr hat die Analyse der operativen Wirtschaftspolitik gezeigt, daß immer schon strukturell differenzierend in den Wirtschaftsprozess eingegriffen wird. Bei diesem ersten Schritt geht es um nichts anderes als um den Versuch eines Fortschrittes von einem 'ungrundsätzlichen Punktualismus' zu einer durch strukturpolitische Konzepte abgesicherten Stabilisierungspolitik.

Von dem, was faktisch getan wird, kann nicht auf das normativ Richtige geschlossen werden. Gleichwohl ist in der Phase der Entwicklung instrumenteller Lösungsansätze für ein diagnostiziertes Problem prinzipiell zu entscheiden, ob man sich auf dem 'Pfad der Tugend' — und damit der tendenziellen Wirkungslosigkeit für die operative Wirtschaftspolitik — bewegen will oder auf dem 'unwegsamen Gelände abseits des Pfades der Tugend'⁷⁶ — mit der Aussicht, eine ungrundsätzliche Praxis der ad-hoc-Interventionen schrittweise auf ein überprüfbares Konzept zu verpflichten. Entscheidungen in dieser Frage müssen von den Akteuren der Wirtschaftspolitik gefällt werden. Wissenschaft kann — wenn auch nicht uninteressiert — Alternativen darlegen. Da die Alternative des Bestehens auf den Prinzipien der Globalsteuerung und der Verstärkung marktmäßiger Sanktionen z. B. in den jüngsten Gutachten des SR expliziert wird, kann hier der Schwerpunkt auf einige instrumentelle Überlegungen zur Verzahnung von Konjunktur- und Strukturpolitik gelegt werden.

Koordinierung bedeutet die Zuordnung von Zielen und Instrumenten nach bestimmten Zielhierarchien und Grundsätzen.⁷⁷ Die erste Voraussetzung für die Möglichkeit der Koordination besteht in einer gemeinsamen zeitlichen Perspektive der zu koordinierenden Maßnahmen, d. h. für unseren Fall: in der

⁷⁶ Vgl. JG 71, Zf. 357.

⁷⁷ Vgl. G. ZABEL 1975, S. 111.

mittelfristigen Ausrichtung von Konjunktur- und Strukturpolitik. Beide Politikbereiche werden somit zu Elementen einer mittelfristig orientierten Stabilisierungskonzeption. Die durch diese Konzeption begründete Stabilisierungspolitik ist prinzipiell Prozeßsteuerung: konjunkturelle Disproportionen werden dabei als das Ergebnis kurzfristiger Prozesse, strukturelle Disproportionen als das Ergebnis mittelfristiger Prozesse aufgefaßt. Das stabilisierungspolitische Handeln zielt auf die globale und strukturelle Stabilisierung⁷⁸ der Wirtschaftsentwicklung, insbesondere auf die Verstetigung des Wachstums und die Sicherung eines hohen Beschäftigungsgrades. Sie bedient sich dabei kurzfristig wirksamer Maßnahmen zur Stabilisierung von Kapazitäts- und Beschäftigungsschwankungen, insbesondere zur Abwehr von Beschäftigungseinbrüchen, soweit dies mit mittelfristigen Gesichtspunkten, d. h. mit der mittelfristig erkennbaren Entwicklung von Produktionspotential und effektiver Nachfrage auf globalem und strukturellem Niveau vereinbar ist.

Entsprechend dem traditionellen *assignment* kann das Ziel der Preisniveaustabilität weitgehend einer mittelfristig ausgerichteten Geldmengensteuerung überlassen bleiben. Eine verstetigte und objektivierte Geldversorgung der Wirtschaft wird damit in den Rang einer « Spielregel »⁷⁹ — sozusagen vor der Klammer der operativen Stabilisierungspolitik — erhoben. Auch die Finanzpolitik wird bei diesem *re-assignment* « ... stärker als bisher auf eine kontinuierliche Erfüllung der öffentlichen Aufgaben angelegt ».⁸⁰ Diese prinzipielle Abkehr von der antizyklischen Geld- und Finanzpolitik entlastet die staatliche Wirtschaftspolitik in einem erheblichen Maße. Ein Teil dieser Entlastung geht auf Kosten der Privaten: Sie werden in dem Maße, in dem Fehlentwicklungen durch ihr Fehlverhalten verursacht sind, stärker den Sanktionen des Marktes ausgesetzt.

Auch in diesem Design der Wirtschaftspolitik muß allerdings die Möglichkeit zugelassen werden, daß strukturelle Disproportionen innerhalb der konjunkturellen Schwankungen entstehen, deren Folgen für die in den betroffenen Branchen

⁷⁸ Vgl. G. GÄFGEN 1972, S. 30.

⁷⁹ JG 74, Zf. 372.

⁸⁰ Ebd., Zf. 373.

Beschäftigten unzumutbar sein können, und zu deren Beseitigung globale Stabilisierungsmaßnahmen nicht ausreichen.

Man kann den Standpunkt vertreten, der Marktmechanismus reguliere auch die strukturellen Ungleichgewichte, ja diese seien — in Gestalt sektoraler Gewinndifferenzen — der notwendige privatwirtschaftliche Handlungsanreiz zur Induzierung des strukturellen Wandels (vgl. S. 174 ff.). In dem Maße aber, wie durch zunehmende Trägheitsmomente und Rigiditäten im Marktmechanismus die Reizschwellen des Unternehmerhandelns erhöht werden, können sich Ungleichgewichte ausbilden, die zu ernsthaften Gefährdungen der stabilisierungspolitischen Ziele führen. Wenn solche sektoralen Disproportionen verstärkt in konjunkturellen Abschwungsphasen (wie der von 1974-75) zum Vorschein kommen, wo die Bedingungen für unternehmerisches Handeln generell — und für die marktmäßige Induzierung des strukturellen Wandels durch branchenmäßige Verlagerung der Investitionen speziell — schlecht sind, und durch globales *demand-management* die überkommenen Strukturen eher noch verfestigt zu werden tendieren, dann ist damit der Fall gegeben, in dem eine Koordination von konjunktur- und strukturpolitischem Handeln erforderlich wird, und zwar in der Form eines den Marktmechanismus unterstützenden Anreizsystems.

Es ist in diesem Zusammenhang wichtig, ein Denken in falschen Alternativen zu vermeiden. Falsch wäre eine alternative Gegenüberstellung von globaler Niveausteuerung und sektoraler Struktursteuerung derart, daß Niveausteuerung nur eine globale Abstimmung von gesamtwirtschaftlicher Nachfrage und Produktionspotential anstrebe, dabei aber die strukturelle Zusammensetzung der Makrogrößen den Marktkräften überlassen bliebe, während eine sektorale Struktursteuerung in Konkurrenz zu der marktmäßigen Lenkung des strukturellen Wandels träte, um ein bestimmtes Strukturprogramm zu realisieren.

In der Realität stellen sich die Alternativen so nicht, die Übergänge sind fließend. Auch die Globalsteuerung setzt bestimmte Strukturdaten — indem sie sie voraussetzt. So gehen in das Konzept einer globalen Verstetigungsstrategie bestimmte Vorstellungen über die anzustrebende Makro-Verteilung, also Lohn- und Gewinnquote ein, Vorstellungen über die Staatsquote, die Exportquote, die Investitionsquote etc. Zunehmend

wird auch die Bedeutung der strukturellen Zusammensetzung erhöhter Staatsausgaben in der Rezession gesehen: « Selbstverständlich wäre dabei auch auf eine konjunkturgerechte Struktur der zusätzlichen Ausgaben des Staates zu sehen. »⁸¹ Erhöhte konsumtive Ausgaben für Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst würden beispielsweise Lohnquote und privaten Verbrauch zu stark erhöhen.⁸²

Darüber hinaus hat die Untersuchung der im Jahreswirtschaftsbericht 1974 faktisch vorgesehenen 'globalsteuernden' Konjunktur- und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen gezeigt, daß die operative Wirtschaftspolitik selektiv angelegt ist: Nur die Geldpolitik wird auf eine globale Grundlinie festgelegt, schon die Kreditpolitik soll in selektiver Weise kleine und mittlere Unternehmen begünstigen, und auf finanzpolitischer Seite sind selektive Sonderprogramme und Sonderabschreibungen vorgesehen (vgl. S. 199 ff.).

Wenn die Globalsteuerung selbst also durchaus nicht nur eine 'Niveausteuerung' ist, sondern in erheblichem Maße selektiv ansetzt und selektiv wirkt, und wenn in jede Globalsteuerung eine Reihe makro-struktureller Vorstellungen eingehen, so wird bei der immer schon praktizierten Strukturpolitik eine weitergehende Stufe der Struktursteuerung erreicht. Dies trifft z. B. für die Bereiche der Agrar-, Verkehrs-, Energie-, Außenwirtschafts-, Wohnungsbau-, Mittelstands-, Industriepolitik etc. zu. Bezüglich des unter konjunkturellen Gesichtspunkten relevanten Bereichs des industriellen Sektors gibt es eine Reihe noch weitergehender branchenstruktur-wirksamer Maßnahmen, von der Infrastruktur- über die Regional- bis hin zur Technologiepolitik.

Insgesamt steht also nicht zur Entscheidung, *ob* die Globalität der Globalsteuerung durchbrochen werden soll oder *ob* Maßnahmen der Struktursteuerung eingeführt werden sollen. Vielmehr geht es um die Frage, wie die immer schon selektive Globalsteuerung und wie die immer schon vorgenommenen strukturpolitischen Eingriffe in eine stabilisierungspolitische Gesamtkonzeption eingebracht werden können. Diese Frage

⁸¹ JG 74, Zf. 418.

⁸² Vgl. ebd.

stellt sich deswegen dringlicher, weil der Bereich der Strukturpolitik zunehmend ausgedehnt wird, und weil allem Anschein nach der Bedarf an Strukturpolitik weiter zunimmt.

Eine verbesserte Koordination von Konjunktur- und Strukturpolitik darf weder zu einer Behinderung des Strukturwandels führen noch darf sie einer « Lockerung des Beieinander von Kompetenz und Haftung im privaten Bereich » Vorschub leisten, weil dies — nach Auffassung des SR — die marktwirtschaftliche Ordnung zerstöre.⁸³ Es muß deswegen gewährleistet sein, daß in dem Falle, in dem aufgrund einer differenzierten Konjunktur neben globalen auch sektoral differenzierende Maßnahmen ergriffen werden, *wohlverstandenen strukturpolitischen Prinzipien nicht zuwidergehandelt wird*. Dies muß gegen eine mögliche Simplifizierung angemerkt werden, bei der von sektoral unterschiedlichen Konjunkturzuständen direkt auf einen Bedarf an sektoraler Stabilisierung geschlossen wird, ohne daß dabei die Gefahr einer Behinderung des Strukturwandels ausreichend beachtet würde:

« In such an economy (die stagflationär ist, G.W.), increases in aggregate demand may not be very efficient as a tool to remove remaining pockets of unemployment if we want to avoid bottlenecks and price increases in some sectors of the economy. The stabilization goal turns into a great number of different goals about stability in particular sectors and regions, rather than a question of overall balance between demand and supply. In such a system, the Keynesian textbook approach, though still important, becomes rather insufficient. »⁸⁴

Die Schwierigkeit eines disaggregierten Ansatzes liegt darin, daß es sich nicht einfach darum handelt, 'stability in particular sectors' herbeizuführen — genau dies würde die bestehende Struktur zementieren und den Strukturwandel behindern. Vielmehr dürfen sektorale Disproportionen mit selektiven Stabilisierungsmaßnahmen nur in dem Maße behoben werden, wie es durch das Ziel vorgegeben ist, auf mittlere Sicht Produktionspotential und Nachfrage eines Sektors oder einer Branche in Übereinstimmung zu bringen. Dies kann im Einzelfall be-

⁸³ Vgl. JG 75, Zf. 292.

⁸⁴ A. LINDBECK 1970, S. 29.

deuten, daß bis zu einem gewissen Ausmaß 'instabilities in particular sectors' zugelassen werden müssen.

Es kommt also nicht darauf an, überall dort, wo die Kapazitätsauslastung unterhalb oder überhalb des befriedigenden Niveaus liegt, durch expansive oder restriktive Stabilisierungsmaßnahmen einen optimalen Auslastungsgrad staatlicherseits zu garantieren; das eigentliche Problem besteht vielmehr darin, wie kurzfristig eingesetzte und wirksame Maßnahmen mit den mittelfristigen Erfordernissen einer optimalen Allokation der Ressourcen (und der Preisniveaustabilität) in Übereinstimmung gebracht werden können.⁸⁵

Welche instrumentellen Voraussetzungen müssen nun geschaffen werden, um diese Art der Stabilisierungspolitik (schrittweise) realisieren zu können?

Eine der größten Schwierigkeiten liegt in der geringen Voraussch- und Prognostizierbarkeit der Nachfrageentwicklungen für einzelne Sektoren, Industriezweige und Gütergruppen. Durch dieses *handicap* werden 'Ideallösungen' einer strukturorientierten Stabilisierungspolitik verhindert — die im übrigen auch nicht wünschbar wären. Es bleibt gleichwohl ein weites Feld der Annäherungen an eine rationale Koordination von Konjunktur- und Strukturpolitik in einem stabilisierungspolitischen Gesamtkonzept. Dazu müßten zunächst die informatischen und prognostischen Grundlagen der Wirtschaftspolitik verbessert werden.

In erster Linie ist hier an die schon vielfach geforderte Übersicht über die « ... vielfältigen Aktivitäten sektoraler Strukturpolitik in Bund, Ländern und Gemeinden »⁸⁶ zu denken, also an eine Bestandsaufnahme der faktisch strukturwirksamen Aktivitäten der operativen Wirtschaftspolitik. Diese Bestandsaufnahme müßte den Bereich der Subventionen ebenso umfassen wie die Protektion von Branchen durch außenhandelswirksame Regelungen.

Ferner müßten die Grundlagen der Strukturpolitik verbessert werden durch systematische und auf stabilisierungspolitische Zwecke ausgerichtete Branchenstrukturanalysen und

⁸⁵ Vgl. F. W. SCHIFF 1973, S. 5 f.

⁸⁶ H. FRIDERICHS 1974, S. 26.

-prognosen. Erforderlich sind umfassende und « ... ständig fortgeschriebene Strukturanalysen ». ⁸⁷

Ein weiterer Schritt bei der Verbesserung der informationellen Grundlagen der Stabilisierungspolitik könnte darin gesehen werden, daß der Staat sich « ... Informationen über die private Investitionstätigkeit verschafft ». ⁸⁸ Dies beträfe bereits vollzogene Investitionen, aus deren Erfassung auch Entwicklungen und Trends abzuleiten wären. Gegen die Erfassung künftiger und geplanter Investitionen meldet der SR indessen ordnungspolitische Bedenken an. ⁸⁹

Die in Bestandsaufnahmen und Analysen zusammengefaßten Informationen müßten zu einem Gesamtkonzept weiterverarbeitet werden, das Zielprojektionen für die globale und strukturelle Entwicklung enthält. Die Zielprojektionen für die strukturelle Entwicklung müßten zunächst in einem groben Raster die Bereiche der traditionellen Strukturpolitiken, etwa die Verkehrs-, Energie-, Wohnungsbau-, Infrastruktur-, Regional-, Technologie- etc. -politiken erfassen. Es wird zunehmend dringlicher, daß die staatlichen Instanzen nicht mehr nur isolierte Teilpolitiken, sondern eine durch ein Gesamtkonzept angeleitete Wirtschaftspolitik betreiben. ⁹⁰

Für den konjunkturrelevanten Bereich der Verarbeitenden Industrie könnten in einem weiteren Schritt Zielprojektionen für wenige wichtige Branchengruppen, etwa die Wachstumsindustrien, technologische Spitzenindustrien und die Stagnationsindustrien ausgearbeitet werden. Diese Branchengruppen beanspruchen bereits die staatliche Wirtschaftspolitik in einem erheblichen Ausmaß. Es geht also auch hier wiederum nicht darum, Interventionen zu begründen, sondern die bestehenden zu rationalisieren. Es gilt hierfür, was Mommsen zu den Erfordernissen der Industriepolitik gesagt hat: « Es wird jetzt gemeingefährlich, wenn sich die Wirtschaft nicht an einem

⁸⁷ Ebd., S. 27. Vgl. dazu auch Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel 1977, Kap. II und B. GAHLEN 1978, S. 25 und Anm. 8.

⁸⁸ JG 75, Zf. 292.

⁸⁹ Vgl. ebd.

⁹⁰ Beispielhaft wäre hier an die in den Niederlanden praktizierte Projektivplanung zu denken, zu der auch konditionale, aber in sich konsistente Sektorprojektionen gehören, die als Entscheidungshilfen für öffentliche und private Akteure gedacht sind. Vgl. F. FRANZMEYER 1977, S. 219.

Gesamtkonzept orientieren kann, das eindeutige Daten setzt. Der Staat kann nicht länger einspringen, wenn irgend jemand eine falsche Struktur aufgebaut hat und dadurch nicht mehr wettbewerbsfähig ist... ».⁹¹

Gegen strukturell disaggregierte Zielprojektionen mögen eine ganze Reihe von Einwänden erhoben werden. Diese Zielprojektionen haben indessen prinzipiell die gleiche Funktion wie globale Zielprojektionen: sie sollen Anhaltspunkte markieren für eine Entwicklung, zu der ein funktionierendes Marktsystem von sich aus hinstreben würde. Es gilt *prinzipiell* die gleiche Argumentation, die der SR für globale Zielprojektionen vorgebracht hat:

« Der Einwand, von Zielprojektionen gehe ein Zahlenzwang aus, der mit der marktwirtschaftlichen Ordnung unvereinbar sei, gilt nicht für Projektionen, die einen erstrebenswerten Gleichgewichtspfad beschreiben, der in den Grenzen des Möglichen liegt. Während es durchaus Ziele gibt, die sich gegen den Markt richten und nur mit Zwang erreichbar sind oder mit Interventionen, die immer neue Interventionen erfordern, handelt es sich bei den hier angesprochenen Zielprojektionen um Versuche, Gleichgewichtspunkte zu markieren, zu denen ein Marktsystem mit mehr Transparenz und mehr Voraussicht von sich aus hinstreben würde, die es aber ohne Ersatz für Durchsicht und Voraussicht, wenn überhaupt, dann nur im zyklischen Auf und Ab und also mit unnötigen Reibungsverlusten erreicht. »⁹²

Man kann die relativ negativen Erfahrungen mit globalen Zielprojektionen nicht ignorieren. Sektorale Zielprojektionen wären mit noch größeren Risiken behaftet als globale. Gleichwohl muß daran festgehalten werden, daß staatliches Handeln, soll es nicht in eine ad-hoc-Beliebigkeit verfallen, der Orientierungspunkte bedarf. Und im Gegensatz zu den bisherigen Jahres-Zielprojektionen würde es sich grundsätzlich um mittelfristige Projektionen für die globale und strukturelle Entwicklung handeln. Dies könnte dann eine leidlich operable Vorstellung sein, wenn durch den Verzicht auf *antizyklische* Geld-

⁹¹ E.-W. MOMMSEN, in: Die Zeit v. 28.9.1973, S. 47. Vgl. auch W. MEISSNER 1974, S. 18.

⁹² JG 67, Zf. 282.

und Finanzpolitik und durch eine 'Basis-Stabilisierung' über verstetigte Geldmengenexpansion und grundsätzlich auf allo-kative Funktionen beschränkte Finanzpolitik die mittelfristigen Erwartungen der Wirtschaftssubjekte stabilisiert würden.

Die *strukturpolitische Absicherung der Stabilisierungspolitik* erfordert also die Einbettung aller Maßnahmen, der globalen wie der differenzierenden, in eine mittelfristig ausgerichtete Verstetigungskonzeption. Eine Etappe vor dem anspruchsvolleren Ziel der positiven Gestaltung des Wirtschaftsprozesses geht es zunächst nur darum, das Ausmaß an Inkonsistenz und Unstetigkeit im wirtschaftspolitischen Handeln der öffentlichen Hände zu minimieren und den Zeithorizont des Intervenierens zu verlängern. Beide Elemente können sich insofern gegenseitig verstärken als die Intensität vieler Zielkonflikte mit wachsendem Zeithorizont abnimmt.

Eine Verzahnung von Konjunktur- und Strukturpolitik erfordert die Beachtung folgender Prinzipien: 1. Die Interventionen müssen nicht nur konjunkturgerecht, sondern auch strukturgerecht sein. Sie dürfen den mittelfristig zu erwartenden Entwicklungen — die auf der Basis einer zu verbessernden Strukturdiagnose und -projektion zu erhellen wären — nicht widersprechen. 2. Wenn aufgrund irreduzibler Zielkonflikte Erhaltungsinterventionen notwendig werden, müssen diese durch genaue Spezifizierung, obligatorische Terminierung und das Verbot von Anschlußprogrammen den Charakter von Anpassungshilfen für eine festgelegte Übergangsphase erhalten (obligatorisches *phasing out*).⁹³ 3. Die strukturwirksamen Interventionen der öffentlichen Hände sind in jährlichen Gutachten eines 'Sachverständigenrates für Strukturfragen' einer Kritik hinsichtlich ihrer Strukturgerechtigkeit zu unterziehen.⁹⁴ Dieser wissenschaftliche Sachverständigenrat kann gleichfalls mit der Aufgabe betraut werden, die Bemühungen um eine Verbesserung der Strukturdiagnose und -projektion zu koordinieren und die Ergebnisse den öffentlichen Entscheidungsträgern zugänglich zu machen.

⁹³ Dies entspräche auch den Implikationen des Art. 92, 3.c des EWGV. Vgl. F. FRANZMEYER 1977, S. 217.

⁹⁴ Vgl. B. GAHLEN 1978 u. Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel 1977, Kap. II.

LITERATUR

- ABELE, H.: *Die Zukunft theoretischer Wirtschaftspolitik angesichts wirtschaftlicher Krisenstimmung und Kritik an der nationalökonomischen Theorie*. In: Beiträge zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Festschrift für Th. Pütz. Hrsg. E. Dürr u.a. Berlin, München 1975, S. 17-22.
- ACKLEY, G.: *Spiethoff's Views on the Business Cycle*. In: *Kyklos* VII 1954 (1954), S. 283-285.
- ALBERT, H.: *Marktsoziologie und Entscheidungslogik*. Ökonomische Probleme in soziologischer Perspektive. Neuwied 1967.
- ALTVATER, E.: *Konjunkturtheorie als Analyse von Widersprüchen*. In: Kontaktstudium Ökonomie und Gesellschaft. Hrsg. R. Mollitor, Frankfurt 1973, S. 67-76.
- ARNDT, E.: *Ziele und Wege der Stabilitätspolitik und der Gestaltungsspielraum der Notenbank*. In: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* 20 (1968), S. 100-117.
- ARNDT, H.: *Markt und Macht*. Tübingen 1973.
- 1973
- BARTMANN, H.: *Grundlagen der Konjunkturanalyse*. Teil I: Grundlagen der Konjunkturtheorie. Bielefeld 1976.
- 1976
- BECKERATH, E. v., KLOTEN, N., KUHN, H.: *Wirtschaftswissenschaft: Methodenlehre*. In: HDSW Bd. 12. Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1965, S. 288-327.
- 1965
- BESTERS, H.: *Stabilitätsprobleme der Marktwirtschaft/Konjunkturpolitik*. In: *Unsere Wirtschaft - Basis, Dschungel, Dogma? Marktwirtschaft in der gegenwärtigen Auseinandersetzung*. Hrsg. Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, Köln 1973.
- 1973

- BESTERS, H.: *Keynes im Lichte der Erfahrungen der Nachkriegszeit*. In: 1976 *Wirtschaftsdienst* 56 (1976), Nr. 7, S. 333-336.
- BIEDENKOPF, K. H.: *Ordnungspolitische Probleme der neuen Wirtschaftspolitik*. In: *Jahrbuch für Sozialwissenschaft* 19 (1968), H. 3. 1968
- BINDER, P.: Diskussionsbeitrag in: *Fiscal Policy and Demand Management*. Fiskalpolitik und Globalsteuerung. Hrsg. H. Giersch. 1973 *Symposium 1972*. Tübingen 1973.
- BOETTCHER, E.: *Wachstum in der Wirtschaft*. In: *Politische Bildung* 1974 (1974). Stuttgart 1974, S. 3-79.
- BOMBACH, G.: *Der Strukturbegriff in der Ökonomie*. In: *Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft*. Schr.d.V.f.S., N.F. Bd. 30/I. Hrsg. F. Neumark. Berlin 1964, S. 10-17. 1964
- BOMBACH, G.: *Taktik und Strategie in der Wirtschaftspolitik*. In: *Kyklos* 20 (1967), H. 1, S. 103-118. 1967
- BOMBACH, G.: *Keynesianische Ökonomie und die Ökonomie von Keynes*. In: *Wirtschaftsdienst* 56 (1976), Nr. 7, S. 329-332. 1976¹
- BOMBACH, G.: *Stagnation als Schicksal?* In: *Wachstum und Konjunktur im Wandel*. Gespräche der List-Gesellschaft. Hrsg. H. Besters. Baden-Baden 1976. 1976²
- BORCHARDT, K.: *Wandlungen des Konjunkturphänomens in den letzten hundert Jahren*. Bayerische Akademie der Wissenschaften. Philosophisch-historische Klasse. Sitzungsberichte. Jahrgang 1976, Heft 1, S. 3-43. 1976
- BORNER, S.: *Auf der Suche nach neuen Grundlagen der Wirtschaftspolitik*. Drei kritische Beiträge zu Grundfragen der Wirtschaftspolitik und ihren Hintergründen. Diessenhofen 1975. 1975
- BRONFENBRENNER, M. (Hrsg.): *Is the Business Cycle Obsolete?* New York 1969. 1969
- BMW-TEXTE: *Stabilität und Wachstum*. Das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft. Hrsg. Referat Presse und Information des BMWI. Bonn 1970. 1970
- CASSEL, D., KRUBER, K.-D.: *Sektoraler Strukturwandel der Wirtschaft*. In: *Wirtschaftswissenschaftliches Studium* 3 (1974), Heft 7, S. 314-318. 1974
- CHENERY, H. B., TAYLOR, L.: *Development Patterns*. Among Countries and over Time: In: *The Review of Economics and Statistics* 50 (1968), S. 391-407. 1968

- CLASEN, S.: *Zur Theorie der Strukturflexibilität*. In: Jahrbuch für Sozialwissenschaft 17 (1966).
- CLOWER, R.: *Reflections on the Keynesian Perplex*. In: Zeitschrift für Nationalökonomie 35 (1975), H. 1-2, S. 1-24.
- CORNWALL, J.: *Growth and Stability in a Mature Economy*. London 1972.
- CORNWALL, J.: *The 'Ceiling' and the 'Domar Effect' as Stabilizers*. In: Kyklos 27 (1974), H. 1, S. 99-123.
- DONGES, J. B., FELS, G., NEU, A. D. u. a.: *Protektion und Branchenstruktur der westdeutschen Wirtschaft*. Tübingen 1973.
- DÖRGE, F.-W.: *Strukturpolitik wohin? Erhalten - Anpassen - Gestalten?* Modellanalyse. Opladen 1968.
- DÜRR, E.: *Probleme der Konjunkturpolitik*. Mit einem Vorwort von A. Müller-Armack. Freiburg 1968.
- DÜRR, E.: *Prozeßpolitik*. In: Kompendium der Volkswirtschaftslehre. Hrsg. W. Ehrlicher et al., Bd. 2, 3. Neubearb. Aufl. Göttingen 1972, S. 95-177.
- DÜRR, E., NEUHAUSER, G.: *Währungspolitik, Konjunktur- und Beschäftigungspolitik*. Stuttgart 1975.
- DUWENDAG, D.: *Die Bundesbank treibt keine theorieleose Politik*. In: Wirtschaftswoche Nr. 2/1972, S. 29-33.
- EHRENBERG, H.: *Was heißt vorausschauende Industriepolitik?* In: Wirtschaftsdienst 56 (1976), Nr. 8, S. 404-406.
- EUCKEN, W.: *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*. Hrsg. E. Eucken und K. W. Hensel, 3. Auflage. Tübingen, Zürich 1960.
- FABRITIUS, H. G.: *Konjunkturtheoretische Vorstellungen des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung*. Eine Analyse der bis einschließlich 1972 veröffentlichten Gutachten. Berlin 1975.
- FELS, G.: *Der Wandel der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung und seine Konsequenzen für die Branchenstruktur der westdeutschen Wirtschaft*. In: Branchenstrukturanalyse. WSI-Studie zur Wirtschafts- und Sozialforschung Nr. 22. Köln 1973, S. 4-24.
- FELS, G., HORN, E.-J.: *Der Wandel der Industriestruktur im Zuge der weltwirtschaftlichen Integration der Entwicklungsländer*. In: Die Weltwirtschaft 1972, H. 1, S. 107-128.

- FELS, G., SCHATZ, K.-W.: *Sektorale Entwicklung und Wachstumsausichten der westdeutschen Wirtschaft bis 1980*. In: Die Weltwirtschaft 1974, H. 1, S. 52-83.
- FELS, G., SCHATZ, K.-W. und WOLTER, F.: *Der Zusammenhang zwischen Produktionsstruktur und Entwicklungsniveau*, In: Weltwirtschaftliches Archiv 106 (1971), H. 2, S. 240-278.
- Fiscal Policy and Demand Management*. Fiskalpolitik und Globalsteuerung. Hrsg. H. Giersch. Symposium 1972. Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Tübingen 1973.
- FRANZMEYER, F.: *Widersprüche sektoraler Strukturpolitik in der Europäischen Gemeinschaft und ihre Bedeutung für den Integrationsprozeß*. In: DIW Vierteljahresheft 4/1977, S. 207-225.
- FREY, B. S.: *Die Renaissance der Politischen Ökonomie*. In: Schweiz. Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik 110 (1974), H. 3, S. 357-407.
- FRIDERICHS, H.: *Mut zum Markt*. Wirtschaftspolitik ohne Illusionen. Stuttgart 1974.
- FRIEDMAN, M.: *Price Theory*. Chicago 1976.
- GÄFGEN G.: *Theorie der Wirtschaftspolitik*. In: Kompendium der Volkswirtschaftslehre. Hrsg. W. Ehrlicher u. a., Bd. 2., 3. neu bearb. Aufl., Göttingen 1972.
- GÄFGEN, G.: *Vom Dilemma des Gesetzesauftrages*. Das Konzept der Alternativstrategien. In: Zehn Jahre Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Eine kritische Bestandsaufnahme, Hrsg. R. Molitor. Frankfurt 1973, S. 58-80.
- GÄFGEN, G.: *On the Methodology and Political Economy of Galbraithian Economics*. In: Kyklos 27 (1974), H. 4, S. 705-131.
- GAHLEN, B.: *Der Informationsgehalt der neoklassischen Wachstumstheorie für die Wirtschaftspolitik*. Tübingen 1972¹.
- GAHLEN, B.: *Wachstumstheorie*. Streit um Glaubenssätze. In: Kontaktstudium Ökonomie und Gesellschaft. Hrsg. R. Molitor. Frankfurt 1972².
- GAHLEN, B.: *Vorwort zu F. Rahmeyer*. Pluralismus und rationale Wirtschaftspolitik. Stuttgart 1974¹.
- GAHLEN, B.: *Wachstumszyklen und Einkommensverteilung*. Tübingen 1974² 1974.

- GAHLEN, B.: *Nur eine Ablenkung von der Problematik*. In: *Wirtschaftsdienst* 57 (1977), Nr. 2, S. 67-69.
- GAHLEN, B.: *Strukturpolitik in der Marktwirtschaft*. In: *Wirtschaftsdienst* 58 (1978), Nr. 1, S. 22-27.
- GIERSCH, H.: *Aufgaben der Strukturpolitik*. In: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* 9 (1964), S. 61-90.
- GIERSCH, H.: *Rationale Wirtschaftspolitik in der pluralistischen Gesellschaft*. In: *Rationale Wirtschaftspolitik und Planung in der Wirtschaft von heute*. Schr.d.V.f.S., N.F. Bd. 45. Berlin 1967, S. 113-142.
- GIERSCH, H.: *Kontroverse Fragen der Wirtschaftspolitik*. München 1971¹ 1971.
- GIERSCH, H.: *Über die Zukunft der Wirtschaftspolitik*. In: *Kontroverse Fragen der Wirtschaftspolitik*. München 1971.²
- GIERSCH, H.: *Wandlung unserer Wirtschaftsstruktur im Zuge weltwirtschaftlicher Veränderungen*. In: *Standortvorteil Ausland*. DIHT-Schriftenreihe Heft 134. Bonn 1973.
- GÖRGENS, E.: *Die Drei-Sektoren-Hypothese*. In: *Das Wirtschaftsstudium* 1975¹ 4 (1975) H. 6, S. 287-292.
- GÖRGENS, E.: *Wandlungen der industriellen Produktionsstruktur im wirtschaftlichen Wachstum*. Sozioökonomische Forschungen Band 3. Bern und Stuttgart 1975.
- GÖRGENS, E.: *Investitionsquote und Kapitalkoeffizient als Anknüpfungspunkte wachstumspolitischer Empfehlungen*. In: *WiSt* 6 (1977), Heft 3, S. 103-109.
- GÖRZIG, B., KIRNER, W.: *Zur Entwicklung des künftigen Wachstumspotentials in der BRD*. In: *DIW, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*, 1970, Berlin 1970, S. 5-17.
- GRÖHN, E.: *Spektralanalytische Untersuchungen zum zyklischen Wachstum der Industrieproduktion in der BRD 1950-1970*. Tübingen 1970.
- Grundsätze der sektoralen Struktur- und der regionalen Wirtschaftspolitik der Bundesregierung*. BT-Drucksache V/2469 vom 16.1.1968.
- GSCHWENDTNER, H.: *Ungleichgewichtige Wachstumsprozesse und Globalsteuerung*. Ein Ansatz zur Integration von Beschäftigungs-, Konjunktur- und Wachstumstheorie. Bern und Frankfurt/M. 1973.

- HABERLER, G.: *Prosperität und Depression*. Eine theoretische Untersuchung der Konjunkturbewegungen (1937). 2. erw. Aufl. Tübingen 1955.
- HABERLER, G.: *Monetary and Real Factors Affecting Economic Stability: A Critique of Certain Tendencies in Modern Economic Theory*. In: *Readings in Business Cycles*. Selected by a Committee of the American Economic Association. London 1966, S. 130-152.
- HAHN, L. A.: *Ende der Ära Keynes?* In: *Kyklos* 20 (1967) H. 1, S. 270-286.
- HEINEMANN, K.: *Politische Ökonomie - heute*. Tübingen 1974.
- HELLER, W. W.: *Monetary versus Fiscal Policy*. In: M. Friedman and W. W. Heller. *Monetary versus Fiscal Policy*. New York 1969.
- HIEMENZ, U., SCHATZ, K.-W.: *Beschäftigungsprobleme in Industrieländern*. Internationale Arbeitsteilung als Alternative zur Ausländerbeschäftigung - Der Fall der Bundesrepublik Deutschland. In: *Die Weltwirtschaft* 1977, Heft 1, S. 35-58.
- HIRSCH, F.: *Social Limits to Growth*. A Twentieth Century Fund Study. London 1977.
- HÖPFNER, K.: *Ökonomische Alternativen zur Ausländerbeschäftigung*. (Schriften der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel Nr. 105). Göttingen 1975.
- HOLZHEU, F., MATTFELDT, H.: *Spiegelbild von Widersprüchen*. Hat der Sachverständigenrat im Hinblick auf eine kritische Ziel-diskussion versagt? In: *Zehn Jahre Sachverständigenrat*. Hrsg. R. Molitor. Frankfurt 1973, S. 33-57.
- HOPP, R.: *Schwankungen des wirtschaftlichen Wachstums in Westdeutschland 1954-1967*. Meisenheim 1969. (Schriften zur wirtschaftswissenschaftlichen Forschung, Bd. 30).
- HORN, E.-J.: *Ist die BRD überindustrialisiert?* In: *Wirtschaftsdienst* 56 (1976), Nr. 7, S. 345-350.
- HORN, E.-J.: *Technologische Neuerungen und internationale Arbeitsteilung*. Die Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich. Kieler Studien Nr. 139. Tübingen 1976.
- HUNT, E. K., SHERMAN, H. J.: *Ökonomie*. Aus traditioneller und radikaler Sicht. Bd. 2. Frankfurt 1974.

- IfW Kiel: (Donges, Fels, Neu) *Der Einfluß außenhandelswirksamer Regelungen auf die Branchenstruktur der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland*. Forschungsauftrag des Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen. Endbericht. Kiel 1972.
- ISSING, O.: *Währungspolitik im Spannungsfeld wirtschaftspolitischer Zielkonflikte*. In: Soziale Marktwirtschaft im Wandel. Hrsg. E. Tuchtfeldt. Freiburg 1973, S. 189-206.
- JAHNKE, W.: *Ökonometrische Untersuchungen über ein dynamisches Sektorenmodell für die BRD 1951-1960*. Frankfurter wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Studien, Heft 16. Berlin 1966.
- Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1965 bis 1977*. Stuttgart und Mainz.
- Jahreswirtschaftsbericht 1974 der Bundesregierung*. Beilage zum JG 1974 1973.
- JOCHIMSEN, R., KNOBEL, H.: *Zum Gegenstand und zur Methodik der Nationalökonomie*. In: Gegenstand und Methoden der Nationalökonomie. Hrsg. R. Jochimsen und H. Knobel. Köln 1971, S. 11-68.
- JOCHIMSEN, R., STERN, K.: *Globale Wirtschaftssteuerung*. In: Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft. Hrsg. Görres Gesellschaft, sechste, völlig neubearb. u. erw. Auflage, zehnter Band, zweiter Ergänzungsband. Freiburg 1970, S. 167.
- JOHNSON, H. G.: *Mercantilism: Past, Present and Future*. In: Manchester School of Economics and Social Studies 42 (1974), No. 1, S. 1-17.
- JOHNSON, H. G.: *On Economics and Society*. Chicago 1975.
- JÖHR, W. A.: *Die Konjunkturschwankungen*. Tübingen, Zürich 1952.
- JÖHR, W. A.: *Alternativen der Konjunkturerklärung*. In: W. Weber, H. Neiss (Hrsg.). Konjunktur und Beschäftigungstheorie, NWB Bd. 19. Köln, Berlin 1967, S. 353-366.
- JÜRGENSEN, H.: *Antinomien in der Regionalpolitik*. In: Gestaltungsprobleme der Weltwirtschaft. A. Predöhl zum 70. Geburtstag. Göttingen 1964. Hrsg. H. Jürgensen.

- JÜRGENSEN, H.: *Vollbeschäftigungsprobleme der Marktwirtschaft/Strukturpolitik*. In: *Unsere Wirtschaft - Basis, Dschungel, Dogma? Marktwirtschaft in der gegenwärtigen Auseinandersetzung*. Hrsg. Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen. Köln 1973, S. 114-123.
- KATH, D.: *Die theoretischen Grundlagen geldpolitischer Steuerungskonzepte*. In: *Strukturwandel und makroökonomische Steuerung*. Festschrift für Fritz Voigt. Hrsg. S. Klatt, M. Willms. Berlin 1975, S. 341-364.
- KANTZENBACH, E.: *Einzel-, Struktur- und Niveausteuerung der Wirtschaft*. In: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* 11 (1966), S. 67-75.
- KEINATH, K.: *Regionale Aspekte der Konjunkturpolitik*. Ein Beitrag zum Problem der regionalen Differenzierung der Globalsteuerung. Tübingen 1978.
- KLEIN, L. R.: *Das Alte und das Neue*. In: *Konjunktur- und Beschäftigungstheorie*. Hrsg. W. Weber. Köln 1967.
- KLEINWEFERS, H.: *Wirtschaftspolitik als Wissenschaft*. In: *Kyklos* 1974 27 (1974), H. 1, S. 1-20.
- KLEPS, H.: *Langfristige Wirtschaftspolitik in Westeuropa*. Die neuen wirtschaftspolitischen Konzeptionen und ihre Problematik. 2. Aufl. Bern/Stuttgart 1969.
- KLOTEN, N.: *Internationale Stabilität und nationales Wirtschaftswachstum*. In: *Fragen der wirtschaftlichen Stabilisierung*. Ringvorlesung gehalten von Mitgliedern der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der Universität Tübingen SS 1967. Hrsg. A. E. Ott. Tübingen 1967, S. 72-92.
- KLOTEN, N.: *Utopie und Leitbild im wirtschaftspolitischen Denken*. In: *Kyklos* 20 (1967), S. 331-354.
- KLOTEN, N.: *Formen der gesamtwirtschaftlichen Koordination*. Unveröffentlichtes Vortragsmanuskript. Tübingen 1971.
- KLOTEN, N.: *Gedanken zur Antiinflationpolitik in der Marktwirtschaft*. In: *Marktwirtschaft und soziale Verantwortung*. Hrsg. B. B. Gemper. Köln 1973, S. 393-402.
- KLOTEN, N.: *Soll und Haben der Konjunkturpolitik*. Unveröff. Manuskript. Tübingen 1973.
- KLOTEN, N., VOLLMER, R.: *Stabilität und Wachstum in der Wirtschaftspolitik*. In: *Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik. Deutschland - eine Bilanz*. Hrsg. R. Löwenthal, H. P. Schwarz. Stuttgart 1974, S. 703-727.

- KNORRING, E. v., KROL, G.-J.: *Lohnquote und Wachstumszyklus*. Ein internationaler Vergleich. In: *Wachstumszyklen und Einkommensverteilung*. Hrsg. B. Gahlen. Tübingen 1974, S. 29-52.
- KOCK, H., LEIFERT, E., SCHMID, A., STIRNBERG, L.: *Stabilitätspolitik*. Ein Überblick über die aktuelle Diskussion und Perspektiven einer Neuorientierung. *Komm. f. wirt. u. soz. Wandel*, Bd. 99. Göttingen 1976.
- KOESTER, U.: *Sektorale Preisentwicklung und Geldwertstabilität*. Schriften zur wirtschaftswissenschaftlichen Forschung Bd. 85. Meisenheim am Glan 1974.
- Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel: *Wirtschaftlicher und sozialer Wandel in der Bundesrepublik Deutschland*. Göttingen 1977.
- Konjunktur- und Beschäftigungstheorie*. Hrsg. W. Weber. Köln, Berlin 1974.
- KOOPMANS, T. C.: *Measurement without Theory*. In: *The Review of Economic Statistics*. Vol. XXIX (August 1947). Wiederabgedruckt in *Readings in Business Cycles*. Selected by a Committee of the American Economic Association. London 1966.
- KRELLE, W.: Diskussionsbeitrag zu H. Meinhold. *Strukturwandlungen*. In: *Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft*. Hrsg. F. Neumark. *Schr.d.V.f.S., N.F.* Band 30/II. Berlin 1964.
- KREUZER, S.: *Regelungskalküle im konjunkterpolitischen Entscheidungsprozeß*. Dissertation Tübingen 1974.
- KROMPHARDT, J.: *Wachstum und Konjunktur*. Grundlagen ihrer theoretischen Analyse und wirtschaftspolitischen Steuerung. JG 597. Göttingen 1972.
- KRÜGER, R.: *Das wirtschaftspolitische Instrumentarium*. Einteilungsmerkmale und Systematisierung. Berlin 1967.
- KRÜSSELBERG, H. G.: *Profite, externe Vorteile und wirtschaftliche Entwicklung*. In: H. Besters (Hrsg.). *Theoretische und institutionelle Grundlagen der Wirtschaftspolitik*. Berlin 1967, S. 271-298.
- LAMBERTS, W.: *Möglichkeiten und Grenzen der sektoralen Strukturpolitik*. In: *Strukturprobleme und ihre wirtschaftspolitische Bewältigung*. Beihefte der Konjunkturpolitik Heft 16, 1969, S. 35-49.

- LEHNIS, F.: *Der Beitrag des späten Schumpeter zur Konjunkturforschung.* 1960 Interpretation und methodologische Würdigung der 'Business Cycles'. Beiträge zur Erforschung der wirtschaftlichen Entwicklung. Hrsg. M. E. Kamp. H. 5. Stuttgart 1960.
- LINDAUER, J.: *Macroeconomics.* 3rd. ed. New York 1976.
1976
- LINDBECK, A.: *Fiscal Policy as a Tool of Economic Stabilization - Comments to an OECD Report.* In: *Kyklos* 23 (1970) H. 1, S. 7-32.
- LITTMANN, K.: *Problemstellung und Methoden der heutigen Finanzwissenschaft.* In: *Handbuch der Finanzwissenschaft.* Bd. I. Tübingen 1975, S. 99-120.
- LORENZEN, G.: *Der Beitrag der Akzelerationshypothese zur Erklärung der Nettoinvestitionen in den Sektoren der verarbeitenden Industrie der Bundesrepublik Deutschland.* Göttingen 1975.
- MAJER, H., WAGNER, A.: *Der internationale Konjunkturzusammenhang.* 1974 Gutachten im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft. Tübingen 1974. Institut für angewandte Wirtschaftsforschung Tübingen, Bd. 26.
- MANEVAL, H., OTT, A. E.: *Bemerkungen zur Überakkumulationstheorie Erich Preisers.* In: *Jahrb. f. Nationalök. u. Stat.* 179, H. 1, (1965), S. 28-49.
- MANN, F. K.: *Begriff und Illusion der Marktwirtschaft.* In: *Marktwirtschaft und Soziale Verantwortung.* Hrsg. B. B. Gemper. Köln 1973, S. 407-410.
- MASS, N. J.: *Economic Cycles: An Analysis of Underlying Causes.* Cambridge 1975.
- MATTHEWS, R. C. O.: *Investition: Das Akzelerationsprinzip und seine Verallgemeinerung.* In: *Konjunktur und Beschäftigung.* Hrsg. W. Weber. Köln 1967, S. 191-211.
- MEINHOLD, H.: *Strukturwandlungen als Problem der Wirtschaftspolitik.* 1964 In: *Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft.* Schr. d.V.f.S., N.F. Bd. 30/II, Berlin 1964, S. 1066-1089.
- MEIßNER, W.: *Investitionslenkung.* Frankfurt 1974.
1974
- MERTENS, D.: *Wachstumsindustrien.* Ein Beitrag zur partiellen Konjunkturbeobachtung. In: *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung.* Jg. 1960. H. 3.

- MERTENS, D.: *Veränderungen der industriellen Branchenstruktur in der Bundesrepublik 1950-1960*. In: Wandlungen der Wirtschaftsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. H. König. Schr.d.V.f.S., N. F. Bd. 26. Berlin 1962, S. 439-468.
- MERTENS, D.: *Die Wandlungen der industriellen Branchenstruktur in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1960*. Ein Beitrag zur Analyse der Ursachen und Wirkungen differenzierten Wachstums. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Sonderheft. N. F. Nr. 68. Berlin 1964.
- MOMMSEN, W.: *Verstehen und Idealtypus*. Zur Methodologie einer historischen Sozialwissenschaft. In: W. Mommsen, Max Weber: Gesellschaft, Politik und Geschichte. Frankfurt 1974, S. 208-232.
- MÜCKL, W. J.: *Wodurch werden Konjunkturzyklen ausgelöst?* In: Konjunkturpolitik. Fachwissenschaftliche Analysen und Unterrichtsempfehlung. Opladen 1976, S. 38-51.
- MUNDELL, R.: *The Appropriate Use of Monetary and Fiscal Policy for Internal and External Stability*. IMF Staff Papers 9 (1962).
- NEEMANN, G.: *Kreditbremsen müssen gelockert werden*. Zeitgespräch. 1974 In: Wirtschaftsdienst 54 (1974). H. 2, S. 65-67.
- NEUHAUSER, G.: *Die Bedeutung der Konjunktur-, Beschäftigungs- und Währungspolitik für das Wirtschaftswachstum*. In: H. K. Schneider (Hrsg.). Beiträge zur Wachstumspolitik. Schr.d. V.f.S., N. F. Bd. 55, Berlin 1970.
- NEUHAUSER, G.: *Konjunktur- und Beschäftigungspolitik*. In: Dürr, Neuhäuser: Währungspolitik. Konjunktur- und Beschäftigungspolitik. Stuttgart 1975.
- NEUMARK, F.: *Fiskalpolitik und Wachstumsschwankungen*. Wiesbaden 1968
- NEUMARK, F.: Einführung zu D. Ricardo: Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung. Hrsg. F. Neumark. Frankfurt 1972.
- NEUMARK, F.: *Die komparative Bedeutung von Geld- und Fiskalpolitik für die Verwirklichung wirtschaftlicher Stabilität*. Tübingen 1973.
- NEUMARK, F.: *Zyklen in der Geschichte ökonomischer Ideen*. In: Kyklos 28 (1975). Fasc. 2, S. 257-285.

- NIEHANS, J.: *Strukturwandlungen als Wachstumsprobleme*. In: Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft. Hrsg. F. Neumark. Schr.d.V.f.S., N. F. Bd. 30/I. Berlin 1964, S. 18-45.
- NOÉ, C.: *Die Marktwirtschaft wird besser*. Über selektive Angebotssteuerung. In: Wirtschaftswoche Nr. 22. 1974, S. 62-65.
- NÖLLING, W.: *Das Programm für Zukunftsinvestitionen*. In: Wirtschaftsdienst 57 (1977), Nr. 8, S. 391-398.
- OTT, A. E.: *Höhere Wachstumsrate bei besserer Konjunkturpolitik*. In: Wirtschaftsdienst 49 (1969), Nr. 12, S. 687-692.
- OTT, A. E.: *Wachstumszyklen*. Über die neue Form der Konjunkturzyklen. Theoretische und empirische Beiträge. Schr.d.V.f.S., N. F. Bd. 71. Berlin 1973.
- OTT, A. E., WAGNER, A.: *Materialien zu den Wachstumszyklen in der Bundesrepublik Deutschland*. In: Wachstumszyklen. Über die neue Form der Konjunkturschwankungen. Hrsg. A. E. Ott, Berlin 1973.
- PETERS, H.-R.: *Grundzüge sektoraler Wirtschaftspolitik*. Freiburg 1971.
- PETERS, H.-R.: *Stabilisierungspolitische Gefahren protektionistischer sektoraler Strukturpolitik*. Referat für die Zürcher Tagung des Vereins für Sozialpolitik 1974. Manuskript.
- PORZNER, K.: *Wirtschaftspolitische Lenkungsinstrumente*. In: WSI-Mitteilungen 1/1975, S. 12-25.
- PREISER, E.: *Grundzüge der Konjunkturtheorie*. Tübingen 1933.
- PÜTZ, TH.: *Geschichtliche Wandlungen der Konjunkturschwankungen und Konjunkturpolitik*. In: Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. (Festgabe für A. Müller-Armack). Berlin 1961.
- PÜTZ, TH.: *Grundlagen der theoretischen Wirtschaftspolitik*. Stuttgart 1971.
- RALL, W.: *Zur Wirksamkeit der Einkommenspolitik*. Tübinger Wirtschaftswissenschaftliche Abhandlungen. Bd. 20. Tübingen 1975.
- RECKTENWALD, H. C.: *Adam Smith heute und morgen*. In: Kyklos, Vol. 28 (1975), H. 1, S. 5-22.
- REDL, F.: *Die Zusammenhänge zwischen den Veränderungen der Nachfragestruktur und dem wirtschaftlichen Wachstum*. In: Zeitschrift für Nationalökonomie 23 (1964). H. 3-4, S. 330-367.

- RICARDO, D.: *Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung*. 1972 Hrsg. F. Neumark. Frankfurt 1972.
- ROBINSON, J.: *Die zweite Krise der ökonomischen Theorie*. In: W. Vogt 1973 (Hrsg.). Seminar: Politische Ökonomie. Zur Kritik der herrschenden Nationalökonomie. Frankfurt 1973, S. 37-55.
- ROSE, K.: *Gleichgewichtswachstum und Stabilität*. Tübingen 1970 (Vorträge des Walter Eucken Instituts).
- ROSE, K.: *Grundlagen der Wachstumstheorie*. Eine Einführung. Göttingen 1971.
- ROTHSCHILD, K. W.: *Alter Wein in neuen Flaschen?* In: Wirtschaftsdienst 57 (1977), S. 63-65.
- RÜRUP, B., SIEDENBERG, A.: *Das Stabilitätsgesetz im Spiegel der Kritik*. 1974 In: Konjunkturpolitik 20 (1974). H. 1, S. 1-19.
- SALIN, E.: *Politische Ökonomie*. Geschichte der wirtschaftspolitischen Ideen von Platon bis zur Gegenwart. 5. erw. Auflage. Tübingen 1967.
- SCHACHTSCHABEL, H. G.: *Wirtschaftspolitische Konzeptionen*. Stuttgart 1967.
- SCHATZ, K.-W.: *Wachstum und Strukturwandel der westdeutschen Wirtschaft im internationalen Verbund*. Analysen und Prognosen. Kieler Studien Bd. 128. Tübingen 1974.
- SCHIFF, F. W.: *Alternative Tax and Spending Policies 1971-1976*. In: 1973 Fiscal Policy and Demand Management. Hrsg. H. Giersch. Tübingen 1973, S. 188-194.
- SCHILLER, K.: *Vollbeschäftigung und Kreditpolitik*. In: G. Albrecht 1951 (Hrsg.). Die Problematik der Vollbeschäftigung. Schr.d.V.f.S., N.F. Bd. 3. Berlin 1951.
- SCHILLER, K.: *Wirtschaftspolitik*. In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften. Band 12. Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1965, S. 210-231.
- SCHILLER, K.: *Preisstabilität durch globale Steuerung der Marktwirtschaft*. 1966 (Walter Eucken-Institut. Vorträge und Aufsätze 15). Tübingen 1966.
- SCHILLER, K.: Antwort des Bundeswirtschaftsministers auf die große 1967 Anfrage der Fraktion des CDU/CSU betr. sektorale und regionale Strukturpolitik. Bundestagsdrucksache V/1968 vom 19/6//67.

- SCHILLER, K.: *Strukturanpassung und Wachstumspolitik*. Heft 95 der 1968
Arbeitsgemeinschaft für Rationalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen. Dortmund 1968.
- SCHIPS, B.: *Ergebnisse einer Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung* 1973¹
in der BRD von 1950 bis 1971. In: *Wachstumszyklen. Über die neue Form der Konjunkturschwankungen*. Hrsg. A. E. Ott. Berlin 1973, S. 183-200.
- SCHIPS, B.: *Lag-Hypothesen in makroökonomischen Konjunkturmodellen*. 1973²
In: *Wachstumszyklen. Über die neue Form der Konjunkturschwankungen*. Hrsg. E. A. Ott. Berlin 1973, S. 79-102.
- SCHLECHT, O.: *Strukturpolitik in der Marktwirtschaft*. FIW-Schriftenreihe. Heft 46. Köln 1968.
- SCHLECHT, O.: *Konsequenzen für die Wirtschaftspolitik aus veränderten* 1976
Wachstums- und Strukturbedingungen. In: *Wachstum und Konjunktur unter veränderten Bedingungen*. Gespräche der List-Gesellschaft, N. F. Bd. 2. Baden-Baden 1976, S. 107-122.
- SCHLESINGER, H.: Diskussionsbeitrag in: *Fiscal Policy and Demand* 1973
Management. Fiskalpolitik und Globalsteuerung. Hrsg. H. Giersch. Symposium 1972. Tübingen 1973.
- SCHMAHL, H.-J.: *Globalsteuerung der Wirtschaft*. Die neue Konjunkturpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Hamburg 1970.
- SCHMAHL, H.-J.: *Globalsteuerung - Zwischenbilanz einer neuen Konjunkturpolitik*. In: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* 16 (1971), S. 271-286.
- SCHMAHL, H.-J.: *Globalsteuerung des Wirtschaftsablaufs*. In: *Wirtschaftswissenschaftliches Studium* 2 (1973). H. 5, S. 216-222.
- SCHMID, A.: *Die Strategie des Sachverständigenrats zur Vermeidung von* 1974
Wachstumszyklen. In: *Wachstumszyklen und Einkommensverteilung*. Hrsg. B. Gahlen. Tübingen 1974, S. 171-202.
- SCHMUCKER, H.: *Die langfristigen Strukturwandlungen des Verbrauchs* 1964
der privaten Haushalte in ihrer Interdependenz mit den übrigen Bereichen einer wachsenden Wirtschaft. In: *Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft*. Schr.d.V.f.S., N. F. Bd. 30/I. Berlin 1964, S. 106-183.
- SCHMUCKER, H.: *Der Aussagewert von haushaltsstatistischem Material* 1966
für die Verbrauchsforschung und die ökonometrische Nachfrageanalyse. In: *Konsum und Nachfrage*, Hrsg. E.u.M. Streissler. (NWB. Bd. 13). Köln, Berlin 1966, S. 363-394.

- SCHNEIDER, E.: *Der gegenwärtige Stand der Theorie der Beschäftigung*. 1967 In: Konjunktur- und Beschäftigungstheorie. Hrsg. W. Weber, Köln 1967, S. 95-110.
- SCHRÖDER, D.: *Wachstum und Gesellschaftspolitik*. Gesellschaftspolitische Grundlagen der längerfristigen Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums. Unter Mitarbeit von K. Roesler und G. Zubeil. Stuttgart 1971.
- SCHRÖDER, D.: *Strukturpolitik und Ordnungspolitik*. In: Branchenstrukturanalyse. WSI-Studien Nr. 11. Köln 1975, S. 25-40.
- SCHRÖDER, D.: *Strukturpolitische Probleme der nächsten Jahre*. In: 1976 Wirtschaftsdienst 56 (1976), Nr. 7, S. 341-344.
- SCHUMANN, J.: *Die Sektoranalyse als Instrument konjunkturtheoretischer Untersuchungen*. Mit einem Anwendungsbeispiel zur Analyse der internationalen Konjunktorentwicklung. Berlin 1959.
- SEIDENFUS, H.: *Sektorale Wirtschaftspolitik*. In: Kompendium der Volkswirtschaftslehre. Bd. 2. Göttingen 1972, S. 206-272.
- SEITZ, T.: *Die Entwicklung der Konjunkturtheorie seit den 'Contributions' von Hicks*. In: Wachstumszyklen. Über die neue Form der Konjunkturschwankungen. Hrsg. A. E. Ott. Berlin 1973.
- SIEVERT, O.: *Die wirtschaftspolitische Beratung in der Bundesrepublik Deutschland*. In: H. Giersch (Hrsg.). Grundsatzprobleme wirtschaftspolitischer Beratung. Schr.d.V.f.S., N.F. Bd. 49. Berlin 1967, S. 27-67.
- SIEVERT, O.: *Die konjunkturtheoretischen Vorstellungen des Sachverständigenrates*. Unveröff. Manuskript (1971).
- SOCHER, K.: *Koordination des Einsatzes geld- und finanzpolitischer Instrumente*. Berlin 1971.
- SOHN, G.: *Zur Konjunktorempfindlichkeit der deutschen Wirtschaft*. In: 1977 Wirtschaftsdienst 57 (1977), H. 2, S. 72-76.
- SOLO, R. A.: *Arithmomorphism and Entropy*. Review Article. In: Economic Development and Cultural Change. Volume 22 (1973-74), S. 510-517.
- Soziale Marktwirtschaft im Wandel*. Hrsg. E. Tuchtfeldt. Freiburg 1973. 1973
- SPIETHOFF, A.: *Die wirtschaftlichen Wechsellagen*. Tübingen 1955. 1955

- STARBATTY, J.: *Die Beziehungen zwischen Struktur-, Wachstums- und Konjunkturpolitik*. In: Berichte des Deutschen Industrieinstituts zur Wirtschaftspolitik. Nr. 5. 1969.
- STIRNBERG, L.: *Bemerkungen zum Problem der Beziehungen zwischen Trend und Zyklus*. In: Wachstumszyklen und Einkommensverteilung. Hrsg. B. Gahlen. Tübingen 1974, S. 53-78.
- STRÜMPEL, B.: *Krise des Wohlstands*. Stuttgart 1977.
1977¹
- STRÜMPEL, B.: *Fehlverhalten oder Strukturkrise?* In: Wirtschaftsdienst 1977² 57 (1977), Nr. 6, S. 284-289.
- Strukturbericht 1969 der Bundesregierung. BT-Drucksache V/4564 v. 1969 4.7.69.
- TEICHMANN, U.: *Konjunktur- und Wachstumspolitik - Konflikt oder Konnex?* Wiesbaden 1972.
- THOLL, G.: *Strukturpolitik und Wirtschaftsordnung*. Göttingen 1972.
1972
- TICHY, G.: *Empirische und theoretische Überlegungen zur neuen Form der Konjunkturschwankungen*. In: Wachstumszyklen. Über die neue Form der Konjunkturschwankungen. Hrsg. A. E. Ott. Berlin 1973.
- TICHY, G.: *Konjunkturschwankungen*. Theorie, Messung, Prognose. Berlin 1975
lin, Heidelberg, New York 1975.
- TINBERGEN, J.: *Economic Policy: Principles and Design*. Amsterdam 1966
1966.
- TOBIN, J.: *The New Economics one Decade Older*. Princeton 1974.
1974
- TUCHTFELDT, E.: *Das Instrumentarium der Wirtschaftspolitik*. In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 2 (1957), S. 52-64.
- TUCHTFELDT, E.: *Engpässe und Überkapazitäten als Probleme der Strukturpolitik*. In: Methoden und Probleme der Wirtschaftspolitik. (Gedächtnisschrift für H. J. Seraphim). Hrsg. H. Ohm. Berlin 1964, S. 101-122.
- TUCHTFELDT, E.: *Über unerwünschte Nebenwirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen*. In: Kyklos 23 (1970). H. 4, S. 720-735.
- TUCHTFELDT, E.: *Soziale Marktwirtschaft und Globalsteuerung*. In: Soziale Marktwirtschaft im Wandel. Hrsg. E. Tuchtfeldt. Freiburg 1973¹
1973.

- TUCHTFELDT, E.: 'Neue Wirtschaftspolitik' - Fortsetzung der Sozialen
1973² *Marktwirtschaft?* In: *Marktwirtschaft und Soziale Verant-*
wortung. Hrsg. B. B. Gemper. Köln 1973, S. 97-110.
- TUCHTFELDT, E.: *Zielbeziehungen in der Wirtschaftspolitik.* In: *WiSt*
1975 4 (1975) H. 10, S. 471-477.
- VOGT, W.: *Die Wachstumszyklen der westdeutschen Wirtschaft von 1950*
1968 *bis 1965 und ihre theoretische Erklärung.* Reihe Recht und
Staat. Heft 370. Tübingen 1968.
- VOGT, W. (Hrsg.): *Seminar Politische Ökonomie.* Zur Kritik der herr-
1973 schenden Nationalökonomie. Frankfurt 1973.
- Wachstum und Konjunktur im Wandel.* Gespräche der List-Gesellschaft.
1976 Hrsg. H. Besters. Baden-Baden 1976.
- WAGNER, A.: *Die Wachstumszyklen in der Bundesrepublik Deutschland.*
1972 Eine komparativ-dynamische Komponentenanalyse für die
Jahre 1951-1970. Tübingen 1972.
- WALLICH, H. C.: *The American Council of Economic Advisers and the*
1968 *German Sachverständigenrat. A Study in the Economics of*
Advice. In: *The Quarterly Journal of Economics* 82 (1968).
- WARD, B.: *What's Wrong with Economics?* London 1972. (Deutsche
1972 Ausgabe: *Sind die Wirtschaftswissenschaften am Ende?*).
Aporien und Antworten. Stuttgart und Zürich 1976.
- WEBER, W. NEISS, H.: *Entwicklung und Probleme der Konjunktur-*
1967 *theorie.* In: W. Weber (Hrsg.) *Konjunktur- und Beschäfti-*
gungstheorie. Köln 1967.
- WEIZSÄCKER, C. C. v.: *Grenzen der traditionellen Globalsteuerung.* In:
1975 *Jahrb. f. Nationalök. u. Stat.* 189 (1975). H. 1, S. 1-41.
- WEIZSÄCKER, C. F. v.: *Die heutige Menschheit, von außen betrachtet.*
1974 In: *Merkur* 28 (1974), H. 7, S. 607-616.
- WERNER, J.: *Zum Verhältnis von Wachstumspolitik und Konjunkturpo-*
1968 *litik.* In: *Jb. f. Soz.wiss.* 19 (1968), S. 66-81.
- WILHELM, H.: *Regionalpolitik als Kompensation der Globalsteuerung.*
1975 In: *Strukturwandel und makroökonomische Steuerung.* Fest-
schrift für Fritz Voigt zur Vollendung des 65. Lebensjahres.
Hrsg. S. Klatt, M. Willms. Berlin 1975, S. 507-536.
- WILLGERODT, H.: *Besprechung von G. Haberler, Economic Growth and*
1974 *Stability. An Analysis of Economic Change and Policies.* Los
Angeles 1974. In: *Zeitschr. f. Nationalökonomie* 35 (1975),
H. 1-2, S. 211-213.

- WILLMS, M.: *Ende der Konjunkturpolitik?* In: Wirtschaftsdienst 57 1977 (1977), Nr. 2, S. 65-67.
- WOLL, A.: *Allgemeine Volkswirtschaftslehre*. Vierte, völlig neubearbeitete und stark erweiterte Auflage. München 1974.
- ZABEL, C.: *Möglichkeiten selektiver Konjunkturpolitik*. Köln 1975.
- ZEITEL, G.: *Größeres Gewicht der strukturellen Fragen*. In: Wirtschaftsdienst 56 (1976), Nr. 9, S. 544-548.
- ZINN, K. G.: *Hochkonjunktur bei Unterbeschäftigung?* Die analytischen Defizite der jüngsten Aufschwungseuphorie. In: Wirtschaftsdienst 56 (1976), Nr. 8, S. 395-403.

Statistische Werke:

Statistisches Bundesamt:

- Lange Reihen zur Wirtschaftsentwicklung. Ausgaben 1973 u. 1976. Stuttgart und Mainz 1973 u. 1976.
- Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Ausgaben 1974, 1976 u. 1977. Stuttgart und Mainz, 1974, 1976 u. 1977.
- Wirtschaft und Statistik. Versch. Bände.

DIW:

- Produktionsvolumen und -potential, Produktionsfaktoren der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Statistische Kennziffern, 15./18. Folge, 1962-1973; 1970-75. Von R. Krengel, E. Baumgart, A. Bonesz, R. Pischer und K. Droege. Berlin: DIW 1974, 1976.
- Vierteljahreshefte. Versch. Bände.

EUROSTAT:

- ESG: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1977.

OECD:

- Labour Force Statistics 1977.

PERSONENREGISTER *

- Ackley, G., 131-133.
 Binder, P., 187.
 Boettcher, E., 10, 181.
 Bombach, G., 10, 72, 122, 164,
 180.
 Borchard, K., 135.
 Borner, C., 205.
 Brandt, K., 55.
 Cassel, D., 131.
 Chenery, H. B., 37.
 Clark, 24.
 Cornwall, J., 187.
 Delfs, J., 149.
 Domar, E., 59.
 Donges, J. B., 204.
 Dürr, E., 180 f.
 Ehrenberg, H., 180.
 Eucken, W., 197.
 Fels, G., 159, 161.
 Fisher, A. G. B., 24.
 Fourastié, J., 24.
 Frey, B. S., 124.
 Friedman, M., 146.
 Gäfgen, G., 147.
 Giersch, H., 14, 16, 29, 55, 167,
 171.
 Goodwin, R., 55, 117.
 Görgens, E., 35 f., 161.
 Görzig, B., 16 f., 60.
 Gröhn, E., 97, 99 f.
 Harrod, R., 59, 110 f.
 Hayek, F. v., 143.
 Hicks, J. R., 55, 105 f., 110, 114.
 Hiemenz, U., 50.
 Hirschman, A. O., 160.
 Hoffmann, W. G., 37.
 Hopp, R., 56 f., 118.
 Horn, E. J., 156, 163.
 Johnson, H. G., 28.
 Jöhr, W. A., 105, 107, 127, 148.
 Kade, G., 5.
 Kantzenbach, E., 197, 201.
 Keinath, K., 188 f.
 Keynes, J. M., 111, 129, 207.
 Kirner, W., 16 f., 60.
 Knorring, E. V., 122, 137.
 Kock, H., 210.
 Koester, U., 172-174.
 Krelle, W., 105, 187.
 Krol, G.-J., 122, 137.
 Kromphardt, J., 64, 66, 195.
 Krüper, M., 5.
 Lamberts, W., 160.

* Ich danke Frau Jutta KRAUSE für ihre Hilfe bei der Erstellung des Personen- und Sachregisters.

- Maneval, H., 140 f.
 Mann, F. K., 184.
 Marx, K., 128 f.
 Matthews, R. C. O., 112 f.
 Meinhold, H., 186.
 Meißner, W., 5.
 Mertens, D., 37, 42, 45 f., 48, 97,
 150, 159-161.
 Mommsen, E.-W., 218.
 Mückl, W. J., 133.

 Ott, A. E., 56 f., 140 f.

 Peters, H. R., 68, 191.
 Philipps, W., 107.
 Popper, R., 11.
 Preiser, E., 135-143.

 Samuelson, P. A., 105.
 Schatz, K.-W., 50, 156.
 Schiller, K., 184 f.
 Schips, B., 98-100.
 Schlecht, O., 211.
 Schlesinger, H., 55.
 Schmahl, H.-J., 190.
 Schneider, E., 70.
 Schröder, D., 18, 158, 187.

 Seidenfus, H. St., 68.
 Seitz, T., 105.
 Sievert, O., 118, 120.
 Sismondi, J. C., 128.
 Smithies, A., 55.
 Socher, K., 188.
 Sohn, G., 97.
 Spiethoff, A., 72, 129-134, 142 f.
 Stirnberg, L., 67, 187.
 Stoltenberg, G., 180.
 Streissler, E., 116.
 Strümpel, B., 149.

 Tichy, G., 54-58, 73, 115-117.
 Tobin, J., 186.
 Tuchtfeldt, E., 4, 17, 170 f., 197,
 205.
 Tugan-Baranowsky, M. v., 129-131.

 Vogt, W., 5, 55-57.
 Wagner, A., 55-58, 62-64, 71, 98.
 Weizsäcker, C. C. v., 184, 202.
 Wilhelm, H., 189, 196.
 Wolfe, M., 24.
 Woll, A., 143.

 Zeitel, G., 73, 188, 190.
 Zinn, 19.

SACHREGISTER

- Abschwung, 119 f., 122, 134, 139, 200.
 Akzelerator, 108 f, 111-114.
 Ansatz, deterministischer, 105 f.
 Ansatz, disproportionalitätstheoretischer, 101, 133, 135, 142, 180.
 Ansatz, sozialpsychologischer, 106.
 Arbeitsfunktionen, Struktur der, 33.
 Asymmetrie, d. Konjunkturverlaufs, 54 f.
 Aufschwung, 119, 123 f., 130, 136-139, 143.
 Aufschwungsplateau, 116.
 Auslandsnachfrage, 182.
 Auslastungsgrad, 59 f., 60, 70, 83, 90, 96, 113 f., 119, 217.

 Bandbreiten, 84, 90, 92.
 Bauwirtschaft, 187, 193.
 Beschäftigtenstruktur, 31, 33 f.
 Branchengruppen, 84, 86, 92, 96, 98.
 Branchenkonjunktoren, 9 f., 68, 96, 98 f., 147, 149, 181.
 Branchenstrukturanalysen, 37, 172, 176, 217.
 Branchenzuwachsraten, 83.

 Demand-management, 1, 5-7, 178, 190, 214.
 Desinvestitionen, 110, 114 f.
 Diagnose, wirtschaftspolitische, 173 f.
 Differentialdiagnose, 165, 167 f., 170, 175.
 Disproportionalitäten, 128, 133, 139, 143.
 Disproportionen, strukturelle, 170 f., 213.
 Drei - Sektoren - Hypothese, 23-25, 35-37, 148, 168.
 Einkommenselastizitäten, 153 f.
 Fehlspezialisierung, 163 f.
 Finanzpolitik, 191, 195, 200, 213.
 Fortschritt, technischer, 156.
 Geld- und Kreditpolitik, 186-188.
 Gesamtinvestitionen, 64.
 Gesamtkonjunktoren, 68, 98 f.
 Gesamtzyklus, 98 f.
 Globalsteuerung, 3-5, 7, 9-11, 56, 69, 173, 178-180, 184-186, 189, 196, 201 f., 206, 210 f., 214 f.
 Industrien, konjunkturabhängige, 37, 39, 42.
 Industrien, konjunkturgetragene, 37, 39, 42.
 Industrien, stagnierende, 48, 97, 150.
 Industrien, zyklische, 48, 50, 97, 150.
 Inflationsrate, sektorale, 172.
 Interaktionsstörungen, 146.
 Internationale Arbeitsteilung, 158, 162, 164.

- Interventionismus, 207 f.
 Investitionen, 63 f., 66, 108, 112 f.,
 135, 143, 145, 187, 218.
 Investitionsgüterindustrien, 66, 76,
 78, 98, 100, 112, 137, 193.
 Investitionslenkung, 5, 127, 209.
 Investitionsnachfrage, 65-68, 127.
 Investitionsquote, 66.
- Kapazität, erwünschte, 113.
 Kapazitätseffekt, 109.
 Kapitalkoeffizient, 109, 111.
 Kapitalmangel, 132, 142 f.
 Kapitalstockanpassungstheorem,
 101, 114, 145 f., 175.
 Kernprozeß, konjunktureller, 66,
 147, 181.
 Komponentenanalyse, 62, 71.
 Konjunktur, gesamtwirtschaftliche,
 68 f., 72 f., 96, 99, 103, 148.
 Konjunktur, gespaltene, 2, 6, 10,
 48, 76, 83 f., 179, 206 f.
 Konjunkturablaufmuster, 70, 72.
 Konjunkturdefinitionen, 58, 60.
 Konjunkturdiagnose, 179.
 Konjunkturrempfindlichkeit, 97.
 Konjunkturindikatoren, 55, 70,
 177.
 Konjunkturmuster, 2, 8 f., 54, 68,
 70, 116 f., 175, 177, 183.
 Konjunkturphasen, 59 f., 130.
 Konjunkturpolitik, 8, 35, 126, 128,
 178 f., 191 f., 205.
 Konjunkturprogramm, 193, 196.
 Konjunkturtheorie, 105, 107 f.,
 116, 118, 124, 135 f., 145, 149.
 Konjunkturzyklen, 117, 125.
 Konzertierte Aktion, 125, 127.
 Koordination, marktwirtschaftliche,
 125 f.
 Kreuzspektralanalyse, 98 f.
- Lead-lag-Struktur, 98 f.
 Lohn-lag, 116, 120, 122.
 Lohnquote, 122, 139, 141 f.
 Lohnsatzelastizität, 136.
- Makrogleichgewicht, 70.
 Makrorelationen, 184 f.
 Makro-Sektoren, 23, 29 f., 149,
 151.
 Multiplikatoranalyse, 108, 111, 114.
 Musterzyklus, 107, 118, 125, 168.
- Nettoproduktion, industrielle, 76,
 78, 80, 96.
 Niveausteuerung, 214.
 Normalstruktur, 36.
- Ordnungspolitik, 199 f.
- Phillips-Kurve, 1, 3, 9.
 Politikberatung, wissenschaftliche,
 5, 107.
 Preiselastizität, 153 f.
 Preispolitik des Unternehmens, 123.
 Preisstruktur, 153.
 Produktionsstrukturen, 25, 150,
 161, 172.
 Produktionstechnologien, 160.
 Prozeßpolitik, 199.
 Punkt- u. Richtungsquotienten, 63.
- Quasigleichgewicht, 137 f.
- Regionalstruktur, 189.
- Spaltung der Konjunktur, 86, 88,
 96, 104.
 Sparen, autonomes, 135.
 Sparen, heteronomes, 135-138, 141,
 145.
 Spektralanalyse, 99.
 Staatsausgaben, 182, 194, 209, 215.
 Stabilisierungspolitik, 2 f., 6 f., 126,
 144, 175, 206-213, 217, 220.
 Stagflation, 6.
 Stagnationsindustrien, 38, 50 f., 97,
 159, 161.
 Strukturänderungen, 22.
 Strukturanteil, 39, 42.
 Strukturgewicht, 63, 84, 86, 92,
 96, 99.
 Strukturkoeffizient, 22.

- Strukturpolitik, 11, 23, 128, 161, 169, 171, 176, 179 f., 199-201, 211, 215-218.
Strukturprojektionen, 168 f.
Strukturwandel, 22, 34, 152, 156 f., 160 f.
Tarifverhandlungen, 122.
Überakkumulation, 135 f., 140, 145.
Überindustrialisierung, 28 f., 164.
Überkapazitäten, 167, 170, 175.
Übernachfrage, 166 f.
Ungleichgewichtserzeugung, 134.
Varianzen, 78, 80, 83, 92, 96 f.
Verarbeitende Industrie, 42, 73, 76, 84.
Verbrauchsgüterindustrien, 76, 78, 100.
Verbrauchsnachfrage, 182.
Verbrauchsstruktur, 155.
Verwendungsstruktur, 151, 181.
Vollbeschäftigungsplafond, 115.
Wachstum, 13 f., 19 f., 152.
Wachstumsbedingungen, 16, 21, 103, 165.
Wachstumshemmnisse, 19.
Wachstumsindustrien, 39, 42, 48, 51, 97, 150.
Wachstumskern, 39, 45, 50.
Wachstumspolitik, aktive, 210.
Wachstumsraten, 54, 62, 99, 110, 122.
Wachstumstheorie, 59, 108, 116.
Wachstumstrend, 16-18, 46.
Wachstumszyklus, 52, 54, 56, 59, 62, 71, 114, 135.
Wandel, struktureller, 13, 21, 23, 34, 103, 106, 154, 160, 175.
Wirtschaftspolitik, operative, 107, 115, 120, 180, 185, 196, 204, 206, 212, 215, 217.
Wirtschaftspolitik, rationale, 104, 128, 166, 174, 191.
Wirtschaftspolitik, sektorale, 176.
Wirtschaftsstruktur, 22, 164.
Zielprojektionen, 218 f.
Zyklenabgrenzung, 56, 58.
Zyklendauer, 54.
Zyklenmuster, 124.
Zyklenverlauf, 54.
Zyklus, 14, 53 f., 70, 106, 110, 144.
Zyklusdämpfer, 63 f.
Zyklusverstärker, 63 f.

Wachstumsformen 39, 45, 46
 Wachstumsform 39, 45, 50
 Wachstumsformik 45, 50
 Wachstumsform 34, 45, 99, 110
 122
 Wachstumsform 39, 108, 110
 Wachstumsform 16, 18, 46
 Wachstumsform 57, 59, 77, 79
 62, 71, 114, 133
 Wandel, struktureller 13, 17, 24
 34, 109, 106, 134, 180, 179
 Wandel (morphologischer) 107
 112, 150, 180, 182, 184, 204
 206, 212, 213, 217
 Wirtschaftspolitik, rationale 104
 122, 106, 174, 191
 Wirtschaftspolitik, soziale 170
 Wirtschaftspolitik 22, 104, 106
 Zielprojektion 218, 1
 Zielprojektion 28, 38
 Zielstruktur 24
 Zielstruktur 194
 Zielstruktur 24
 Zyklus 14, 27, 70, 106, 110
 144
 Zyklusbilder 64
 Zyklusverläufe 64
 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000

Strukturpolitik 11, 23, 138, 161
 69, 171, 176, 177, 199, 201
 211, 212, 213
 Strukturprobleme 168
 Strukturwandel 22, 34, 132, 136
 160
 Teilverhandlungen 135
 Überakkumulation 137, 140, 142
 Überakkumulation 28, 104
 Überakkumulation 167, 170, 172
 Überakkumulation 104
 Überakkumulation 134
 Variationen 78, 80, 82, 90, 91
 Veränderte Industrie 42, 53
 78, 81
 Veränderungsprozesse 76, 78
 100
 Veränderungsprozesse 182
 Veränderungsprozesse 133
 Veränderungsprozesse 131, 181
 Veränderungsprozesse 112
 Wachstum 19, 194, 192
 Wachstumsbedingungen 16, 218
 102, 103
 Wachstumsprozesse 12
 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000

VERÖFFENTLICHUNGEN
DES EUROPÄISCHEN HOCHSCHULINSTITUTS

Bereits erschienen:

1. – *New perspectives for a common law of Europe – Nouvelles perspectives d'un droit commun de l'Europe*, pp. x-410. Edited by / sous la direction de M. CAPPELETTI. 1978.
2. – *Globalsteuerung und gespaltene Konjunktur. Stabilisierungspolitik bei sektoral differenziertem Zyklus*. XIV-246 S. Von G. WILLKE. 1978.

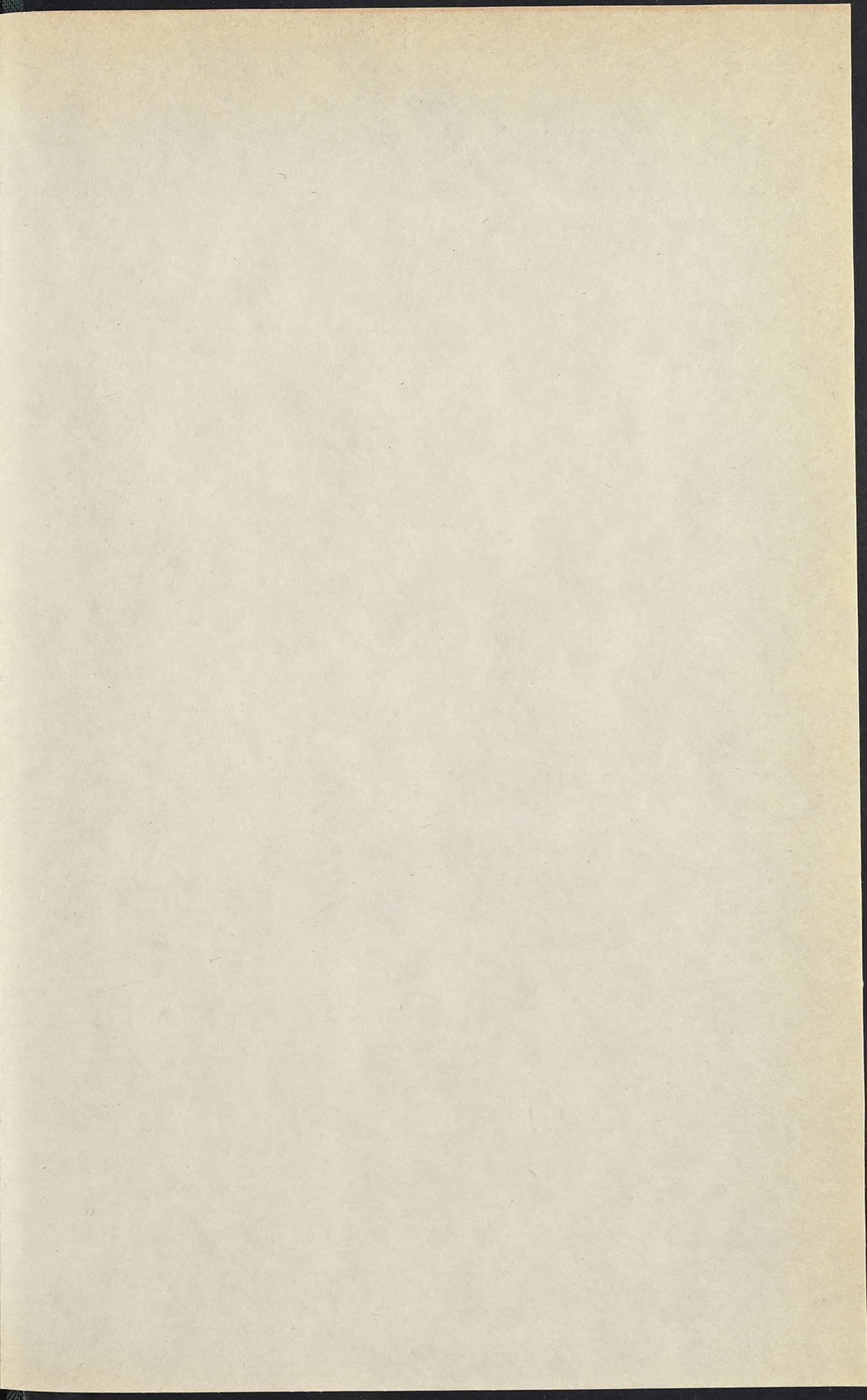
In Vorbereitung:

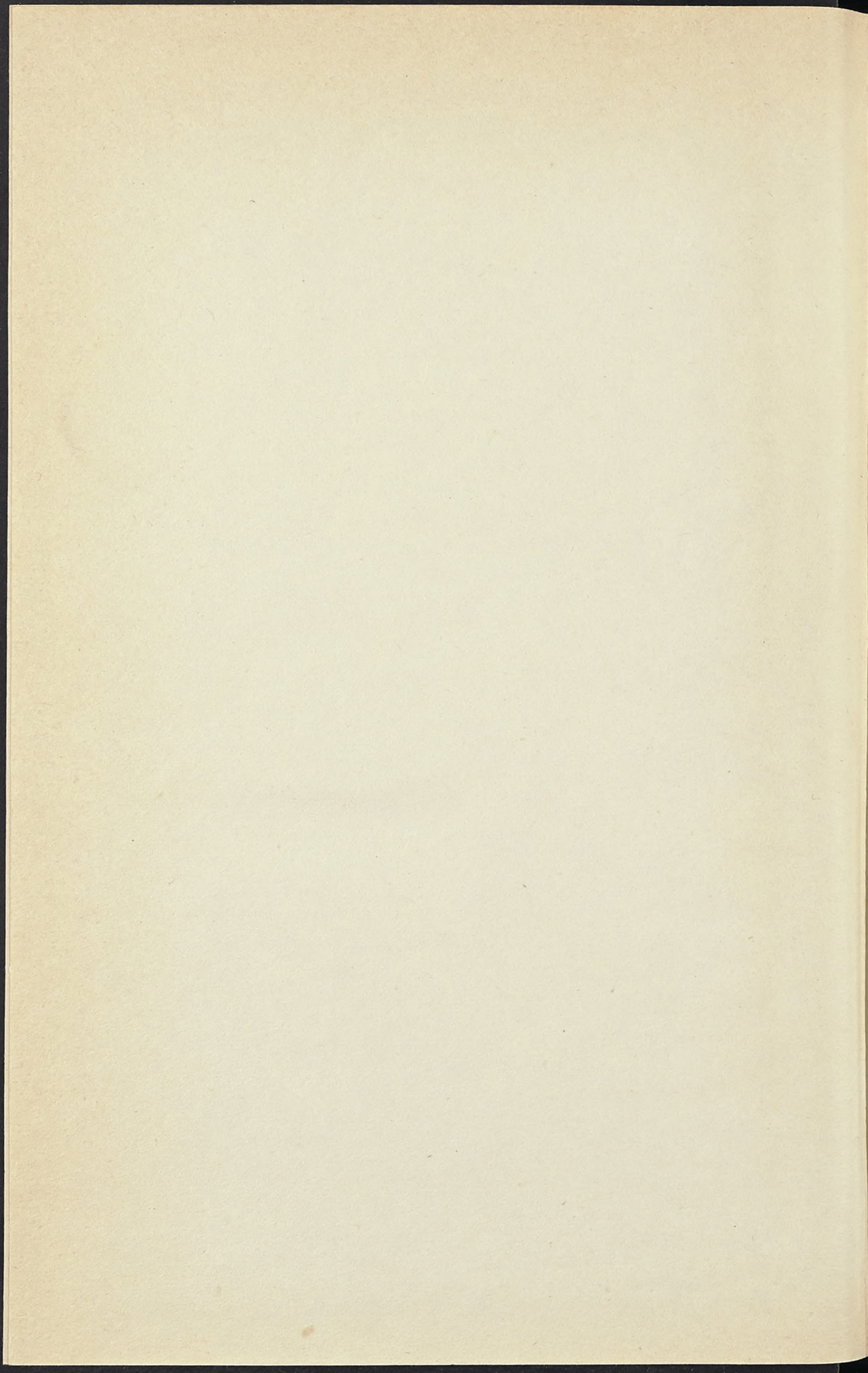
3. – *Parlement et Gouvernement*, pp. ca. 230. Sous la direction de J. GEORGEL. 1979.

THE UNIVERSITY OF CHICAGO
DEPARTMENT OF CHEMISTRY

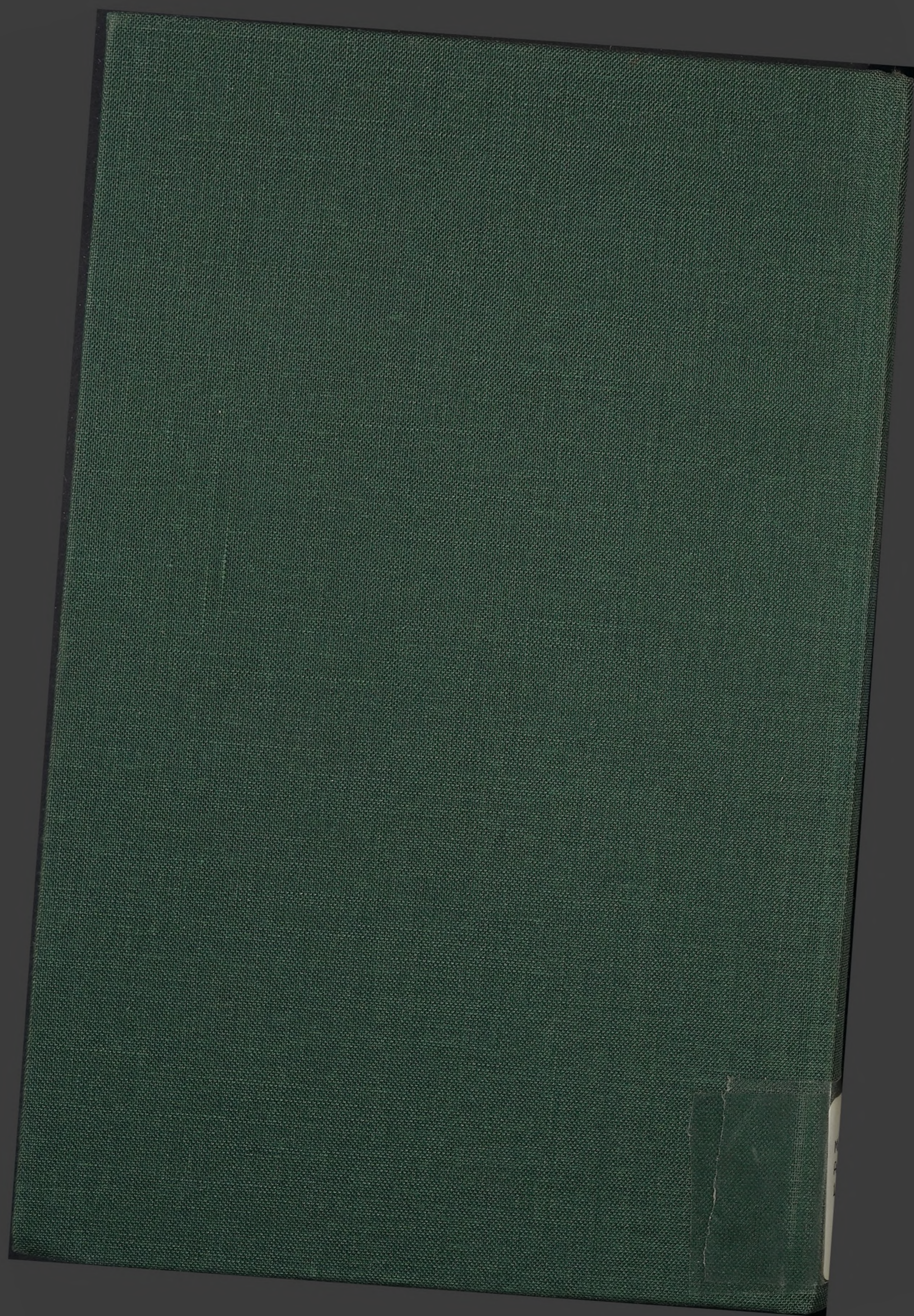
REPORT OF THE
COMMISSIONERS OF THE
LAND OFFICE
OF THE STATE OF ILLINOIS
FOR THE YEAR 1887

CHICAGO: PUBLISHED BY THE
UNIVERSITY OF CHICAGO PRESS
1888





MAG2 A
12759



THE UNIVERSITY OF CHICAGO

RECEIVED

THE UNIVERSITY OF CHICAGO

MAG2

A

12759